REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 488 · 15.10.2004

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 43 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. das thema: Antisemitismus und Kapitalismus
2. Der Gründerkrach von 1873
3. Nationalsozialismus und Antisemitismus
4. Innenansichten von Palästina
5. Verkürzter Antikapitalismus?
6. Wege durch Autonomia
7. Antideutsche Welterklärungen
8. AUFGEBLÄTTERT
9. Was von der Stunde übrig bleibt ...
10. Das eigene Gegendenkmal
11. Heilsversprechen und Verschuldung
12. Mindestens zehn Euro und steuerfrei
13. Afrikas Öl ist heiß begehrt
14. Yilmaz Güney - "Der hässliche König" des türkisch-kurdischen Kinos
15. "Ich bin froh, dass endlich etwas passiert"
16. Profitinteressen plus Entwicklungsstrategien gleich Vertreibung
17. Alles nur Theater?
18. (Haar-)Risse im Putz
19. 1-Euro-Jobs verhindern!
20. Ohren-Propaganda
21. Wenn das Onkel Ho wüsste
22. Der Traum von einer neuen Seidenstraße
23. Tod durch "Selbstmord"
24. Klassen-Gewitter
25. Forderungen der Antikolonialen Konferenz Berlin 2004:
26. Verhandelte Frauen - handelnde Frauen
27. Nicht post oder neo, sondern anti
28. "Alles ist Pop" - Gurus unter Beschuss
29. Drogenpolitik und Drogenkontrolle
30. Null-Euro-Jobs
31. Lichtstrahl trifft auf Diamanten
32. "Das hier ist kein Erholungszentrum"
33. Fast alle Gewalt geht vom Partner aus
34. Wenn Wahltag Zahltag ist
35. Zwölf Jahre Haft für Andrea Klump
36. KALENDER
37. Sozialproteste: Strohfeuer oder Aufbruch?
38. Atempause statt Stillstand
39. Großdemonstration in Nürnberg
40. Gibt es nur noch Sieger?
41. Editorial
42. SpenderInnen gesucht!
43. Ich habe abgewickelt!

1. das thema: Antisemitismus und Kapitalismus

CD-Datei: daten/aksuche/ak488/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:488:01

Für August Bebel war der am Ende des 19. Jahrhunderts aufkommende moderne Antisemitismus ein "Sozialismus der dummen Kerle". Friedrich Engels sprach von einer "Reaktion mittelalterlicher, untergehender Gesellschaftsschichten gegen die moderne Gesellschaft". Beide erwarteten, dass der Antisemitismus im Zuge der vollständigen Durchsetzung des Kapitalismus zurückgehen und langfristig verschwinden werde. Ähnlich äußerte sich Lenin in seinem Aufruf "Über die Pogromhetze gegen die Juden" aus dem Revolutionsjahr 1917: "Nur völlig unwissende, völlig verschüchterte Menschen können den gegen die Juden verbreiteten Lügen und Verleumdungen Glauben schenken. (...) Diese alte feudalistische Unwissenheit geht zu Ende. Das Volk wird sehend."

Der nationalsozialistische Völkermord an den europäischen Jüdinnen und Juden hat diese Fortschrittserwartung auf die grausamste Weise widerlegt. Selbst nach dem Ende des Nazismus lebt der Antisemitismus weiter, und immer noch enthält er auch scheinbar "antikapitalistische" Elemente.

Der Zusammenhang von Antisemitismus und (Anti-)Kapitalismus ist Thema von Moishe Postones Text "Nationalsozialismus und Antisemitismus", den der Autor einen "theoretischen Versuch" nennt. Bereits 1979 entstanden, ist dieser Essay längst zu einem antisemitismustheoretischen Klassiker geworden. Wir dokumentieren daraus wesentliche Teile. Es folgt ein Diskussionsbeitrag von Gerhard Hanloser, dem Autor des im vergangenen Jahr erschienenen Buches "Krise und Antisemitismus". (vgl. ak 481) Hanloser kritisiert u.a. Postones Auffassung, der NS-Antisemitismus sei seinem Selbstverständnis nach eine "antikapitalistische Revolte" gewesen. Am Schluss unseres Schwerpunkts steht ein Rückblick auf den "Gründerkrach" von 1873 - als historisches Beispiel einer antisemitischen "Antwort" auf eine kapitalistische Krise.

Angesichts der gegenwärtigen Krise und der zunehmenden Verarmung breiter Teile der Bevölkerung gewinnt unser Thema auch für die Linke an Bedeutung - gerade jetzt, da neue Kräfte ihren Protest gegen die Regierungspolitik auf die Straße tragen. Schon in den vergangenen Jahren wurden in Teilen der globalisierungskritischen Bewegung die Gefahren einer verkürzten Kapitalismuskritik sichtbar: Die sorglose bis grob fahrlässige Agitation gegen "Raffer", "Spekulanten" und "Zinsknechtschaft", die wirklichkeitsfremde Unterscheidung zwischen (schlechtem) spekulativem und (gutem) produktivem Kapital oder die Vorstellung einer Verschwörung des "großen Geldes" bieten Ansatzpunkte für antisemitische Welterklärungen.

Andererseits ist es auch wenig hilfreich, in Alarmismus zu verfallen, wenn nur das Wort "Finanzkapital" oder "Spekulationsgewinn" fällt. Notwendig ist vielmehr die Entfaltung einer umfassenden Kapitalismuskritik, die sich nicht auf die Sphäre der Warenzirkulation und der Geldwirtschaft beschränkt. Auch zu dieser Diskussion sollen die folgenden Texte beitragen. Die Illustrationen stammen aus dem von Julius H. Schoeps und Joachim Schlör herausgegebenen Buch "Antisemitismus. Vorurteile und Mythen", Piper-Verlag, München 1995.

Js.

2. Der Gründerkrach von 1873

Antisemitische "Antworten" auf eine kapitalistische Krise

CD-Datei: daten/aksuche/ak488/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:488:02

Der am Ende des 19. Jahrhundert aufkommende moderne Antisemitismus verbindet christliche antijüdische Stereotype mit rassebiologischen und völkisch-nationalistischen Ideen. Die imaginierte weltumspannende Macht der Juden zeigt sich für den Antisemiten nun vorzugsweise in der schnell wachsenden kapitalistischen Wirtschaft, vor allem der Börse. Der "Gründerkrach", die 1873 beginnende Krise, wird zum Gegenstand einer wütenden antisemitischen Agitation, die Elemente des nationalsozialistischen "Erlösungsantisemitismus" vorwegnimmt.

Adolf Stoecker, protestantischer Hofprediger und 1878 Gründer der antisemitischen Christlichsozialen Arbeiterpartei (1881 umbenannt in Christlichsoziale Partei), verstand sich selbst als Kritiker des Kapitalismus und Anwalt der "kleinen Leute". Marx und Lassalle hätten ihre Kapitalismuskritik fälschlich auf die Industrie konzentriert und den Hass der Arbeiter auf die Industriellen gelenkt. "Unsere Bewegung korrigiert das in etwas", schrieb Stoecker. "Wir zeigen dem Volk die Wurzeln seiner Not in der Geldmacht, dem Mammonsgeist der Börse." Ganz auf dieser Linie agitierte der antisemitische Abgeordnete Liebermann von Sonnenberg im Reichstag gegen das "schädliche" Kapital: "Dieses Kapital finden wir an der Börse, und dass dieses Kapital meist ein jüdisches ist, dafür können wir doch nichts."

Das "Börsenkapital" sei schädlich, weil es nicht auf Arbeit, sondern auf "Lug und Trug und Schwindel" beruhe, erklärten die Antisemiten. Als Anschauungsmaterial diente ihnen die Krise in den Jahren nach der Gründung des Deutschen Reiches. Fünf Milliarden Goldfrancs hatte Deutschland 1871 vom unterlegenen Kriegsgegner Frankreich erpresst. Mit dem Geld wurden vor allem die Rüstungsindustrie und der Ausbau der Eisenbahn finanziert. Aber auch der Bergbau und die chemische Industrie profitierten von der Kriegsbeute. Aktiengesellschaften und Banken wurden gegründet, 1871 die Deutsche Bank, zwei Jahre später die Dresdner Bank. Auch der untere Mittelstand, selbst mancher Dienstbote spekulierte an der Börse. Schon wenig später war die gezielt angeheizte Hoffnung auf schnellen Wohlstand für viele dahin: "Die Weltmarktkrise von 1873 traf dieses optimistische, vorwärtsstrebende, wild spekulierende Reich wie ein Blitzschlag. Ein Börsenkrach, der viele schnell erworbene Vermögen zusammen mit einer Unzahl kleiner, mühsam errungener Spargroschen auslöschte, leitete den wirtschaftlichen Zusammenbruch ein." (1)

Ursache dieses Zusammenbruchs, auf den die Große Depression der Bismarck-Jahre, folgte, war die kapitalistische Überproduktion. Friedrich Engels schrieb über das - übrigens keineswegs flächendeckende - Scheitern der Versuche, die französischen Milliarden möglichst profitabel anzulegen: "Um aber spekulieren zu können, hatte man Produktions- und Verkehrsmittel, Fabriken, Eisenbahnen etc. schaffen müssen, deren Aktien zum Gegenstand der Spekulation wurden. Als die Katastrophe hereinbrach, stellte sich jedoch heraus, dass der öffentliche Bedarf, den man zum Vorwand genommen hatte, bei weitem überschritten worden war, dass im Laufe von vier Jahren mehr Eisenbahnen, Bergwerke etc. errichtet worden waren, als bei normaler Entwicklung der Industrie in einem Vierteljahrhundert geschaffen worden wären." (2)

Die wenigsten, die beim "Gründerkrach" ihr Geld verloren hatten, waren in der Lage, die Ursachen der Krise zu erkennen. Die anderen suchten Schuldige und fanden sie, keineswegs zufällig, in den Juden - seit dem Mittelalter spielten Juden als Geldverleiher und Bankiers eine zentrale Rolle bei der Finanzierung und Vermittlung wirtschaftlicher Unternehmungen. So wurde 1873 ein Kapitalist jüdischer Herkunft zum Oberschurken gestempelt: der "Eisenbahnkönig" Bethel Henry Strousberg, Vertrauter des preußischen Hochadels, der in der kurzen Zeit des Booms auch von den Kleinaktionären zum Heilsbringer verklärt worden war.

Die massenwirksamste antisemitische Verarbeitung des Gründerkrachs stammt von dem katholischen Journalisten Otto Glagau, der 1874/75 in der Gartenlaube eine Artikelserie mit dem Titel "Der Börsen- und Gründungsschwindel in Berlin" publizierte. Die Gartenlaube war mit 400.000 Abonnements damals die erfolgreichste Illustrierte in Deutschland. Viele ihrer zwei Millionen Leserinnen und Leser gehörten zu den Verlierern des Börsencrash. Nun lasen sie, dass "von den Gründern und Börsianern gut 90 Prozent Juden und höchstens 10 Prozent Christen sind" - eine durch nichts zu belegende Behauptung. Aber Glagau hetzte nicht

nur gegen jüdische Spekulanten und ihre vermeintlichen Helfershelfer in der Politik. Er verbreitete auch eine komplette antisemitische Weltanschauung: "Seine Ansichten über Judentum, Liberalismus, Manchestertheorie, die moderne Bourgeoisie, politische Parteien überhaupt und die Rolle der großen Staatsmänner zeigen außergewöhnliche Verwandtschaft mit der späteren Gedankenwelt des Nationalsozialismus", schreibt Paul W. Massing. Jüdische Geldverleiher sind für Glagau "Vampyre und Blutegel", sie "vermehren sich heftig", bilden eine "physisch wie psychisch entschieden degenerirte Race" und stecken allesamt unter einer Decke, "vom getauften Minister bis zum polnischen Schnorrer". Die Christen ruft Glagau auf, "gegen die Auswüchse, Ausschreitungen und Anmaßungen der Judenschaft vorzugehen". (3) Der Ruf wird gehört. Die Hetze der antisemitischen Parteien und Vereinigungen fällt auf fruchtbaren Boden. Auch Stoeckers Vorstellung, dass die Juden, "in der einen Hand den Kapitalismus, in der anderen den Umsturz, durch beides das Volk vernichten" (4), gehört bald zum Glaubensbekenntnis der Antisemitenparteien.

Die "Lösung der Judenfrage" ist ihr einziges Ziel. Ist es erst erreicht, kann das deutsche Volk in vollendeter innerer Harmonie seiner historischen Rolle gerecht werden - ein Vorgriff auf den "Erlösungsantisemitismus" der Nazis. Nach den Erschütterungen des Gründerkrachs von 1873 erscheint diese Welterklärung auch in liberalen Kreisen zumindest diskutabel.

Js.

Anmerkungen:

1) Paul W. Massing: Vorgeschichte des politischen Antisemitismus. Frankfurt am Main, 1986

2) Friedrich Engels: Der Sozialismus des Herrn Bismarck. MEW Band 19

3) dokumentiert in Detlev Claussen: Vom Judenhass zum Antisemitismus. Darmstadt 1988

4) zitiert bei Helmut Berding: Moderner Antisemitismus in Deutschland. Frankfurt am Main 1988

3. Nationalsozialismus und Antisemitismus

Ein theoretischer Versuch

CD-Datei: daten/aksuche/ak488/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:488:03

Im ersten Abschnitt seines Essays formuliert Moishe Postone das Ziel, "eine Erklärung in Form einer materialistischen Erkenntnistheorie" für das Aufkommen des moderne Antisemitismus am Ende des 19. Jahrhunderts zu geben. "Die abstrakte Herrschaft des Kapitals, wie sie besonders mit der raschen Industrialisierung einhergeht, verstrickte die Menschen in das Netz dynamischer Kräfte, die, weil sie nicht durchschaut zu werden vermochten, in Gestalt des ‚Internationalen Judentums` wahrgenommen wurden." Nötig sei daher "ein Ansatz, der die Unterscheidung zwischen dem trifft, was moderner Kapitalismus ist und der Form, in der er erscheint; also die Unterscheidung zwischen Wesen und Erscheinung."

Diese Überlegung führt zu Marx' Begriff des Fetischs, einem Begriff, der die Grundlage einer historischen Erkenntnistheorie bildet, die sich in der Unterscheidung zwischen dem Wesen der kapitalistischen Verhältnisse und ihren Erscheinungsformen gründet.

Was dem Begriff des Fetischs vorausgeht, ist Marx' Analyse der Ware, des Geldes, des Kapitals als Formen gesellschaftlicher Verhältnisse und nicht nur als bloße ökonomische Bestimmungen. Nach seiner Analyse erscheinen kapitalistische Formen gesellschaftlicher Beziehungen nicht als solche, sondern drücken sich in vergegenständlichter Form aus. Weil Arbeit im Kapitalismus auch die Funktion einer gesellschaftlichen Vermittlung hat ("abstrakte Arbeit"), ist die Ware nicht bloß Gebrauchsgegenstand, in dem konkrete Arbeit vergegenständlicht ist, sondern sie verkörpert auch gesellschaftliche Verhältnisse. Vorkapitalistisch waren Gebrauchsgegenstände nach traditionellen Beziehungs- und Herrschaftsformen verteilt; im Kapitalismus aber sind Waren selber gesellschaftliche Vermittlung anstelle unmittelbarer sozialer Verhältnisse. Die Ware hat einen "Doppelcharakter": Wert und Gebrauchswert. Als Objekt drückt die Ware soziale Verhältnisse aus und verschleiert sie gleichzeitig. Diese Verhältnisse haben keine andere, davon unabhängige Ausdrucksform. Durch diese Form der Vergegenständlichung gewinnen die gesellschaftlichen Verhältnisse des Kapitalismus ein Eigenleben, sie bilden eine "zweite Natur", ein System von Herrschaft und Zwängen, das - obwohl gesellschaftlich - unpersönlich, sachlich und "objektiv" ist und deshalb natürlich zu sein scheint. Diese gesellschaftliche Dimension bestimmt die Ware und ihre Produktionsweise. Der Fetisch verweist nun auf die Denkweisen, die auf Wahrnehmungen und Erkenntnissen basieren, die in den Erscheinungsformen der gesellschaftlichen Verhältnisse befangen bleiben.

Betrachtet man die besonderen Charakteristika der Macht, die der moderne Antisemitismus den Juden zuordnet - nämlich Abstraktheit, Unfassbarkeit, Universalität, Mobilität - dann fällt auf, dass es sich hierbei um Charakteristika der Wertdimension jener gesellschaftlichen Formen handelt, die Marx analysiert hat. Mehr noch: diese Dimension - wie die den Juden unterstellte Macht - erscheint nicht unmittelbar, sondern nimmt vielmehr die Form eines stofflichen Trägers der Ware an.

Um die oben beschriebene Personifizierung zu deuten und dabei die Frage zu klären, warum der moderne Antisemitismus, der sich gegen so viele Aspekte der "Moderne" wandte, sich dem industriellen Kapital und der modernen Technologie gegenüber so verdächtig still verhielt, wird es an dieser Stelle nötig sein zu analysieren, wie kapitalistisch-gesellschaftliche Verhältnisse sich darzustellen pflegen.

Ich beginne mit der Warenform als Beispiel. Die dialektische Einheit von Wert und Gebrauchswert in der Ware erfordert, dass dieser "Doppelcharakter" sich in der Wertform entäußert, in der er "doppelt" erscheint: als Geld (die Erscheinungsform des Werts) und als Ware (die Erscheinungsform des Gebrauchswerts). Diese Entäußerung erweckt den Schein, als enthalte die Ware, die eigentlich sowohl Wert wie Gebrauchswert ausdrückt, nur letzteren, das heißt, sie erscheint als rein stofflich und "dinglich". Weil die gesellschaftliche Dimension der Ware dabei entfällt, stellt sich das Geld als einziger Ort des Wertes dar, als Manifestation des ganz und gar Abstrakten anstatt als entäußerte Erscheinungsform der Wertseite der Ware selbst. Die dem Kapitalismus eigene Form vergegenständlichter gesellschaftlicher Beziehungen erscheint so auf der Ebene der Warenanalyse als Gegensatz zwischen Geld als Abstraktem einerseits und stofflicher Natur andererseits. Die kapitalistischen gesellschaftlichen Beziehungen scheinen ihren Ausdruck nur in der abstrakten Dimension zu finden - etwa als Geld und als äußerliche, abstrakte, allgemeine "Gesetze".

Ein Aspekt des Fetischs ist also, dass kapitalistische gesellschaftliche Beziehungen nicht als solche in Erscheinung treten, und sich zu dem antinomisch, als Gegensatz von Abstraktem und Konkretem, darstellen. Und weil beide Seiten der Antinomie vergegenständlicht sind, erscheint jede als quasi natürlich: Die abstrakte Seite tritt in der Gestalt von "objektiven" Naturgesetzen auf, und die konkrete Seite erscheint als reine stoffliche Natur. Die Struktur entfremdeter gesellschaftlicher Beziehung, die dem Kapitalismus eigen ist, hat die Form einer quasi-natürlichen Antinomie, in der Gesellschaftliches und Historisches nicht mehr erscheinen.

Diese Antinomie wiederholt sich im Gegensatz positivistischer und romantischer Denkweisen. Die Mehrzahl der kritischen Untersuchungen fetischistischer Denkformen bezieht sich vor allem auf jenen Strang der Antinomie, der das Abstrakte als überhistorisch hypostasiert - das sogenannte bürgerliche Denken - und damit den gesellschaftlichen und historischen Charakter der bestehenden Beziehungen verschleiert. In diesem Beitrag geht es um einen anderen Strang, nämlich um jene Formen von Romantizismus und Revolte, die ihrem Selbstverständnis nach anti-bürgerlich sind, in Wirklichkeit jedoch das Konkrete hypostasieren und damit innerhalb der Antinomie der kapitalistischen gesellschaftlichen Beziehungen verharren.

Formen antikapitalistischen Denkens, die innerhalb der Unmittelbarkeit dieser Antinomie verharren, tendieren dazu, den Kapitalismus nur unter der Form der Erscheinungen der abstrakten Seite dieser Antinomie wahrzunehmen, zum Beispiel Geld als "Wurzel allen Übels". Dem wird die bestehende, konkrete Seite dann als das "natürliche" oder ontologisch Menschliche, das vermeintlich außerhalb der Besonderheit kapitalistischer Gesellschaft stehe, positiv entgegengestellt. So wird - wie etwa bei Proudhon - konkrete Arbeit als das nichtkapitalistische Moment verstanden, das der Abstraktheit des Geldes entgegengesetzt ist. Dass konkrete Arbeit selbst kapitalistische gesellschaftliche Beziehungen verkörpert und von ihnen materiell geformt ist, wird nicht gesehen.

Mit der Fortentwicklung des Kapitalismus, der Kapitalform und ihres Fetischs bekommt die dem Warenfetisch innewohnende Naturalisierung neue Dimensionen. Wie bei der Warenform ist die Kapitalform durch das antinomische Verhältnis des Abstrakten und Konkreten, die beide natürlich erscheinen, gekennzeichnet. Die Qualität des "Natürlichen" ist aber unterschiedlich. Die des Warenfetischs ist die letzten Endes harmonische Beziehung einzelner abgeschlossener Einheiten. (Dieses Denkmodell steht nicht nur hinter der klassischen politischen Ökonomie, sondern auch hinter dem Frühsozialismus und Anarchismus).

Das Kapital ist nach Marx in seiner prozessualen Form als selbstverwertender Wert charakterisiert, als die unaufhörliche rastlose Selbstvermehrung des Wertes. Es erscheint in der Form von Geld sowie in der von Waren, das heißt, es hat keine fertige und endgültige Gestalt. Kapital erscheint als rein abstrakter Prozess. Seine konkrete Dimension ändert sich dementsprechend: Individuelle Arbeiten bilden nicht länger abgeschlossene Einheiten, sondern werden mehr und mehr zu Teilkomponenten eines größeren dynamischen Systems, das Mensch wie Maschine umfasst und dessen Zweck Produktion um der Produktion willen ist. Das Ganze wird größer als die Summe der sie konstituierenden Individuen und hat einen Zweck, der außerhalb ihrer liegt. Die Kapitalform gesellschaftlicher Verhältnisse hat einen blinden, prozessualen, quasi-organischen Charakter. Die dem Fetisch immanente Naturalisierung wird zunehmend biologisch aufgefasst. Das mechanische Weltbild des 17. und 18. Jahrhunderts verliert an Bedeutung; mehr und mehr übernehmen organische Prozesse an Stelle statischer Mechanik die Form des Fetischs. Das drückt sich zum Beispiel in der Verbreitung solcher Denkformen aus wie der Lehre vom Staat als lebendigem Organismus, aber auch in den Rassentheorien und der zunehmenden Bedeutung des Sozialdarwinismus im späten 19. Jahrhundert.

Gesellschaft wie historischer Prozess werden zunehmend biologisch begriffen. Diesen Aspekt des Kapitalfetischs will ich jedoch hier nicht weiter verfolgen. Festzuhalten ist, welche Wahrnehmungsweisen von Kapital sich daraus ergeben. Wie angedeutet, lässt der "Doppelcharakter" auf der logischen Ebene der Warenanalyse die Arbeit als ontologische Betätigungsweise erscheinen und nicht als eine Tätigkeit, die materiell von den gesellschaftlichen Beziehungen geformt wird; er stellt die Ware als rein stoffliches Ding dar und nicht als Vergegenständlichung vermittelter gesellschaftlicher Beziehungen. Auf der logischen Ebene des Kapitals lässt der "Doppelcharakter" (Arbeits- und Verwertungsprozess) industrielle Produktion als ausschließlich materiellen schöpferischen Prozess, ablösbar vom Kapital, erscheinen. Die manifeste Form des Konkreten ist nun organischer. So kann das industrielle Kapital als direkter Nachfolger "natürlicher" handwerklicher Arbeit auftreten und, im Gegensatz zum "parasitären" Finanzkapital, als "organisch" verwurzelt. Seine Organisation scheint der Zukunft verwandt zu sein; der gesellschaftliche Zusammenhang, in dem es sich befindet, wird als eine übergeordnete organische Einheit gefasst: Gemeinschaft, Volk, Rasse.

Kapital selbst - oder das, was als negativer Aspekt des Kapitalismus verstanden wird - wird lediglich in der Erscheinungsform seiner abstrakten Dimension verstanden: als Finanz- und zinstragendes Kapital. In dieser Hinsicht steht die biologistische Ideologie, die die konkrete Dimension (des Kapitalismus) als "natürlich" und "gesund" dem Kapitalismus (wie er erscheint) gegenüberstellt, nicht im Widerspruch zur Verklärung des Industriekapitals und seiner Technologie. Beide stehen auf der "dinglichen" Seite der Antinomie.

Das wird gewöhnlich missverstanden. So zum Beispiel von Norman Mailer, der in einer Verteidigung des Neo-Romantizismus (und des Sexismus) in seinem Buch The Prisoner of Sex schrieb, dass Hitler zwar von Blut gesprochen, aber die Maschine gebaut habe. Dabei blieb unverstanden: Im fetischistischen "Antikapitalismus" dieser Art wird beides, Blut wie Maschine, als konkretes Gegenprinzip zum Abstrakten gesehen. Die positive Hervorhebung der "Natur", des Blutes, des Bodens, der konkreten Arbeit, der Gemeinschaft, geht ohne weiteres zusammen mit einer Verherrlichung der Technologie und des industriellen Kapitals. Diese Denkweisen sind genauso wenig anachronistisch oder Ausdruck einer historischen Ungleichzeitigkeit zu nennen, wie der Aufstieg von Rassentheorien im späten 19. Jahrhundert als Atavismus aufzufassen ist. Sie sind historisch neue Denkformen, nicht die Wiederauferstehung einer älteren Form. Sie erscheinen nur als atavistisch oder anachronistisch auf Grund ihrer Betonung der biologischen Natur. Das ist jedoch selbst Teil des Fetischs, der das "Natürliche" als "wesensgemäß" und ursprungsnäher erscheinen lässt und die geschichtliche Entwicklung als zunehmend künstlich. Solche Denkformen begleiten die Entwicklung des industriellen Kapitalismus. Sie sind Ausdruck jenes antinomischen Fetischs, der die Vorstellung erzeugt, das Konkrete sei "natürlich", und dabei das gesellschaftlich "Natürliche" zunehmend so darstellt, dass es biologisch erscheint.

Diese Form des "Antikapitalismus" erscheint daher nur so, als ob sie sehnsüchtig rückwärts gewandt sei; als Ausdruck des Kapitalfetischs drängt sie in Wirklichkeit vorwärts. Sie tritt auf im Übergang vom liberalen zum organisierten industriellen Kapitalismus. Diese Form des "Antikapitalismus" beruht also auf dem einseitigen Angriff auf das Abstrakte. Abstraktes und Konkretes werden nicht in ihrer Einheit als begründende Teile einer Antinomie verstanden, für die gilt, dass die wirkliche Überwindung des Abstrakten - der Wertseite - die geschichtlich-praktische Aufhebung des Gegensatzes selbst sowie jeder seiner Seiten einschließt. Statt dessen findet sich lediglich der einseitige Angriff gegen die abstrakte Vernunft, das abstrakte Recht und, auf anderer Ebene, gegen das Geld- und Finanzkapital. So gesehen entspricht dieses Denken seiner komplementären liberalen Position in antinomischer Weise: Im Liberalismus bleibt die Herrschaft des Abstrakten unbefragt; eine Unterscheidung zwischen positiver und kritischer Vernunft wird nicht getroffen.

Der "antikapitalistische" Angriff bleibt jedoch nicht bei der Attacke auf das Abstrakte als Abstraktem stehen. Selbst die abstrakte Seite erscheint vergegenständlicht. Auf der Ebene des Kapitalfetischs wird nicht nur die konkrete Seite naturalisiert und biologisiert, sondern auch die erscheinende abstrakte Seite, die nun in Gestalt des Juden wahrgenommen wird. So wird der Gegensatz von stofflich Konkretem und Abstraktem zum rassischen Gegensatz von Arier und Jude. Der moderne Antisemitismus besteht in der Biologisierung des Kapitalismus - der selbst nur unter der Form des erscheinenden Abstrakten verstanden wird - als internationales Judentum.

Meiner Deutung nach wurden die Juden also nicht nur mit dem Geld, das heißt der Zirkulationssphäre, sondern mit dem Kapitalismus überhaupt gleichgesetzt. Diese fetischisierende Anschauung schloss in ihrem Verständnis des Kapitalismus alle konkreten Aspekte wie Industrie und Technologie aus. Der Kapitalismus erschien nur noch als das Abstrakte, das wiederum für die ganze Reihe konkreter gesellschaftlicher und kultureller Veränderungen, die mit der schnellen Industrialisierung verbunden sind, verantwortlich gemacht wurde. Die Juden wurden nicht bloß als Repräsentanten des Kapitals angesehen (in diesem Fall wären die antisemitischen Angriffe wesentlich klassenspezifischer gewesen), sie wurden vielmehr zu Personifikationen der unfassbaren, zerstörerischen, unendlich mächtigen, internationalen Herrschaft des Kapitals. Bestimmte Formen kapitalistischer Unzufriedenheit richteten sich gegen die in Erscheinung tretende abstrakte Dimension des Kapitals in Gestalt des Juden, und zwar nicht etwa, weil die Juden bewusst mit der Wertdimension identifiziert worden waren, sondern vielmehr deshalb, weil durch den Gegensatz seiner konkreten und abstrakten Dimensionen der Kapitalismus selbst so erscheinen konnte. Deshalb geriet die "antikapitalistische" Revolte zur Revolte gegen die Juden. Die Überwindung des Kapitalismus und seiner negativen Auswirkungen wurde mit der Überwindung der Juden gleichgesetzt.

Obwohl die innere Verbindung zwischen jener Art des "Antikapitalismus", der den Nationalsozialismus beeinflusste, und dem Antisemitismus gezeigt worden ist, bleibt die Frage offen, warum die biologische Interpretation der abstrakten Seite des Kapitalismus sich an den Juden festmacht.

Diese "Wahl" war innerhalb des europäischen Kontextes keineswegs zufällig. Die Juden hätten durch keine andere Gruppe ersetzt werden können. Dafür gibt es vielfältige Gründe. Die lange Geschichte des Antisemitismus in Europa und die damit verbundene Assoziation Juden = Geld ist wohlbekannt. Die Periode der schnellen Expansion des industriellen Kapitals im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts fiel mit der politischen und gesellschaftlichen Emanzipation der Juden in Mitteleuropa zusammen. Die Zahl der Juden an den Universitäten, in den freien Berufen, im Journalismus, den schönen Künsten, im Einzelhandel nahm immer schneller zu - das heißt, die Juden wurden in der bürgerlichen Gesellschaft rasch aufgenommen, besonders in Sphären und Berufen, die sich gerade ausweiteten und mit der neuen Form verbunden waren, die die Gesellschaft gerade annahm. Man könnte viele andere Faktoren berücksichtigen. Einen möchte ich hervorheben: Ebenso wie die Ware, als gesellschaftliche Form, ihren "Doppelcharakter" in dem entäußerten Gegensatz zwischen dem Abstrakten (Geld) und dem Konkreten (der Ware) ausdrückt, so ist die bourgeoise Gesellschaft durch die Trennung von (politischem) Staat und (bürgerlicher) Gesellschaft charakterisiert. Im Individuum stellt sie sich als Trennung zwischen Staatsbürger und (Privat-) Person dar. Als Staatsbürger ist das Individuum abstrakt. Das drückt sich zum Beispiel in der Vorstellung von der Gleichheit aller vor dem (abstrakten) Gesetz (zumindest in der Theorie) aus oder in der Forderung "eine Person, eine Stimme". Als eine (Privat-) Person ist das Individuum konkret, eingebettet in reale Klassenbeziehungen, die als "privat" angenommen werden; das heißt, sie betreffen die bürgerliche Gesellschaft (im Gegensatz zum Staat) und sollen keinen politischen Ausdruck finden. In Europa war jedoch die Vorstellung von der Nation als einem rein politischen Wesen, abstrahiert aus der Substanzialität der bürgerlichen Gesellschaft, nie vollständig verwirklicht. Die Nation war nicht nur eine politische Entität, sie war auch konkret, durch eine gemeinsame Sprache, Geschichte, Traditionen und Religion bestimmt. In diesem Sinne erfüllten die Juden nach ihrer politischen Emanzipation als einzige Gruppe in Europa die Bestimmung von Staatsbürgerschaft als rein politischer Abstraktion. Sie waren deutsche oder französische Staatsbürger, aber keine richtigen Deutschen oder Franzosen. Sie gehörten abstrakt zur Nation, aber nur selten konkret. Sie waren außerdem noch Staatsbürger der meisten europäischen Länder.

Diese Realität der Abstraktheit, die nicht nur die Wertdimension in ihrer Unmittelbarkeit kennzeichnet, sondern auch mittelbar den bürgerlichen Staat und das Recht, wurde genau mit den Juden identifiziert. In einer Periode, in der das Konkrete gegenüber dem Abstrakten, dem "Kapitalismus" und dem bürgerlichen Staat verklärt wurde, entstand daraus eine fatale Verbindung: Die Juden wurden als wurzellos, international und abstrakt angesehen.

Der moderne Antisemitismus ist also eine besonders gefährliche Form des Fetischs. Seine Macht und Gefahr liegen darin, dass er eine umfassende Weltanschauung liefert, die verschiedene Arten antikapitalistischer Unzufriedenheit scheinbar erklärt und ihnen politischen Ausdruck verleiht. Er lässt den Kapitalismus aber dahingehend bestehen, als er nur die Personifizierung jener gesellschaftlichen Form angreift. Ein so verstandener Antisemitismus ermöglicht es, ein wesentliches Moment des Nazismus als verkürzten Antikapitalismus zu verstehen. Für ihn ist der Hass auf das Abstrakte charakteristisch. Seine Hypostasierung des existierenden Konkreten mündet in einer einmütigen, grausamen - aber nicht notwendig hasserfüllten Mission: der Erlösung der Welt von der Quelle allen Übels in Gestalt der Juden.

Die Ausrottung des europäischen Judentums ist ein Anzeichen dafür, dass es viel zu einfach ist, den Nazismus als eine Massenbewegung mit antikapitalistischen Obertönen zu bewerten, die diese Hülse 1934 im Röhm-Putsch abwarf, nachdem sie erst einmal ihren Zweck erreicht und sich in Form staatlicher Macht gefestigt hatte.

Zum einen sind die ideologischen Formen nicht einfach Bewusstseinsmanipulationen. Und zum anderen missversteht diese Auffassung das Wesen des "Antikapitalismus" der Nazis - das Ausmaß, in dem es der antisemitischen Weltanschauung innerlich verbunden war. Es stimmt, dass auf den zu konkreten und plebejischen "Antikapitalismus" der SA 1934 verzichtet wurde; nicht jedoch auf die antisemitische Grundhaltung - die "Erkenntnis", dass die Quelle allen Übels das Abstrakte sei - der Jude.

Und die Folgen: Eine kapitalistische Fabrik ist ein Ort, an dem Wert produziert wird, der "unglücklicherweise" die Form der Produktion von Gütern annehmen muss. Das Konkrete wird als der notwendige Träger des Abstrakten produziert. Die Ausrottungslager waren demgegenüber keine entsetzliche Version einer solchen Fabrik, sondern müssen eher als ihre groteske arische "antikapitalistische" Negation gesehen werden. Auschwitz war eine Fabrik zur "Vernichtung des Werts", das heißt zur Vernichtung der Personifizierung des Abstrakten. Sie hatte die Organisation eines teuflischen industriellen Prozesses mit dem Ziel, das Konkrete vom Abstrakten zu "befreien". Der erste Schritt dazu war die Entmenschlichung, das heißt die "Maske" der Menschlichkeit wegzureißen und die Juden als das zu zeigen, was "sie wirklich sind", Schatten, Ziffern, Abstraktionen.

Der zweite Schritt war dann, diese Abstraktheit auszurotten, sie in Rauch zu verwandeln, jedoch auch zu versuchen, die letzten Reste des konkreten gegenständlichen "Gebrauchswerts" abzuschöpfen: Kleider, Gold, Haare, Seife.

Auschwitz, nicht die "Machtergreifung" 1933, war die wirkliche "Deutsche Revolution" - die wirkliche Schein-"Umwälzung" der bestehenden Gesellschaftsformation. Diese Tat sollte die Welt vor der Tyrannei des Abstrakten bewahren. Damit jedoch "befreiten" die Nazis sich selbst aus der Menschheit.

Moishe Postone

Aus Platzgründen mussten hier neben dem ersten Abschnitt der Schlussabsatz und die Fußnoten gestrichen werden. Der vollständige Text ist zu finden unter http://www.nadir.org/nadir/aktuell/2002/01/19/8195.html

4. Innenansichten von Palästina

Amira Hass und Laetitia Bucaille über eine konfliktreiche Gesellschaft

CD-Datei: daten/aksuche/ak488/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:488:04

Auch Linke machen bei der Betrachtung des Nahostkonflikts immer wieder den Fehler, die israelische wie die palästinensische Seite als weitgehend monolithische Blöcke zu sehen. Einige, die sich vorbehaltlos auf die eine oder andere Seite schlagen, wollen auch gar nicht mehr wissen. Allen anderen seien zwei Bücher empfohlen, die Innenansichten der palästinensischen Gesellschaft zeigen. Dabei treten beide Autorinnen den PalästinenserInnen mit kritischer Solidarität gegenüber.

Generation Intifada

Wie tief die Risse und Spaltungen sind, die die palästinensische Gesellschaft durchziehen, zeigt Laetitia Bucaille in ihrem Buch "Generation Intifada". Dabei ist die Auswahl der von ihr porträtierten Menschen für diese Gesellschaft keineswegs repräsentativ. Frauen, Islamisten oder Führungskader der Autonomiebehörde kommen nur am Rande vor - Bucailles Protagonisten sind Shebab, Aktivisten der Al-Aqsa-Intifada, "zornige junge Männer" aus den Reihen der Fatah und ihrem Umfeld. Sie sind weder Helden noch blutdurstige Judenhasser, sie kämpfen gegen die Besatzung und gegen "Kollaborateure", unterhalten gespannte bis feindselige Beziehungen zur Autonomiebehörde und zur palästinensischen Bourgeoisie, träumen mal von einem eigenen Staat, dann wieder vom Auswandern in die USA.

Die Übergänge ihrer Revolte zur Bandenkriminalität sind fließend. "Ich kann nur Streit anfangen und schießen. Etwas anderes kann ich nicht", sagt Fouad, dessen Perspektive die Autorin so einschätzt: "Entweder gelingt es ihm wegzugehen, oder er stirbt während dieser Intifada".

Laetitia Bucaille begegnet ihren Gesprächspartnern mit Empathie, spart aber auch nicht mit Kritik. So beklagt sie den Tugendterror während der ersten Intifada und den anti-israelischen Radikalismus der Jüngeren ebenso wie die Korruption der Autonomiebehörde und Arafats autokratischen Führungsstil. Gleichzeitig kritisiert sie aber auch die vorrangig um ihre Geschäfte besorgten Vertreter des Mittelstandes und das Versagen der politisch Gemäßigten, die bislang kaum überzeugende Formen gewaltfreien Widerstandes gegen die Besatzung entwickelt haben.

Aus den Lebensgeschichten der Kämpfer entsteht ein komplexes Bild der palästinensischen Wirklichkeit. Dass diese von tagtäglich demütigender, zuweilen in Staatsterror kulminierender Besatzung geprägt ist, wird relativ knapp dargestellt. Besonders erhellend sind die fünf Seiten, die die Autorin den Motiven der SelbstmordattentäterInnen widmet. Wie können sich junge Leute dafür entscheiden, zu menschlichen Bomben zu werden? Die gängigen Erklärungen greifen nach Ansicht Bucailles zu kurz. Die AttentäterInnen sind in der Regel weder Opfer islamistischer Manipulateure noch Amok laufende VerzweiflungstäterInnen.

Anders auch als Hermann L. Gremliza, der die Attentate allein auf sexuelle Frustration und religiösen Fanatismus zurückführt (vgl. ak 444), sieht Bucaille eine Reihe von Faktoren zusammenwirken: "Die Attentäter behaupten, durch ihre Tat würde sich das strukturelle Ungleichgewicht zwischen der israelischen Armee und den palästinensischen Kämpfern verringern, ja sogar umdrehen. (...) Sie glauben, dass ihre Opferbereitschaft ihnen moralische Überlegenheit über die Bürger des israelischen Staates verleiht." Ihr Tod "macht es paradoxerweise möglich, wieder die Kontrolle über das eigene Leben zu gewinnen und den Gegner die verheerenden Auswirkungen dieser Tat spüren zu lassen." Hinzu kommen "Rachegelüste und der Wille, auf der Seite des Gegners möglichst viele Menschen zu töten", außerdem das "hohe posthume Ansehen". Materielle Erwägungen - von islamistischen Organisationen an die Familien der "Märtyrer" gezahlte Prämien - scheinen dagegen eine untergeordnete Rolle zu spielen.

Die von Bucaille gezeigte schreckliche "Rationalität", die den Selbstmordanschlägen zu Grunde liegt, ist beängstigender, als es ein völlig irrationales Verhalten wäre. Hinzu kommt, dass gerade bei jungen PalästinenserInnen die Bereitschaft wächst, sich in menschliche Bomben zu verwandeln. Bucailles Buch endet dennoch mit einer vagen Hoffnung, dass sich in Israel auf Dauer die Einsicht in die eigenen Interessen durchsetzt. Wegen seiner demographischen Unterlegenheit sei es letztlich zum Kompromiss gezwungen, und das würde sich auch geopolitisch auszahlen: "Im Vergleich zu den umliegenden Ländern würden sich die

Palästinenser wahrscheinlich als die besseren Partner Israels erweisen." Das ist weniger abwegig, als es erscheinen mag. Der Fatah-Aktivist Sami würde Israel sogar eine Führungsrolle im Nahen Osten zugestehen: "Wenn die Israelis uns akzeptieren, könnten sie von mir aus an der Spitze der Arabischen Liga stehen."

Js.

Laetitia Bucaille: Generation Intifada. Aus dem Französischen von Ilse Utz. Hamburger Edition, 2004, 207 Seiten, 16 EUR

Bericht aus Ramallah

Wer sich auf eine differenzierte Schilderung des Lebens in den palästinensischen Gebieten einlassen will, sollte auch die Reportagensammlung "Bericht aus Ramallah" lesen. Die Autorin Amira Hass ist die einzige jüdisch-israelische Journalistin, die in der palästinensischen Stadt Ramallah im Westjordanland lebt. Sie schreibt für die linksliberale israelische Tageszeitung Ha'aretz, die vor allem von israelischen Intellektuellen gelesen wird. 37 von 500 publizierten Reportagen sind in diesem Buch zusammengefasst. Geschrieben wurden sie zwischen 1997 und 2002, sie umfassen also den Zeitraum der späten "Oslo-Jahre" und die ersten beiden Jahre der zweiten Intifada.

Die Reportagen handeln schwerpunktmäßig von verschiedenen Aspekten des Alltags in den palästinensischen Gebieten unter israelischer Besatzung. Dieser Alltag bedeutet ständige Angst vor den oft tödlichen Schüssen israelischer Soldaten, Trauer um einen getöteten Verwandten, Zerstörung von palästinensischen Häusern durch die israelische Armee, willkürlich verhängte Ausgangssperren, Schikanen an Kontrollpunkten und unpassierbare Straßen. All das schränkt die Bewegungsfreiheit massiv ein. Auch der Weg zur Schule oder zu medizinischer Versorgung wird dadurch häufig blockiert.

Amira Hass beschreibt in ihren Reportagen nicht nur, sie analysiert auch. Dass es sich beim Israel-Palästina-Konflikt um einen asymmetrischen Konflikt handelt, verdeutlicht sie durch eine nüchterne Aufzählung der Waffen, die den jeweiligen Seiten zur Verfügung stehen. Im Unterschied zu gängigen Vorstellungen führt sie die Bereitschaft zu Selbstmordattentaten nicht auf religiöse oder "mentalitätsbedingte", sondern auf sozialpolitische Ursachen zurück. Dennoch macht Amira Hass keine einseitigen Schuldzuweisungen. Wenn beide Seiten davon überzeugt seien, dass nur der Einsatz von noch mehr tödlicher Gewalt der Gegenseite Einhalt gebieten könne, dann hätten sie genau damit unrecht.

Die Reportagen handeln aber auch von den Versäumnissen und Unzulänglichkeiten der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA). Der von Amira Hass zitierte palästinensische Politikwissenschaftler Saleh Abdel Jawad meint dazu, dass die PA zum einen nicht angemessen auf das israelische Verhalten reagiert habe und es zum anderen dem palästinensischen Regierungssystem an Rechtsstaatlichkeit mangele.

Neben den durch die israelische Armee massiv eingeschränkten Lebensbedingungen führt dies zu großer Unzufriedenheit in der palästinensischen Bevölkerung. Diese äußert sich inzwischen auch in selbstorganisierten, friedlichen Protesten gegen die PA. Arbeitslose stellen öffentlich Protestzelte auf, Lehrer veranstalten Demonstrationen, Frauen protestieren gegen die Verhaftung ihrer Männer, die auf unbestimmte Zeit in palästinensischen Gefängnissen festgehalten werden. Leider führt diese Unzufriedenheit auch zu immer größerer Gewaltbereitschaft vieler Jugendlicher. Diese Jugendlichen kennen Israelis nur als Soldaten oder Siedler, die sie als unmenschlich erleben - im Gegensatz zu den 30- bis 50-Jährigen, die in Israel gearbeitet oder im Gefängnis gesessen haben und dabei auch auf andere Israelis getroffen sind.

Die mangelnde Kenntnis und Vorurteile über die andere Seite tragen dazu bei, den Friedensprozess zu behindern. Dies ist zum Teil auch gewollt, denn auch Israelis wird mit fadenscheinigen Gründen der Zutritt zu den palästinensischen Gebieten verwehrt. Damit, so Amira Hass, kann das israelische Militär das Bild von Palästina bestimmen und für seine Zwecke manipulieren.

Um eben diese Unkenntnis zu beseitigen und Mitgefühl einzufordern, schreibt Amira Hass ihre Reportagen - ein wichtiger Beitrag zum Verständigungsprozess.

Schade ist, dass die streckenweise etwas holperige Übersetzung die Lektüre des ohnehin nicht leicht verdaulichen Stoffs noch erschwert. Neben der Angabe des Erscheinungsdatums fehlen aussagekräftige Überschriften zu den einzelnen Texten. Zusätzlich zum Anmerkungsteil und Glossar wäre auch eine Chronik

hilfreich gewesen, um die in chronologischer Reihenfolge angeordneten Artikel in den Kontext der Ereignisse einsortieren zu können. Von diesen Mängeln abgesehen ist der "Bericht aus Ramallah", ebenso wie Amira Hass' Buch "Gaza" (vgl. ak 473), unbedingt lesenswert.

Karin Schönewolf

Amira Hass: Bericht aus Ramallah. Eine israelische Journalistin im Palästinensergebiet. Diederichs Verlag, München, 2004, 240 Seiten, 19,95 EUR

5. Verkürzter Antikapitalismus?

Zur Kritik an Postones "Nationalsozialismus und Antisemitismus"

CD-Datei: daten/aksuche/ak488/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:488:05

Postones Schrift "Nationalsozialismus und Antisemitismus" gilt mittlerweile als ein Meilen-, ja fast schon Grenzstein in der Antisemitismustheorie - hier wird ein bestimmter Diskussionsstand markiert: An ihm kommt man nicht vorbei, hinter ihn darf man nicht zurückfallen. Dennoch ist es interessant, den Text von Postone zuallererst selbst zu historisieren und das Augenmerk auf seine Entstehung zu lenken.

Erstmals erschienen ist Postones Text in der Frankfurter Autonomie. Materialien gegen die Fabrikgesellschaft Nr. 14, Ende 1979, die sich als Schwerpunktheft dem Faschismus widmete. (1) Diese Zeitschrift war eine der wichtigsten undogmatischen, linksradikalen Zeitschriften in der Zeit. Im Gegensatz zur Autonomie. Neue Folge der Hamburger Redaktion, die in den 1980er Jahren herauskam und sich stark am italienischen Operaismus orientierte, war das Hamburger/Frankfurter Projekt der 1970er eine Mischung aus vielerlei spontaneistischer Ideologie und Theorie.

Postones Text muss auch im Kontext dieser Debatten gelesen werden. Die damalige Linke war eine mehrheitlich strikt antizionistisch argumentierende Linke, die sich in ihrem Antikapitalismus unschuldig wähnte. Der berühmte Satz Horkheimers, wer vom Kapitalismus nicht reden wolle, solle auch vom Faschismus schweigen, wurde mehr und mehr zum Dogma erhoben, als konkret und kritisch gefüllt. Der Faschismus wurde weitgehend als eine Form bürgerlicher Herrschaft bezeichnet, zum Antisemitismus fand kaum eine eigenständige Untersuchung statt.

Dem setzt Postone entgegen, dass man sich erstmal mit der Vernichtungstat, mit Auschwitz, auseinander zu setzen hat und mit dem mörderischen Antisemitismus, der als Besonderheit des NS zu werten ist.

Gegen gängige Repressions- und Terrorhypothesen innerhalb der linksradikalen Faschismustheorie bezieht er sich auf den Ideologiebegriff des westlichen Marxismus, besonders den Begriff des Fetischs. Dem behaupteten Zusammenhang von Kapitalismus und Faschismus hält er den Zusammenhang von Ware und Antisemitismus entgegen. Wichtig ist auf jeden Fall, dass Postone den Antisemitismus nicht länger als bloßes Instrument der Herrschenden begreift. Antisemitismus ist für ihn weniger Herrschaftsmittel denn allgemeines falsches Bewusstsein.

Interessant ist, dass die anderen Beiträge des Heftes - bis auf einen sehr interessanten von Dan Diner zu jüdischer Sozialisation und linksradikaler politischer Identität - weitgehend die Ästhetik des NS untersuchen und dabei selbst eine merkwürdige Ästhetisierung betreiben. In einem solchen "Diskursumfeld" grenzt sich der Text in zwei Richtungen ab: zum einen gegen diejenigen, die im NS bloßen Irrationalismus und die Zerstörung der Vernunft sehen wollen (die Lukacs-Linie des Marxismus-Leninismus), und gegen diejenigen, die im Faschismus die Konsequenz der Vernunft erblicken wollen (die damals in der Sponti-Linken rezipierte Linie der Neuen Philosophen um André Glucksmann).

Postone schrieb diesen Text, als sich viele Linksradikale von der 1968 noch breiter rezipierten Kritischen Theorie abwandten, um entweder dem Marxismus-Leninismus zu folgen oder verschiedene Ursprünglichkeitskonzepte zu erfinden, die als Antikapitalismus oder fortschrittliche Gegen-Moderne ausgegeben wurden. Es machte sich nicht nur ein neuer Romantizismus breit (besonders zeigt das die weitere Entwicklung des die Autonomie verlegenden Sponti-Verlags Trikont, der in weiteren Buchveröffentlichungen widerständige, matriarchale und indigene Ursprungs- und Gemeinschaftsmythen entdecken wollte). Gerade in den K-Gruppen, aber auch in undogmatischen Fraktionen der Neuen Linken entwickelte sich ein die Gebrauchswertseite hofierender oder den Klassenkampf als unmittelbares Kampfverhältnis propagierender "Antikapitalismus", ohne die Fetischkritik von Marx und die Kategorie des "falschen Bewusstseins" der Frankfurter Schule rezipieren zu wollen.

"Antikapitalismus" war Teil der NS-Propaganda

Am deutlichsten auf die Linke zugeschnitten ist das proklamatorische Ende in der Ursprungsversion von "Nationalsozialismus und Antisemitismus": "Die Linke machte einmal den Fehler zu denken, dass sie ein Monopol auf Antikapitalismus hätte oder umgekehrt, dass alle Formen des Antikapitalismus zumindest

potenziell fortschrittlich seien". Die Tatsache, dass Postone im mörderischen NS-Antisemitismus eine Form von subjektiv ernst gemeintem, verkürztem "Antikapitalismus" erkannt haben mag, macht die verstörende Wucht des Textes aus, die noch heute im moralisierenden wertkritischen und antideutschen Jargon über "strukturellen Antisemitismus" und "verkürzten Antikapitalismus" nachbebt.

"Nationalsozialismus und Antisemitismus" ist in seiner Ursprungsfassung also auch ein strategisch platzierter Text für die linksradikale Neue Linke der späten 1970er Jahre.

In seinem Essay gelingt es Postone, den NS-Vernichtungsantisemitismus vom Antijudaismus abzugrenzen und ihn gleichzeitig im Kontext des allgemeinen, modernen Antisemitismus zu diskutieren. Postone gibt vor, mit seinem Text tiefer zu dringen als Adorno/Horkheimer in "Elemente des Antisemitismus": Nicht das jahrhundertelange Eingesperrt-Sein der Juden in die Zirkulationssphäre und die daraus folgende Personalisierung des Geldverhältnisses in "dem Juden" erkläre den Antisemitismus hinreichend, sondern die der Warenform entspringende Fetischisierung gesellschaftlicher Prozesse selbst. Denn die Ware liegt in der Doppelbestimmung als Tausch- wie Gebrauchswert vor, der Antisemit trachte nun danach, den Tauschwert (das Abstrakte) zu verdammen und in letzter Konsequenz zu vernichten, während der Gebrauchswert (das Konkrete) bejaht werde. Diese Kernbestimmung des Antisemitismus ließe sich gut mit historischem Material unterlegen. So wird mitunter von Antisemiten eine besonders regressive Art des Gebrauchswertsfetischismus an den Tag gelegt: der US-amerikanische Kapitalist und Antisemit Henry Ford beispielsweise beklagte in seiner auch von Hitler affirmativ zitierten Schrift "The International Jew", dass "Tingeltangel, billige Moden" und "Schund" zunehmen, was er natürlich den jüdischen Geschäftemachern zuschiebt, denen es nur darum ginge, "leicht Geld zu machen". Der Antisemit klagt also das Aussparen der harten, ehrlichen Arbeit und das Sich-Lösen der Arbeit bzw. des Gelderwerbs von einem gebrauchswerthaften Produkt an.

Antisemitismus als falsches Bewusstsein

In reinster Form kommt diese Denkform in der antisemitischen Finanzkapitalschelte als bloß raffendes, nicht schaffendes Kapital zur Geltung. Auch Postone ist diese bekannt, und er spricht vom Kapitalfetisch, ohne jedoch klar auszuführen, um was es sich bei diesem Fetisch in Anschluss an Marx handelt. Dies müsste er aber, denn auf der Ebene des Fetischcharakters der Ware ist der Kapitalfetisch noch nicht entwickelt und verstehbar.

Der Kapitalfetischismus liegt in drei miteinander zusammenhängenden Formen vor: als Fetischcharakter des Mehrwerts, des Zinskapitals und des Arbeitslohns. In der zweiten Form, als G-Gl, liegt die vertrackteste Form des Fetischs vor, weil mit dem Zins nicht mehr der Zusammenhang seiner Entstehung aus dem Mehrwert erkannt wird. Hier erscheint das Geld als sich selbst vermehrendes Geld, das die Produktion, die Vernutzung lebendiger Arbeit, die Produktion von sinnlichen Gebrauchswerten umgeht, wohlgemerkt: es erscheint nur als solches. Denn in der Krise wird das Kapital daran erinnert, dass es der Ausbeutungsebene, der Ebene der lebendigen Arbeit, nicht entfliehen kann. Marx knüpfte daran seine Hoffnung, dass die Krise auch entschleiernd und entfetischisierend wirken würde und die Sicht der Klasse auf das Kapital- und Ausbeutungsverhältnis klar wird. Dennoch blieb das Bewusstsein in wichtigen Kriseneinbrüchen - vor allem nach 1929 - in fetischhaften Formen stecken.

Ich habe in meinem Buch versucht auszuführen, dass die fetischhafteste Form des Kapitalverhältnisses, G-Gl, also das durchs Finanzkapital unter scheinbarer Auslöschung der Arbeit vorgenommene Vermehren des Geldes, vom Antisemiten besonders in der Zeit der Krise skandalisiert, angeprangert und im "Juden" personalisiert angegriffen wird. (2) Das wäre die klassische Definition und Bestimmung des Antisemitismus als "falsches Bewusstsein", das vom fetischistischen Kapitalverhältnis hervorgebracht wird, eine Bestimmung, die sich an Marxscher Ideologiekritik orientiert. Dass diese Analyse zum adäquaten Begreifen des NS-Antisemitismus unzureichend ist, wird weiter unten gezeigt. Doch direkt von der Warenform auf den Antisemitismus schließen zu wollen, der Warenform also einen Bewusstseinsinhalt zuzuordnen, wie es Postones theoretischem Wurf eigen ist, ist eine zu kühne und wenig plausible Denkbewegung, die - fast möchte man sagen - ihrerseits verkürzt ist.

Noch dazu will Postone festhalten, dass die Juden nicht nur die abstrakte Seite des Kapitals verkörpern; sie würden vielmehr mit "dem Kapitalismus überhaupt gleichgesetzt" und gegen sie werde subjektiv "antikapitalistisch" rebelliert. An dieser Stelle ist Lars Rensmann zuzustimmen, wenn er schreibt: "Der

Antisemit rebelliert nicht ‚antikapitalistisch`, sondern ist besser zu verstehen als der ‚Reformer`, der den Kapitalismus von seinen ‚schlechten Auswüchsen befreien` möchte, für die die Juden verantwortlich gemacht werden." Der NS-Staat und der Führer machten sich zum autoritären Bezugspunkt dieser Sehnsüchte und zu den Organisatoren der Vernichtung. Die vollständig neue Staatsform findet bei Postone jedoch auch keine entsprechende Erwähnung und Beachtung. Im Autonomie-Text spricht Postone noch vom "Quasi-Staatskapitalismus", eine Formulierung, die in den späteren Texten, veröffentlicht im Merkur (1982) und von Dan Diner in Zivilisationsbruch. Denken nach Auschwitz (1988), gestrichen wurde und doch eine Diskussion über den Antisemitismus als Staatsaktion zumindest hätte eröffnen können. Doch so bleibt die Rolle des Staates merkwürdig blass. Dabei war er es doch, der die Vernichtung der europäischen Juden schließlich zum Primat seiner Politik machte. Der Führer-Staat zeigte sich als barbarische Variante des Kriegskeynesianismus, der voller Reform-Versprechungen und -Eifer die Krise von 1929 terroristisch meistern wollte, alle Anfangsversprechungen dementierte und einzig im eliminatorischen Antisemitismus Konsequenz zeigte - von "verkürztem Antikapitalismus" keine Spur.

Antisemitismus ist keine Revolte

Natürlich war "Antikapitalismus" als Rhetorik und Propaganda nicht 1934 mit der SA verschwunden, sondern bis zum "Untergang" präsent. Er war unmittelbar mit dem Antisemitismus verknüpft und argumentierte in seinem Anti-Plutokratismus zuweilen pseudo-antikolonial.

Ein wichtiges Dokument hierfür ist die Rede von Joseph Goebbels im Berliner Sportpalast 1943, in der er vor der Weltöffentlichkeit von "vollkommener und radikalster Ausrott-, -schaltung des Judentums" spricht. (3) In dieser Rede koppelt Goebbels Antibolschewismus als europäische Mission der Nationalsozialisten mit fanatischem Antisemitismus, der die Juden als "Inkarnation des Bösen" hinter dem Bolschewismus wie der liberal-kapitalistischen "Plutokratie" gleichermaßen ausmacht. Gleichzeitig soll die deutsche Bevölkerung - vor allem die subalternen Klassen - zum totalen Krieg und "spartanischer" Lebensführung bewegt werden, indem das Ressentiment gegen "nichtstuende Reitgesellschaften", "Amüsierpöbel" und bessergestellte Kreise bedient wird.

Doch dieser "Antikapitalismus" war nicht "verkürzt", wie es der Jargon in Nachäffung Postones unermüdlich behauptet, denn was wäre denn die "Verlängerung" ...? Er war schlichte Propaganda und Demagogie und traf sich mit den autoritären Sehnsüchten des "kleinen Mannes" (und der ebenso ressentimentgeladenen Frauen), deren vielzählige Ideologien er bediente. Aber auch dieses Ideologiegemisch hatte gar nichts gegen das Kapital, es wurde potenziert und zur Vernichtung gesteigert gegen "die Juden".

Die Täter kommen bei Postone nicht vor

Der Nationalsozialismus mit seinem spezifischen Antisemitismus war ein großes "Ja!": Affirmation der eigenen Existenz als Arbeitskraft, Affirmation der großen Industrie und der Bürokratie und der Erfordernisse des Krieges, in denen es nur noch ums besinnungslose "Mitarbeiten" ging. Auch Postones Begriff der "Revolte" im Zusammenhang mit dem NS ist irreführend und brachte dem Text nur wohlwollende Zustimmung bei bürgerlichen Antisemitismusforschern ein. In der allen Deutschen bekannten und mitgetragenen Vernichtung ging es vor allem um konterrevolutionäre Komplizenschaft. Die judenmordenden Gemeinschaft wollte alle Antagonismen, vor allem den Klassenkampf, ausgelöscht sehen und ließ ihn nur in vollkommen verkehrter Form als spektakuläre Inszenierung und Ausdruck des Ressentiments zu. War der Antisemitismus des 19. Jahrhunderts mehr noch eine Reaktion des einzelnen, der im Antisemitismus eine repressive Ventilfunktion fand, so wurde er durch die Nationalsozialisten "zum primären Konstituens ihrer Gesellschaft" erhoben, "der in Absehung aller realen sozialen Antagonismen hypostasierten, gleichrassigen Volksgemeinschaft." (4)

Doch Postones Strukturalismus will von sozialen Antagonismen nichts wissen, zwei Dinge werden in seiner Theorie systematisch unterschlagen: der Klassenkampf und die Subjekte, womit er als Stammvater des subjektlosen Marxismus gilt, um dessen Erbe sich die konkurrierenden Wertkritik-Fraktionen von Krisis und antideutscher Prägung streiten. Kapitalismus erscheint nicht mehr als konfliktgeladenes soziales Verhältnis zwischen Klassen, und so verbauen sich Postone wie seine Adepten die Möglichkeit, im NS-Antisemitismus den großen Klassenversöhner zu erblicken. (5)

Mehr noch: Auch die Subjekte, beispielsweise die Träger der Vernichtungspolitik, tauchen nicht auf. Sobald man die Ebene der Geschichte und der Empirie sucht, wird es schwierig, mit Hilfe von Postones Folie in Best,

Höss, Eichmann und den anderen Schlächtern "verkürzte Antikapitalisten" zu entdecken; es waren vielmehr gewissenhafte Bürokraten, mal mehr, mal weniger leidenschaftlich rassistisch-antisemitisch; Menschen die einer gesellschaftlichen Schizophrenie folgend Massenmörder und treu sorgende Familienväter gleichermaßen waren.

Zu beachten wäre vor allem die Rolle der antisemitischen Gewalt im Formierungsprozess und in der Regulation der chaotischen gesellschaftlichen Bedingungen. Das würde von dem generalisierenden und statischen Ideologiebegriff und dem Fetischbegriff wegführen. Der NS-Antisemitismus ist mit dem Fetischbegriff und mit der traditionellen Ideologiekritik, der sich Postone verpflichtet fühlt, nicht zu erklären. Nicht umsonst haben Adorno und Horkheimer darauf hingewiesen, dass Ideologiekritik in Zeiten der reinen Herrschaft und des autoritären Staates schwierig wird, weil die Gesellschaft auf die ideologische Ummäntelung, die Ideologien der liberalistischen Gesellschaft verzichtet. Dass die Grenzen der klassischen Ideologiekritik mit der Vernichtungstat erreicht sind, hat auch damit zu tun, dass es keinen geraden Weg von der Geschichte des deutschen bürgerlichen oder völkischen Antisemitismus als Ideologie zur nationalsozialistischen Tat selbst gibt.

Es ist falsch, die Vernichtung direkt als die potenzierte Folge des (deutschen) Antisemitismus darzustellen. Detlev Claussen hat darauf aufmerksam gemacht, dass auch die Logik des Konzentrationslagers zum Massenmord führte. (6) Geschlagener und auf Ressentiment zurückgestauter Klassenkampf, die Entwicklung einer modernen Bürokratie und ihre Indifferenz, die darüber hinausgehende "Eigeninitiative" der Deutschen beim (dem Führer) "Entgegenarbeiten" (7), der "totale Krieg", rassistischer Imperialismus, die Politik einer Vernichtung "überflüssiger" Menschen der NS-Großraumwirtschaft müssten als Faktoren mitberücksichtigt werden, will man das Geschichtsverbrechen angemessen begreifen - und Denken und Handeln so einrichten, "dass Auschwitz sich nicht wiederhole, nichts Ähnliches geschehe" (Adorno).

Gerhard Hanloser

Autor von "Krise und Antisemitismus. Eine Geschichte in drei Stationen von der Gründerkrise über die Weltwirtschaftskrise bis heute", Unrast-Verlag, Münster 2003. Demnächst erscheint, ebenfalls im Unrast-Verlag, das von Gerhard Hanloser herausgegebene Buch "Sie warn die Antideutschesten der deutschen Linken. Zu Geschichte, Kritik und Zukunft antideutscher Politik".

Anmerkungen:

1) Die ursprüngliche Fassung trägt den Titel "Antisemitismus und Nationalsozialismus". Die überarbeitete Version des Textes, die in dieser ak-Ausgabe dokumentiert ist, heißt dagegen "Nationalsozialismus und Antisemitismus". Diese Überschrift wird hier durchgehend verwendet.

2) Eine falsche Kritik des Zinskapitals ist nur dann antisemitisch, wenn tatsächlich diese Form im "Juden" personalisiert wird, ein Prozess, den man historisch, psychologisch usw. ... zu untersuchen hätte. So viel zum aktuellen Nonsens namens "struktureller Antisemitismus", womit bereits jede falsche, moralisierende Kritik am Finanzkapital als "objektiv antisemitisch" verdammt werden kann.

3) Dokumentiert und erhellend kommentiert in: Iring Fetscher, "Wollt ihr den totalen Krieg?" Joseph Goebbels im Berliner Sportpalast 1943, Hamburg 1998

4) Autorenkollektiv: Faschismusanalyse, bürgerlicher und faschistischer Antisemitismus, Linkeck-Reihe: Sozial-revolutionäre Schriften III, Berlin 1968, Seite 9. Eine hervorragende Schrift, die zeigt, dass die NS- und Antisemitismusanalyse einiger Autoren aus der 1968er Bewegung besser war als ihr heutiger Ruf.

5) Einen inspirierenden Versuch hat Ulrich Enderwitz vorgelegt: Antisemitismus und Volksstaat. Zur Pathologie kapitalistischer Krisenbewältigung, Freiburg 1991

6) Detlev Claussen: Grenzen der Aufklärung. Die gesellschaftliche Genese des modernen Antisemitismus, Frankfurt am Main 1994, Seite 49/50

7) Der Hitler-Biograph Ian Kershaw, von dem diese Formulierung stammt, hat auf die breite Eigeninitiative aufmerksam gemacht, die die langjährige Sicht auf die leidenschaftslosen Bürokraten der NS-Spitze ergänzen muss. "Wir wollen, wie das nicht nur Berliner, sondern deutsche Art ist, zupacken, handeln, Initiative ergreifen, selbst etwas tuen und nicht alles den anderen zu tuen überlassen." (Goebbels, Sportpalast-Rede 1943)

6. Wege durch Autonomia

"Nation" und "Autonomie": eine schwierige Beziehung

CD-Datei: daten/aksuche/ak488/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:488:06

Die Zeiten ändern sich und die politischen Konzepte auch, Begriffe werden neu justiert, anders gefüllt und umgedeutet. Wenn der nationale Wettbewerbsstaat sein Humankapital aufrüstet, wird auch schon mal in linken Wortschätzen gewildert. "Selbstverantwortung", "Selbstbestimmung" und "Autonomie" stehen hoch im Kurs. Autonomie war aber auch ein beliebtes Projekt linksradikaler Bewegungen. Geplünderte Supermärkte in Berlin-Kreuzberg, von der Guerilla geschützte Kooperativläden im chiapanekischen Urwald, Waren nur aus Katalonien im besetzten Haus in Barcelona - das Angebot autonomer Praktiken war und ist vielfältig und global. Antinational allerdings ist Autonomie keineswegs zwangsläufig.

Ob Autonomie als politisches Konzept taugt und emanzipatorische Sprengkraft hat, hängt nicht wenig davon ab, in welchem Verhältnis die jeweilige Autonomie zur sie umgebenden Nation gedacht ist. Ein Streifzug zwischen Nation und Autonomie versucht sich im Folgenden diesem Problem zu nähern - mit drei Stopps zwischen 1995 und heute.

Der 11. September ist nicht nur das Datum des Militärputsches in Chile 1973 und des Angriffes auf Pentagon und World Trade Center 2001, sondern zugleich der katalanische Nationalfeiertag. Nach vierzehnmonatiger Belagerung fallen die Truppen Phillips V. an jenem Tag im Jahre 1714 in Barcelona ein, erobern es und leisten ihren symbolischen Beitrag zur Entstehung und Aufrechterhaltung katalanischer Identität: Das spanische Außen schweißt zusammen, der immer bedrohende und repressive Zentralstaat eint die Unterdrückten unter ihrer Fahne.

Am Vorabend des Feiertages 286 Jahre später besuchen wir ein Konzert. Im lauschig subkulturellen Ambiente einer ehemaligen Fabrikhalle gibt es unter anderem ein paar schöne Hardcore-Ständchen von KOP, einer einheimischen Band. Die Gruppe Endavant. Organització Socialista dAlliberament Nacional (1), die das Konzert veranstaltet, hat Plakate aufgehängt, die ein Motiv aus dem Spanischen Bürgerkrieg kopieren: den Holzschnitt eines Arbeiters vor der Fahne der anarchistischen Föderaton F.A.I. - nur dass das Banner hier nicht schwarz-rot ist wie im Original, sondern fünf rote und fünf gelbe Streifen hat und katalanisch "Sengera" genannt wird. Linksradikale und nationalistische Symbole fallen hier nicht selten in eins. In diesem Fall überdeckt die katalanische Flagge Geschichte, indem sie in einen bestimmten historischen Kontext gesetzt wird. Was sie verdeckt, ist der - keineswegs auf Katalonien beschränkte - historische Kampf für die Revolution und gegen den Faschismus im Spanischen Bürgerkrieg.

Barcelona, Herbst 2000 (Autonomie der Nation)

Katalonien statt Anarchie. Plötzlich kommt es zu einer etwas unheimlichen Szene. Die ganze Konzerthalle brüllt: "Gora ETA, Gora!" ("Es lebe ETA!"). In unseren Köpfen schwirren Fragen. Bei aller Sympathie für Unterdrückte, die sich wehren, erscheint uns die politische Praxis von ETA, die das Leben von PolizistInnen, TouristInnen oder Lokalpolitikern gezielt als Druckmittel für Verhandlungen einsetzt, kaum mehr diskutabel. Und wieso überhaupt "unterdrückt"? Sind das Baskenland/Euskadi und Katalonien nicht die reichsten Regionen innerhalb des Spanischen Staates? Der Wille zur Autonomie formiert sich offenbar recht unabhängig von ökonomischen Strukturen. Umgekehrt geht das wirtschaftliche Aussaugen einer Region nicht selten mit dem symbolischen Ausschluss und der politischen Unterdrückung ihrer BewohnerInnen einher. Einer dieser Mechanismen reicht in der Regel, um den Ruf nach Autonomie auszulösen.

Das Verbot der jeweiligen Sprache unter Franco ist natürlich das deutlichste Anzeichen für kulturellen Ausschluss. Dagegen anzugehen, ist immer auch Kampf um Autonomie. Dabei wird oft auf die Vorstellung einer einheitlichen kulturellen Gemeinschaft zurückgegriffen, deren besonderer Teil und Ausdruck die Sprache ist. Diese kulturelle Eigenheit gelte es zu schützen, zu pflegen und zu bewahren. Gerade diese Konzeption von Kultur aber ist prinzipiell genauso offen in Richtung Rassismus wie die Konzeption eines auf einer nationalen Kultur gegründeten Nationalstaates. Autonomie, verstanden als nationale Unabhängigkeit, setzt somit meist "Kultur" als Summe von Werten, Werken und Normen einer als homogen vorgestellten Gruppe voraus. Störendes muss auch hier ausgeschlossen werden, die Reihen müssen geschlossen gehalten werden.

Zum Endavant-Merchandising gehören Aufkleber mit Subcomandante Marcos und Fidel Castro vor den katalanischen Nationalfarben. Unser Hinweis, dies sei doch etwas vereinfachend, würden doch hier unter der katalanischen Flagge Ansätze gleichgesetzt, die im Grunde völlig gegensätzlich seien, wird von dem angesprochenen Mitarbeiter abgeschmettert: "Nein". Kurze Pause. "Ach so".

Chiapas, Herbst 2004 (Autonomie in der Nation)

Am Tag nach dem Konzert, bei der von etwa 15.000 Leuten besuchten Demo am Nationalfeiertag wehen viele katalanische und baskische Fahnen zwischen denen feministischer und anderer linker Gruppen. Subkultur und Establishment, asketische Punks und korrupte Regionalpolitiker treffen sich in dieser Autonomiekonzeption auf derselben Seite der imaginären Barrikaden und stehen sich kaum als Klassen- oder Lifestyle-Feinde gegenüber: Nationalismus verbindet.

Im September ist auch in Mexiko Nationalfeiertag. Hier wurde die Unabhängigkeit von Spanien erreicht, und zwar ausgehend vom so genannten "Grito", dem Ruf des liberalen Pfarrers Hildalgo am 16.09.1810, der auch ein Aufruf zum bewaffneten Kampf gegen die Kolonialmacht war. Auch die zapatistische Befreiungsarmee EZLN, (2) die 1994 dem mexikanischen Staat den Krieg erklärt hatte, bezieht sich auf dieses Ereignis - wie auch praktisch jeder Bürgermeister, egal welcher Parteizugehörigkeit, wenn er am Vorabend des Feiertages auf dem Balkon seines Amtssitzes Hidalgos Ruf wiederholt und mit dem einheitsstiftenden "Viva México" aufpeppt, auf das das Original noch verzichten konnte ("Vivan las Américas!"(3) hieß es da, und "Nieder mit der schlechten Regierung!"). In einem der seit einem Jahr bestehenden fünf neuen zapatistischen Amtssitze, im Caracol Oventic, rufen auch die Zapatistas die Unterdrückung der Indígenas und die Notwendigkeit bewaffneter Rebellion in Erinnerung - und sich selbst in die Arme der mexikanischen Nation. Die 2003 ins Leben gerufenen zapatistischen "Räte der Guten Regierung" formieren sich nicht nur in Opposition zur Mannschaft des aktuellen Präsidenten von der konservativen Partei der Nationalen Aktion (PAN), sondern knüpfen auch an Hidalgos Ruf nach einem unabhängigen Mexiko an. Auch pro-zapatistische Intellektuelle, nicht zuletzt Subcomandante Marcos selbst, bemühen sich in letzter Zeit verstärkt um den Nachweis, dass die von den Zapatistas geforderte und in Teilen bereits praktizierte Autonomie der Integrität des Nationalstaates keinen Abbruch tut.

Trotzdem kommt die zapatistische Praxis häufig ohne eine eindeutige kollektive Identität aus. Braucht die auf nationale Unabhängigkeit zielende Autonomieforderung ziemlich dringend eine kollektive Identität zur Grundlage, ist eine weniger sezessionistische Konzeption nicht so sehr darauf angewiesen. Seit Beginn des Aufstandes gibt es 38 autonome Landkreise mit zahlreichen zapatistischen Gemeinden, die ihre Autonomie ganz pragmatisch als ethnisch-indigene ansehen. Ihre Geschichte verstehen sie auch hier als Konglomerat von symbolischer Exklusion, kulturellem Ausschluss und ökonomischer Ausbeutung. Aber das Subjekt ihres Kampfes ist vielsprachig, zwar meist indigen, aber die Indigenen sprechen eben viele verschiedene Sprachen (Tzotzil, Tzeltal, u.v.a.) und lassen zumindest potenziell auch andere, weitere zu. Die Zapatistas kämpfen für "eine Welt, in die viele Welten passen", vielleicht also auch unsere eigene kleine, revolutionstouristische Welt.

Der zapatistische Diskurs ist somit in verschiedene Richtungen anschlussfähig. Nicht umsonst treffen wir seit zehn Jahren unter den vielen internationalen Autonomiebegeisterten, die sich in Chiapas einfinden, auch viele BaskInnen und KatalanInnen. Der u.a. von Intellektuellen wie Gilberto López y Rivas unternommene Versuch, zapatistische Autonomie für kompatibel mit dem mexikanischen Gesetz zu erklären, ist jedoch nur eine Möglichkeit, das zapatistische Autonomiekonzept zu interpretieren. Die andere ist, Autonomie als transnationalistisches Projekt zu verstehen, relativ unabhängig vom jeweiligen nationalen politischen, sozialen und juridischen System und bezogen auf soziale Bewegungen weltweit, statt auf die - z.B. - mexikanische Nationalfahne.

Berlin, Ostern 1995 (Autonomie von der Nation)

Ein irgendwie positiver Bezug auf die nationalen Surroundings war in linksradikalen Kreisen im deutschsprachigen Raum geschichtsbedingt von vornherein ausgeschlossen. Undogmatisch wurde angeknüpft vor allem an die Ereignisse von 1968, die in Deutschland den Bruch - statt wie beispielsweise in Mexiko eher die Einheit - mit der Elterngeneration herbeiführten. Man setzte auf Marcuses "rebellische Subjektivität" gegen den eindimensionalen Rest. Allerdings war seit Aufkommen der autonomen Bewegung in den frühen achtziger Jahren klar, dass es keine Autonomie innerhalb der herrschenden Verhältnisse gibt. Beim

Autonomiekongress in Berlin, dem "Treffen der Generationen" für neuen Schwung, das jedoch eher zu einem Abschlussresumée werden sollte, versammelten wir uns unter der Losung "Autonomie ist selbstbestimmte Abhängigkeit". Die etwa 2.500 kämpferischen Subjekte in der Berliner Technischen Universität und ihr Umfeld hatten neben den Punk- mittlerweile auch Techno-Ästhetiken zugelassen und anarchistischen und neomarxistischen Theorieansätzen postmoderne hinzugefügt. Die vom Staatsschutz über Jahre mit 5.000-10.000 bezifferte Bewegung hatte Häuser, Plätze und soziale Nischen besetzt und in gesellschaftliche Debatten über Atom- oder "Ausländerpolitik" eingegriffen.

Fünf Jahre vor dem Kongress war unter maßgeblich autonomer Beteiligung die von 20.000 Menschen besuchte "Nie wieder Deutschland!"-Demo in Frankfurt/Main organisiert worden. Die damals noch viel stärker dem baskischen oder kurdischen Befreiungskämpfen verpflichtete autonome Szene hatte den Bezug zur eigenen Nation dort recht eindeutig ausgesprochen. Trotzdem war das auf militanter Praxis beruhende, gleichzeitig zwischen Nischen- und Bewegungspolitik lavierende Autonomiekonzept der Autonomen auch danach nicht gefeit vor nationalen Vereinnahmungen.

Mehr als in den anderen beiden hier skizzierten Konzeptionen war die Autonomie der Autonomen subkulturell bestimmt. Symbolproduktion stand auch hier hoch im Kurs, wenn auch die von Dreadlocks, WG-Leben und Konzertbesuchen vermittelte Einigkeit kaum an die von Nationalfahnen gestiftete herankommt: Kultur ist dabei weniger ein bestimmter Kanon als vielmehr ein Gemisch aus Ritualen, Symbolen und Praktiken, die sich an anderen Bewegungen, Strömungen und Schulen abarbeiten und herausbilden, mehr transnational als am Rahmen "einer" Nation orientiert. Zu kritisieren gibt es an der Autonomen-Autonomie dennoch nicht wenig: vom Bashing anderer, z.B. gewaltfreier Aktionsmethoden bis zur Undurchsichtigkeit der eigenen Strukturen, die die Aufnahme in den Club der Gleichgesinnten oft nicht gerade einfach (geschweige denn demokratisch) werden ließ.

Irgendwann Anfang der 1980er hatte der Autonomie-Theoretiker Karl-Heinz Roth einmal in einem Anflug von Optimismus geschrieben, die Autonomen machten bereits ein Drittel der Leute in deutschen Universitäten aus. Die Zeiten haben sich geändert. Heute sitzen wir nicht mehr in den Universitäten, sondern fliegen von Chiapas über Barcelona zurück nach Berlin und wieder hin. Aber: Wer "wir" ist, bleibt offen.

Oskar Lubin

Anmerkungen:

1) www.endavant.org

2) www.ezln.org

3) "Hoch leben die (verschiedenen) Amerikas!"

7. Antideutsche Welterklärungen

Realsatire und Schlimmeres: Kriegspropaganda

CD-Datei: daten/aksuche/ak488/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:488:07

Dramatische Ereignisse werfen ihre Schatten voraus. Dass Gerhard Schröder und Joseph Fischer demnächst die Macht in Washington ergreifen könnten, hätten sicher auch die ak-LeserInnen bislang nicht für möglich gehalten. Höchste Zeit also, sich mit den "Enthüllungen" einer antideutschen Agentur für Realsatire näher zu befassen. Freilich hat die antideutsche Szene nicht nur offenkundige Clowns hervorgebracht. Einige ihrer Protagonisten werden mittlerweile selbst von Teilen der konservativen Presse ernst genommen - als Mitstreiter im gemeinsamen Kampf gegen die Linke.

Unter US-AmerikanerInnen dürfte mancher antideutsche Text herzhaftes Gelächter hervorrufen - etwa folgende Passage über "die beiden deutschen Favoriten auf den Posten im Weißen Haus, Michael Moore bzw. John Kerry": "Das ‚andere Amerika`, also Michael Moore, Noam Chomsky, John Kerry und wie sie alle heißen mögen, sind in dieser Konfrontation nur die nützlichen Idioten. Sie sekundieren bloß noch den europäischen Kopfarbeitern, sind reine Komparsen." (1) Dieses Zitat stammt aus dem Text einer Kölner Gruppierung, die gemeinsam mit der Redaktion der Zeitschrift Bahamas und einer langen Liste vorwiegend antideutscher Splittergruppen zu zwei Kundgebungen zur Unterstützung der israelischen Militärpolitik am 5. Juni sowie am 25. September 2004 in Köln aufgerufen. (2)

Glaubensfest sind die führenden Antideutschen im Vertrauen auf die Ideale der "zivilisatorischen Mission" der westlichen Führungsmacht verwurzelt. Dabei wähnt sich diese Strömung einer Wiederaufnahme des Zweiten Weltkriegs gegenüber - dessen Schauplatz freilich nicht Europa ist, sondern der Nahe Osten; dort herrscht aus ihrer Sicht der neue Nationalsozialismus, wie man seit dem 1991er Feldzug gegen "Hitler - Hussein" gelernt hat. Nur wollen diese allerbesten Deutschen - mit deutschem Pass und sehr deutschem Glauben an die Macht der Weltanschauungen - diesmal frühzeitig auf Seiten der gerechten Sieger stehen. So schließen sie sich in Grüppchen zusammen, die sich etwa "Gruppe Casablanca" nennen, weil dort 1943 Theodor Roosevelt und Winston Churchill im Namen der USA und Großbritanniens die Forderung nach unconditional surrender (bedingungsloser Kapitulation) NS-Deutschlands beschlossen. Die Sowjetunion und die Partisanenbewegungen sind dabei aus ihrem Geschichtsbild vom Zweiten Weltkrieg verschwunden - obwohl 85 Prozent der getöteten Wehrmachtssoldaten an der Ostfront zu Tode kamen und die UdSSR lange Zeit die militärischen Hauptanstrengungen alleine trug, bevor die Westmächte spät, im Juni 1944, in der Normandie die zweite Front eröffneten.

Andere fordern schon heute mutig ein neues Abkommen zur endgültigen Niederhaltung des übermächtigen Feindes. Deswegen nennen sie sich beispielsweise "Initiative Potsdamer Abkommen", um sich entschlossen an die US-amerikanische Nation zu wenden mit einer Warnung vor den feigen Kollaborateuren: "Wer Kerry wählt, wählt Schröder und Fischer!" (3)

John Kerry - Deutschlands "nützlicher Idiot"

Dass einige antideutsche Publizisten auch von Teilen der konservativen Presse ernst genommen werden, erscheint nur auf den ersten Blick verblüffend. Offensichtlich passen die antideutschen Agitationsparolen wunderbar in das eigene pro-imperialistische Argumentationsmuster hinein. So ist die nicht gerade antinationale Springer-Zeitung Die Welt mittlerweile zum geschätzten Publikationsorgan der beiden antideutschen Ideologen Thomas von der Osten-Sacken und Thomas Uwer geworden. (4) Beide schrieben - und schreiben in geringerem Maße immer noch - aber auch für linke Medien, darunter Jungle World und konkret. In beiden Blättern kommen freilich auch AutorInnen zu Wort, die völlig andere politische Schlussfolgerungen ziehen als die beiden Herren.

Das Duo Thomas & Thomas machte vor allem im Vorfeld des Irakkrieges 2003 auf sich aufmerksam, als beide dem Ereignis von Artikel zu Artikel in zitternder Vorfreude entgegen fieberten. Inzwischen ist es um die Demokratisierungs- und anderen Versprechen gegenüber der irakischen Bevölkerung ein wenig stiller geworden, und damit auch um die beiden mittlerweile in Berlin ansässigen Propagandahelden. Freilich ist ihnen eine gewisse Rekonversion als publizistische Ratgeber in Sachen Terrorismus und sicherheitspolitischer Strategie im Irak gelungen; Originalton: "Die Täter aber, deren Gesichter inzwischen weltweit bekannt sind,

müssen, wie Peggy Noonan im Wall Street Journal fordert, gezielt und unnachgiebig verfolgt, gefasst und zur Verantwortung gezogen werden." (5)

Um das ideologische Strickmuster zu verstehen, das dieser linken Konversion zu Kriegskommentatoren zu Grunde liegt, muss man zumindest einige ihrer theoretischen Grundannahmen kennen. Die erste wurde bereits genannt: Alle wichtigen Ereignisse des gegenwärtigen Weltgeschehens sind unbedingt als Neuauflage des Zweiten Weltkriegs zu begreifen - mit arabischen Nationalisten und Islamisten in der Rolle des nationalsozialistischen Regimes. Diese, gelinde ausgedrückt, merkwürdige Sicht auf die Dinge ist ein Spätprodukt jener Teile der Linken, die durch die schnelle Abfolge von Wiedervereinigung (mit den entsprechenden Ängsten vor einer neuen deutschen Großmachtpolitik) und Irakkrieg in den Jahren 1990/91 gründlich durcheinander geschüttelt wurden und seitdem die Entwicklungen der Gegenwart auf der Matrix des Dritten Reiches zu verfolgen versuchen.

Der kämpfende GI als neues Idol

Wenn man genau hinschaut, dann ist es freilich mitnichten scharfe Kritik an vermeintlicher oder tatsächlicher bundesdeutscher Großmachtpolitik, die etwa Thomas & Thomas umtreibt. So sagte Thomas Uwer anlässlich einer Podiumsdiskussion mit Thomas Ebermann am 17. März 2004 in Berlin (6), er sehe keine Gefahr in solcher Einflusspolitik seitens der BRD. Vielmehr sei die Politik der Schröder-Fischer-Regierung deswegen gefährlich, weil sie die einer "Loosermacht" sei, die ihre wirtschaftlichen Interessen freiwillig zu Gunsten rein ideologischer Prämissen aufgebe und deswegen nicht berechenbar sei. Welche aber sind diese ideologischen Axiome, die das Staatsschiff der BRD angeblich antreiben? Uwer zeigte sich "überzeugt" davon, dass Schröder und Fischer sich zweifellos "subjektiv als links und antiimperialistisch" sähen. Sollten also diese regierenden "Linken" - unbemerkt von allen anderen - doch das Kunststück geschafft haben, die Macht des Kapitals weitgehend ihren "ideologischen Prämissen" unterzuordnen?

Aus der Weltsicht von Thomas & Thomas ist die Verfolgung wirtschaftlicher Interessen, also solcher des Kapitals, grundsätzlich "kein Skandal, sondern Normalität". Das ist aber nicht (nur) als Aufforderung gemeint, mit dem Moralisieren aufzuhören und statt dessen nüchtern die Funktionsweise des Systems zu analysieren. Vielmehr ist damit tatsächlich das Bekenntnis gemeint, es sei "normal" im Sinne von "richtig", wenn solche Interessen verfolgt würden - und dass die Gefahr dort beginne, wo dies nicht mehr der Fall ist. So verbanden Thomas & Thomas ihre schon Monate vorab verkündete Befürwortung des US-Angriffs auf den Irak mit der Aussage: Dass die USA dabei auch wirtschaftliche Interessen verfolgten, sei "kein Skandal, sondern das Normalste der Welt" (Thomas Uwer); wer sich darüber aufrege, sei mindestens ein völkisch angehauchter Moralist. Nach demselben Argumentationsmuster könnte man freilich auch sagen, dass der Verkauf von Giftgasfabriken durch deutsche Firmen an den Irak unter Saddam Hussein dann ebenfalls, jedenfalls aus Sicht des deutschen Kapitals, "normal" und folgerichtig nicht skandalös war. So würden Thomas & Thomas das aber nicht darstellen, da es dabei ja um Unterstützung für das Reich des Bösen ging.

Die theoretische Grundlage für dieses Herangehen liefert die Verballhornung der Kritischen Theorie, deren Destillat zur Grundausstattung der antideutschen Ideologie-Alchimie gehört. Die Vordenker der Frankfurter Schule um Theodor Adorno hatten, im Zustand größter Isolation in ihrem US-amerikanischen Exil zu Anfang der 1940er Jahre und angesichts der dramatischen Ereignisse auf dem europäischen Kontinent, eine pessimistische Theorie entwickelt, derzufolge es zum damaligen Zeitpunkt nur noch das vernunftbegabte Individuum zu retten gelte und keine vorwärtsweisende gesamtgesellschaftliche Utopie zu entwickeln sei. Das Kollektiv wird, was vor dem Hintergrund der Erfahrung mit der nationalsozialistischen "Volksgemein- schaft" sehr verständlich wird, hauptsächlich als Ausdruck von Zwang wahrgenommen: Es vermittelt den Druck auf das Individuum, sich einzufügen und sich der Herrschaft zu beugen.

In ihrer extrem vulgarisierten Form ist diese Aussage der Kritischen Theorie auch bei unseren heutigen Antideutschen angekommen. So wird sich in jedem längeren Elaborat aus dieser Ecke ein Verweis auf die notwendige Verteidigung des Individuums gegen das völkische Kollektiv finden, wobei die eigene Gruppe die letzten noch nicht vom "kollektiven Wahn" verblödeten Personen umfasse, die deswegen noch "die Wahrheit" aussprechen könnten. Dieser Diskurs, der "das Individuum" als ideologische Chiffre positiv und "das Kollektiv" grundsätzlich negativ besetzt, unterscheidet dabei nicht zwischen Zwangsgemeinschaften einerseits und aus freien Stücken unternommener kollektiver Aktion, etwa im Sinne der historischen Arbeiterbewegung, andererseits.

Dabei wird mit der positiven Chiffre "Individuum" wiederum die Verfolgung rationaler, und deswegen berechenbarer Interessen auch wirtschaftlicher Natur identifiziert. Das Kollektiv hingegen steht in diesem Diskurs für "Wahn", der tendenziell von allen Interessen abstrahiert; manche Autoren sprechen in diesem Zusammenhang auch von "Nihilismus", im Unterschied zu interessegeleitetem Denken (7). Dabei wird reichlich verkannt, dass auch etwa in rechtsextremen Bewegungen durchaus Interessenpolitik betrieben wird, auch wenn die begleitende Ideologie sich tatsächlich bisweilen verselbstständigt.

Die USA - immer und überall für die "Freiheit"

Diese ideologische Positiv- und Negativbestimmung wiederum führt zu entsprechenden Bewertungen von Großmachtinteressen - sofern sie an materielle Interessen angebunden, vulgo rational berechenbar sind, können sie positiv bewertet werden. Das gilt auch für die Privatisierungsbestrebungen der führenden Besatzungsmacht im Irak (deren Realisierung freilich bisher an der dramatischen Sicherheitslage scheiterte). Noch einmal Thomas Uwer: "Auch im Irak geht es in erster Linie nicht darum, Ausbeutungsinteressen gegen ein nationales Kollektiv durchzusetzen, das sich eigene Vorstellungen davon macht, wie es wirtschaften will. Es geht derzeit im Irak überhaupt nicht um ein Kollektiv, sondern um die Inrechtsetzung von Individuen gegenüber dem über Jahrzehnte herrschenden kollektiven Wahn des Baathismus, der als arabischer Nationalismus dem Islamismus ähnelt wie ein Arsch dem anderen. (...) Der Bezugsrahmen ist nicht die Revolution, sondern der Staat, der in der Lage ist, Rechte zu garantieren, zu formulieren und auch umzusetzen."

Folgen wir den Ausführungen von Thomas & Thomas im Zentralorgan der antideutschen Sekte, Bahamas, wo sie im Inhaltsverzeichnis als "Lieutenant Thomas Uwer und Sergeant Thomas von der Osten-Sacken" vorgestellt werden. (8) Das ist keineswegs selbstironisch gemeint. Denn als Prototyp des selbstbestimmten Individuums präsentieren die beiden allen Ernstes den Soldaten in Uniform. Denn US-Soldaten im Irak, so erfahren wir, handeln selbstbestimmt und autonom und sind sich ihres Tuns vollauf bewusst. Pikiert rümpfen unsere beiden Ideologen die Nase über die in linken Kreisen verbreitete "Vorstellung von Soldaten, die entweder sadistische Killer oder aber selbst Underdog - also Opfer - sind, einer ethnischen Minderheit oder den Unterklassen entstammen". Eine grundfalsche Vorstellung, belehren uns Thomas & Thomas: "Wie Pat zu Patachon, so gehört in diese Vorstellung zum schießwütigen Ledernacken seit jeher auch der schwarze GI, dem die Armee einziger Ausweg aus dem Ghetto war und der als Kanonenfutter für die Rendite von Halliburton und Bechtel verheizt wird."

Gegen solche "abwegigen" Vorstellungen präsentieren Thomas & Thomas den "Major der US-Army: Eric Rydbom", angetrieben "nicht nur von einer tiefen Humanität und dem Willen, den Irakis beim Wiederaufbau ihres Landes zu helfen, sondern auch von einer Scharfsicht, die viele missen lassen." Zu Rydboms Scharfsicht gesellt sich ein historisch fundiertes Bewusstsein von der eigenen Mission: "Rydbom, der wie viele andere Soldaten auch, seinen Einsatz im Irak mit dem der US-Armee im Zweiten Weltkrieg vergleicht...`" Und noch einmal: (Bei ihm) "wird der Einsatz im Irak mit der Befreiung Europas im Zweiten Weltkrieg verglichen." Thomas & Thomas zitieren zudem ausführlich aus Feldpostbriefen und E-Mails amerikanischer Soldaten und Offiziere. Allerdings hatte sich schon vor Abfassung ihres Artikels herausgestellt, dass die GIs viele dieser Briefe "nie geschrieben hätten, sondern (diese) ihnen ‚mit der Bitte vorgelegt wurden, sie doch zu unterzeichnen, falls Einverständnis mit dem Inhalt besteht`", wie die Autoren einen Beitrag aus dem Freitag zitieren - dem sie freilich gar nicht widersprechen. Sie machen sich lediglich über "das Ziel der Kampagne" lustig und kontern den Hinweis darauf, dass viele Feldpostbriefe von der Armeehierarchie formuliert wurden, lediglich mit dem Argument, dass in "einer ganzen Fülle anderer Artikel, Emails, Weblogs amerikanischer GIs aus dem Irak" inhaltlich doch dasselbe stehe.

An dieser Stelle müssen die beiden Autoren dann doch zu einer offenkundigen ideologischen Krücke greifen, nämlich zu dem viel strapazierten Begriff "Freiheit", der anscheinend die grundlegende Antriebkraft der GIs im Einsatz darstellt: "Wie anders ist dagegen der Blick aus Amerika, wo Kriege seit der Revolution immer einem klar formulierten Ziel gedient haben, das ideologisch ausgedrückt am besten mit dem Wort ‚Freiheit` zu umschreiben ist: Ob gegen die britische Krone, gegen den spanischen Kolonialismus, gegen den Emperor Wilhelm, die Nazis oder den Kommunismus."

Neokonservative - Kämpfer gegen Antisemitismus

"Vergessen" wird dabei u.a., dass die USA im Kampf "gegen den spanischen Kolonialismus" vor allem danach strebten, selbst Kolonialmacht zu werden und Spanien als solche in seinen bisherigen Besitzungen abzulösen. Genauso kam es auch, und die USA wurden ab 1898 ganz offiziell Kolonialmacht auf den Philippinen (bis zum Zweiten Weltkrieg), Kuba und Puerto Rico.

Doch auf die Genauigkeit der historischen Analyse kommt es den ideologischen Trommlern ohnehin nicht an. In der jüngsten Ausgabe der Bahamas (9) versuchen Thomas & Thomas ihren Hass auf die UNO (ein lästiges Hindernis bei "antifaschistischen" Feldzügen wie jenem im Irak) theoretisch zu untermauern und gleichzeitig die ideologischen Fundamente des US-amerikanischen Neokonservatismus stichhaltig zu begründen. Dabei starten die Autoren im Jahr 1975, in dem die Vollversammlung der Vereinten Nationen ihre berühmt-berüchtigte Resolution "Zionismus ist Rassismus" verabschiedete und in dem der (1979 gestürzte) ugandische Diktator Idi Amin vor der UN-Vollversammlung sprach. Einen unter anderem dagegen gerichteten Text des späteren UN-Botschafters der USA, Daniel Patrick Moynihan, von 1975 unter dem Titel The United States in opposition präsentieren Thomas & Thomas dabei "als Starting Point des Neokonservativismus". Damit ziehen sie, in einem Parforceritt durch die jüngere Geschichte, eine geradlinige Verbindung vom abzulehnenden Antizionismus (vulgo Antisemitismus) über die damalige Position der USA bei den Vereinten Nationen direkt hin zur "Kollaboration" von UN-Organen mit Saddam Hussein (im Rahmen des Oil-for-food-Programms) und zur Ablehnung des Irakkriegs von 2003.

Dabei unterschlagen sie nur leider einige lästige historische Details: Wenn die USA sich im Jahr 1975 "in der Opposition" bei den Vereinten Nationen befanden, dann freilich keineswegs nur deswegen, weil diese "eine Bühne für Tyrannen und Diktatoren" (wie sie Moynihan zitieren) gewesen wären. Sondern vor allem auch, weil damals eine UN-Mehrheit aus sowjetischem Block und frisch entkolonisierten Ländern der "Dritten Welt" bestand, die in mehreren Resolutionen auch eine andere Weltwirtschaftsordnung verlangte und diverse US-Strafexpeditionen verurteilte. Schließlich dürfte als "Starting Point" des Neokonservatismus vielleicht auch eine andere, klitzekleine historische Gegebenheit wie der Ausgang des Vietnamkriegs im selben Jahr 1975 eine nicht gänzliche unwesentliche Rolle spielen.

Dies alles aber findet in der historischen "Analyse" von Thomas und Thomas keinerlei Erwähnung. Sie ist, wie zahllose andere Texte aus derselben Werkstatt, vor allem eines: Eine Instrumentalisierung der notwendigen Kritik an modernen Erscheinungsformen des Antisemitismus zum Zwecke billiger Propaganda.

Bernhard Schmid, Paris

Anmerkungen:

1) http://infoladen.de/koeln/casablanca/index.php/artikelID=3Dtexte_achtenicht

2) Anlässe waren beim ersten Mal das Stattfinden der Konferenz "Stopp the Wall", beim zweiten Mal einer "Demonstration gegen die Besatzung in Palästina und im Irak". Unabhängig davon, dass auch bei diesen beiden Ereignissen recht kritikwürdige Inhalte präsent gewesen sein mögen, soll es in diesem Text um die Bewertung der "Antideutschen" und ihrer Ideologie gehen - woraus keineswegs resultiert, dass auf der anderen Seite der neuen Polarisierungslinie "Antiimps versus Antid." vorwiegend vernünftige Inhalte vorherrschend seien. Die erste "antideutsche" Kundgebung zog circa 100 Personen an, die zweite circa 70 Personen. Vgl. http://www.fenceoutterror.tk/

3) Vgl. http://dki.antifa.net/inipa/inipa.php (inipa steht dabei für "Initiative Potsdamer Abkommen")

4) Vgl. Die Welt vom 23. März, 7. April, 24. April, 12. August und 17. September 2004

5) Kommentar von Thomas von der Osten-Sacken nach den Vorfällen in Falluja, bei denen die Leichen von vier US-Amerikanern exhibiert wurden, in Jungle World vom 7. April 2004

6) Die Mitschnitte (als MP3-Datei) können hier angehört werden: http://jungle-world.com/termine.html

7) Vgl. als Illustration dieses Diskurses etwa Thomas Uwer in konkret 05/2004: "Überall (im Nahen Osten) fand sich das Kollektiv mal national, mal religiös ins Recht gesetzt, während die ‚kulturelle Moderne` bürgerlicher Gesellschaften - die Befreiung des Individuums vom Kollektiv - nicht nur abgelehnt, sondern als feindlicher Angriff auf das Kollektiv bekämpft wurde."

8) "Unterdrückte Nachrichten aus dem Irak...", in Bahamas Nr. 43, Winter 2003/04

9) Bahamas Nr. 45, Herbst 2004: "Business with Saddam"

8. AUFGEBLÄTTERT

CD-Datei: daten/aksuche/ak488/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:488:08

Feminismus (ML)

Mit der Unterordnung von Geschlechterverhältnissen unter den Klassenkampf hat die marxistische und leninistische Linke der 1970er Jahre selbst zur Reproduktion patriarchaler Strukturen beigetragen. In Norwegen allerdings, wo die maoistische Kommunistische Arbeiterpartei AKP(ml) eine politische Kraft mit Ansätzen zu echtem Masseneinfluss war, kam es innerhalb der ML-Bewegung auch zu einem starken frauenpolitischen Engagement. 1984 bis 1988 war die als Kriminologin, Romanautorin und Feministin bekannte Kjersti Ericsson Parteivorsitzende. Sie schrieb damals das Buch Schwestern, Genossinnen!, in dem sie feststellte, dass die ML-Klassiker zwar Abhandlungen über alles Mögliche verfasst haben, aber so gut wie nichts zur Frauenfrage - und folglich Nachholbedarf besteht. Die AKP, die im Zuge ihrer Entdogmatisierung 1991 den Namenszusatz "ml" abgelegt hat, spielt noch heute eine wichtige Rolle in der norwegischen Linken. Ihr Verlag Røde Fane beabsichtigt die Herausgabe einer deutschen Übersetzung von Schwestern, Genossinnen!, die der in Flensburg lebende Per K. Losch besorgt hat. Sie ist im Internet bereits zugänglich. Für die gedruckte Ausgabe wird die als Labournet-Redakteurin bekannte Mag Wompel ein Vorwort beisteuern. Der historische ML-Kontext (mit Reminiszenzen an das "Demokratische Kambodscha" als entwicklungspolitisches Modell) macht die Rezeption heute zwar nicht ganz leicht. Dennoch bietet das Buch eine undogmatische Erörterung der Problemstellungen des Verhältnisses von Lohnarbeit und Hausarbeit, Warenproduktion und unbezahlter Reproduktion, Klassen- und Geschlechterfrage, Marxismus und Feminismus, die nichts an Aktualität verloren hat in einer Zeit, in der die Klassenfrage wieder auf die Tagesordnung tritt und gleichzeitig die von der Autorin bereits damals untersuchte Diversifizierung der ArbeiterInnenklasse traditionelle Deutungs- und Handlungsmuster in Frage stellt. Ihr Fazit: Kein revolutionärer Klassenkampf ohne eigenständig organisierten Frauenkampf, keine vollständige Frauenemanzipation ohne Überwindung des Kapitalismus.

Kjersti Ericsson: Schwestern, Genossinnen! http://home.foni.net/~perlo, Druck geplant.

Esther Bejarano

Am 15. Dezember wird Esther Bejarano 80 Jahre alt. Zusammen mit Birgit Gärtner hat sie auf ihr Leben zurückgeblickt. "Wir leben trotzdem. Esther Bejarano - vom Mädchenorchester in Auschwitz zur Künstlerin für den Frieden" heißt das Buch, das daraus entstanden ist. Es ist Teil der Bibliothek des Widerstandes, die vom Auschwitz-Komitee in der Bundesrepublik herausgegeben wird. Das Buch richtet sich "gegen das Vergessen", es ist keine "klassische" Biografie, sondern eine Lebens- und Überlebensgeschichte mit vielen betont sachlichen, ja geradezu "trockenen" Betrachtungen, etwa über das Aufkommen des Nationalsozialismus in Deutschland, über die Massenvernichtung und den jüdischen Widerstand. Hinzu kommen Exkurse über die Geschichte Palästinas, die Entstehung der NATO oder den "atomaren Overkill". Ein sperriges Buch, in dem die Hauptperson immer wieder in den Hintergrund tritt, dann wieder ihr persönliches Erleben schildert und zu verarbeiten sucht - etwa die schwere psychische Belastung, im Mädchenorchester von Auschwitz die "Begleitmusik zum Massenmord" zu spielen. Bemerkenswert nüchtern erzählt Esther Bejarano auch die Geschichte ihrer Rettung: Gemeinsam mit sechs anderen Frauen floh sie auf dem Todesmarsch nach der Evakuierung des KZ Ravensbrück und erlebte die Begegnung mit dem sowjetischen und US-amerikanischen Befreiern. Nach dem Krieg ging sie nach Palästina, gründete mit dem Kommunisten Nissim Bejarano eine Familie, kehrte aber 1960 enttäuscht in die BRD zurück. Wie die meisten Überlebenden der Shoah begann sie erst spät, ihre Geschichte zu erzählen. Und sie engagierte sich gegen alte und neue Nazis, verband politisches Engagement mit ihrer Musik in der Gruppe Coincidence - bis heute. Am 31. Januar 2004, als die Hamburger Polizei den Nazi-Aufzug gegen die Wehrmachtsausstellung schützte, saß sie im Lautsprecherwagen der antifaschistischen Gegendemonstration und wurde durch Wasserwerfer am Reden gehindert. Was für sie zwar ein Schock war, sie aber nicht einschüchtern kann. Ihre Anwältin Gabriele Heinecke bringt es auf den Punkt: Esther Bejarano bleibt "lebendig, kämpferisch, eine tolle Frau".

Esther Bejarano/Birgit Gärtner: Wir leben trotzdem. Esther Bejarano - vom Mädchenorchester in Auschwitz zur Künstlerin für den Frieden. Pahl-Rugenstein-Nachfolger, Bonn, 2004, 263 Seiten, 19,90 EUR

Grundsätzliches von Avanti

Alle guten Dinge sind drei - sagt man. Das werden sich auch die GenossInnen von Avanti - Projekt undogmatische Linke gedacht haben. Zum dritten Mal seit ihrer Gründung vor ca. 15 Jahren stellt die norddeutsche Gruppe der geneigten Öffentlichkeit ein Grundsatzpapier vor. Darin erklärt sie, "dass die heutige Gesellschaft revolutionär verändert werden muss" - und wie das geschehen könnte. Das Anliegen ist gut, die Umsetzung allerdings nicht durchweg gelungen.

Die erste Hälfte des 88 Seiten langen Heftes nimmt die "Kritik der herrschenden Weltordnung" in Anspruch. Es folgt ein Schnelldurchlauf durch einige der wichtigen sozial(istisch)en Bewegungen der letzten hundert Jahre in Deutschland und eine allgemeine Erörterung über "Sozialismus heute". Das reicht, um einen ungefähren Eindruck davon zu gewinnen, was Avanti als die "drängenden gesellschaftlichen Probleme" begreift - über ihre konkrete Arbeit sagt es wenig. Auch die Beschreibung der politischen Ziele und der Struktur von Avanti verbleibt größtenteils in Allgemeinplätzen. Das ist schade, denn eine Gruppe, die seit 15 Jahren in mehreren Städten politisch arbeitet, hätte sicherlich einiges über die dabei gewonnenen Erfahrungen erzählen können, was auch für andere Aktive lehrreich gewesen wäre, etwa: Mit welchen Widrigkeiten hat linke Politik in kleinen Städten zu kämpfen? Welche Probleme ergeben sich aus der aufwendigen Koordination zwischen den Städten für die Gruppe? Wie verarbeitet sie den Wegzug Aktiver, wie gewinnt sie neue MitstreiterInnen? Leider ist das Grundsatzpapier aber eher im Ton einer Verlautbarung gehalten; Fragen, die von praktischem Interesse wären, können daher kaum zufrieden stellend beantwortet werden. Beispiel: Im Abschnitt über die eigenen Struktur stellt Avanti die Wichtigkeit fest, die Fähigkeit zur (Selbst-)Kritik zu entwickeln und Lernprozesse zu organisieren. Doch wie das konkret aussehen kann, bleibt unklar. Immerhin ist das Heft ein Versuch, Positionen der Gruppe transparent und damit diskutierbar zu machen. Dennoch: Etwas mehr Auswertung der eigenen Arbeit zu Lasten allgemeiner Statements hätte dem Papier sicher gut getan.

Avanti - Projekt undogmatische Linke, Grundsatzpapier, Flensburg, 2004, 88 Seiten, 3 EUR

9. Was von der Stunde übrig bleibt ...

Sozialpolitische Anmerkungen zur Tarifpolitik

CD-Datei: daten/aksuche/ak488/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:488:09

Gewerkschaften wie die IG Metall lehnen jede Mindestlohnregelung ab. In der Debatte pochen sie auf die Tarifautonomie. Dabei wird allzu leicht vergessen, wie die "autonome" gewerkschaftliche Tarifpolitik die "zumutbaren Einkommen" und damit die faktischen Mindestlohngrenzen in Deutschland immer weiter absenkt.

Man muss kein Anhänger von Verschwörungstheorien sein, um durch das tarifpolitische Zickzack der DGB-Gewerkschaften eine Linie ziehen zu können. Eine solche Linie würde ihren Ausgang in der Regierungserklärung von Kanzler Schröder im März 2003 nehmen und auf einen Zustand zielen, in dem sich die Gewerkschaften vom Tarifvertrag als einem gesellschaftlichen Instrumentarium der Marktregulierung endgültig verabschiedet haben. Der Zickzack-Kurs selber belegt allerdings, dass es hierbei noch etliche Unwägbarkeiten und damit auch Spielräume für Widerstand gibt, zumindest für Modifikationen durch Störmanöver.

Doch maßgeblich die jüngsten Abschlüsse der IG Metall - zunächst nur indirekt im Flächentarifabkommen, dann unmittelbar mit dem Siemens-Abschluss - haben einen Paradigmenwechsel eingeleitet, der weitere Auswirkungen haben wird als nur auf die tarifgebundenen Beschäftigten. Diese Auswirkungen schlagen mittelbar und unmittelbar durch auf die allgemeinen Entgeltbedingungen auf den Arbeitsmärkten und damit auch auf das sozialpolitische Terrain von Hartz IV und die entsprechenden "Zumutbarkeiten". Dies ist um so bemerkenswerter, wie durch Hartz IV die immer schon kontroverse Debatte um einen bundesweiten, gesetzlichen Mindestlohn entfacht wurde. Kaum jemand sagt dabei, dass sich die DGB-Gewerkschaften selbst durch ihre Tarifpolitik bereits massiv an der Absenkung der ja real durchaus existierenden Mindestlohnregelung beteiligen.

Zunächst sollte man sich die Chronologie einer lang angekündigten Katastrophe vergegenwärtigen. Im März 2003 hatte Kanzler Schröder in seiner Agenda-Regierungserklärung die Gewerkschaften ultimativ zu allgemeinen Öffnungsklauseln in den Tarifverträgen aufgefordert. Andernfalls, so die Drohung, würde man sich gesetzgeberisch über die Tarifautonomie hinwegsetzen und eine entsprechende Öffnung im Tarifvertragsgesetz festschreiben. Erst später kam heraus, dass es daraufhin Gespräche zwischen DGB und BDA gegeben hat. Ob diese wirklich so ergebnislos waren, wie es danach der DGB-Vorsitzende darstellte, mag dahin gestellt bleiben. Immerhin glaubte die CDU der Meldung von einer bevorstehenden Einigung und zog ihre Forderung nach einem Eingriff ins Tarifvertragsgesetz zurück.

Von einem Konsens innerhalb der gesamten DGB-Führung konnte dabei auf keinen Fall die Rede sein. Doch was im Kontext aller Gewerkschaftsspitzen nicht gelang, übernahmen anschließend die IG Metall und Gesamtmetall: In der offiziellen Metall-Tarifrunde einigten sich beide - im übrigen ohne Mobilisierungsnot auf Seiten der Gewerkschaft - auf eine weitere Öffnung des Flächentarifvertrages. Diese sah eine Ausweitung der Arbeitszeit für Beschäftigte der oberen Entgeltgruppen auf bis zu 40 Stunden vor. Schon zu diesem Zeitpunkt konnte man davon ausgehen, dass in den entscheidenden Kreisen der IG Metall der Rückzug aus der 35-Stundenwoche zum common sense geworden war.

Immerhin blieb der Stundenlohn bei dieser Tariföffnung noch enthalten, denn die Ausweitung der Arbeitszeit für bestimmte Beschäftigtengruppen war mit einer proportionalen Entgelterhöhung verbunden. Dann aber kam das Siemens-Abkommen und der Flächentarifvertrag wurde auf den Kopf gestellt: Arbeitszeitverlängerung ohne Lohnausgleich und dies in einem Konzern, der in fast jeder Sparte zu den Medaillenträgern unter den führenden deutschen Unternehmen gehört. So belegt Siemens in Deutschland Spitzenplätze bei den Umsatzerlösen, beim Beschäftigungsanteil und vor allem in der Börsenbewertung - und immerhin ist es ja das, was "zählt".

Zickzack in den Abgrund

Es mag viele tarifpolitische Flecken in Deutschland geben - gerade in Sachen "Standortbündnisse zur Beschäftigungssicherung". Doch dieses Abkommen bei Siemens war ein Dammbruch - gewissermaßen das Verschwinden eines ganzen Kontinents von der tarifpolitischen Landschaft. Man muss hinzufügen, dass

bislang die tarifpolitische Lehrmeinung - zumindest von IG Metall und anderen, etwa ver.di - davon ausging, dass Abweichungen vom Tarifvertrag nur für befristete Zeiträume akzeptabel seien. Darüber hinaus sollten sie nur zur Herstellung von Wettbewerbs- und Tariffähigkeit dienen und nicht zur Absicherung von existierenden Wettbewerbsvorteilen. Erst der zeitweilige Aufstand bei DaimlerChrysler, wo Ähnliches drohte, beziehungsweise angedroht wurde, hat die verhängnisvolle Linie wieder zum Zickzack-Kurs werden lassen. Freilich wurde so das Dilemma bestätigt, dass schon mutige Aktionen erforderlich sind, um selbst einen schlechten Tarifvertrag gegen die Geschäftsleitung durchzusetzen.

Wie immer man es auch dreht und wendet: In der Logik einer beschränkten Klientelpolitik tauschen Gewerkschaften sichere Beschäftigungsgarantien gegen unbezahlte Arbeitszeitverlängerungen. Dabei weiß man sehr wohl, dass für die normalen Vollzeitbeschäftigten zwar das Monatsbrutto gleich bleibt, der Stundenlohn aber proportional weit über zehn Prozent sinkt. Die Teilzeitkräfte bekommen die unbezahlte Arbeitszeitverlängerung unmittelbar durch Lohnabzug - eben um mehr als zehn Prozent - zu spüren. In den Vergleichswerten sinkt damit jedes Einkommen, das direkt oder indirekt auf den Tarifstundenlohn bezogen ist.

Es gibt in Deutschland zwar keinen gesetzgeberisch fixierten Mindestlohn, sehr wohl aber die Definition eines zumutbaren Entgelts in Relation zu den Tariflöhnen. Das Bundesarbeitsgericht hat diesen relationalen Mindestlohn durch seine Rechtsprechung bei bis zu 30 Prozent unter dem sonst üblichen Entgelt festgelegt. Bezugspunkt ist der Stundenlohn, im übrigen nicht der tarifliche, sondern der jeweils am Ort übliche. Doch liegt es auf der Hand, dass sinkende Tarifstundenlöhne auch die sonstigen Stundenlöhne drücken und damit die "Sittenwidrigkeits"-Grenze entsprechend absinkt.

Das wirft nun Schatten auf alles, was in der Folge von Hartz IV in Sachen Mindestlohn von den Gewerkschaften vorgebracht und eingewendet wird. Die Befürworter, zumeist Gewerkschaften mit großen Niedriglohn- oder tariflosen Bereichen (ver.di und NGG), nehmen EU-Maßstäbe zur Grundlage. Man geht hier summarisch von einer Mindestlohngrenze aus, die bei 60 Prozent des gesellschaftlichen Durchschnittslohns liegt. Die Kritiker, maßgeblich aus der IG Metall und IG Chemie, verteidigen vordergründig die "Tarifautonomie". Sie wollen allerdings vergessen machen, dass die dauernde Absenkung zumutbarer, weil "sittengemäßer" Entgelte schon längst dazu geführt hat, dass der real existierende Mindestlohn einen möglichen staatlich festgelegten Mindestlohn in vielen Berufen bereits unterschritten hat. (1) Würde man sie in dieser Situation vor die Wahl stellen, entweder ein gesetzliches Fixum von 60 oder 50 Prozent des Durchschnittslohn zu akzeptieren oder aber mit andauernd sinkenden Vergleichswerten der entsprechenden Tarifgruppen konfrontiert zu werden, so würden sich Langzeit-Erwerbslose wie andere Betroffene liebend gern von der "Tarifautonomie" verabschieden.

Gemeinsam für alle oder allein für niemand

Wenigen sind diese derart durchschlagenden Wirkungen der Tarifpolitik bewusst. Es geht ja mittlerweile zumeist auch nur noch darum, die eigene Beschäftigungssituation im Pakt mit Wettbewerbsvorteilen des Unternehmens mit dessen Interessen in Einklang zu bringen - ein Umstand, der im Kern dem Sinn von Tarifpolitik krass widerspricht. Dort aber, wo das Bewusstsein über diese Problematik vorhanden sein sollte, in den gewerkschaftlichen "Entscheiderkreisen", ist längst eine Entscheidung fällig, nämlich die zwischen vordergründiger Klientelpolitik einerseits und gesellschaftlicher Einkommenspolitik andererseits. Denn was in Deutschland, freilich versteckt, noch als Grundrecht auf eine menschenwürdige Existenz gilt, wird auch maßgeblich durch die Tarifpolitik mitbestimmt. Selbst wenn die Unternehmen flächendeckend auf Tarifabkommen als Marktregulativ verzichtet haben, so legen sie immer noch in zweierlei Hinsicht Wert auf Tarifverträge: einerseits als Maßregelung zum "sozialen Frieden", vor allem aber als Instrumentarium zur Nivellierung sozialer Ansprüche.

Gerade der Zusammenhang von Einkommen, "zumutbarer" Beschäftigung und sinkenden Stundenlöhnen sowie dem weitgehenden sozialstaatlichen Zugriff auf private Rücklagen wirkt sich hinterrücks gegen eine (betriebs-)gewerkschaftliche Klientelpolitik aus. Denn Maßnahmenpakete wie Hartz IV betreffen nicht nur die Ärmsten der Armen, sondern ganz besonders diejenigen, die scheinbar noch Reserven haben. Sie können durch den enteignenden Sozialstaat recht schnell, manchmal bruchlos, vom Heer der Ärmsten der Armen aufgenommen werden. Jede Politik, die auf Absicherung von Kernbelegschaften setzt, scheitert an der systematischen "Kernschmelze", die seit langem die früheren "Kernbelegschaften" angreift. Und es werden vor allem die FacharbeiterInnen und Ingenieure in Westdeutschland sein, die nach etlichen Schleifen durch die

Hartz-Programme binnen kurzer Zeit bei nicht viel mehr als 50 Prozent ihres früheren Einkommens (bei gleicher Arbeit!) ankommen werden. Und was werden die denken, wenn ihnen bewusst wird, dass am Anfang der Schleife auch ein Tarifvertrag "ihrer" Gewerkschaft stand?

Die Koalitionsfreiheit und davon abgeleitet auch die Tarifautonomie ist eines der zentralen Grundrechte. Dieses Grundrecht kann sinnvoll seine Wirkung nur in Grundrechten Aller entfalten - nicht aber zu deren Lasten. Wie wär's deshalb mit einer "gesellschaftlichen Tarifpolitik"?

Martin Dieckmann

Martin Dieckmann ist Fachgruppenleiter Verlage und Agenturen beim ver.di-Bundesvorstand. Dieser Beitrag erscheint auch im Jahrbuch 2004 des Komitees für Grundrechte und Demokratie.

Anmerkungen:

1) Der faktische Mindestlohn macht sich dabei nicht am gesellschaftlich durchschnittlichen Einkommen fest, sondern am ortsüblichen Einkommen für diese spezielle Tätigkeit.

10. Das eigene Gegendenkmal

Die Künstlerin Jokinen stellt den Kolonialverbrecher von Wissmann wieder auf

CD-Datei: daten/aksuche/ak488/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:488:10

Jahrzehntelang lag er fast vergessen im Keller der Sternwarte Hamburg-Bergedorf. Am 30. September nun kam der Kolonialgouverneur Herrmann von Wissmann zu neuen Ehren: Die Künstlerin Hannimari Jokinen setzte das umstrittene Monument erneut ans Licht der Öffentlichkeit. Die Aufstellung des Kolonialdenkmals, ein Projekt des Programms "Kunst im öffentlichen Raum" der Kulturbehörde Hamburg, unterschied sich allerdings drastisch von den vorhergehenden Enthüllungszeremonien: Weder sang das Publikum "Heia Safari" und bejubelte den "Kolonialhelden", noch erstrahlte die Bronzefigur in ihrem früheren Glanz. Im Gegenteil: Ein Bauzaun war zu sehen, die Statue hing noch an einem Kran, und Arbeiter mit gelben und blauen Schutzhelmen dirigierten sie auf den Sockel.

Denkmal mit wechselvoller Geschichte

Das Monument hat eine wechselvolle Geschichte hinter sich: Erbaut in Berlin, eingeweiht 1909 in Daressalam, nach dem ersten Weltkrieg in London als Reklamesäule benutzt, dann für 13.000 Pfund zurückgekauft und 1923 vor der Hamburger Universität, die 1919 aus dem 1909 gegründeten Kolonial-Institut hervorgegangen war, wieder aufgestellt.

Mit angesägtem Fuß, ohne seinen Säbel und mit mit roter Farbe beschmierten Händen und Stiefeln steht er jetzt bis November 2005 an prominenter Stelle, direkt an den Landungsbrücken, und blickt auf den Hafen. Unter ihm bedeckt ein Askari einen erlegten Löwen mit der Reichsflagge und schaut dabei ehrfürchtig zum doppelt so großen Wissmann empor.

Die Beschädigungen an der Figur stammen noch von den antikolonialen Protesten linker StudentInnen, die das Denkmal 1968 vom Sockel gerissen hatten. Seitdem wurde es nicht mehr aufgestellt. "Die Statue wurde vergessen, genauso wie die deutsche Kolonialvergangenheit", sagt Jokinen, die mehrere Jahre an dem Projekt gearbeitet hat. Mit Absicht habe sie die Figur nicht instand setzen lassen und gesäubert, so die Künstlerin. "Er wird als sein eigenes Gegendenkmal aufgestellt", sagt Jokinen und betont, dass der Reichskommissar und Kolonialgouverneur von "Deutsch-Ostafrika", dem heutigen Tansania, "für den Tod von hunderttausenden afrikanischen Menschen verantwortlich war".

Decodieren statt vergessen

Im Auftrag des belgischen Königs Leopold II, der Interesse an neuen Handelswegen und Bodenschätzen in seiner privaten Kolonie hatte, bereiste Wissmann als "Afrikaforscher" Zentralafrika. Nachdem Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck 1885 das deutsche Protektorat ausgerufen hatte, gab es Aufstände der Kolonisierten im Landesinneren und an der Küste, die von Wissmann niederschlagen ließ. Von 1888 bis 1891 war er Reichskommissar in "Deutsch-Ostafrika". In dieser Zeit bildete er eine "Schutztruppe" mit insgesamt 1.000 Askari-Soldaten aus Mosambique und dem Sudan. Weil von Wissmann auch gegen arabische Sklavenhändler kämpfte, verklärten ihn koloniale Verbände zum "Sklavenbefreier". Die "Wissmanntruppe" bekämpfte AfrikanerInnen, die sich gegen die Zwangsarbeit und die Enteignung von Land und Vieh zur Wehr setzten.

Während es der außerparlamentarischen Opposition der 1968er darum ging, das Denkmal zu stürzen und zu vernichten, möchte es Jokinen "decodieren". Außerdem soll die "vergessene Stadtgeschichte sichtbar" gemacht werden. Die Wiederaufstellung der Bronzefigur unterscheidet sich auch von der Wiedererrichtung des Askari-Reliefes von Walter von Ruckteschell auf dem Gelände der ehemaligen Lettow-von-Vorbeck-Kaserne vor einem Jahr. Hier hatte der Kulturkreis Jenfeld mit finanzieller Unterstützung des Hamburger Senats das zweiteilige Deutsch-Ostafrika-Kriegerdenkmal, das sogenannte Askari-Relief, eingeweiht. Es befindet sich neben dem zehn Meter hohen "Schutztruppen-Ehrenmal" für die in den deutschen Kolonien gefallenen Soldaten und einer Gedenktafel für die "gefallenen Kameraden des deutschen Afrika-Korps". KritikerInnen wie das Eine-Welt-Netzwerk Hamburg sehen darin eine "Verhöhnung der Opfer" und eine "Pilgerstätte für Ewiggestrige".

Das sowohl künstlerisch wie politisch intendierte Wissmann-Projekt wolle einen Anstoß zur kritischen Aufarbeitung der deutschen Kolonialgeschichte geben, so Jokinen. Auch die Frage, wie man mit kolonialen

Denkmälern im öffentlichen Raum umgeht, soll beleuchtet werden - und zwar jenseits akademischer Debatten. Die HamburgerInnen sind eingeladen, an dem interaktiven Teil der Denkmalsaufstellung mitzuwirken. Auf der Internetseite www.afrika-hamburg.de werden Informationen über von Wissmann und die deutsche Kolonialzeit angeboten. Außerdem können die BesucherInnen der Internetseite an einer Umfrage über die Zukunft des Denkmals teilnehmen. Soll es nach 14 Monaten wieder gestürzt werden und liegen bleiben, will man ihn wieder einlagern oder ihm einen anderen Ort geben? Das sind Fragen, die auf der Web-Seite diskutiert werden sollen, ebenso die Folgen des Kolonialismus, die bis heute andauerten, so Jokinen: "Der Kolonialismus ist nicht wie eine Seifenblase zerplatzt, sondern hat tiefe Spuren hinterlassen".

Starke Herr-Diener-Symbolik

Der Prozess ist offen. Ob die gewünschte Auseinandersetzung stattfindet, ob sie öffentlich geführt und welches Ergebnis sie haben wird, ist noch unklar. Die BetrachterInnen bekommen keine näheren Informationen zu dem Denkmal, lediglich auf die Adresse der Webseite wird verwiesen. Es ist noch nicht abzusehen, welche Wirkung das Denkmal mit seiner starken Herr-Diener-Symbolik auf ein Publikum haben wird, von dem 16 Prozent laut der Studie "Deutsche Zustände" des Bielefelder Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung denkt, dass die Weißen zu Recht führend in der Welt seien, und von dem 14 Prozent der Meinung sind, dass es Gruppen in der Gesellschaft gibt, die weniger wert als andere seien.

Anke Schwarzer

11. Heilsversprechen und Verschuldung

300 TeilnehmerInnen besuchten die Konferenz zur grünen Gentechnologie in Köln

CD-Datei: daten/aksuche/ak488/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:488:11

"Biotech goes Europe" lautete der Slogan der internationalen Messe zur Biotechnologie in der Landwirtschaft, ABIC, die vom 12. bis 15. September in den Kölner Messehallen stattfand. Die "Agricultural Biotechnology International Conference", die nach eigenen Angaben zu den "weltweit wichtigsten Konferenzen zur Bio- und Gentechnologie" gehört, tagte das erste Mal in Europa. Ihr Ziel: Die mehrheitlich kritische Öffentlichkeit in Europa von den Segnungen der Biotechnologie zu überzeugen. Die ABIC war aber auch für Greenpeace, Misereor, Brot für die Welt und GlobalisierungskritikerInnen Anlass, eine Gegenkonferenz im Kölner Maternushaus durchzuführen.

Umweltfreundliche Flachstassen statt Plastikbecher, Biodiesel statt Benzin, Nutzpflanzen mit Vitaminzusätzen - so lauteten die Versprechungen der Fachmesse zur grünen Gentechnologie in Köln. WissenschaftlerInnen, VertreterInnen der EU-Kommission, der US-Regierung und der Regierung des Bundeslandes Nordrhein-Westfalen - nach Angaben des Wirtschaftsministers Harald Schartau bundesweit die Nummer eins in Sachen Biotechnologie - gaben sich ein Stelldichein mit den international operierenden Life-Science-Konzernen: Monsanto, Bayer-CropScience, Syngenta und BASF. Ziel der Konferenz: Den gegenüber der Gentechnologie kritisch eingestellten VerbraucherInnen in Europa Genprodukte schmackhaft zu machen. Und vor allem auch den LandwirtInnen das gentechnisch veränderte Saatgut nahe zu bringen.

"Es ist klar, dass auch Kleinbauern ihre Einkommen erhöhen können", pries der Veranstalter der ABIC, Peter Welters vom Unternehmen Phytowelt aus dem Nettetal, die Gentechnik an. Denn nicht nur die großen Unternehmen der Agrarindustrie, sondern auch die Kleinbauern und Kleinbäuerinnen stellen für die Gentechnik eine wichtige Zielgruppe dar.

Gentechnik für Groß und Klein

"Alles Lüge", sagte Afsar Jafri, Mitarbeiter der Research Foundation for Science, Technology and Ecology aus Delhi, als er auf der Protestkundgebung sprach, die vor den Kölner Messehallen stattfand. Denn seinen Landsleuten, die seit 2002 beim Anbau von Baumwolle auf Gen-Samen gesetzt haben, hat das kein höheres Einkommen gebracht. Im Gegenteil: Sie stürzten in den finanziellen Ruin.

"Es gibt", sagt Afsar Jafri, "einen Zusammenhang zwischen der Einführung dieser Baumwolle und den Selbstmorden von Farmern in Indien". Tausende von FarmerInnen, vor allem in den südlichen Bundesstaaten, haben sich bereits das Leben genommen, weil sie so hoch verschuldet sind, dass sie nicht mehr ein noch aus wissen. Und die sogenannte BT-Baumwolle des US-amerikanischen Saatgutkonzerns Monsanto habe die Situation noch verschlimmert, sagt Afsar Jafri. Denn entgegen Monsantos Versprechungen, das neue Saatgut benötige kaum noch Pestizide, sei der Bedarf an den verhältnismäßig teuren Schädlingsbekämpfungsmitteln sogar gestiegen. Auch brauche die gentechnisch behandelte Baumwolle mehr Wasser. "Die Produktionskosten sind enorm angestiegen", resümiert der Wissenschaftler. Und die Ernten der letzten beiden Jahre, seien trotz dieser Investitionen ein Fehlschlag gewesen. "Das hat den Bauern den Rest gegeben", sagt Jafri.

Das Beispiel aus Indien ist nur eines von vielen. Tatsächlich sind die Wechselwirkungen der grünen Gentechnologie mit bestehenden Ökosystemen wenig erforscht, es gibt keine Langzeitstudien, besonders nicht zum allergenen Potenzial der genveränderten Nahrungs- und Futtermittel.

Selbstmorde in Indien

Dennoch, die Gentechnik-Industrie beansprucht für sich, sie könne weltweit den Kampf gegen den Hunger voranbringen, mit "Golden Rice" zum Beispiel. Damit soll der in vielen Ländern der Dritten Welt herrschende Mangel an Vitamin A bekämpft werden. Die Life-Science-Konzerne versprechen, Kinder könnten so vor Erblindung geschützt werden. Doch das Provitamin A ist vom Körper nur dann nutzbar, wenn es zusammen mit Fett verzehrt wird. Das aber ist Mangelware in den Regionen der Welt, in der der "Golden Rice" zum Einsatz kommen soll.

Die Alternativen der Gegenkonferenz sehen anders aus. Knapp 300 TeilnehmerInnen, WissenschaftlerInnen, VerbraucherInnen und FarmerInnen aus aller Welt haben dort über Alternativen diskutiert. Ihre Position: Hunger und Mangelernährung werden nicht mit genmanipuliertem Saatgut bekämpft, sondern es bedarf eines weltweit gerechteren Zugangs zu Land, Wasser, Saatgut und landwirtschaftlichen Produktionsmitteln.

Ressourcen der Welternährung im Visier

Während der Gentechnik-Messe wurde ein Wissenschaftsmanifest veröffentlicht, in dem mehr als 500 WissenschaftlerInnen, viele davon auf dem Lohnzettel der Life-Science-Konzerne, freie Fahrt für die grüne Gentechnologie fordern. Unter anderem, um angesichts einer wachsenden Weltbevölkerung deren Ernährung sicherstellen zu können. "Letztendlich geht es ihnen nicht darum, die Probleme der Welternährung in den Griff zu bekommen, sondern darum, die Ressourcen der Welternährung in den Griff zu bekommen", kommentierte Greenpeace-Mitarbeiter Christoph Then. Die agroindustrielle Biotechnologie wolle sich "Patente sichern auf alle möglichen genetischen Ressourcen, die mit Welternährung zusammenhängen, von einzelnen Genen angefangen über das Saatgut bis hin zum Brot, das man aus Getreide backen kann, oder dem Öl, das man aus Mais gewinnen kann."

Gerhard Klas, Rheinisches JournalistInnenbüro

12. Mindestens zehn Euro und steuerfrei

Thesen zum gesetzlichen Mindestlohn

CD-Datei: daten/aksuche/ak488/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:488:12

Vom 1. September diesen Jahres stammt ein Thesenpapier des Rhein-Main-Bündnisses gegen Sozialabbau und Billiglöhne. Die AutorInnen greifen dabei in die aktuelle Debatte um einen gesetzlichen Mindestlohn ein. Sie begründen diese Forderung aus der Sicht von Erwerbslosen und GeringverdienerInnen. Wir übernehmen das Thesenpapier aus dem LabourNetGermany (www.labournet.de)

Kern der Hartz-Gesetze ist die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe. Das sowie die Verschlechterungen beim Arbeitslosengeld I, die Festlegung des neuen Arbeitslosengelds II unter das bisherige Sozialhilfeniveau, der Ausbau öffentlicher Zwangsdienste und die Zumutbarkeit von Löhnen, die bis zu einem Drittel unter Tarif liegen, dient nicht nur dazu, Sozialausgaben beim Staat oder bei der Sozialversicherung einzusparen. Es dient wesentlich dazu, Löhne abzubauen.

Die Sozialhilfe definiert das offizielle Existenzminimum und damit eine Art Mindestlohn. Das Arbeitslosengeld II ist nur eine andere Form von Sozialhilfe. Die Dachorganisation aller Unternehmen, der Deutsche Industrie- und Handelstag, tritt für die allgemeine Senkung der Sozialhilfe bzw. des ALG II um mindestens 25% ein. Es geht dabei darum, allgemeine Lohnsenkungen um bis zu einem Drittel durchzusetzen und die Löhne unter das heutige Existenzminimum zu drücken. Langfristiges Ziel ist die völlige Beseitigung der Sozialhilfe für Arbeitsfähige, wie es in den USA wieder Realität ist.

Der Mindestlohn "Sozialhilfe" hemmt den Fall der Löhne nach unten, ebenso wie Tarifverträge, die in ihrem Geltungsbereich ebenfalls Mindestlöhne definieren. Deshalb ist die Sozialhilfe auch für Beschäftigte von entscheidender Bedeutung.

Die Absenkung und schließliche Abschaffung der Sozialhilfe für Erwerbsfähige und Abschaffung von Flächentarifverträgen haben dasselbe Ziel, nämlich Profitsteigerung.

Mindestlöhne gegen Spaltungen

Das Kapital und seine politischen Parteien versuchen, Beschäftigte und Arbeitslose zu spalten, um Sozialabbau und Lohnsenkungen durchzusetzen. Deshalb wird die Sozialhilfe als Hängematte dargestellt, nicht als der Mindestlohn, der sie in erster Linie ist. Arbeitslose werden als FaulenzerInnen hingestellt, die angeblich nur durch Kürzungen zur Arbeit motiviert werden können. Umgekehrt wird Arbeitslosen gesagt, dass die Beschäftigten und ihr egoistisches Beharren auf Tariflöhnen die Ursache ihrer Arbeitslosigkeit sei. Wären die Löhne untertariflich, würden sich nämlich Unternehmer finden, die ihre Ware Arbeitskraft kaufen. Die täglich propagierte Spaltung zeigt Wirkung. Sie schadet Arbeitslosen und Beschäftigten und nutzt dem Kapital.

Die vorherrschende Haltung der Gewerkschaftsführungen fördert die Spaltung. Die DGB-Führung ist für die Verabschiedung der Agenda 2010 mitverantwortlich. Sie hat die Hartz-Gesetze lange Zeit in erster Linie als Chance für Arbeitslose verkauft. Sie hat den gemeinsamen Widerstand von Beschäftigten und Arbeitslosen gegen die Agenda, wenn überhaupt, nur halbherzig organisiert. Sie hat auch über die gemeinsamen Interessen und über Lohndumping als Zweck des Sozialabbaus kaum aufgeklärt. Erst unter dem Druck von unten (und erst nach der Verabschiedung der Agenda hat die DGB-Führung die Demonstrationen vom 3.4.2004 organisiert.

Aus all dem folgt, dass Bündnisse gegen Sozialabbau und Billiglöhne angesichts der vorherrschenden Spaltung in erster Linie die gemeinsamen Interessen der LohnarbeiterInnen betonen müssen, seien sie beschäftigt oder arbeitslos. Diese gemeinsamen Interessen müssen in gemeinsamen Forderungen zum Ausdruck kommen.

Um dem Lohndumping Schranken nach unten zu setzen, ist ein gesetzlicher Mindestlohn notwendig, der das Existenzminimum eines Erwerbstätigen deckt. Die Sozialhilfe definiert offiziell das Existenzminimum. Sie ist deshalb trotz der Kürzungen der letzten Jahre der wichtigste Maßstab, um festzustellen, ob Löhne dem Existenzminimum entsprechen. Sie kann aber nur Ausgangspunkt für unsere Forderungen sein, nicht Endpunkt.

Die Pfändungsfreigrenze ist ein Anhaltspunkt für die Höhe eines Mindestlohns, der dem Existenzminimum entspricht. Sie beträgt z.Zt. 930 Euro. Sie wurde im Jahr 2001 etwas oberhalb des damaligen Sozialhilfeniveaus eines Erwerbstätigen festgesetzt (870 Euro). Der Mindestlohn muss über der Pfändungsfreigrenze liegen. Das wäre z.B. bei einem Lohn von zehn Euro brutto der Fall. Auch der Mindestlohn für un- und angelernte Bauarbeiter liegt bei etwa zehn Euro. Bei einer durchschnittlichen tariflichen Arbeitszeit von 38,5 Stunden in der Woche (167 Stunden im Monat) wären das 1.670 Euro brutto im Monat. Nach Abzug von Lohnsteuern und 21% Sozialversicherungsbeiträgen kämen bei Alleinstehenden etwa 1.050 Euro netto im Monat heraus.

1.670 Euro brutto liegen für 2002 etwas über 60% des durchschnittlichen Lohns von Lohnabhängigen in Höhe von 2.730 Euro brutto. Offiziell wird als Armutslohn ein Lohn in Höhe von 50% des durchschnittlichen ArbeitnehmerInnenentgelts betrachtet. Der Armutslohn hätte also im Jahr 2002 1.365 Euro brutto oder 890 Euro netto betragen. Ein solcher Lohn liegt unterhalb der Pfändungsfreigrenze. Die Vorstellung von ver.di über einen Mindestlohn liegt bei 1.500 Euro brutto oder 962 Euro netto. Ein ausreichender Mindestlohn muss deutlich über dem offiziellen Armutslohn und deutlich über der Pfändungsfreigrenze liegen.

In einem Mindestlohn von zehn Euro wären keinerlei Lebenshaltungskosten für ein Kind enthalten, also den Ersatz der Arbeitskraft. Das wäre erst bei 12 Euro der Fall. Denn der Sozialhilfebedarf eines Kindes beläuft sich je nach Alter auf etwa 300 - 400 Euro. Davon sind nur 154 Euro durch Kindergeld gedeckt. So betrachtet sind zehn Euro brutto sehr bescheiden.

Der Mindestlohn in Deutschland muss auf der Basis des Existenzminimums in Deutschland festgesetzt werden, nicht auf der Basis eines durchschnittlichen Existenzminimums in der EU. Das Existenzminimum ist in jedem Land verschieden. In Frankreich z.B. beträgt der Mindestlohn 1.154 Euro monatlich brutto auf der Basis einer 35-Stunden-Woche. Das sind 7,61 Euro brutto pro Stunde.

Gegenwärtig gelten für 2,8 Millionen Beschäftigte Tariflöhne unterhalb von sechs Euro die Stunde. Die Agenda 2010 hält es für zumutbar, dass Arbeitslose zu Löhnen von bis zu einem Drittel unterhalb der Tariflöhne arbeiten, also z.B. für vier Euro die Stunde bis hin zu rund zwei Euro. Der niedrigste Tariflohn in Deutschland ist 2,74 Euro. Aber auch Löhne oberhalb von sechs Euro die Stunde liegen noch unterhalb des Sozialhilfe-Existenzminimums.

Existenz sichernde Einkommen

Tariflöhne verhindern nicht, dass Löhne unter dem Existenzminimum liegen. Sie sind keine ausreichende Grundlage, um dem Lohndumping entgegenzuwirken. Dazu kommt, dass viele Betriebe nicht mehr tarifgebunden sind, besonders in Ostdeutschland. Weil tariflich vereinbarte Löhne häufig unterhalb des Existenzminimums liegen, ist ein gesetzlicher Mindestlohn notwendig, der zum Leben reicht.

Arbeitgeberpräsident Hundt, Kanzler Schröder und viele Gewerkschaftsführer führen gegen gesetzliche Mindestlöhne das demagogische Argument an, sie seien ein Verstoß gegen die Tarifautonomie. Wir sehen das anders: Wir verteidigen die Tarifautonomie, z.B. gegen das Lohndumping der Hartz-Gesetze und gegen alle Vorstöße des Staates, tariflich vereinbarte Bedingungen bei Löhnen und Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Wir verteidigen sie aber nicht gegen gesetzliche Regelungen, die uns vor Dumpinglöhnen schützen. Im Gegenteil kämpfen wir für solche Gesetze. Wenn Gewerkschaften sich gegen gesetzliche Mindestlöhne aussprechen, die oberhalb der Sozialhilfe liegen, fallen sie den unteren Schichten der ArbeiterInnen und Angestellten sowie den Arbeitslosen in den Rücken, die sich gegen Lohndumping wehren.

Die Arbeitgeberverbände sind faktisch ebenfalls für eine Art Mindestlohn. Das Kapital will nämlich möglichst niedrige Löhne zahlen und durch Lohnzuschüsse aus Steuermitteln bis zu einem bestimmten "Mindestlohn" aufgestockt bekommen ("negative Einkommensteuer"). Das Kapital strebt massive Lohnsubventionen aus Lohn- und Mehrwertsteuern an. Das lehnen wir ab. Wir treten für einen gesetzlichen Mindestlohn ein, nicht für "Kombi"löhne.

Einen gesetzlichen Mindestlohn zu fordern bedeutet nicht, dessen Festlegung der Regierung oder dem Parlament zu überlassen. Regierung und Bundestag, die die Lohndumping-Agenda beschlossen haben, wollen sie natürlich nicht über einen existenzsichernden Mindestlohn wieder außer Kraft setzen. Der

Gesetzgeber wird ohne massiven Druck von Beschäftigten und Arbeitslosen nicht bereit sein, einen ausreichenden Mindestlohn zu beschließen.

Der gesetzliche Mindestlohn muss lohnsteuerfrei sein. Seine Einführung würde außerdem die Einnahmen der Sozialversicherung erheblich erhöhen und damit der Krise der Sozialversicherung entgegenwirken.

Ein gesetzlicher Mindestlohn von wenigstens zehn Euro fördert auch den Kampf für Arbeitszeitverkürzung. Denn je niedriger die Löhne sind, desto geringer ist das Interesse an Arbeitszeitverkürzung.

Die Forderung nach einem Mindestlohn von wenigstens zehn Euro muss wesentlicher Bestandteil des Kampfs gegen die Lohndumping-Agenda sein. Auf dieser Basis ist ein Bündnis zwischen beschäftigten und arbeitslosen Lohnabhängigen möglich.

Rhein-Main-Bündnis gegen Sozialabbau und Billiglöhne

13. Afrikas Öl ist heiß begehrt

USA und EU entwickeln einen "liberalen Imperialismus"

CD-Datei: daten/aksuche/ak488/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:488:13

Die Themen Energie, Terrorismus und Handel haben Afrika wieder ins Licht internationaler Aufmerksamkeit gerückt: Wegen der islamistischen Anschläge weltweit und der unübersichtlichen Lage im Irak haben die umfangreichen Ölvorkommen Afrikas an strategischer Bedeutung gewonnen. Gleichzeitig befürchten die USA, dass afrikanische Länder wie der Sudan oder Liberia als mögliche Rückzugsorte für Terroristen dienen und deren Handel mit Rohstoffen eine wichtige Finanzierungsquelle von Terrorakten sein könnte.

Im globalisierten Kapitalismus ist der afrikanische Kontinent weitgehend auf seine Funktion als Rohstofflieferant reduziert. Der Anteil Afrikas am weltweiten Diamantenhandel liegt heute bei fünfzig Prozent, und zehn Prozent am weltweiten Ölhandel. Insgesamt liegt der Anteil afrikanischer Waren am Welthandel jedoch unter einem Prozent.

Viele weitere Rohstoffe wie Mangan für die Stahlerzeugung sowie Kobalt und Chrom für Leichtmetalllegierungen in der Luftfahrtindustrie sind für Europa und die USA von Bedeutung. Von zunehmender Wichtigkeit ist jedoch das afrikanische Öl. Es wird in den wenigsten Ländern von Staatsfirmen gefördert, meist von internationalen Konzernen.

Die Vorkommen befinden sich zum größten Teil "offshore", an der Westküste Afrikas. Für die Konzerne hat das den Vorteil, dass sich die Kosten für Sicherheitsunternehmen reduzieren: Es ist nicht nötig, kilometerlange Pipelines zu bewachen. Auf den Bohrinseln an der afrikanischen Westküste von Nigeria bis Südafrika arbeiten zudem nur sehr wenige Arbeitskräfte, die meist aus dem Ausland eingeflogen werden. Gewinn bringend für die Konzerne ist darüber hinaus, dass die ölreichen Länder Afrikas bis auf Nigeria nicht Mitglied in der Organisation Erdöl exportierender Länder (OPEC) sind und ihre Förderlizenzen oft zu Dumping-Preisen an die Ölkonzerne verkaufen. Zudem sind von den westafrikanischen Staaten keine Embargo-Drohungen zu erwarten. (1)

Förderlizenzen zu Dumping-Preisen

Nach Angaben der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) sind einige Ölstaaten am Golf von Guinea bereits wichtige Exportländer für Deutschland. (2) Europäische Konzerne spielen in Westafrika jedoch nur eine marginale Rolle. Allen voran versuchen die USA, mit Gesetzen und Handelsabkommen die Einfuhr des afrikanischen Öls zu erleichtern. Im US-Kongress wurde bereits 1999 der African Growth and Opportunity Act (AGOA) auf den Weg gebracht. Er erleichtert die Einfuhr von Produkten aus den Staaten südlich der Sahara (vgl. le monde diplomatique, Juli 2004). Als Gegenleistung für diese Export-Vergünstigungen müssen afrikanische Staaten eine neoliberale Politik vorantreiben.

Nach dem ersten Golfkrieg 1992 hatte die US-amerikanische Regierung noch selbstbewusst verkündet, es sei leichter, "den Leuten im Nahen Osten in den Hintern zu treten, als den eigenen Energieverbrauch einzuschränken, um die Abhängigkeit von den Ölimporten zu verringern" (vgl. le monde diplomatique, Juli 2004). Bedingt durch die unkontrollierbare Lage im Irak beschloss die US-Regierung eine weitere Importquelle zu kontrollieren - die westafrikanische Küste.

Den kleinsten Ländern Afrikas, Sao Tomé e Príncipe und Äquatorial-Guinea, wird in den kommenden Jahren eine Schlüsselrolle zukommen. Dort vermutet man die größten Erdölvorkommen Afrikas, nämlich etwa 24 Millionen Barrel Öl, das entspricht einem derzeitigen Marktwert von mind. 160 Milliarden US-Dollar.

In Äquatorial-Guinea wird das Öl derzeit von den Konzernen ExxonMobil und Texaco gefördert, die nach einem Untersuchungsbericht des US-Senats eng mit der Familie des Diktators Teodore Obiang verbandelt sind und laut Frankfurter Rundschau vom 29.9.2004 jährlich ca. 700 Millionen US-Dollar an Tantiemen für die Förderung zahlen.

Der Internationale Währungsfonds (IWF) hatte 2001 einen kritischen Bericht über den kleinen Staat vorgelegt, den er zwei Jahre später relativierte - freilich ohne dass sich an der Politik des seit 1979 regierenden Präsidenten und Multimillionärs Obiang etwas geändert hätte. (3)

Laut der KfW besteht Grund zu der Annahme, dass politische und wirtschaftliche Interessen der USA hier ihren Niederschlag fanden. (2) Das Land gilt als eines der repressivsten weltweit. Für alle Fälle aber wollen die USA im Land des Diktators nicht nur ein Konsulat einrichten, sondern ihren Einfluss auch mit Hilfe von Militärstützpunkten ausbauen. Weitere Länder sollen folgen: Mit Kamerun und Gabun sind bereits Vereinbarungen getroffen worden, Gespräche mit Benin, der Elfenbeinküste, Sao Tomé e Príncipe sowie Nigeria sind noch im Gange.

Die westafrikanischen Ölexporte sollen bis 2016 von heute 12 Prozent auf 25 Prozent der US-Ölimporte steigen. (2) Zu diesem Zweck sollen in den nächsten Jahren 60 Milliarden US-Dollar investiert werden. Die Hälfte der Konzessionen in Westafrika wurde an Ölförderer aus dem direkten Umfeld Präsident Bushs vergeben. "Das Öl liegt so weit vor der Küste, dass die Afrikaner gar nicht merken, wenn es abtransportiert wird" zitiert der New Yorker einen US-Beamten (Frankfurter Rundschau, 3.6.04).

Diese Rohstoffpolitik hat bis heute negative Auswirkungen auf die ökonomische und politische Entwicklung des Kontinents. Neben Ölkonzernen und westlichen Regierungen sind die Eliten afrikanischer Exportländer die Profiteure des Rohstoffhandels. Die Regierungen sind abhängig von internationalen Konzernen. So basiert das Bruttoinlandsprodukt Gabuns und Äquatorial-Guinea zu fast 80 Prozent auf den Öleinnahmen. (4)

Militärische Versorgungssicherung

Zugleich sind die Regierungen unabhängig von der eigenen Bevölkerung, weil die Rohstoffe die Notwendigkeit eines breit gefächerten Steuersystems, wie es normalerweise in diversifizierten Ökonomien zu finden ist, überflüssig macht. Auch existiert kein demokratisches System, in dem die Regierenden sich rechenschaftspflichtig fühlen müssten - der Machterhalt wird durch Korruption und Bereicherung und nicht durch Wahlen oder demokratische Mitbestimmung gesichert. Die meisten afrikanischen Staatschefs sind nicht selbst unternehmerisch tätig, sie handeln wie Aufsichtsratsvorsitzende, die sich nur gegenüber ihrer eigenen Klientel verantwortlich fühlen. Dieser Rentiersmentalität folgend wird ein weiterer Teil der Einkünfte aus dem Rohstoffhandel in Armee, Polizei und Geheimdienst investiert, um die Kontrolle über die Bevölkerung sicher zu stellen.

Es besteht ein signifikanter Zusammenhang zwischen Rohstoffreichtum und dem Ausbrechen von Kriegen in Afrika. Dennoch ist der Ölreichtum nicht die Konfliktursache, sondern die soziale Ungerechtigkeit nach innen und die asymmetrischen Handelsbeziehungen nach außen. Produktive Re-Investitionen, die Arbeitsplätze und andere Produktionsmöglichkeiten schaffen könnten, werden kaum vorgenommen. Wenn dies dennoch geschieht, dann nur unter Absenkung der ohnehin nicht weit entwickelten arbeitsrechtlichen Standards.

Afrika ist aber nicht nur aus ökonomischen Gründen ein wichtiger Bestandteil strategischer Planungen. In US-amerikanischen und europäischen Think-Tanks ist seit den Anschlägen vom 11. September 2001 immer offener die Rede von einem "Liberalen Imperialismus". Dieser soll in den Weltregionen, die unter dem Verdacht stehen, terroristische Gruppen zu unterstützen oder die aus anderen Gründen als Gefahr für die hegemonialen Staaten betrachtet werden, implementiert werden. Mit "Interventionen" soll in einem als zerfallen charakterisierten Staat "die Ordnung wiederhergestellt werden, um liberale Werte wie Toleranz, Pluralismus und Demokratie durchzusetzen". (1)

Nach der Art eines "wohlwollenden Diktators" sollen solche Staaten solange kontrolliert werden, bis die örtlichen Gruppen fähig und willens sind, von sich aus im Einklang mit diesen Werten zu handeln. Diese Vorstellungen sind längst nicht mehr reine Ideologiebildung, sondern Bestandteil einer neuen Weltordnung. Sie werden von Politikberatern aufgegriffen und in eine politische Praxis überführt. So schlägt der Chef des Office of Force Transformation, Arthur Cebrowski, vor, die USA müssten zum "Systemadministrator" der Globalisierung werden. Die Aufgaben richten sich nach den Machtinteressen der USA und nicht nach den Bedürfnissen der Bevölkerung in den betroffenen Regionen.

Das US-amerikanische Interesse in Afrika ist auch weiterhin motiviert durch das klassisch imperialistische Interesse an Rohstoffen, vor allem Öl. Dies verschränkt sich jedoch in zunehmendem Maße mit strategischen und sicherheitspolitischen Konzeptionen. Der international wenig beachtete Krieg im westafrikanischen Liberia zum Beispiel erfuhr erst dann größere Aufmerksamkeit, als die Diamantengeschäfte der Al Qaida in die Schlagzeilen gerückt waren. (5) Damit wurde das Land Teil des Vorhabens, die "nichtintegrierte Lücke", wie es der Pentagonberater Thomas Barnett formulierte, zwangsweise in die Interessen der hegemonialen Staaten

einzupassen. Diese "Lücke" erstreckt sich nach Barnett vom südwestlichen Pazifik bis hin zu Regionen Lateinamerikas. Gemeint sind Gebiete, die "gegenüber der Globalisierung am widerständigsten sind". (zitiert nach 1)

"Sicherheitsumfeld" und "Lücke"

Die Eröffnung von Militärbasen entlang der gesamten westafrikanischen Küste, wie dies von den USA umgesetzt wird, ist Ausdruck dieser neuen Ordnung. Liberia liegt strategisch bedeutsam an den Seefahrtswegen zu Nigeria, dem wichtigsten afrikanischen Öllieferanten der USA. Der Kampf gegen den Terror und die Wahrung amerikanischer Sicherheits- und Rohstoffinteressen hängen in dieser Argumentation untrennbar zusammen. Ob die USA versuchen, ihr Projekt uni- oder multilateral durchzusetzen, darüber kann zum jetzigen Zeitpunkt nur spekuliert werden.

Die Europäische Union (EU) zielt - in ihrem Verfassungsentwurf wird dies deutlich - auf die Militarisierung der europäischen Außenpolitik und will mit weltweiten Militäreinsätzen vor allem gegenüber den USA punkten. In einem programmatischen Papier beschreibt Javier Solana, Vertreter der EU für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, ein neues "Sicherheitsumfeld", das durch regionale Konflikte, Armut, schlechte Staatsführung und die Energieabhängigkeit Europas gekennzeichnet ist. Dieses "Umfeld", das die USA "Lücke" nennen, bringe neue Bedrohungen mit sich. Als zerfallen definierte Staaten wie Liberia, Sudan oder Somalia böten Terroristen Unterschlupf und statteten sie mit finanziellen Mitteln aus. Dieser Entwicklung müsse - auch militärisch - Einhalt geboten werden.

Robert Cooper, Berater des britischen Premiers Tony Blair und Büroleiter von Javier Solana, beschreibt die beiden Komponenten des "Liberalen Imperialismus" aus europäischer Sicht: "Erstens ist das der freiwillige Imperialismus der globalen Ökonomie. Er wird normalerweise von einem internationalen Konsortium durch internationale Finanzinstitutionen wie IWF und Weltbank ausgeübt." Falls dies nicht die gewünschten Effekte zeitige, müsse militärische Gewalt eingesetzt werden: "Unter uns gehen wir auf der Basis von Gesetzen und offener kooperativer Sicherheit um. Aber wenn es um traditionellere Staaten außerhalb des postmodernen Kontinents Europa geht, müssen wir auf die raueren Methoden einer vergangenen Ära zurückgreifen - Gewalt, präventive Angriffe, Irreführung, was auch immer nötig ist. Unter uns halten wir uns an das Gesetz, aber wenn wir im Dschungel operieren, müssen wir ebenfalls das Gesetz des Dschungels anwenden" (The Observer, 7.4.2002).

Diese Pläne, die von Politikberatern bereits seit längerem vorbereitet werden, setzen EU-Politiker nun in die Praxis um. Ein wichtiger Teil des "Liberalen Imperialismus" sind die "humanitären Interventionen", die je nach politischer Situation mit dem Kampf um die Menschenrechte, als Anti-Terrormaßnahme oder zur Abwehr von Flüchtlingen legitimiert werden.

Die Umsetzung einer neuen Ordnung verläuft nicht stringent und widerspruchslos. Zum einen handeln die hegemonialen Staaten nicht immer aus einer Position der Stärke heraus - die desolate Lage im Irak macht dies deutlich. Darüber hinaus kommt es nicht selten zu Interessenkonflikten etwa zwischen den Entwicklungs- und Verteidigungsministerien. Bezeichnend ist jedoch, dass sämtliches Gefahrenpotenzial nur im Außenverhältnis ausgemacht und der Zustand der Welt losgelöst von den destruktiven Kräften des Kapitalismus betrachtet wird.

Anne Jung

Anmerkungen:

1) Jürgen Wagner: Afrika im Fadenkreuz. Vom vergessenen Kontinent zum Objekt der Begierde. In: Blätter für deutsche und internationale Politik. 6/2004

2) KfW: Ölboom am Golf von Guinea, Frankfurt 2004

3) Als im Sommer 2004 ein geplanter Putschversuch in Äquatorialguinea vereitelt wurde - eine Truppe aus Söldnern und Mitarbeitern privater Sicherheitsfirmen wurde in Simbabwe festgenommen - stellte sich heraus, dass es enge Verbindungen nach Europa gibt. Mark Thatcher, Sohn der ehemaligen britischen Premierministerin, soll den geplanten Putsch mit 250 000 EUR finanziert haben. Auch Simon Mann, der Chef

von Executive Outcomes, der ersten Söldnerfirma der Welt, war mit von der Partie. (Frankfurter Rundschau, 29.09.04)

4) Douglas Yates: Oil and Poverty. Thesenpapier der Heinrich-Böll-Stiftung, 2004

5) Global Witness: For a Few Dollars More: How al Qaeda moved into the Diamond Trade. 2003

14. Yilmaz Güney - "Der hässliche König" des türkisch-kurdischen Kinos

CD-Datei: daten/aksuche/ak488/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:488:15

Nach einem kürzlich erschienenen Ranking der zehn besten türkischen Filme des türkischen Kinoverbands gehören die ersten drei Plätze mit "Yol - Der Weg", "Umut - Die Hoffnung" und "Sürü - Die Herde" unangefochten Yilmaz Güney, der am 9. September 1984 im Pariser Exil starb. Es war dem Sohn armer kurdischer Bauern vorbehalten, den türkischen Film zu revolutionieren und zu internationaler Bedeutung zu verhelfen.

Yilmaz Güney wird 1937 als Yilmaz Pütün in einem Dorf in der Nähe von Adana geboren. Schon mit 14 Jahren verlässt er sein Heimatdorf, um in Adana als Filmverkäufer zu arbeiten. Neben der Arbeit besucht er das Gymnasium und studiert schließlich Jura und Wirtschaft in Ankara und Istanbul, ohne jedoch das Studium abzuschließen. Nach der Veröffentlichung der Erzählung "Ungleichung mit drei Unbekannten" (1955) wird er der kommunistischen Propaganda bezichtigt und zu siebeneinhalb Jahren Gefängnis plus zwei Jahren Verbannung verurteilt. Es ist die Erzählung eines kleinen Arbeitermädchens, das an einer Stelle sagt: "Wenn alle Menschen gleich wären, wäre die Welt ein Paradies." Dieser Satz ist für den Richter Beweis genug, dass es sich hier um subversive Literatur handelt. In einem Berufungsverfahren wird die Strafe anschließend auf 18 Monate Gefängnis und sechs Monate Verbannung reduziert, die er ab 1961 verbüßen muss. Hier schreibt er seinen Roman "Sie starben mit gesenktem Haupt", der später mit dem türkischen Literaturpreis ausgezeichnet wurde. In der Haft ändert er auch seinen Nachnahmen in Güney. Insgesamt muss Yilmaz Güney zwölf seiner 47 Lebensjahre hinter Gittern verbringen.

Filmverkäufer, Schauspieler, Regisseur

Bekannt wird Yilmaz Güney jedoch nicht als Schriftsteller, sondern als Schauspieler. Zwischen 1963 und 1968 spielt er in mehr als 60 Filmen die Hauptrolle. Es waren zumeist billige Action- oder Gangsterfilme, in denen er der Held war, der sich gegen Ungerechtigkeit und Unterdrückung auflehnte und wagte zu kämpfen. Diese Rollen waren der Grundstein seiner späteren Popularität: "Als ich meine Filme drehte, betrachtete man mich im Grunde als eine Ware. Ich war mir dessen bewusst, aber was konnte ich machen? Ich war gezwungen, ihr Spiel zu spielen und ihre Spielregeln zu akzeptieren. Ich redete mir ein, eine Investition für die Zukunft zu machen, selbst wenn es manchmal auf Kosten meiner Gesundheit ging ... oder meiner Ehre." Aus dieser Zeit stammt auch sein Beiname "Der hässliche König", da er als Schauspieler zunehmend Einfluss auf die Regie nimmt und bei öffentlichen Auftritten auf die sonst übliche Eleganz verzichtet. Von 1968 an dreht er vorzugsweise Filme in eigener Regie. Wegen der Darstellung gesellschaftlicher Missstände werden seine ersten Werke "Seyyit Han - Die Braut der Erde" (1968) und "Aç Kurtlar - Hungrige Wölfe" (1969) von der Zensur verboten. 1970 gelingt ihm mit "Umut - Die Hoffnung", der auch auf den Filmfestspielen in Cannes gezeigt wird, der entscheidende, auch internationale Durchbruch.

Es folgen u.a. "Umutsuzlar - Die Verzweifelten", "Agit - Der Jammer" und "Aci - Der Schmerz" (alle 1971). Nach dem Militärputsch 1971 wird Güney erneut zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt, weil er politisch verfolgte StudentInnen bei sich versteckte ("Unterstützung der Volksbefreiungsfront der Türkei"), aber schon 1974 auf Grund einer Teilamnestie der neuen Regierung Ecevit entlassen. Wieder in Freiheit dreht er weitere gesellschaftskritische Filme, darunter "Arkadas - Der Freund", "Endise - Lebensangst" (beide 1974) und "Zavallilar - Die Armen" (1975). Anschließend wird Yilmaz Güney der Mord an einem konservativen Richter unterstellt - eine Tat, die er Zeit seines Lebens bestritt - und zu 19 Jahren Gefängnis verurteilt. Zu dieser Strafe kommen noch siebeneinhalb Jahre für eines seiner Bücher gegen den Faschismus, noch einmal so viel für Artikel über linke Gruppierungen und weitere fünf Jahre für einen Brief an Fernando Herrera, den Direktor des Filmfestivals in Valladolid, Spanien. Während seiner Haftzeit schreibt er Drehbücher, die nach draußen geschmuggelt und unter seiner Anleitung realisiert werden, beispielsweise "Sürü - Die Herde" (1978, Regie Zeki Ökten) und "Düsman - Der Feind" (1980). Ende der 1970er Jahre spitzt sich die politische Situation in der Türkei immer weiter zu und für Güney wird es zunehmend schwieriger, vom Gefängnis aus zu arbeiten.

Der Militärputsch vom 12. September 1980 macht zwar alles zunächst nur schlimmer, aber indirekt kommt er ihm doch zugute. Zunächst wird er zwischen den Gefängnissen hin- und hergeschoben, weil ihn niemand

haben will; schließlich wird er in ein halboffenes Gefängnis verlegt. Von dort gelingt Yilmaz Güney 1981 während eines Hafturlaubs die Flucht über Griechenland in die Schweiz, wo er 1982 seinen berühmtesten Film "Yol - Der Weg" fertig stellt. Dieser, zusammen mit "Missing" von Costa Gavras, mit der Goldenen Palme 1982 in Cannes ausgezeichnete Film blieb, wie auch andere Filme und Schriften von Güney, in der Türkei 17 Jahre lang verboten und löste im März 1999 bei seiner Erstaufführung stürmischen Andrang aus.

Seine letzten Jahre verbringt er, inoffiziell von der Regierung geduldet, im französischen Exil. Hier dreht er seinen letzten Film, "Duvar - Die Mauer" (1983), mit dem er sich auf Grund der Trennung von seinem Publikum schwer tat. "Ich finde mich vor einer Mauer, ich kann mit der jetzigen Türkei nicht kommunizieren. Als hätte man mir mein Volk entrissen, das Material, das für den Künstler notwendig ist. Das Schwierigste für mich ist, dass ich das Publikum verloren habe. Wie soll ich mich an die Zuschauer wenden, die ich nicht kenne?" Seine Situation im Exil ist auch dadurch geprägt, dass die europäische Öffentlichkeit seine Unschuld bezweifelt und seine radikalen kommunistischen Ansichten ablehnt. 1984 erliegt er schließlich einem Krebsleiden.

Heute würden Yilmaz Güneys Filme wohl als "Doku-Dramen" bezeichnet werden. Ihre Basis ist das Leben derjenigen, die er kennt. Der Film "Umut - Die Hoffnung" ist die Geschichte seines Vaters und seines Bruders. "Sürü - Die Herde" schildert die Geschichte seiner Mutter und seines Onkels. In "Yol - Der Weg" erzählt er die Geschichte seiner Freunde. "Im Grunde genommen muss man meine Filme und mein Leben als ein Ganzes betrachten. Ich kann mir nicht vorstellen, dass meine Filme für sich allein verstanden würden." Dabei arbeitet er nicht zuletzt wegen der drohenden Zensur viel mit Symbolik, die aber von seinem Publikum klar verstanden wird.

Yilmaz Güney stellt in seinen Filmen den Überlebenskampf einfacher Menschen, geknechteter LandarbeiterInnen, entwurzelter Bauern, gesetzloser Schmuggler oder der Häftlinge in den Gefängnissen dar. "Ein anderes Hauptthema meiner Filme ist das Gefängnis, die Geschichte der Abhängigkeit, der gescheiterten Leute, der in die Enge Getriebenen. Im Grunde genommen ist die ganze Welt ein riesiges Gefängnis." Besondere Aufmerksamkeit widmet er dem Schicksal von Frauen in den Zwängen feudal-patriarchaler Verhältnisse. Er attackiert die schreiende soziale Ungerechtigkeit ebenso wie die biedere Doppelmoral des bürgerlichen Lebens.

In Güneys berühmtesten Film "Yol - Der Weg" sind diese zentralen Themen in aller Dichte zusammengefasst. Da der Film im Exil fertig gestellt wird, braucht er auf die türkische Zensur keine Rücksicht zu nehmen. Fünf Häftlinge bekommen eine Woche Urlaub auf Ehrenwort und treten die lange Heimreise zu ihren kurdischen Familien an. Der Film beginnt im Gefängnis und endet mit der Rückfahrt eines Häftlings ins Gefängnis. Diese Kreisbewegung ist symbolisch, da es für Güneys Helden kein Entrinnen und keinen Ausweg gibt. Sie enden da, wo sie begonnen haben.

Filme aus dem Knast und über den Knast

Wie auch bei seinen vorherigen Filmen hat Yilmaz Güney das Drehbuch für "Yol - Der Weg" bis ins Detail während seiner Haftzeit im Gefängnis geplant und geschrieben. Andere politische Gefangene berichten, dass sie ihm stundenlang fasziniert dabei zusahen, wie er in seiner Zelle verschiedene Rollen von Filmsequenzen immer wieder durchspielte, bis er zufrieden war. Die Entstehung von "Yol - Der Weg" schildert er folgendermaßen: "Während meiner Haftzeit habe ich mir sehr viele Gedanken über meine Freunde, über die Männer, mit denen ich eine Zelle teilte, und all diejenigen, die ich tagtäglich sah, gemacht. Ich habe sie genau beobachtet. Genauso wie ich in mich geschaut und die gelebten Schmerzen, Enttäuschungen und Hoffnungen genauer untersucht habe. Dann habe ich mir gesagt: ‚Das sind die wahren Filmhelden, lebendig, wahr, beeindruckend und mir sehr nah`... Dann habe ich mich entschlossen, meinen Film anhand von Gefangenen, die für eine Woche nach Hause beurlaubt werden, zu schildern. Ich habe mit sehr vielen Mitinsassen geredet und mir Notizen gemacht. Zum Teil habe ich unsere Gespräche mitgeschnitten. Andere habe ich gebeten, mir ihre Erlebnisse, ihre Geschichte aufzuschreiben. Je mehr die Arbeit voranging, desto mehr Gestalt nahm auch mein Film an. Ich wollte über die Türkei erzählen, am Bild von Gefangenen, die eine Woche Urlaub kriegen, um die Festtage mit ihren Familien zu verbringen."

Er selbst führt den Erfolg von "Yol - Der Weg" vor allem auch auf seine frühen Erfahrungen als Filmverkäufer zurück, wo er die Reaktionen der Menschen bei vielen Filmvorführungen beobachten konnte. Auf Grund dieser Nähe zu seinen Figuren und seinem Publikum könnte man Güney in Anlehnung an Antonio Gramscis

"organischen Intellektuellen" als "organischen Künstler" bezeichnen. Yilmaz Güney verstand sein künstlerisches Schaffen als Beitrag zur Emanzipation der unterdrückten und ausgebeuteten Klassen. Sich selbst bezeichnete er als Sozialist, ohne sich einer der Fraktionen der türkischen Linken zugehörig zu fühlen.

Bis heute unvergessen und verehrt

Obwohl selbst kurdischer Herkunft, thematisierte Yilmaz Güney die kurdische Frage nur selten. In "Sürü - Die Herde" und "Yol - Der Weg" lenkt er zwar erstmals die internationale Aufmerksamkeit auf die Zustände in den kurdischen Regionen; die Hauptfiguren erscheinen aber mehr als Häftlinge des "weltweiten Gefängnisses", denn als Vertreter einer kurdischen Identität. Hier spiegelt er sicherlich den Entwicklungsstand der türkisch-kurdischen Linken.

Auch 20 Jahre nach seiner Beerdigung auf dem Friedhof Père de la Chaise in Paris, an der viele Tausende teilnahmen, ist seine Popularität ungebrochen, wovon nicht zuletzt die zahlreichen Gedenkveranstaltungen anlässlich seines 20. Todestages zeugen. Auch eine der meist gelesenen türkischen Kulturzeitschriften trägt seinen Namen. Er wird ebenso von allen Teilen der türkischen und kurdischen Linken wie auch von großen Teilen der demokratischen türkischen Öffentlichkeit verehrt. Lediglich bei den staatlichen und konservativ-islamischen Kreisen gilt Güney als Künstler unter "ferner liefen", der "große Schande über das Land" gebracht hat.

Andrej Hunko

15. "Ich bin froh, dass endlich etwas passiert"

Nach zweieinhalb Jahren in Haft beginnt im November der Prozess gegen Gabi Kanze

CD-Datei: daten/aksuche/ak488/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:488:16

Am 29. November beginnt vor der Audiencia Nacional, dem zentralen spanischen Strafgericht, der Prozess gegen Gabriele Kanze. Bis dahin wird die 48-jährige Berliner Lehrerin zwei Jahre und acht Monate Auslieferungs- und Untersuchungshaft hinter sich haben.

Ich bin froh, dass endlich etwas passiert", schrieb Gabriele Kanze im Juni aus der Untersuchungshaft in Brieva in der spanischen Provinz Avila. Im März 2002 war sie beim Grenzübertritt in die Schweiz verhaftet worden. Im Januar 2003 wurde sie nach Spanien ausgeliefert und sitzt seitdem in Untersuchungshaft. Nach spanischem Prozessrecht kann diese bei Delikten mit hohem Strafrahmen zwei Jahre, also bis Januar 2005, dauern, ohne dass eine weitere Haftprüfung vonnöten wäre. Die spanischen Justizbehörden konnten sich also Zeit lassen und haben dies auch getan. Vom Dezember 2003 datiert die dünne Anklageschrift, die Gabrieles Anwältinnen erst im April vorgelegt wurde. Nach einigen Verzögerungen ist der Prozesstermin nun auf Ende November angesetzt.

Die Trödelei auf dem Rücken der Beschuldigten ist umso skandalöser, als die spanischen Behörden seit 1994 dieselben Vorwürfe erheben und sich dabei auch nicht durch zwischenzeitliche Ermittlungsergebnisse beeindrucken lassen. Diese hätten längst die Aufhebung des Haftbefehls und die Einstellung des Verfahrens erfordert. In ihrer Anklageschrift wirft die Staatsanwaltschaft Gabriele Kanze den Besitz von Waffen und Sprengstoff sowie die "Unterstützung einer bewaffneten Bande", nämlich des ETA-Kommandos Barcelona, vor. Für die beiden ersten Delikte beantragt sie je acht, für das dritte sechs Jahre Haft.

Haft auf Grund längst widerlegter Ermittlungen

Die Anklage lebt vom Zurechnungsmechanismus der "bewaffneten Bande" bzw. "terroristischen Vereinigung", den wir auch in Deutschland zur Genüge kennen: Gerade zehn Zeilen der insgesamt neunseitigen Anklageschrift beziehen sich auf Gabriele Kanze, ansonsten lässt sich die Staatsanwaltschaft über das ETA-Kommando, dessen Mitglieder und seine Aktionen aus, für die Gabriele Kanze definitiv keine Verantwortung trägt. Vielmehr soll sie gemeinsam mit ihrem damaligen Freund und heutigen Ehemann Benjamin Ramos zwei Wohnungen in Barcelona angemietet haben, die dem Kommando als Unterschlupf und als Versteck für Waffen und Sprengstoff gedient hätten. Auch was diesen angeblich eigenen Tatbeitrag betrifft, muss die Staatsanwaltschaft die Tatsachen vermischen und verwischen.

Auf diese beiden Wohnungen stieß die Polizei nach der Verhaftung von Felipe San Epifanio, eines der Mitglieder des Kommandos, am 28. April 1994. Während der nach spanischem Prozessrecht - in Terrorismusfällen - möglichen fünftägigen incommunicado-Haft wurde der Mann gefoltert. Das Verfahren wegen der Foltervorwürfe wurde wie in vielen anderen Fällen sang- und klanglos eingestellt.

Nur in einer der von San Epifanio bezeichneten Wohnungen entdeckte die Polizei Waffen. Diese Wohnung wurde jedoch nicht von Gabriele Kanze, sondern von Benjamin Ramos gemietet, der 1995 in Berlin festgenommen, ein Jahr später ausgeliefert und 1997 von der Audiencia Nacional wegen Unterstützung des ETA-Kommandos verurteilt wurde. Bezeichnenderweise stellte das Gericht damals fest, dass er nicht für das Waffenlager in der Wohnung verantwortlich zu machen sei. Nach der Überlassung der Wohnung habe er keine Verfügungsgewalt mehr über die Räume gehabt. Das Gericht sprach ihn an diesem Punkt ausdrücklich frei. Verurteilt wurde er, weil er nach der Verhaftung San Epifanios gemeinsam mit dem Rest der Gruppe geflohen war und ein falsches Kennzeichen an dem Wagen montiert hatte. (Strafmaß: elf Jahre Haft!)

Der Vertrag für die tatsächlich von Gabriele Kanze angemietete andere Wohnung stammt vom Sommer 1993. Zu diesem Zeitpunkt war sie als Austauschlehrerin in Barcelona tätig und rechnete damit, dass ihr Arbeitsaufenthalt erheblich länger dauern würde. Die Pläne zerschlugen sich aber, weswegen sie im September desselben Jahres bereits wieder nach Berlin zurückkehrte. Die Mitglieder des Kommandos bestätigten 1997 vor der Audiencia Nacional, Gabriele Kanze nicht zu kennen. Im April 1994 war sie nämlich nachweislich schon über ein halbes Jahr in Deutschland, das sie bis zu ihrer Festnahme an der Schweizer

Grenze im März 2002 auch nicht mehr verließ. Sie konnte deshalb erst recht keine Verfügungsgewalt mehr über ihre Wohnung haben.

Schlaglicht auf aktuelle Entwicklungen

Da sie (damals) als Deutsche aus Deutschland nicht ausgeliefert werden konnte, richteten die spanischen Behörden bereits 1994 ein Strafübernahmeersuchen an die hiesige Justiz. Eine Strafverfolgung wegen Unterstützung der ETA war in Deutschland zwar nicht möglich, da der Straftatbestand der "terroristischen Vereinigung" - § 129a StGB - (damals) nur auf inländische Vereinigungen anwendbar war und die erforderliche beiderseitige Strafbarkeit insofern an diesem Punkt nicht bestand. Die Berliner Staatsanwaltschaft konnte daher nur in der Frage des Waffen- und Sprengstoffbesitzes ermitteln. Sie hielt zunächst fest, dass Gabriele Kanze keine Verbindung zu der von Benjamin Ramos gemieteten Wohnung und dem dort sichergestellten Waffenlager hatte. In der von ihr selbst gemieteten Wohnung seien dagegen weder Waffen noch Sprengstoffe gefunden worden, sondern nur ein "Glasbehälter von einem Zentimeter Durchmesser und einer Höhe von vier Zentimetern, der ein schwarzes Pulver unbekannter Zusammensetzung enthält". Im September 1995 forderte die Berliner Staatsanwaltschaft in Spanien nähere Auskünfte über den mysteriösen Fund. Die Antwort erging erst drei Monate später: Es handele sich um Bleisulfid. Übersetzungsfehler seien ausgeschlossen, bestätigte Ende 1995 das Bundeskriminalamt. Die Substanz werde definitiv nicht zur Herstellung von Sprengstoff gebraucht. Bleisulfid ist u.a. in Glasuren für Töpferwaren enthalten. Im April 1998 stellte die Berliner Staatsanwaltschaft das Ermittlungsverfahren daher ein - mangelnder Tatverdacht (§ 170 Abs. 2 StPO).

Schon zu diesem Zeitpunkt waren die heute immer noch erhobenen Vorwürfe nicht mehr haltbar. Von Waffen- und Sprengstoffbesitz konnte keine Rede mehr sein und auch der letztlich darauf aufbauende Anklagepunkt der Unterstützung hatte sich bei genauerem Hinsehen in Luft aufgelöst. Spätestens 1998 hätten die spanischen Strafverfolgungsbehörden die Aktendeckel zuklappen und das Verfahren einstellen können. Statt dessen erhielten sie den Haftbefehl aufrecht. Weder im Auslieferungsersuchen an die Schweiz noch in der Anklageschrift findet sich irgendein Versuch, die offenkundigen Widersprüche der Argumentation zu lösen oder auf die Ergebnisse der Verfahren in Madrid oder in Berlin einzugehen.

Die Verteidigung und die UnterstützerInnen von Gabriele Kanze haben die Öffentlichkeit und insbesondere die kritischen JuristInnenorganisationen aufgerufen, das Verfahren genau zu beobachten. Zum einen, um zu verhindern, dass Gabriele Kanze zu Unrecht verurteilt wird. Zum andern, weil dieses Verfahren ein Schlaglicht auf die derzeit heftig betriebene "Harmonisierung" des Strafprozessrechts in Europa wirft. Deren erstes Ergebnis, den Rahmenbeschluss des Rates der EU-Innen- und Justizminister zum Europäischen Haftbefehl, hat der Bundestag im Juni in deutsches Recht überführt. Der zentrale Glaubenssatz dieser Harmonisierungspolitik, der auch in den EU-Verfassungsentwurf Eingang gefunden hat, lautet: Justizielle Entscheidungen sind gegenseitig anzuerkennen. Faktisch werden damit auch sämtliche straf- und strafprozessrechtlichen Exzesse achselzuckend bejaht, die in dem Verfahren gegen Gabriele Kanze in aller Deutlichkeit zu besichtigen sind: von irrwitzigen Strafmaßen über extrem lange U-Haftzeiten bis hin zur incommunicado-Haft in politischen Verfahren mit der damit verbundenen Gefahr der Folter. Was als harmlose Vereinheitlichung unter europäischen Rechtsstaaten daher kommt, beinhaltet damit erhebliche Gefahren für die Rechte der Beschuldigten und der Verteidigung.

Der Europäische Haftbefehl bedeutet das Ende des Auslieferungsrechts in der EU. An die Stelle des Auslieferungsverfahrens tritt eine Übergabeprozedur. Die bisher geltende Auslieferungskonvention des Europarats ermöglichte zwar keine umfängliche materielle Prüfung des Strafvorwurfs, wohl aber konnten die Gerichte vom ersuchenden Staat Erklärungen nachfordern, wenn sich im Ersuchen offensichtliche Widersprüche zeigten. Und sie konnten die Auslieferung verweigern, wenn Beweise durch unerlaubte Methoden zu Stande gekommen waren.

Die Schweiz ist zwar nicht Mitglied der EU und wird daher vorerst den EU-Haftbefehl nicht umsetzen. Das schweizerische Bundesgericht hat jedoch mit seinem Entscheid über die Auslieferung von Gabriele Kanze wesentliche Aspekte dieser Regelung in vorauseilendem Gehorsam vorweggenommen. (1) Es nahm die von der Verteidigung aufgedeckten Widersprüche im Auslieferungsersuchen nicht im Ansatz zur Kenntnis, sondern verwies schlicht und einfach darauf, dass diese vom zuständigen Richter in Spanien zu prüfen seien.

Das Gericht ist darüber hinaus auch nicht darauf eingegangen, dass die Aussagen Felipe San Epifanios, die das Verfahren ins Laufen brachten, unter Folter erpresst wurden und sich aus der Folter von Drittpersonen im selben Verfahren ein Auslieferungshindernis ergibt: Spanien sei ein Rechtsstaat, habe die Europäische Menschenrechtskonvention und auch die Anti-Folter-Konvention der UNO unterzeichnet. "Die ernst zu nehmende Kritik von Menschenrechtsgremien ... an einzelnen Fällen von Übergriffen und Missständen ... belegt die Effizienz und das Funktionieren völkerrechtlicher Kontrollmechanismen."

EU-Harmonisierung nach unten

Das Gericht verzichtete letztlich auf sämtliche Möglichkeiten, die die Europaratskonvention bietet. Es tat letztlich das, was die EU in ihrem Rahmenbeschluss zum Haftbefehl fordert: Es erkannte den Haftbefehl der spanischen Untersuchungsbehörden vollumfänglich an. Aus dem Auslieferungsverfahren wurde faktisch ein zeitlich verzögertes Übergabeverfahren.

Bei all der wohlwollenden gegenseitigen Anerkennung zwischen Rechtsstaaten fällt allerdings auf, dass sie recht einseitig funktioniert. Nicht anerkennen wollte das schweizerische Bundesgericht, dass Gabriele Kanze durch die Einstellung des Ermittlungsverfahrens in Berlin weitestgehend entlastet war. Der Verfahrenseinstellung wegen mangelnden Tatverdachts komme "nicht die Bedeutung eines materiellen Freispruches" zu. Nachdem Gabriele Kanze ohne Prozess schon mit über zweieinhalb Jahren Haft bestraft ist, hat die Audiencia Nacional die Pflicht, diese Einseitigkeit endlich zu korrigieren.

Heiner Busch

Anmerkung:

1) Das Urteil vom 21. Oktober 2002 ist nachzulesen unter www.bger.ch, Urteile ab 2000, 1A. 174/2002

Auszug aus dem Spendenaufruf

für die Prozesskosten der Nebenklage

"Sollte im Revisionsverfahren vor dem Landgericht Halle die Konstruktion von der Notwehr aufrechterhalten und der Täter erneut freigesprochen werden, würden die Angehörigen von Helmut Sackers die Kosten des Hauptverfahrens (bis zu 20.000 Euro) tragen müssen. Zur Unterstützung der Angehörigen von Helmut Sackers in ihrem Bemühen um Gerechtigkeit bittet die Mobile Beratung für Opfer rechtsextremer Gewalt um Spenden.

Ist das Revisionsverfahren erfolgreich und der Täter wird verurteilt oder gehen mehr Spenden ein, als zur Begleichung der Prozesskosten notwendig sind, werden diese Gelder dem Fonds für Opfer rechtsextremer und fremdenfeindlicher Gewalt in Sachsen-Anhalt zur Verfügung gestellt, um andere Betroffene von rassistischer, antisemitischer oder minderheitenfeindlicher Gewalt zu unterstützen."

Miteinander e.V., Kto-Nr.: 53 53 53, Bank für Sozialwirtschaft Magdeburg, BLZ 810 205 00, Kennwort: Opferfonds/ Revision Halberstadt. Über den Eingang werden auf Wunsch Spendenbescheinigungen ausgestellt. Weitere Informationen, auch zum Prozessverlauf, unter:

www.mobile-opferberatung.de

16. Profitinteressen plus Entwicklungsstrategien gleich Vertreibung

Der Fall Mubende in Uganda

CD-Datei: daten/aksuche/ak488/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:488:17

Vor mehr als drei Jahren vertrieben Einheiten der ugandischen Armee im Distrikt Mubende gewaltsam mehr als 2.000 Menschen. Kaweri, Tochterfirma des deutschen Konzerns "Neumann Kaffee Gruppe", errichtete auf dem nunmehr unbewohnten Land eine Kaffeeplantage. Diese soll mit nachhaltigem Kaffeeanbau die Entwicklung einer abgelegenen und strukturschwachen Region vorantreiben. Was auf dem Papier verheißungsvoll klingt, entpuppt sich in der Realität für die vorherigen BewohnerInnen des Plantagenlandes jedoch als ein bis heute nicht endender Albtraum - gewaltsam durchgesetzt von der Verpächterin des Landes, der ugandischen Regierung.

Kaweri stellte der ugandischen Regierung drei zentrale Bedingungen für das Zustandekommen der Investition: Erstens: Das Land muss bei Übergabe unbewohnt sein. Zweitens: Alle rechtmäßigen BewohnerInnen sollen entschädigt werden. Drittens: Es darf nicht mit einer Hypothek belastet sein. Für die Erfüllung von Bedingung Nummer eins vertrieb die Regierung einen Großteil der BewohnerInnen gewaltsam.

Im Juni 2001 forderte die Anwaltskanzlei Tibamanya Urban Advocates die BewohnerInnen schriftlich auf, das Land zu verlassen. Der Besitzer habe es an die Regierung verkauft, die es wiederum an die Neumann Kaffee Gruppe verpachtet hätte. Die betroffenen Menschen fühlten sich jedoch von der Aufforderung, das Land zu verlassen, nicht unmittelbar bedroht. Teile des Landes waren von ihnen selbst oder von ihren Vorfahren gekauft worden. Außerdem dürfen ugandischem Recht zufolge Enteignungen nur gegen Entschädigung stattfinden, und selbst ursprünglich "unrechtmäßige" BewohnerInnen können nicht mehr vertrieben werden, wenn sie mindestens zwölf Jahre lang auf dem Land gelebt haben und nicht aufgefordert wurden, es zu verlassen. Regierungsbehörden forderten daraufhin die DorfbewohnerInnen auf, Beweise für ihren Landbesitz vorzulegen. Kopien der entsprechenden Urkunden wurden jedoch umgehend von der zuständigen Distriktbehörde konfisziert.

Vertrieben trotz Schutz durch Verfassung

Zwischen dem 17. und dem 21. August 2001 wurden schließlich insgesamt 392 Familien mit 2041 Personen aus den Dörfern Kitemba, Luwunga, Kijunga und Kiryamakobe mit vorgehaltener Waffe zum Verlassen ihres Landes gezwungen und teilweise zusammengeschlagen. Mehrere alte und kranke Menschen seien als Folge dieser Behandlung gestorben, eine schwangere Frau habe ihr Kind verloren, berichten die Betroffenen. Die Häuser seien demoliert und Behausungen aus Gras in Brand gesteckt worden. Das bewegliche Eigentum sei ebenfalls zerstört oder aber geplündert worden, insbesondere die Nahrungsmittelvorräte. Auch die beiden Grundschulen der Region wurden zerstört, ebenso sechs Kirchen. Besonders schwer wog in den Augen der Betroffenen vor allem auch der Verlust ihrer Begräbnisstätten.

Die meisten der Vertriebenen suchten zunächst Zuflucht im angrenzenden Wald von Kyengeza. Sie lebten dort in behelfsmäßigen Behausungen, die keinen ausreichenden Schutz vor dem Wetter boten, verfügten weder über einen Zugang zu sauberem Wasser und sanitären Anlagen noch über medizinische Versorgung. Die Diözese Kiyinda Mityana leistete humanitäre Nothilfe.

Auch heute noch wohnen die meisten der Vertriebenen weiterhin direkt neben der Plantage; dass sie dort bleiben können, ist nicht gesichert. Die Vertriebenen verfügen lediglich über kleine Grundstücke zum Ackerbau, die keineswegs ausreichen, um die Familien das ganze Jahr über mit Lebensmitteln zu versorgen. Einige arbeiten auf der Kaffeeplantage als Tagelöhner. "Kein Land zu haben, heißt für uns, keine Nahrung zu haben", bringt eine der Betroffenen es auf den Punkt. Auch die Versorgung mit Trinkwasser hat sich drastisch verschlechtert. Der Bau der neuen Schule dauerte mehr als ein Jahr, das damit für die Schulkinder verloren war. Ungefähr ein Drittel der vorherigen SchülerInnen brach den Unterricht ganz ab. Besonders schwer wiegt für die Menschen die Zerstörung der vorherigen dörflichen Gemeinschafts- und der Familienstrukturen, denn sie mussten sich auf verschiedene Verwandte außerhalb des umstrittenen Gebietes verteilen. Eltern mussten zum Teil mit ihren erwachsenen Kindern in einem Bett schlafen, was in Uganda als Tabu gilt.

Die Kaweri-Plantage ist die erste Kaffeeplantage in Uganda überhaupt. Denn bislang wurde Kaffee ausschließlich in kleinbäuerlichem Anbau produziert. Das Projekt hat daher einen hohen symbolischen Wert, der sich nicht zuletzt darin ausdrückt, dass Ugandas Präsident Yoweri Museveni die Plantage im August 2001 persönlich eröffnete - im Beisein von Konzernchef Michael Neumann. Die Bepflanzung soll 2006 beendet sein. Laut eigener Internetseite geht Kaweri davon aus, 2009 schließlich die volle Produktionshöhe von 4000 Tonnen Kaffee erreichen zu können.

Der Kaffeesektor ist die Hauptstütze der formellen ugandischen Wirtschaft und erbringt etwa 70% der Exporterlöse. Uganda war im Jahr 2003 der siebtgrößte Kaffee-Exporteur der Welt und der größte Afrikas. Weitere wichtige Exportprodukte neben Kaffee sind Fisch, Tee, Baumwolle und Tabak. Der gesamte Agrarsektor erwirtschaftet einen Anteil von rund 46 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) und ernährt ca. 90% der Bevölkerung, den größten Teil davon durch Subsistenzwirtschaft.

Humanitäre Hilfe statt Menschenrechte

Die ugandische Regierung hat seit Anfang der 1990er Jahre in enger Abstimmung mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank eine Strategie der wirtschaftlichen Umgestaltung und Privatisierung im Sinne der neoliberalen Wirtschaftspolitik des "Washington Consensus" (1) verfolgt. In diesem Zusammenhang erließ sie im Jahre 1991 ein Investitionsgesetz und rief eine neue Behörde ins Leben - die Uganda Investment Authority (UIA) - mit dem Ziel, ausländische Direktinvestoren ins Land zu holen. Die Regierung hofft, auf diese Weise die dringend benötigten Arbeitsplätze zu schaffen und durch die Anwerbung verarbeitender Industrie vom reinen Rohstoff-Export wegzukommen. Denn dieser ist extrem abhängig von schwankenden und tendenziell sinkenden Weltmarktpreisen. Der so genannte "Land Act" soll dabei den Ausverkauf an nicht-ugandische Unternehmen gesetzlich verhindern: Statt das Land direkt zu verkaufen, kauft die UIA Land von Privatbesitzern oder Dörfern auf und verpachtet es an ausländische Investoren.

Direktinvestitionen in Uganda sind für Konzerne attraktiv, denn es gibt kaum Arbeitsschutzgesetze und keinen gesetzlichen Mindestlohn. Kollektive Tarifverhandlungen sind zwar laut Gesetz zuzulassen, wenn mindestens 51 Prozent der Belegschaft gewerkschaftlich organisiert sind. Dies wird aber von Plantagenbetreibern häufig unterlaufen: Nicht selten werden Gewerkschaftsmitglieder entlassen, sobald die Quote von 51 Prozent erreicht ist. Aufgrund der hohen Arbeitslosenrate sind neue ArbeiterInnen nicht schwer zu finden.

Im Rahmen des neoliberalen Umbaus der ugandischen Volkswirtschaft ist für den Agrarsektor ein eigenes Modernisierungsprogramm entwickelt worden, dessen übergeordnetes offizielles Ziel die Armutsbekämpfung ist - zu erreichen durch die Errichtung eines "wettbewerbsfähigen" und "nachhaltigen" Agrarsektors. Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit sollen vor allem durch die Umwandlung von subsistenzorientierter in kommerzielle Landwirtschaft entstehen - und die Kaweri-Plantage ist aus der Sicht der ugandischen Regierung ein Schlüsselprojekt auf diesem Weg.

Kaweri unterstützte im November nach der Vertreibung die humanitäre Hilfe der Diözese Kiyinda Mityana durch eine Spende von umgerechnet 2.000 Euro. Zudem finanzierte sie mit 16.000 Euro den Bau der neuen Schule und wandte sich an die Organisation Habitat International, um in Zusammenarbeit mit ihr die Wohnsituation zu verbessern. Da aber noch ungeklärt ist, ob die Vertriebenen auf ihrem jetzigen Land bleiben können, konnte das geplante Unterstützungsprogramm bisher nicht gestartet werden. Kaweri hat außerdem eine Wasserpumpe an der neuen Schule installiert, aber als FIAN (2) den Ort Ende August 2003 besuchte, zeigte sich, dass das Wasser mit potenziell gefährlichen Eisenkonzentrationen verunreinigt war.

Die Bemühungen von Kaweri um Schadensbegrenzung sind kaum mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein. Die Situation der Vertriebenen ist deutlich schlechter als vorher, und auch die versprochenen positiven sozioökonomischen Effekte, welche die Investition in die Kaffeeplantage mit sich bringen sollte, lassen bislang auf sich warten. Schlechte Arbeitsbedingungen und ebensolche Entlohnung führten Anfang März zu einem Streik auf der Plantage. Tagelöhner bekommen etwa einen US-Dollar am Tag für ein festgesetztes Arbeitssoll. Wenn sie dies nicht erbringen, müssen sie es am nächsten Tag nachholen und erhalten auf diese Weise einen Dollar für zwei Tage Arbeit. Immer wieder wird berichtet, dass die Auszahlung der Löhne teilweise wochenlang auf sich warten lässt. Das Management rief die Polizei, die gewaltsam gegen die Streikenden einschritt.

Bundesregierung verteidigt Vertreibung

Die Kaweri-Plantage hat die Betroffenen überhaupt erst in Lohnabhängigkeit gebracht. Vor der Vertreibung konnten sie in eigener Verantwortung wirtschaften und erzielten damit ein Auskommen, das deutlich über den von Kaweri gezahlten Löhnen lag. Eine Studie der Makarere Universität stellt einen deutlichen Rückgang des monatlichen Einkommens bei den meisten Betroffenen fest. Angesichts der weltweiten Preiskrise auf dem Kaffeemarkt ist außerdem generell fragwürdig, inwieweit eine Investition in eine Kaffeeplantage, die Kleinbauern vom Markt verdrängt, als Beitrag zur Armutsbekämpfung taugt.

Seit der Vertreibung haben sich die Betroffenen mit allen ihnen zur Verfügung stehenden politischen und juristischen Mitteln für die Wahrung ihrer Rechte eingesetzt. Sie wollen mit ihrem Kampf um Entschädigung nicht nur ihr Recht durchsetzen, sondern auch zukünftige Vertreibungen dieser Art verhindern. Ihre Vorsprachen bei Parlamentariern, der Uganda Human Rights Commission und dem zuständigen Minister schlugen jedoch fehl. So entschieden die Vertriebenen schließlich im August 2002, Klage bei Gericht einzureichen. Anhörung und Entscheidung über den Antrag wurden mehrmals unter der Angabe fadenscheiniger Gründe kurzfristig verschoben. Zuletzt hieß es am 5. Juli diesen Jahres, dass der zuständige Richter gewechselt habe und die Verhandlung deswegen auf Januar 2005 verschoben werde.

Die deutsche Bundesregierung wiederholt auf mehrfache Anfrage monoton, dass die Vertreibung legal gewesen sei, die ugandische Regierung nicht kritisiert werden könne. Die Neumann Kaffee Gruppe habe sich darüber hinaus über die Maßen humanitär engagiert. Die Plantage trage außerdem zur Entwicklung des Distriktes bei. Belege dafür vorzulegen, ist die Bundesregierung bislang schuldig geblieben. Auch die Anfrage der Vertriebenen, sie möge sich als Vermittler im Konflikt einsetzen wurde bisher abgelehnt.

Landvertreibungen dieser Art sind leider keine Seltenheit. Regelmäßig werden marginalisierte Bevölkerungsgruppen auf dem Altar von Profitinteressen bzw. im Dienste "übergeordneter Interessen" wie der "Entwicklung des Landes" geopfert. Nicht nur in Uganda.

Gertrud Falk

Gertrud Falk ist Referentin bei der Menschenrechtsorganisation FIAN (Food First Informations- und Aktionsnetzwerk, www.fian.de) und begleitet in diesem Rahmen die Unterstützung der Vertriebenen in Uganda.

Anmerkungen:

1) Unter dem Begriff "Washington Consensus" werden zehn Politikinstrumente beschrieben, die die internationalen Finanzinstitutionen und die US-Regierung seit den 1980er Jahren hoch verschuldeten Staaten auferlegen. Sie umfassen eine strenge Haushaltsdisziplin, Senkung der Spitzensteuersätze, vom Markt bestimmte Zinsraten, liberale Handelspolitik, Offenheit für ausländische Direktinvestitionen, Privatisierung, Deregulierung, Schutz des Privateigentums etc.

2) s. Autorinnenangabe.

17. Alles nur Theater?

Das Schauspielhaus in Hamburg setzt auf rassistische Stereotype

CD-Datei: daten/aksuche/ak488/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:488:18

Nach 28 Jahren ließ das Deutsche Schauspielhaus Mitte September erstmals wieder Shakespeares "Othello" inszenieren. In der Version von Regisseur Stefan Pucher wurde daraus eine Art deutsche Minstrel-Show. (1)

Die Premiereninszenierung fing schon an, bevor überhaupt der Vorhang hoch ging. Während das Publikum langsam durch die vollen Gänge des Hamburger Schauspielhauses zu den Sitzplätzen drängte, lief Hauptdarsteller Alexander Scheer (Othello) vorbei und genoss sichtlich seinen frühen Auftritt. Die Maske hatte sich Mühe gegeben und ihm ihre Vorstellung einer schwarzen Person aufgedrückt: Pechschwarz waren Haut und Haar, die Lippen dunkelrot geschminkt. Die Zähne bleckte Scheer des Kontrastes wegen fortwährend.

Während des Stücks selbst schien der Rückgriff auf "Blackface", also überzogen schwarz geschminkte Gesichter zum Preis einer diskriminierenden Veralberung schwarzer Menschen, allein nicht auszureichen. Permanent versuchte Scheer, das Chiffre "Race" mit Inhalt zu füllen, und peitschte dabei durch unterschiedlichste Stationen afroamerikanischer Kultur und Popgeschichte: Zur Musik von James Brown wurde der Untergang der türkischen Flotte gefeiert. Mit der olivgrünen Uniform, die Mütze keck auf Halbmast und unerschütterlich "I feel good" schreiend kam Othello dabei einer Karikatur afroamerikanischer GIs gleich. Auf das inszenierte Husten eines Gastes hin gab Othello mal schnell einen kurzen Rap, die Hände tief in den Hosentaschen vergraben, die Brust provozierend aufgeplustert.

Später im Stück konnten die älteren Senatoren auf der Drehbühne HipHop-Choreographien mit dem in Zypern siegreichen Othello einüben. Im Vordergrund spann der fiese Jago (Wolfram Koch) derweil seine Intrige. Jago witzelte, dass er Cassio "beim Schwarzen anschwärzen" würde und verwies sodann darauf, dass es in der Pause draußen noch mehr zu sehen gäbe. Auf dem Bahnhofsvorplatz ging es dann mit Othello als schwarzem Boxer weiter.

Stereotype Rollenzuschreibungen für Schwarze in Film und Theater haben eine lange Geschichte. Gerade bei "Blackface"-Darbietungen kulminieren ein ausbeuterischer Kulturbetrieb und eine zutiefst rassistisch geprägte Gesellschaft. Dass "Blackface" im amerikanischen Kontext auf Grund seines evident rassistischen Bezugs von Organisationen wie der 1909 gegründeten NAACP (National Association for the Advancement of Colored People) schon zu Beginn des letzten Jahrhunderts bekämpft wurde und international im Film wie auf Theaterbühnen längst diskreditiert ist, scheint dem Deutschen Schauspielhaus entgangen zu sein. Intendant Tom Stromberg sagte zur Kritik an der Performance lakonisch: "Der Othello ist eine Kunstfigur, er ist schwarz und hat einen roten Mund."

"Er ist schwarz und hat einen roten Mund"

Doch Beispiele für frühe "Blackface"-Darbietungen in Deutschland, die die zur Schau gestellte Unschuld Lügen strafen, gibt es: etwa die Stummfilmkomödie "Die Boxerbraut" von Johannes Guter aus dem Jahre 1926 oder die "Othello"-Stummfilmversion von Dimitri Buchowetzki mit Emil Jannings in der Rolle des Othello von 1922. (2) Eleonore Wiedenroth-Coulibaly, Mitbegründerin der ISD (Initiative Schwarzer Menschen in Deutschland), zeigte sich denn auch entsetzt über so viel Ignoranz und rassistische Bilderpolitik. "Es ist bedauerlich, dass rassistisches Repertoire über Zeiten und Ländergrenzen hinweg reproduziert wird", so die ISD-Aktivistin.

Mit demselben Stück waren andere Theater schon deutlich sensibler umgegangen. Der Regisseur Luk Perceval verzichtete überhaupt auf jede Farbmalerei und inszenierte Othello im Hamburger Thalia-Theater als weißen Soldaten. Selbst das Provinztheater Blauer Kater in Lindau machte sich die Mühe, zwei Jahre nach einer geeigneten Person für den Othello zu suchen. Schließlich entschied man sich für den schwarzen Laienschauspieler Michael Roth. Das kanadische "Othello Projekt" aus Toronto spitzte die politische Aussage des Stücks sogar derart zu, dass es Othello als FBI-Agenten den 1964 von Ku-Klux-Klan-Anhängern und örtlicher Polizei begangenen Mord an den Bürgerrechtlern Michael Schwerner, Andrew Goodman, und James Chaney in Neshoba County, Mississippi, aufklären ließ.

Gerade in jüngster Zeit häufen sich in Deutschland Auseinandersetzungen um Theater und Rassismus. In Bayreuth warfen Regisseur Christoph Schlingensief und sein Tenor Endrik Wottrich Ende Juli einander

gegenseitig vor, während der Proben zum "Parsifal" wiederholt rassistischen Äußerungen freien Lauf gelassen zu haben. Im Dezember vergangenen Jahres kritisierte die ISD die Inszenierung des Stücks "Kampf des Negers und der Hunde" von Bernard-Marie Koltès an der Berliner Volksbühne. Die KritikerInnen wollten nicht hinnehmen, dass mit dem Unwort "Neger" in dieser Weise umgegangen wurde; Hausdramaturg Carl Hegemann und Intendant Frank Castorf hielten es für eine gelungene Provokation, den Titel auf das Wort abzukürzen und es in riesigen Lettern vom Dach der Volksbühne hängen zu lassen.

Während die Volksbühne ob der vielen Kritik um ihren Ruf fürchtete und mit einer Podiumsdiskussion einlenkte, scheint das Schauspielhaus ähnliches nicht zu erwarten. Nach Protesten gefragt, erklärte die Pressesprecherin des Hauses, Maret Schütz, dass es bisher weder zur Bebilderung in "Blackface" oder der Stereotypisierung schwarzer Rollen während des Stücks noch zur Wortwahl der Werbeaktion "Mohr and More" (3) Kritik gegeben hätte. "Das ist doch Theater, wir machen hier Kunst", stellte sie verblüfft fest.

Wohl um die Idee von der inszenierten Inszenierung zu verdichten, setzt Regisseur Pucher das gesamte Repertoire an Möglichkeiten ein: die Drehbühne mit versetzten Handlungs- und Raumebenen, das Spielen aus dem Publikum heraus, der Rückgriff auf multimediale Effekte und zuvor im Proberaum eingespielte Szenen. Auch die Abwandlung der Schlussszene schlägt in diese Kerbe. William Shakespeare lässt Othello nach dem Mord an der vermeintlich untreuen Desdemona mit einem Messer Selbstmord begehen. Pucher hingegen feiert ihn am Ende im gold glitzernden Anzug, darunter nur die nackte Brust, mit einer letzten Tanzeinlage als schwarzen Entertainer: Auf der Ebene der Zuschaustellung von Blackness sollte parodierende Überaffirmation allein für Brüche sorgen. Gelungen ist dies dem Deutschen Schauspielhaus während des ganzen Stücks nicht.

Jonas Berhe

Anmerkungen:

1) Minstrel Shows sind Aufführungen, bei denen sich weiße Darsteller als Schwarze verkleiden. Sie kommen aus den USA des 19. und frühen 20. Jahrhunderts; in der Regel geht es dabei um Verhöhnung schwarzer Menschen für ein weißes Publikum.

2) Für zahlreiche Hinweise danke ich Tobias Nagl.

3) Jede Person, die eine Karte zu "Othello" kauft, kann sich eine weitere Aufführung das Hauses nach Wahl kostenlos anschauen.

18. (Haar-)Risse im Putz

Nachrichten aus der Welt der bezahlten und nicht bezahlten Arbeit

CD-Datei: daten/aksuche/ak488/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:488:19

Israelis streiken

Zwei Tage dauerte der dritte landesweite Generalstreik seit dem April 2003 in Israel. Vom 20. bis zum 22. September waren diesmal 400.000 Beschäftigte in den Ausstand getreten, vor allem im Öffentlichen Dienst. Im Bereich der Banken und Finanzdienstleistungen, sowie auf den Flughäfen ging nichts mehr. Hintergrund des Streiks, zu dem der Gewerkschaftsdachverband Histradut aufgerufen hatte, waren seit Monaten ausstehende Löhne und Gehälter. Einige Beschäftigte hatten seit einem Jahr kein Geld mehr gesehen. Weil Israels Finanzminister Benjamin Netanjahu den Kommunen einen strikten Austeritätskurs aufzwingen will, hatte er kurzer Hand die Überweisungen für die Löhne und Gehälter von ca. 20.000 Beschäftigten einfrieren lassen.

Der Streik hatte neben Regierungsstellen sofort die Handelskammer, den Industriellenverband sowie die Betreibergesellschaften der israelischen Häfen und Flughäfen auf den Plan gerufen. In einer gemeinsamen Eingabe vor einem Arbeitsgericht argumentierten sie, die Gewerkschaft dürfe nur einen Arbeitgeber, nicht aber alle Kommunen bestreiken, und überhaupt könne es kein uneingeschränktes Streikrecht geben.

Am 22. September hat das oberste Arbeitsgericht tatsächlich das Ende des Generalstreiks angeordnet. Allerdings haben die RichterInnen gleichzeitig den Staat dazu verurteilt, binnen einer Woche alle ausstehenden Löhne und Gehälter zu zahlen. Insgesamt wird geschätzt, dass der israelische Staat den Beschäftigten umgerechnet ca. 300 Mio. Dollar schuldet.

www.labournet.de; Maariv

PalästinenserInnen streiken

Auch in den palästinensischen Autonomiegebieten in der Westbank und im Gaza-Streifen ist gestreikt worden. Anfang August folgten 1.600 TelekommunikationsarbeiterInnen dem Streikaufruf ihrer Gewerkschaft. Das palästinensische Telekommunikationsunternehmen PALTEL hatte sich geweigert, über Lohn- und Gehaltserhöhungen, Zuwendungen und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu verhandeln.

Mit ihrem Warnstreik ging es den Beschäftigten um die rückwirkende Auszahlung der bereits im Jahre 2001 vereinbarten Lohnerhöhungen, um die Anpassung der Löhne und Gehälter an die Entwicklung der Lebenshaltungskosten, um eine Arbeitszeitverkürzung für diejenigen ArbeiterInnen mit gefährlichen Tätigkeiten (steht immerhin im Arbeitsrecht der Autonomiebehörde), um die Beibehaltung eines 13. und die Durchsetzung eines 14. Monatsgehalts sowie um die Einführung einer Krankenversicherung für die Beschäftigten.

Die PALTEL ist der bedeutendste Dienstleister im Telekommunikationsbereich in den Autonomiegebieten. Obwohl die Branche von der dortigen Wirtschaftskrise bisher kaum erfasst worden ist, ist die PALTEL bisher in keiner Weise auf die Forderungen der ArbeiterInnen eingegangen. Im Gegenteil: Die Firmenleitung versucht momentan vor allem, bestehende Zuwendungen und Sozialversicherungsleistungen für die Beschäftigten zu kürzen.

www.labournet.de

GriechInnen sterben

Die Olympischen Spiele sind vorbei, die Medaillen vergeben, jetzt können die Toten gezählt werden. Mindestens 13, vermutlich aber noch mehr Menschen haben Olympia mit ihrem Leben bezahlt, nicht wegen einer Überdosis Dopingmittel, sondern bei tödlichen Arbeitsunfällen auf den Baustellen der Stadien: beim Sturz von einer ungesicherten Treppe, überrollt von einem Betonfahrzeug, weil dem Fahrer kein Lotse zugeteilt worden war, oder weil jemand mit bloßen Sandalen auf einen Baukran klettern musste.

Bereits im Jahr 2002 hatte der Leiter der Präventionsabteilung des nationalen Rettungsdienstes, Ioannis Papadopoulos, das Griechische Nationale Olympische Komitee sowie das IOK in Lausanne auf unerträgliche

Arbeitsbedingungen hingewiesen: keine medizinische Untersuchung der Arbeiter (etwa auf Höhenangst), keine Sicherheitsschuhe, keine Helme, Gerüste, die keinerlei Sicherheitsstandards genügten, kein Trinkwasser trotz der enormen Temperaturen, keine Kantinen, keine Toiletten, keine medizinische Versorgung am Arbeitsplatz. Der Zeitverzug hatte darüber hinaus dazu geführt, dass die Arbeitsintensität massiv verschärft worden war. Statt acht Stunden wurde 12, 16 oder auch 18 Stunden gearbeitet - bei einer Siebentagewoche ohne Urlaubsgeld, Sonntags- oder Feiertagszuschläge.

Nicht zuletzt auf Grund dieser haarsträubenden Bedingungen sind die olympischen Baustellen seit Anfang 2002 acht Mal bestreikt worden. Doch die zuständigen Institutionen haben dies genauso ignoriert wie die Warnmeldungen von Ioannis Papadopoulos. Ein Grund dafür liegt vielleicht darin, dass ca. 70% der Bauarbeiter auf den Olympia-Baustellen Arbeitsmigranten waren, dazu häufig ohne legalen Aufenthaltsstatus. Auch Kinder und Minderjährige sind auf den Baustellen angetroffen worden, obwohl die Einstellung von Arbeitern unter 17 Jahren nur in wenigen Ausnahmefällen erlaubt ist. Die Beschäftigung Jugendlicher unter 16 Jahren für schwere Arbeiten ist sogar illegal.

Generell scheinen Baustellen in Griechenland lebensgefährlich zu sein. Nach Gewerkschaftsangaben ist es allein im letzten Jahr zu 145 tödlichen und 6.329 schweren Arbeitsunfällen gekommen. Offiziell sind seit Beginn des Jahres 2000 in Griechenland 630 Todesfälle am Bau gezählt worden.

www.labournet.de; jungle world

MigrantInnen sterben

Der Nahe und der Mittlere Osten sind seit langem ein wichtiges Zielland für ArbeitsmigrantInnen, vor allem aus Afrika und Asien. Das galt auch für den Irak, und trotz Krieg und permanentem Ausnahmezustand hat sich daran wenig geändert. Monatslöhne von 200 bis 500 Dollar und die ökonomische Perspektivlosigkeit in den Heimatländern sind Anreiz genug, trotz Lebensgefahr im Irak die eigene Arbeitskraft zu verkaufen. Allein 10 Mio. MigrantInnen aus Südasien und den Philippinen werden in der Golfregion geschätzt. Sie arbeiten als LKW-Fahrer, KöchInnen, Mechaniker und Reinigungskräfte. Im Juli haben 20.000 nepalesische Arbeiter versucht, auf eigene Faust und vorbei an den Vermittlungsagenturen in den Irak zu kommen. Sie sind auf ihrem Weg in Indien gestrandet.

Einen wichtigen Anteil an der neuen Arbeitsmigration in den Irak hat das Vergabesystem der US-Administration. Den Großunternehmen wie Halliburton, Bechtel oder Kellogg ist es nämlich freigestellt, ob und wie viele Subunternehmen sie weiter beschäftigen wollen. Die verschärfte Sicherheitslage genauso wie die nackte Profitgier veranlasst viele dieser Subunternehmen, auf billige ArbeitsmigrantInnen zurückzugreifen. Während für einen amerikanischen LKW-Fahrer monatlich 10.000 Dollar an Lohn zuzüglich der Ausgaben für die Konvoi-Sicherung anfallen, kosten Fahrer aus Indien oder Pakistan nur 500 Dollar. Und auf ihre bewaffnete Sicherung wird auch verzichtet. Nach Berichten eines indischen Arbeiters bleiben sauberes Wasser und klimatisierte Unterkünfte in aller Regel den Soldaten und westlichen Angestellten vorbehalten. Die MigrantInnen schlafen bei der größten Hitze dicht gedrängt in Zelten, ihre Nahrungsmittel- und Trinkwasserversorgung ist ungenügend.

Der Rückgriff auf Niedriglohnarbeit durch MigrantInnen ist neben der Sorge vor Infiltrierung der Hauptgrund für den Ausschluss von Irakis vom Arbeitsmarkt. Zwischen 25 und 60 Prozent wird die Arbeitslosenquote im Irak geschätzt. Hier mag auch ein Grund dafür vorliegen, dass ArbeitsmigrantInnen schnell als Verbündete der Besatzungstruppen und amerikanischer Unternehmen denunziert werden. Zunehmend sind von den Morden an Ausländern auch ArbeitsmigrantInnen betroffen. So sind Ende August zwölf nepalesische und drei türkische Arbeiter umgebracht worden. Doch das ist weder für die irakische Übergangsregierung noch für die US-Verwaltung im Irak ein Grund, die internationalen Arbeitsschutzkonventionen zu unterzeichnen. Die würden nämlich auch die Verpflichtung zum Schutz der Beschäftigten beinhalten.

www.labournet.de; jungle world

Unbekannte randalieren

In Greifswald ist der Teufel los. Ende Juli sind innerhalb weniger Wochen drei Mal die Scheiben in den Büros der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di eingeschmissen worden. Beim ersten Mal wurde ein Markierungspfahl für Gas- und Wasserleitungen aus der Verankerung gerissen und durchs Fenster geworfen. Beim zweiten Mal

war es ein Pflasterstein und zum Schluss ein Ziegelstein. Die ver.di-Büros liegen in unmittelbarer Nachbarschaft zur SPD-Zentrale, und dort war zwischendurch eingebrochen worden - nichts gestohlen, aber die Türen demoliert. Ein Gewerkschaftssprecher vermutet denn auch eine Verwechslung und einen Hartz-IV-motivierten Gewaltausbruch: "Ich glaube, dass der Steinewerfer nicht ver.di, sondern die SPD treffen wollte. Deren Fenster liegen aber nicht zur Fußgängerzone hin. Aus diesem Grund haben wir nun an unsere Fenster deutlich sichtbar ver.di-Aufkleber angebracht. Vielleicht haben wir in Zukunft dadurch Ruhe."

Ostseezeitung

PostlerInnen demonstrieren

Gegen die SPD haben auch Post-Beschäftigte in Hamburg etwas. Am 14. September zogen ca. 500 PostarbeiterInnen zur Hamburger SPD-Zentrale, um diese "politisch in Stand zu setzen", wie es in einer Pressemitteilung hieß. Geht es nach dem Willen der rot-grünen Bundesregierung, so soll bei der Post ein neues Personalrechtsgesetz greifen, nach dem ein Rechtsanspruch auf das Weihnachtsgeld völlig entfällt, eine bundesweite Zwangsversetzung - auch zu Posttöchtern - möglich wird und Mehrleistungen verstärkt bar abgegolten werden sollen. Dazu Ingrid Pöhland, stellvertretende Hamburger ver.di-Vorsitzende: "Neben Hartz IV plant diese Bundesregierung jetzt auch noch Post II."

www.ver.di-hamburg.de

19. 1-Euro-Jobs verhindern!

Erwerbslose und Beschäftigte zusammen:

CD-Datei: daten/aksuche/ak488/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:488:20

Innerhalb der Wohlfahrtsverbände, aber auch bei unzähligen anderen frei-gemeinnützigen Trägern und selbst bei vielen (sozial-)politischen und alternativen Initiativen und NGOs wird heiß über das Wohl und Wehe von Zwangsdiensten debattiert. Mit folgendem Flugblatt hat sich jetzt das Bündnis gegen 1-Euro-Zwangsdienste an die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst und bei den Trägern und Einrichtungen gewandt.

Alle reden von Hartz IV. Wir auch. Vieles an den neuen Gesetzen ist noch unklar, um vieles können wir, die wir in unterschiedlicher Weise bedroht sind, noch kämpfen. Vieles von dem, was an Einkommensraub und Entrechtung geplant ist, wird vor Ort geregelt, und da können und müssen wir uns einmischen.

Eine der Hartz IV-Drohungen sind die so genannten 1-Euro-Jobs. 600.000 bis 700.000 dieser Pflichtarbeitsverhältnisse sollen bundesweit eingerichtet werden, 10.000 allein in Hamburg. 6,3 Mrd. Euro will der Bund dafür ausgeben, 170 Mio. Euro fließen davon nach Hamburg, und die Wirtschaftsbehörde will noch mal 97 Mio. Euro draufpacken. Für viele SozialhilfeempfängerInnen sind sie bereits Realität, und auch Flüchtlinge werden auf dieser Basis schon zum Parkfegen gezwungen.

Auch wenn die offizielle Sprachregelung von "neuen Jobs" und "Arbeitsplätzen" spricht: Jeder und jede weiß, dass es sich bei diesen Tätigkeiten keineswegs um "ordentliche Arbeit" handelt, ja es sind noch nicht einmal "Jobs": Diese Tätigkeiten begründen kein Arbeitsverhältnis, sondern dienen der "Überprüfung der Arbeitswilligkeit". Sie finden ohne Arbeitsvertrag statt, sie sind nicht tarifiert, sie werden nicht entlohnt. Die Beschäftigten besitzen nicht die normalen ArbeitnehmerInnenrechte und sind zu diesen Jobs verpflichtet. Nicht nur Sozialhilfe- und Erwerbsloseninitiativen, sondern auch GewerkschafterInnen wie der Vorsitzende des DGB-Landesbezirks Thüringen bezeichnen diese Form öffentlicher Beschäftigung denn auch als Arbeitsdienst.

Deregulierung durch Zwangsdienste

Die 1-Euro-Tätigkeiten sollen "gemeinnützig" sein. Deswegen haben Politik und Verwaltung sich vor allem öffentliche Einrichtungen und die Träger der frei-gemeinnützigen Wohlfahrtspflege ausgeguckt. Hier sollen diese Tätigkeiten angesiedelt sein. Sie sollen zudem "zusätzlich" sein. Dabei wird diese "Zusätzlichkeit" täglich produziert: Der Kahlschlag in allen Bereichen des sozialen Hilfesystems und der sozialen Sicherung, die Ausdünnung von Leistungskatalogen, jede Entlassung und jede geschlossene Einrichtung schafft neue "Zusätzlichkeiten", mit der 1-Euro-Tätigkeiten in diesen Bereichen gefordert und begründet werden.

Die Perspektiven sind bedrohlich: ErzieherInnen, die bei der Schließung von Kitas arbeitslos werden, sollen nach einem Jahr Erwerbslosigkeit dieselbe Arbeit in einer anderen Einrichtung oder als Tagesmutter erledigen - erzwungenermaßen und für 1 Euro die Stunde. Entlassene KrankenpflegerInnen arbeiten anschließend für 1 Euro in irgendwelchen Pflegediensten, erwerbslose MaschinenschlosserInnen oder LandschaftsgärtnerInnen leiten für 1 Euro in Beschäftigungsprojekten Jugendliche an - die dort ihrerseits auf 1-Euro-Basis arbeiten. Die Spirale des Lohndumpings und der Entwertung von Qualifikationen scheint schier unendlich.

Für die regulären Beschäftigungsverhältnisse sind die 1-Euro-Zwangsdienste eine permanente Bedrohung, selbst dort, wo sie nicht direkt eingeführt werden. Diese Zwangsdienste beinhalten ein ähnliches Erpressungspotenzial wie anderswo drohende Produktionsverlagerungen: Arbeitet länger! Verzichtet auf Urlaubs- und Weihnachtsgeld, Schicht- und Wochenendzulagen und Pausenregelungen! Willigt in Haustarife ein! Oder wir ersetzen euch durch 1-Euro-JobberInnen! - Eine solche Sprache sprechen alle Arbeitgeber, auch die im Öffentlichen Dienst, bei den Kirchen und in der frei-gemeinnützigen Wohlfahrt.

Sand im 1-Euro-Getriebe

Zur Zeit werden die Träger und Einrichtungen der Freien Wohlfahrtspflege von Politik und Verwaltung besonders in die Pflicht genommen, in großem Umfang 1-Euro-Dienste anzubieten. Sie sollen an diesem Punkt zu einem entscheidenden Instrument bei der Umsetzung des SGB II gemacht werden. Kopfprämien von 300 bis 600 Euro pro 1-Euro-JobberIn sind im Gespräch. Da wundert es nicht, dass auch private Träger schon

in den Startlöchern stehen, und selbst ganz normale Unternehmen wie die EADS (1) sind schon mal für "gemeinnützig" erklärt worden

Aber hier sind die Würfel noch nicht gefallen. Die Spatzen pfeifen es von den Dächern: Es wird erhebliche interne und organisatorische Schwierigkeiten bei der Umsetzung des 1-Euro-Arbeitsdienstes geben. Es wäre unsere Aufgabe, diese Schwierigkeiten noch zu erhöhen. Erwerbslose wollen nicht zum Erhalt des Existenzminimums zur Arbeit zwangsverpflichtet werden. Wenn schon, so wollen sie reguläre Jobs mit vernünftigen Einkommen und korrekten Arbeitsbedingungen. Sie wollen dasselbe wie die Beschäftigten. Also: Lasst uns zusammen kämpfen.

- Diskutiert über dieses Thema auf Betriebs- und Personalversammlungen!

- Redet mit den KollegInnen in anderen Betrieben!

- Fordert eure Geschäftsleitungen zu klaren Stellungnahmen auf!

- Lasst bei euren Versammlungen Erwerbslose und ZwangsdienstlerInnen sprechen.

- Lasst uns übergreifende Treffen organisieren, wo wir über weitere Schritte gegen Lohndumping, Zwangsdienste und Einkommensraub sprechen können.

- Verhindern wir die Pflichtarbeit!

- Für ein garantiertes Einkommen für alle!

- Für einen existenzsichernden Mindestlohn!

Bündnis gegen 1-Euro-Zwangsdienste

Das Bündnis gegen 1-Euro-Zwangsdienste ist zu erreichen über: Sozialpolitische Opposition Hamburg, Nernstweg 32, 22765 Hamburg, Tel. 040-390 88 62, FAX 39 90 10 12, sopo@snafu.de

Anmerkungen:

1) Betreiberfirma der Deutschen Airbus; DaimlerChrysler-Tochter

20. Ohren-Propaganda

CD-Datei: daten/aksuche/ak488/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:488:21

Blues Made in DDR - Kerschowski

1985 gründete sich in der DDR eine Band, die es innerhalb kürzester Zeit an die Spitze des DDR-Rocks schaffte: Kerschowski spielte gnadenlosen Rock`n`Roll und Blues, komplett in deutscher Sprache. Unter den Bedingungen der DDR hatte so etwas immer auch etwas subversives. Zwei der drei jetzt wieder als CD veröffentlichten Original-Platten ("Weitergehen" und "Blankenfelder Boogie Band") nimmt die Band um den Frontmann Lutz Kerschowski noch in der DDR auf. Nach dem Anschluss 1989 und zahlreichen Umbesetzungen gehen die meisten Bandmitglieder eigenen Projekten nach, spielen aber immer mal wieder bei Auftritten zusammen. 1994 erscheint dann bei der inzwischen zum BMG-Konzern gehörenden ehemaligen DDR-Plattenfirma Amiga das Album "Vorbei ist vorbei". Nach dem Ende der DDR steigen Lutz Kerschowski und Keyboarder Jörg Mischke dann bei der Rio Reiser Band ein. Kennen gelernt hatten sie sich auf dem Konzert von Rio Reiser in Ostberlin1988 in der inzwischen abgerissenen Seelenbinderhalle. Heute macht Lutz Kerschowski vor allem Filmmusik und arbeitet im Rio Reiser Archiv. (DSe)

Kerschowski, Die Original-Alben, 3-CD-Set, www.bmg.de, www.ostbeat.de

Zupfgeigenhansel

Nun gibt es das gesamte Werk der Folkkapelle Zupfgeigenhansel komplett auf CD. Dieser Tage veröffentlichte der plaene-verlag passend zum 30-jährigen Bühnenjubiläum das aus dem Jahre 1983 stammende Album "Kein schöner Land" (inkl. zweier bislang unveröffentlichter Bonustracks). Bis zu ihrer Auflösung im Jahr 1986 galten Zupfgeigenhansel als eine der wichtigeren deutschsprachigen Folkbands, die viele so genannte Volks- und Arbeiterlieder entstaubten und deren gesellschaftskritischen Elemente herausarbeiteten. Darunter eine Menge anti-faschistische Lieder, wie z.B. "Mein Vater wird gesucht", ein Lied, dass auf sehr eindringliche Art die Grausamkeit des faschistischen Alltags beschreibt. Auch dem jüdischen Liedgut widmete sich Zupfgeigenhansel, z.B. mit dem nun wieder auf CD erhältlichen Album "Jiddische Lieder" oder - wie auf der jetzt veröffentlichten Platte mit Lieder wie "Fun wos lebt a jid?" oder "Dire-gelt". Viele der Texte stammten von Dieter Süverkrüp. (DSe)

Zupfgeigenhansel, Kein Schöner Land, www.plaene-records.de

Protestsongs.de

Eine einigermaßen kuriose und doch irgendwie schicke Sammlung deutschsprachiger "Protestsongs" erscheint Ende Oktober bei Lieblingslied-Records. Auf zwei CDs finden sich insgesamt 43 Aufnahmen: Auf der ersten Scheibe unter dem Titel "Hier und jetzt" gibt es Songs von den Goldenen Zitronen, Tocotronic, Jan Delay, Advance Chemistry, Rocko Schamoni, Helge Schneider, den Lassie Singers, Gundermann und vielen anderen, also Songs, die aus der Zeit ab Anfang der 1990er Jahre stammen. In einem gnadenlosen Mix geht es unter dem Motto "Bleibende Werte" auf der zweiten CD weiter. Zu hören sind Lucie Mannheim ("Lili Marleen", 1944), F.J. Degenhardt ("Irgendwas mach ich mal", 1968), Hanns Dieter Hüsch ("Marsch der Minderheit", 1970) oder Ton Steine Scherben ("Keine Macht für niemand", 1972). Außerdem noch Udo Lindenberg, Otto, Ina Deter, Ernst Busch und viele andere. Sogar Nicole mit ihrem "Ein bisschen Frieden" ist mit dabei. Prima ist das reichlich ausführliche Booklett, in dem über die Idee zur und den Hintergrund der CD informiert wird. Außerdem gibt es zu jedem einzelnen Song eine Erläuterung. Ein wirkliches Konzept hinter der Platte lässt sich nicht ausmachen, aber das behaupten die Herausgeber auch gar nicht. Das ganze ist in der Tat eine "Kreuzfahrt", bei der es heftig schaukelt. (DSe)

Protestsongs.de, www.lieblings-records.de

Richard von der Schulenburg

Er ist nicht nur als Keyboarder von Die Sterne mit seiner sehr eigenen Spielweise ein Begriff. 2002 erschien sein erstes Soloalbum unter dem Titel "Das ist schön". Ein ziemlich schräges Machwerk mit DaDa-Texten und zu schiefen Orgeleien. Dieser Tage nun kommt der Nachfolger unter dem Titel "Universum" heraus und unweigerlich muss man sich fragen, ob im Hause der Sterne eine irgendwie geartete Leidenschaft für den uns

umgebenden Kosmos ausgebrochen ist. Immerhin heißt ja auch das aktuelle Album der Sterne "Das Weltall ist zu weit". Musikalisch ist das Album reichlich schwer fassbar, denn Schulenburg haut da eine wahre "Milchstraßen-Vielfalt" zusammen: Metal-Riffs, Techno-Beats, Casio-Fiepen, barocke Partituren, Vocoder-Stimmen, Rock'n'Roll, Flamenco-Gitarren, kosmische Geräusche, R'n'B-Rhythmen ... Und textlich ist das irgendwie auch alles ziemlich "spacig", da wimmelt es von Kometen, Sonnensystemen, Aliens, Monden und all so ein Zeugs. Schulenburg sagt dazu: "Wie immer habe ich zu der Musik Texte improvisiert. Und dabei hat sich herausgestellt, dass ich mit diesen Assoziationsbegriffen vom All und Universum besser ausdrücken kann, was ich sagen möchte." Okay, aber wird man ihn wirklich verstehen? Werden wir sehen. Denn zusätzlich befinden sich auf der CD drei Video-Clips, also nicht vergessen, die CD auch im Computer einzusehen! (DSe)

Richard von der Schulenburg, Universum, www.richard-universum.de/

21. Wenn das Onkel Ho wüsste

Vietnam boomt und will 2005 der WTO beitreten

CD-Datei: daten/aksuche/ak488/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:488:22

In Vietnam ist der Krieg - fast - vergessen. Am 8./9. Oktober 2004 präsentierte sich Hanoi als Gastgeber des 5. Europa-Asien-Treffens und spekuliert auf eine politische Aufwertung und Unterstützung für einen baldigen WTO-Beitritt.

Wer geglaubt hatte, in Vietnam vollzöge sich seit Ende des Vietnam-Kriegs und der Befreiung im Frühjahr 1975 die Umgestaltung der Gesellschaft mit sozialistischem, zumindest menschlichem Antlitz, sollte schrittweise eines besseren belehrt werden. Befreiungsbewegungen, einmal an die Macht gelangt, sahen sich immer wieder mit dem weitaus schwierigeren Problem konfrontiert, ihren Erfolg im Sinne ihrer vermeintlichen Nutznießer, eben des Volkes, auszuüben.

Das war auch nicht anders im Falle der Kommunistischen Partei Vietnams (KPV). Die als Inbegriff von Korruption, Kompradorentum, Drogensucht und Prostitution verschrieene Metropole Saigon wurde kurzerhand in Ho-Chi-Minh-Stadt umbenannt, um den Makel ihrer Vergangenheit zu tilgen. Nicht zimperlich wurde mit allen verfahren, die sich aus unterschiedlichen Gründen weigerten, sich aus dieser Vergangenheit zu verabschieden und die nicht hinnehmen mochten, dass im Zeitraffer der Süden gemäß dem nördlichen Ebenbild umgemodelt werden sollte. Das betraf Religionsgemeinschaften ebenso wie Landkonflikte mit Bevölkerungsgruppen im zentralen Hochland, den so genannten Montagnards.

Man schätzt die Stabilität im Land

Die Wiedervereinigung des Landes (1976 umbenannt in Sozialistische Republik Vietnam) verlief keineswegs konfliktfrei. Die durch Überbetonung staatlicher Großprojekte bedingten wirtschaftlichen Schwierigkeiten vertieften sich durch den Zusammenbruch des RGW. Die (Außenhandels-)Politik ordnete man in der Folge nach und nach dem Fetisch der Globalisierung unter. Das Resultat waren krasse soziale Unterschiede, ökonomische Disparitäten, konsumgelenktes Wachstum im Zeichen einer so genannten sozialistischen Marktwirtschaft, die Herausbildung einer kleinen Schicht wohlhabender Profiteure des Staatsapparates in den Großstädten und Korruption. Mit dem Verweis auf die heroischen Taten des Volkes im siegreichen Kampf gegen die Supermacht USA ließ sich auf Dauer kaum politisches Kapital schlagen. Heute ist nahezu die Hälfte der knapp 81 Millionen VietnamesInnen jünger als 25 Jahre. Diese Generation kennt den Krieg nur aus Erzählungen. Und sie wächst auf in einem Klima, das wie in den Nachbarländern zunehmend vom hegemonialen Konsummodell des Westens geprägt ist.

Zehn Jahre nach der Wiedervereinigung hatte sich die politische Führung Vietnams den Erfordernissen der Zeit angepasst. Auf dem VI. Parteitag der KPV (Dezember 1986) wurde Doi Moi (Erneuerung) als Hauptlosung einer Umwandlung von Gesellschaft und Wirtschaft ausgegeben. An eine Lockerung der politisch dominanten Rolle der KPV war indes nicht gedacht. "Doi Moi", sagt die agile Madame Pham Chi Lan, die mit einem Mitarbeiterstab den Premierminister in ökonomischen Fragen berät, "heißt für uns heute ‚Do More`. Ja, wir müssen noch mehr tun, um unsere Erfolge zu konsolidieren." Als gelte es, einer Erfolgsstory mit charmantem Lächeln und stakkatohafter Zahlenfolge unumstößliche Glaubwürdigkeit zu verleihen, verweist Pham Chi Lan auf Folgendes: "Innerhalb der letzten 15 Jahre ist unsere Wirtschaft beachtlich gewachsen. Dieses Wachstum ist mit sieben Prozent nach China das zweithöchste in der Region und doppelt so hoch wie das durchschnittliche Wirtschaftswachstum in den Industrieländern. Innerhalb eines Jahrzehnts konnte die Armut im Lande halbiert werden, weshalb uns die Weltbank als ‚star performer` im Bereich der Armutsbekämpfung bezeichnet. Lebten 1993 noch 58 Prozent unserer Bevölkerung in Armut, waren es im Jahre 2002 nur noch 29 Prozent. Nach Lockerungen im Handels-, Export- und Bankensektor streben wir an, im nächsten Jahr der Welthandelsorganisation, WTO, beizutreten."

So viel Offenheit wäre vor Jahren undenkbar gewesen. Doch mit Doi Moi ist in Vietnam auch ein ökonomischer Pragmatismus innerhalb der politischen Nomenklatur hoffähig geworden. Die ehemalige Vizepräsidentin, Madame Nguyen Thi Binh, erklärt: "Eines hat uns Präsident Ho Chi Minh klar gelehrt: Nationale Unabhängigkeit, die dem Volk kein Essen, keine Kleidung und kein Glück beschert, ist schlicht Unsinn. Wir verfolgen eine sozialistisch orientierte Marktwirtschaft. Wir wissen, dass ein Beitritt zur WTO keine Garantie ist,

dass unsere Interessen stets gewahrt bleiben. Und wir wissen auch um die negativen Auswirkungen auf ärmere Länder und müssen auf der Hut sein. Doch unter den gegebenen Bedingungen des Weltmarktes wäre es schwierig, ohne eine Mitgliedschaft in der WTO neue Märkte zu erschließen, Auslandsinvestitionen ins Land zu bringen und einen legitimen Status zum Schutz unserer wirtschaftlichen Interessen zu genießen."

Von Doi Moi zu "Do More"

Teil der neuen Weltoffenheit des Landes war auch die Ausrichtung eines internationalen Großereignisses, auf das sich Hanoi seit Monaten vorbereitet hatte. Die Führung versprach sich davon eine politische Aufwertung und Türöffnung zur WTO. Am 8./9. Oktober 2004 tagte zum fünften Mal das asiatisch-europäische Gipfeltreffen (kurz: ASEM) von über zwei Dutzend Staats- und Regierungschefs. So sehr man die zwischenstaatlichen Kontakte pflegt, so hartnäckig bleiben bei einigen asiatischen TeilnehmerInnen Bedenken bestehen, auch Nicht-Regierungsorganisationen (NRO) in den ASEM-Prozess einzubeziehen. Allein mit dem Wort "NRO" haben jene Regimes ein Problem, die den Etatismus höher bewerten als die Anliegen ihrer eigenen Bevölkerung. Nun aber ist es so, dass seit Gründung der ASEM auch engagierte internationale NRO aus Friedensbewegten, GlobalisierungskritikerInnen und UmweltschützerInnen Flagge zeigen und im Vorfeld solcher Gipfel Treffen, das so genannte ASEM People's Forum, ausrichten. Das war auch in Hanoi so. Doch offensichtlich zeigten sich die vietnamesischen Behörden verunsichert, wie damit umzugehen sei. Zunächst war vorgesehen, ein solches Forum im Frühjahr, dann im Sommer außerhalb Hanois, abgeschottet von medialer Aufmerksamkeit, stattfinden zu lassen.

Dennoch kamen schließlich das internationale und nationale Vorbereitungskomitee überein, das diesjährige ASEM People's Forum V gut einen Monat vor dem offiziellen Treffen der Staats- und Regierungschefs auszurichten. Logistisch hatte man den Andrang der 500 Delegierten von international 350 NRO im Tay Ho-Hotel am Westsee im Griff. Undurchsichtig blieb bis zuletzt die Einreisepolitik. Da wurden Delegierte aus Malaysia und dem Nachbarland Kambodscha gleich am neuen Flughafen Noi Bai abgefangen und wieder in ihre Heimatländer zurückgeschickt. Offizielle Begründungen gab es dafür nicht. Und auch bei der Auswahl ausländischer JournalistInnen verfolgten die Behörden eine Selektion - mit dem Hinweis, die Kapazitäten reichten nicht aus, um alle Leute entsprechend unterzubringen.

Drei Hauptinhalte waren Bestandteil des ASEM People's Forum V: Frieden und Sicherheit, wirtschaftliche und soziale Sicherheit sowie Demokratisierung und Volksrechte, die in etwa 30 Workshops behandelt wurden. Präsentiert wurde eine interessante, rege besuchte Themenpalette, die von ArbeiterInnen-, GewerkschafterInnen- und BürgerInnenrechten in Zeiten der Globalisierung bis hin zu Konfliktvermeidungs-Strategien reichte.

Testlauf ASEM People's Forum

Scharf ging man mit dem US-amerikanischen Feldzug gegen Afghanistan und den Irak ins Gericht und erinnerte an die zahllosen Opfer während des Vietnamkrieges. International unterstützenswert ist in diesem Zusammenhang die erst am 10. Januar dieses Jahres gegründete Vietnamesische Vereinigung für die Opfer von Agent Orange/Dioxin (VAVA). VAVA ist augenblicklich dabei, eine Sammelklage gegen US-Produzenten dieser hochgiftigen Substanzen vorzubereiten, die Washington von 1961 bis 1971 von seinen BomberpilotInnen massenhaft über das Land versprühen ließ. Die Konsequenzen für Mensch und Umwelt dauern an; bis heute sind ganze Landstriche kontaminiert und gebären Mütter verkrüppelte Babys. Aus Washington erfolgte nie eine Entschuldigung noch eine Entschädigung für die Opfer. Da haben wohl die Zyniker Recht, die meinen, dass sich die US-Regierungen im Falle eines Sieges anders gegenüber Vietnam verhalten hätten.

Rainer Werning

22. Der Traum von einer neuen Seidenstraße

CD-Datei: daten/aksuche/ak488/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:488:23

ASEM (Asia-Europe Meeting/ Europa-Asien-Treffen) ist eine Form interregionaler Zusammenarbeit und ein informelles Dialogforum von 26 Partnern, das im März 1996 in der thailändischen Hauptstadt Bangkok entstand. TeilnehmerInnen sind zur Zeit 15 EU-Staaten (über die Aufnahme der zehn neuen EU-Länder wird verhandelt) und die Europäische Kommission, Brunei, Indonesien, Malaysia, Philippinen, Singapur, Thailand, Vietnam als Mitgliedstaaten der ASEAN, der Vereinigung südostasiatischer Nationen, sowie die Volksrepublik China, Südkorea und Japan. ASEM versteht sich als Prozess und prinzipiell offen für weitere interessierte Staaten, wobei eine Erweiterung im Konsens aller TeilnehmerInnen möglich ist. Der Kern von ASEM sind die seit 1996 alle zwei Jahre abwechselnd in Europa und Asien stattfindenden Treffen der Staats- und Regierungschefs.

Politische Themen, wirtschaftliche und finanzielle Angelegenheiten sowie kulturelle Belange und Fragen des geistigen Lebens bilden die drei Säulen des ASEM-Prozesses. Der politische Dialog behandelt regionale Entwicklungen von beiderseitigem Interesse, sicherheitspolitische Fragen über die Nichtverbreitung von Kernwaffen und Abrüstung sowie die Zusammenarbeit bei der Reform der Vereinten Nationen.

Der ASEM-Prozess war nicht vor Rückschlägen gefeit. Nur wenige Monate nach dem Gründungstreffen in Bangkok wurden die - vor allem wirtschaftlich - hoch gesteckten Erwartungen arg gedämpft, als die einsetzende Wirtschafts- und Finanzkrise in der Region zu Massenarmut führte und Millionen von Menschen ins Elend stürzte. Auf dem ASEM IV-Gipfel in Kopenhagen (September 2002) war alles auf die Abwehr des "Internationalen Terrorismus" fokussiert, ohne sich auf eine verbindliche Definition festgelegt zu haben, was eigentlich unter Terror zu verstehen ist. In der Folge wurde in mehreren ASEM-Mitgliedstaaten eine Verschärfung der Sicherheitsgesetze forciert - vor allem um RegimegegnerInnen zu gängeln oder mundtot zu machen.

Seit ASEM I haben immer wieder europäische Länder die Menschenrechtsproblematik in den Vordergrund gerückt. Auffällig war dabei die vorherrschende Doppelmoral. Werden von europäischer Seite seit Jahren die Menschenrechtsverletzungen in Burma angeprangert, so kam beispielsweise Indonesien stets ungeschoren davon. Erst Anfang September hatten sich die Außenminister der EU für die Teilnahme Burmas am diesjährigen ASEM-Gipfel ausgesprochen. Allerdings unter der Bedingung, dass daran nicht Premierminister General Khin Nyunt teilnimmt. So reiste anstelle des Generals der frisch gekürte Außenminister Burmas, Generalmajor Nyan Win, als Vertreter seines Landes nach Hanoi. Pikant ist in diesem Zusammenhang die Rolle der einstigen Kolonialmacht Großbritannien. Trifft der im April 2004 veröffentlichte Landesreport der englischen Burma Campaign zu, so rangiert Großbritannien trotz des vehementen Votums Londons, Burma nicht in den ASEM-Prozess einzubinden, auf Platz Zwei der größten Investoren in Burma. Demnach soll das Vereinigte Königreich allein im letzten Jahrzehnt umgerechnet 1,4 Milliarden US-Dollar an Investitionen in dem südostasiatischen Land genehmigt haben.

Auch auf dem ASEM III-Gipfel in Seoul (Oktober 2000) machte die EU keine gute Figur, als sie sich in der Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Nordkorea uneins zeigte. Zwar hatte die EU Unterstützung für die "Sonnenscheinpolitik" des damaligen südkoreanischen Präsidenten Kim Dae-Jung vis-à-vis Pjöngjang signalisiert und dies eigens in einer "Friedensdeklaration" dokumentiert. Doch davon blieb in der Folgezeit wenig übrig. Stattdessen schwenkte man kritiklos auf den Kurs von US-Präsident Bush ein, der die "Sonnenscheinpolitik" als "naiv" und Nordkorea als Teil seiner ominösen "Achse des Bösen" einstufte.

Rainer Werning

23. Tod durch "Selbstmord"

Junger Nigerianer stirbt in belgischem Gefängnis

CD-Datei: daten/aksuche/ak488/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:488:24

Chukwuemeka Charles Onyegbule starb am 9. August 2004 im belgischen Gefängnis Forest/Vorst. Todesursache "Selbstmord" - sagt die Gefängnisleitung. Doch nicht nur die Angehörigen haben erhebliche Zweifel an der offiziellen Version. Die belgische Polizei steht immer wieder wegen brutaler und rassistischer Praktiken in der Kritik.

In den frühen Morgenstunden des 9. August war Chukwuemeka auf dem Nachhauseweg, nachdem er zuvor einen Freund besucht hatte. Der Polizei durch achtloses Fahren aufgefallen, wurde er in Gewahrsam genommen, wo er den Rest des Tages blieb. Obwohl die Richterin, der er im Laufe des Nachmittags vorgeführt wurde, ihn als "instabil" beschrieb, brachte man ihn anschließend in das Gefängnis Forest/Vorst. Der Grund für die weitere Inhaftierung ist bisher unklar. Die Gefängnisleitung ließ ihn in eine Zelle ohne weitere Mitgefangene bringen, um nach dreitägiger Beobachtung abschätzen zu können, ob er für andere Inhaftierte gefährlich wäre. Von einem Krankenpfleger wurde er medizinisch untersucht, dieser konnte jedoch nichts Besonderes an dem jungen Nigerianer feststellen. Gegen 21.30 Uhr war Chukwuemeka tot. Seit seiner Einlieferung ins Gefängnis Forest/Vorst waren etwa drei Stunden vergangen.

Chukwuemekas Odyssee durch europäische Behördenstellen hatte schon 1999 in Deutschland begonnen. Deutsche Stellen wollten die nach nigerianischem Recht erfolgte Adoption durch seine in Frankfurt am Main lebende Tante Beatrice O. zunächst nicht anerkennen; die Familie ging daraufhin den Rechtsweg. Chukwuemeka indes wurde ungeduldig, verwarf den Weg der Adoption und verließ Frankfurt im Jahre 2000. Bevor er vermutlich 2002 nach Belgien ging, war er in Deutschland untergetaucht, sein Aufenthaltstitel erloschen. Auch in Belgien scheiterten die Versuche, einen geregelten Status zu erlangen. Wieder flüchtete Chukwuemeka in die "Illegalität".

Die am Morgen nach seinem Tod herbeigerufenen VertreterInnen der nigeranischen Botschaft sowie der nigerianischen Community konnten sich beim Besuch der Zelle allerdings nicht vorstellen, wo er sich aufgehängt haben sollte. Es gab schlicht keine Haken oder andere dafür geeigneten Gegenstände. Was es hingegen gab, waren Blutspuren auf dem Zellenboden, deren Herkunft bisher niemand erklären konnte. Zudem variieren die Angaben hinsichtlich des Materials, mit dem sich Chukwuemeka erhängt haben soll. Während die Gefängnisleitung von Bettlaken spricht, glaubt der Staatsanwalt, dass es sich um einen Strick gehandelt haben muss.

Blutspuren auf dem Zellenboden

Die Familie des Toten beanstandet, dass ihr bisher weder der Autopsiebericht noch Gegenstände aus dem Privatbesitz Chukwuemekas ausgehändigt wurden. Der Termin der Autopsie wurde willkürlich um einige Stunden vorgezogen, so dass weder Angehörige noch unabhängige BeobachterInnen daran teilnehmen konnten. Das Ergebnis der Untersuchung lautete: Tod durch Erhängen. Auf die Frage nach persönlichen Gegenständen antwortete die Gefängnisleitung, dass es keine gebe. Nicht einmal seine im Gefängnis getragenen Kleidungsstücke konnten sichergestellt werden. Daraufhin ließ die Familie des Verstorbenen eine zweite Autopsie vornehmen. Diese kommt zu dem Ergebnis, dass Chukwuemeka sich nicht erhängt haben kann.

Kurz nach Bekanntwerden des tragischen Todes von Chukwuemeka demonstrierten verschiedene AktivistInnen und Teile der afrikanischen Community vor dem Gefängnis. Auch aus anderen Ländern gibt es Reaktionen. Die Initiative Schwarzer Menschen in Deutschland (ISD) forderte vom belgischen Justizministerium, "sich den Fragen einer wachsenden Öffentlichkeit zu stellen und die Umstände, die zu diesem Tod führten, aufzuklären." Der in verschiedenen europäischen Ländern erscheinende African Courier wunderte sich über die Schlampigkeit der belgischen Behörden und stellte fest, dass weder der Polizeibericht der Festnahme noch jener über die Ingewahrsamnahme im Knast oder über die unmittelbaren Todesumstände aufzutreiben waren. Das Gefängnis machte indes weiter von sich reden, da ohne Einverständnis der Familie drei Mal versucht wurde, den Leichnam zu beerdigen. Beim dritten Mal war sogar eine Verbrennung vorgesehen.

Vor einigen Jahren war die belgische Polizei schon einmal in die Kritik geraten. Damals hatten die Todesumstände von Semira Adamu, einer 20-jährigen Asylbewerberin, für einen internationalen Skandal gesorgt. Semira Adamu war im September 1998 beim Versuch, sie per Flugzeug abzuschieben, von mehreren Polizisten so lange in ein Kissen gedrückt worden, bis sie erstickte. (Vgl. ak 419) Das Gericht verurteilte damals die drei begleitenden Polizisten zu je einem Jahr Haft auf Bewährung und ihren Vorgesetzten zu einer 14-monatigen Bewährungsstrafe. Alle Verurteilten erhielten außerdem Geldstrafen.

Laut aktuellem Bericht von amnesty international kommt es in Belgien immer wieder zu brutalen Übergriffen gegen AsylbewerberInnen und nicht-weiße BelgierInnen seitens der Sicherheitsbehörden. Das belgische Zentrum für Chancengleichheit und Rassismusbekämpfung betonte wiederholt das hohe Maß an "Gewaltanwendung und Beschimpfungen" durch die Polizei. Kritik am Vorgehen der Polizei kommt aber auch aus den eigenen Reihen: Selbst der Ständige Kontrollausschuss der Polizeidienste und die Allgemeine Dienstaufsichtsbehörde der Polizei sahen sich veranlasst, den oftmals brutalen und rassistischen Umgang belgischer PolizistInnen mit Inhaftierten öffentlich zu kritisieren. Ändern dürfte dies an den Zuständen in belgischen Gefängnissen und an den Übergriffen bei Durchsuchungen und Inhaftierungen freilich wenig.

Der Familie von Chukwuemeka Charles Onyegbule wurde mittlerweile der Leichnam übergeben. Sie ließ ihn in Nigeria beerdigen. Der Kampf um die Hintergründe seines Todes hat eben erst begonnen.

Jonas Berhe

Weitere Informationen: www.emeka-ist-tot.com

24. Klassen-Gewitter

Nachrichten für Drinnen und Draußen

CD-Datei: daten/aksuche/ak488/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:488:25

§-129a-Prozess: BGH hebt Urteil auf

Das Magdeburger §-129a-Verfahren hat es wirklich in sich: Nachdem bereits das Oberlandesgericht (OLG) Naumburg damit überraschte, dass es den Vorwurf nach § 129a StGB fallen ließ und einen der drei Angeklagten, Carsten Sch., freisprach, hob nun auch noch der Bundesgerichtshof (BGH) die Urteile gegen Daniel W. und Marco H. auf. Beide waren im Dezember vergangenen Jahres wegen zweier versuchter und zweier vollendeter Brandanschlägen zu zwei bzw. zwei Jahren und sechs Monaten verurteilt worden. (vgl. ak 480) Zur vollständigen Aufhebung des Urteils im Fall von Daniel W. führte ein Formfehler: Er war laut Sitzungsprotokoll für einige Zeit unverteidigt vor Gericht, da seine beiden Anwälte nicht anwesend waren. Bei Marco H. bestätige der BGH zwar das Strafmaß, doch rügte es die rechtliche Bewertung des OLG. In der Konsequenz heißt das: Das Verfahren gegen Marco H. und Daniel W. muss neu aufgerollt werden. Wann es zum Revisionsverfahren vor dem OLG Naumburg kommt, ist unklar.

Tod in Büren

Ein 23-Jähriger aus dem ehemaligen Jugoslawien verstarb am 27. September auf der Krankenstation von Deutschlands größter Abschiebehaftanstalt, wo er wegen einer Thrombose in Behandlung war. Gefangene berichteten, dass er vorher über heftige Schmerzen geklagt hatte. "Wir fragen uns, warum der Verstorbene, obwohl er in so jungem Alter eine akute Thrombose hatte, sich nicht in einer Fachklinik befand", so der Verein Hilfe für Menschen in Abschiebehaft Büren. Er kritisiert seit langem die katastrophale medizinische Versorgung in der Justizvollzugsanstalt. Die Staatsanwaltschaft untersucht jetzt die Umstände des Todes des Gefangenen. Es ist nicht der erste Todesfall in der Abschiebhaftanstalt, die vor zehn Jahren eröffnet wurde. Vor fünf Jahren erstickte der 19-jährige Marokkaner Rashid Sbaai in der Arrestzelle des Gefängnisses, nachdem er dort Feuer gelegt hatte. Das Personal hatte zu spät auf den ausgelösten Alarm reagiert.

Echelon-Spionage nun von Darmstadt aus

Die wichtigste Satelliten-Abhöranlage der US-Armee in Europa ist vom bayerischen Bad Aibling nach Darmstadt umgezogen. Rund 300 Militärs - darunter auch AbwehrspezialistInnen - arbeiten auf dem Gelände am Euler-Flugplatz in Darmstadt-Griesheim. Sie unterstehen dem Kommando der US Navy in London. Die Anlage in Darmstadt gehört - wie zuvor die in Bad Aibling - zum weltweiten US-Spionage-System Echelon. Dieses System durchsucht routinemäßig alle satellitengestützten Kommunikationssysteme. Mit Computern werden Faxe, E-Mails und Gespräche ausgewertet. Alle Zielinformationen vom europäischen Festland werden über Stationen in Großbritannien (London und die Schaltzentrale Menwith Hill in den North York Moors) via Satellit nach Fort Meade in Maryland übertragen, wo ExpertInnen das Material auswerteten. Das Echelon-System soll insgesamt über 120 Landstationen und geostationäre Satelliten verfügen, die in der Lage sein sollen, mehr als 90 Prozent des Internetverkehrs zu filtern. Nach dem Ende der Blockkonfrontation diente das System mehr und mehr der Industriespionage. So sollen Abhörinformationen Washingtons Position bei Verhandlungen mit der EU über wichtige Handelsfragen sowie bei Gesprächen mit der japanischen Regierung über Autoexporte gestützt haben. So berichtete der Financial Mail on Sunday Mitte der 1990er Jahre, dass die Namen derjenigen internationalen Handelsorganisationen und Geschäftskonsortien als Schlüsselwörter zur Überwachung in das System aufgenommen wurden, die mit Angeboten von US-Firmen konkurrierten.

Solidarität mit griechischem Verweigerer

Im Mai 2003 widersetzte sich Giorgios Monastiriotis als erster griechischer Berufssoldat einem Einsatzbefehl im Persischen Golf. "Aus Gründen meines Gewissens weigere ich mich bei dem grausamen Morden des irakischen Volkes mitzumachen oder in irgendeiner Form dazu beizutragen". Seine Erklärung schloss er mit den Worten: "Meine Weigerung ist auch ein Akt der Solidarität, das Minimum an Solidarität, das den Menschen im Irak und dem friedlich gesinnten griechischen Volk gebührt." Ende September wurde Monastiriotis nun zu drei Jahren und vier Monaten Gefängnis verurteilt. Anlässlich seiner Verurteilung haben am 23. September

rund 30 türkische AntimilitaristInnen vor dem türkischen Konsulat in Istanbul protestiert. Sie trugen dabei Transparente mit denen sie die Freilassung von Monastiriotis forderten und ihre Solidarität bekundeten.

US Patriot Act teilweise verfassungswidrig

Die Erfassung persönlicher Daten von Internet-NutzerInnen und TelefonkundInnen in den USA verstößt nach einem neuen Urteil gegen die Verfassung. Ein Bezirksrichter untersagte dem FBI, weitere Anträge auf die Überlassung derartiger Daten zu stellen. Die im Patriot Act erlaubte Datensammlung ist nach dem Urteil nicht mit dem Recht auf freie Rede zu vereinbaren, wie es der erste US-Verfassungszusatz garantiert. Auch der vierte Verfassungszusatz werde verletzt, weil die Betroffenen von dem Vorgehen der Polizeibehörde nicht in Kenntnis gesetzt werden und somit auch nicht dagegen vorgehen können. Mit der Entscheidung folgte der Richter der Klage eines Internet-Providers. Die US-Regierung hat nun 90 Tage Zeit Einspruch gegen das Urteil zu erheben. "Die Regierung ist sicher, dass das Gesetz mit der US-Verfassung in Einklang steht", zeigt sich US-Justizminister Ashcroft überzeugt. Eine Berufung sei "so gut wie sicher". Die jetzige Entscheidung ist schon das zweite Urteil gegen Teile des Patriot Act. Im Januar erklärte ein Bundesrichter in Los Angeles eine Bestimmung für wirkungslos, wonach niemand einer terroristischen Organisation im Ausland "fachlichen Rat oder Beistand" geben darf. Das wurde als zu vage und ebenfalls als Verstoß gegen das Recht auf freie Rede gewertet.

25. Forderungen der Antikolonialen Konferenz Berlin 2004:

CD-Datei: daten/aksuche/ak488/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:488:26

1. Beendigung aller Kriege

Sofortiger Stopp aller Formen des Warbusiness, keinerlei Militärhilfe und Waffengeschäfte. Keine Interventions-(Kriegs)Truppen aus Europa oder anderen Ländern nach Afrika. Keine soziale und materielle Unterstützung der Kriege, kein Flüchtlingsmanagement durch Nicht-Regierungs-Organisationen (NGOs).

Die Teilnehmerstaaten der Berliner Konferenz von 1884 exportieren heute noch für über drei Milliarden Dollar jährlich militärische Ausrüstung in die Länder Afrikas. Auch wenn afrikanische Regierungen bzw. Rebellengruppen die Kriege führen, ändert dies nichts daran, dass die europäischen Länder unmittelbar beteiligt sind und von ihnen profitieren. (...)

2. Koloniale Mentalitäten aufbrechen

Mit Selbstgefälligkeit und Sendungsbewusstsein versuchen die Kolonisatoren ihre Zivilisation der Welt überall aufzwingen und sagen nicht, dass damit Gewalt, Krieg und Ausbeutung gemeint sind. Rassistische Stereotypen wie die grundsätzliche Überlegenheit der westlichen Zivilisation bestimmen auch heute den Diskurs über Flüchtlinge und Einwanderer in Europa. Kapitalistische Werte sollen die Werte der Welt sein und "Nützlichkeit" das Kriterium des Lebens. Die Unterscheidung in "unwerte" und "wertvolle" Menschen, in Befehlende und Ausführende, in Faule und Fleißige, ist eine tief in der patriarchalen Gesellschaft angelegte Hierarchisierung und Entmenschlichung. Mit dem Völkermord an den Herero und Nama, der Einrichtung von Konzentrationslagern und Zwangsarbeit wurde die koloniale Gewalt in Namibia gefestigt. Diese Erfahrung bestimmte auch die spätere "Rassenpolitik" der Nazis. Die Ermordung von Millionen Menschen in den KZs während des zweiten Weltkrieges, die Vernichtung durch Arbeit und die brutale Kolonisierung der osteuropäischen Länder hat ihre Wurzeln auch in der deutschen Kolonialgeschichte Afrikas.

3. Entschädigung - Legalisierung - Aufenthalt

Übernahme der politischen Verantwortung durch die Unterzeichnerstaaten der Berliner Konferenz für alle Folgen ihrer Kolonialpolitik in Afrika. Öffentliche Anerkennung ihrer Entschädigungspflicht. Legalisierung des Aufenthalts von Menschen aus Afrika als erster Schritt und freier Zugang nach Europa. (...)

4. Rassistische Gesetze abschaffen

Alle diskriminierenden Gesetze müssen abgeschafft werden. Als erstes sind die Abschiebungen zu stoppen und die Abschiebeknäste aufzulösen. Einreiseverbote, Arbeitsverbote und Residenzpflicht sind aufzuheben und die Ausreisezentren zu schließen.

Vor hundert Jahren führten die deutschen Kolonialisten im heutigen Namibia eine Passmarke für Schwarze ein, die auf Verlangen jedem Weißen gezeigt werden musste. Nur mit weißer Erlaubnis durfte die schwarze Bevölkerung eine andere Region besuchen. Dieses Regelung erinnert an das Residenzpflichtgesetz heute, das Flüchtlingen verbietet, ohne behördliche Genehmigung den Landkreis bzw. das Bundesland zu verlassen. (...)

5. Ein Antidiskriminierungs- und antirassistisches Gesetz

Ein Staat, der kein Antidiskriminierungs- und antirassistisches Gesetz hat, fördert den Rassismus. (...)

6. Schuldenerlass sofort

Wer so viel Geld als Entschädigung zu bekommen hat, hat keine Schulden!

7. Keine erb- und rassenbiologische Forschung

Alle Schädel und andere Körperteile, die für rassistische Untersuchungen in die Metropole verschleppt wurden, müssen in ihren afrikanischen Herkunftsländern würdig beerdigt werden. Allein in Deutschland lagern einige tausend Schädel, die lebenden und toten Menschen aus Afrika abgeschlagen wurden. Sie wurden vermessen,

begutachtet und ausgestellt. Die Lagerung dieser Schädel stellt eine Störung der Totenruhe dar. Mit ihnen wurde eine Rassenpolitik begründet, die im Nationalsozialismus zur Verfolgung und Ermordung von Jüdinnen und Juden, Roma und Sinti und zur Zwangssterilisation von Afrodeutschen führte.

8. Kunst und Kultur

Unzählige Kunst- und Kulturschätze sind aus Afrika geraubt worden und bilden Höhepunkte mancher Museen und Privatsammlungen. Es muss eine Verständigung mit den Herkunftsländern erzielt werden, unter welchen Bedingungen die Gegenstände zurückgegeben werden bzw. in Europa bleiben können.

Der Text wurde redaktionell leicht gekürzt.

26. Verhandelte Frauen - handelnde Frauen

Vom Mythos der staatlichen Absicherung autonomer Frauenhäuser

CD-Datei: daten/aksuche/ak488/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:488:27

Der folgende Text von Gunda Ennen reflektiert die Geschichte der autonomen Frauenhäuser von ihrem Beginn bis zum 20-jährigen Jubiläum des 1. Hamburger Frauenhauses im Jahre 1997 - und dies unter einem bestimmten Blickwinkel, nämlich ausgehend von der stets heiklen, schwierigen und auch innerhalb der Frauenbewegung umstrittenen Frage nach dem Verhältnis von der "Autonomie" autonomer Frauenhäuser zu ihrer staatlichen Finanzierung. Deutlich wird der (bewegungs-)politische und historische Hintergrund, vor dem sich der gegenwärtige Kahlschlag vollzieht. Deutlich wird außerdem, dass sich bestimmte Fragen in sozialen Bewegungen nicht mit einer "wahren" Antwort erledigen lassen, sondern unter veränderten gesellschaftlichen Bedingungen vielmehr immer wieder neu zu stellen sind. Wir veröffentlichen diesen Text mit freundlicher Genehmigung in einer stark gekürzten und redaktionell bearbeiteten Fassung.

Die 1970er Jahre: Wer verursacht, muss auch zahlen

Der in - und externe Kampf um Absicherung fängt schon kurz nach der Eröffnung des ersten Frauenhauses 1977 an. Bis dahin war die Arbeit der Frauenhausinitiative durch eine Finanzierung über Spenden und vor allem durch viel Idealismus und Improvisationstalent getragen worden. Dass die Frauenhausbewegung mit ihrem feministischen Engagement, das Ausmaß der Gewalt gegen Frauen sichtbar zu machen und zu enttabuisieren erfolgreich war, zeigt sich in dem staatlichen Zugeständnis, Frauenhausarbeit sei "gesellschaftlich notwendig". Nach heftiger Auseinandersetzung um die Vereinbarkeit zwischen autonomer Frauenhausarbeit und staatlicher Finanzierung setzt sich innerhalb der Bewegung die Gruppe der Frauen durch, die eine notwendige Kontinuität von Frauenhausarbeit durch das "Annehmen von Staatsgeldern" gewährleistet sieht. Die anfängliche Spendenfinanzierung hat ihre Grenzen und schließlich sei die permanente Gewaltdrohung gegen Frauen ein strukturelles Phänomen in einer patriarchalen Gesellschaft und fiele damit in den Verantwortungsbereich des Staates. Die Finanzierung der Arbeit gegen Gewalt gegen Frauen über Staatsgelder und damit die Absicherung der Frauenhäuser sei also feministisch "folgerichtig". Denn wer verursacht, muss auch zahlen.

Diese Schlussfolgerung wollen die Frauen der "Anti-Behörden-Gelder-Gruppe" nicht als zwangsläufig anerkennen. Zwar stimmen sie der Analyse strukturell bedingter Herrschafts- und Gewaltverhältnisse zu, doch lehnten sie ein Einbinden des Frauenhauses in staatliche Finanzierungsstrukturen und die damit verbundenen möglichen Konsequenzen ab. Aufgrund der Ansicht, dass alle Frauen von Männergewalt betroffen seien, stelle das Projekt Frauenhaus in erster Linie einen Lebenszusammenhang und eben keinen bezahlten Arbeitsplatz dar. Auch die befürchteten Folgen für interne Frauenhausstrukturen, wie z.B. Hierarchisierung zwischen bezahlten und nicht bezahlten Frauen, sozialarbeiterische Beziehung zu den Frauen im Haus, Bevorzugung von formal qualifizierten Frauen etc. wirken abschreckend. Einig ist frau sich gleichwohl darin, dass "eine Finanzierung über Staatsgelder immer mit Kontrollversuchen seitens des Staates verbunden ist". (1)

Die 1980er Jahre: Wer das Geld hat, hat das Sagen

Dass diese Einschätzung der damaligen Frauenhausfrauen nur zu richtig war, sollten die folgenden Jahre zeigen. Der Mythos der staatlich abgesicherten Frauenhausarbeit stellt sich von Anfang an als eine Eingriffspolitik der Zuwendungsbehörde dar, die je nach politischer Lage mehr oder weniger versucht, die Arbeit der Frauenhäuser inhaltlich und strukturell zu beeinflussen und letztendlich ihr Kontrollinteresse umzusetzen. "Wer das Geld hat, hat das Sagen", so ein alter patriarchaler Grundsatz. Die anfängliche Forderung nach Vollfinanzierung wird in Hamburg mit dem Angebot einer Finanzierung nach dem Bundessozialhilfegesetz beantwortet - und abgeschmettert.

Diese Finanzierungsmodelle werden auch in anderen Bundesländern trotz inhaltlicher Proteste der Frauenhausbewegung umgesetzt. Das BSHG regelt immer nur individuelle Rechtsansprüche von einzelnen Frauen auf Leistungen. Doch die Frauenhausfrauen lehnen die politische Grundlage einer Individualfinanzierung ab und erklären die Unvereinbarkeit mit ihrer feministischen Analyse, nach der Staat und Gesellschaft Verursacher von Männergewalt sind - und eben nicht einzelne Frauen "in Schwierigkeiten geraten", weil sie ihre Misshandler verlassen. Der 72 Bundessozialhilfegesetz diskriminiert Frauen, weil er sie

zu einer Randgruppe abstempelt, macht Frauenhausmitarbeiterinnen zu bloßen Sozialarbeiterinnen und die Frauenhäuser zu heimähnlichen Unterkünften. Das kann nicht geduldet werden: "Die Mitarbeiterinnen wehrten sich mit Erfolg gegen diese Zuordnung. Die Abwehr des 72 BSHG als Finanzierungsmodell bezeugte beeindruckend die politische Durchsetzungsfähigkeit der Frauenhausbewegung." (2)

So wird in Hamburg die Vollfinanzierung in Form eines Haushaltstitels 1980 für das erste und zweite und 1982 für das dritte und vierte Frauenhaus durchgesetzt. Das fünfte Haus bekommt später ebenfalls einen Haushaltstitel.

Ein großer Kampf scheint gewonnen zu sein. Doch auch die Finanzierung über Haushaltstitel bringt eine Fülle von Auflagen mit sich, mit denen Frauenhäuser sich auseinandersetzen müssen. So besteht auf Finanzierungsmittel aus einem Haushaltstitel kein grundsätzlicher Rechtsanspruch. Die Gelder sind für jedes Jahr mit einem aufwändigen Verfahren von Finanzierungsplänen zu beantragen und ihre Nutzung ist ebenso aufwändig zu rechtfertigen. Diese Art der Projektförderung eröffnet der Behörde einen großen Spielraum für Eingriffsmöglichkeiten in Frauenhausarbeit und beschert den Mitarbeiterinnen einen stetig anwachsenden Arbeitsaufwand. Zudem kämpfen sie ständig um Erhaltung ihrer ursprünglich feministischen Zielsetzungen im Spannungsfeld zwischen Vergaberichtlinien und Frauenhauskonzeption.

Interessant ist, dass die Voraussetzungen für die Finanzierung eines Frauenhauses stets mit einer staatlichen Kontrollmöglichkeit bestimmter autonomer Grundprinzipien einhergeht. Dabei scheint die behördliche Einflussnahme im Großen und Ganzen eher unabhängig von politischen Konstellationen und wirtschaftlichen Verhältnissen zu sein. Die konzeptionellen Grundlagen autonomer Frauenhausarbeit, die besagen, dass jede Frau selbst entscheiden soll, wie lange sie im Frauenhaus bleibt, dass die Privatsphäre der Frauen im Frauenhaus gewahrt werden muss, die unterschiedlichen Qualifizierungen der MitarbeiterInnen als gleichwertig gesehen werden und keine "unnötigen" Informationen über Frauen nach außen gegeben werden, werden zur Verhandlungsmasse zwischen Frauenhäusern und Behörde.

In harten Auseinandersetzungen gelingt es den Frauenhausfrauen zwar, eine Beschränkung der Aufenthaltsdauer der Frauenhaus-Bewohnerinnen zu verhindern, der Behörde den Zugang in die Häuser zu verwehren und kompromisshafte Tätigkeitsbeschreibungen und Statistiken durchzusetzen. Trotzdem zeigt sich auch: "Von Jahr zu Jahr werden mehr Punkte unseres Konzeptes unserer Finanzierungspläne zum Gegenstand von Kontrollversuchen und damit von Auseinandersetzungen... Unsere inhaltlichen Vorstellungen sind im großen Maße davon geprägt auf Vorstellungen der Behörde zu reagieren." (3)

Die 1990er Jahre: "Transparenz", "Erfolgskontrolle", "Budgetierung"

Die Kontrollpolitik wird auch in den 90er Jahren konsequent fortgeführt. Infolge dessen hat sich laut Auskunft einer langjährigen Frauenhausmitarbeiterin der Verwaltungsaufwand mittlerweile verdoppelt. Die Zuwendungsbehörde setzt bestimmte Auflagen durch: So dürfen die Behördenvertreterinnen endlich vor Ort im Frauenhaus überprüfen, ob der Bewilligung der beantragten Mittel statt gegeben werden kann. So gestärkt, kann die Hamburger Behörde für Arbeit, Gesundheit und Soziales (BAGS) sich auch dem sozialpolitischen Hauptanliegen bundesdeutscher Zuwendungsgeber kurz vor der Jahrtausendwende widmen. Der Wohlfahrtsstaat soll durch die Einführung neuer Steuerungsmodelle umgebaut werden. Danach wird die Definition zielgerichteter sozialer Arbeit und Leistungen nicht mehr den freien Trägern überlassen, sondern es werden soziale Arbeitsprozesse in Kooperation mit den jeweiligen Zuwendungsgebern segmentiert, standardisiert und angeblich messbar gemacht. Soziale Arbeit ist in Anlehnung an Leistungskriterien aus der freien Wirtschaft effektiver zu gestalten. Die Qualitätsbeschreibung sozialer Dienstleistungen soll durch Leistungsvereinbarungen ergänzt werden. Der Haken an der Sache ist, dass das Zuwendungsrecht eben nicht den Handlungsspielraum zweier gleichberechtigter VerhandlungspartnerInnen regelt, sondern den einseitigen Erlass hoheitlicher Verwaltungsakte.

Die Umsetzung des neuen Steuerungsmodells mobilisierte bei der Behörde alte Kontrollwünsche. So befinden sich Frauenhäuser und Zuwendungsbehörde seit 1994 in einem Verhandlungsprozess, in dem autonome Grundprinzipien wie uneingeschränkte Aufenthaltsdauer, formale Qualifikation der Mitarbeiterinnen, Zielgruppe der Frauenhäuser, Gewaltverständnis etc. wieder zur Debatte stehen. Die Definitionsmacht über die Festsetzung von Erfolgskriterien in der Frauenhausarbeit liegt in erster Linie bei der Behörde. In einer zähen Auseinandersetzung wird versucht, Frauenhausarbeit "transparenter" zu machen. In verwaltungstechnischer

Manier heißt das, dass die Behörde eine Fülle von arbeitstechnischen Angaben und Daten über Bewohnerinnen erhebt. Dem steht das autonome Selbstverständnis der Frauenhäuser diametral entgegen. Eine überzogene Datenerhebung kann erfolgreich abgewehrt werden. Die Behörde versucht im Gegenzug, die Konzeption der Frauenhäuser zu "spezifizieren", d.h. der Arbeitsgrundlage einer sozialpädagogischen Einrichtung im sozialen Dienstleistungsbereich anzupassen.

Die Frauenhäuser sehen sich gezwungen, in wesentlichen Punkten Zugeständnisse zu machen. Die Zielgruppe der Frauenhäuser wird spezifiziert in Frauen, die "von Gewalt durch den Partner oder das soziale Umfeld bedroht oder betroffen sind, sofern nicht eine andere Problematik (Sucht, Obdachlosigkeit o.Ä.) im Vordergrund steht". Danach reicht die subjektive Einschätzung der Frau, von Gewalt betroffen zu sein, nicht mehr aus, um in einem Frauenhaus aufgenommen zu werden. Die Zuflucht in ein Frauenhaus wird vielmehr zu einer Aufnahmesituation, die durch ein Bewertungsverfahren der Mitarbeiterin gesteuert werden soll. Erfolgreich abgeschmettert wird die Forderung, Aufnahmegespräche ausschließlich von einer qualifizierten Beraterin (Sozialpädagogin oder Psychologin) führen zu lassen. Weniger nachgiebig zeigt sich die Behörde jedoch in dem Punkt der Beschränkung der Aufenthaltsdauer. Die BAGS will die Unterkunft im Frauenhaus in der Regel auf ein Jahr beschränken. (4) Es geht darum, Frauenhausarbeit messbar und kontrollierbar zu machen. Als Belohnung für die Beteiligung der Frauenhäuser an diesem Evaluierungsprozess stellt die Behörde eine sukzessive Erweiterung der Bewirtschaftungsspielräume in Aussicht. Diese wird in erster Linie in Form einer Budgetierung erlassen, d.h. Gelder werden nicht mehr zweckgebunden, sondern als Gesamtbetrag zur freien Verwendung bewilligt. Diese Finanzierungsform lässt sich hervorragend zur Umsetzung von Kürzungsplänen seitens der Zuwendungsbehörden nutzen.

Die Einführung des neuen Zuwendungsrechtes geht mit massiven Sparmaßnahmen einher. Zudem müssen sich die Frauenhäuser wieder mit der Problematik der BSHG-Finanzierung auseinandersetzen - nicht nur in Hamburg, sondern bundesweit. (5) Generell müssen sich die Frauenhäuser damit auseinandersetzen, dass ihre weitere Zukunft sowohl auf der inhaltlichen, konzeptionellen als auch auf der finanziellen Ebene von sehr viel Ungewissheit geprägt ist. Die jahrelange Eingleisigkeit der Staatsfinanzierung bindet Kräfte, die ehemals das feministische Widerstandspotenzial gespeist haben. Es fällt schwer, Phantasien für andere, staatsunabhängige Organisations- und Arbeitsformen und alternative Finanzierungsmöglichkeiten zu entwickeln. Auch kostet es viel Zeit und Mühe, den Solidarisierungsprozess unter den verschiedenen Gruppierungen und Generationen der Frauenhausmitarbeiterinnen inhaltlich zu füllen. Doch der Handlungsbedarf nach gemeinsamem Widerstand gegen staatliche Zwänge ist offensichtlicher denn je.

Gunda Ennen

Der vollständige Text ist erschienen in der Broschüre: "20 Jahre Autonome Hamburger Frauenhäuser. Das war erst der Anfang... Von einer, die auszog, weil sie das Fürchten schon gelernt hatte", Hamburg 1997. Diese kann bezogen werden bei: Frauen helfen Frauen e.V., Amandastr. 58, 20357 Hamburg.

Anmerkungen:

1) Aus: "Warum wir uns trotzalledem über Staatsgelder finanzieren", Frauenhäuser in Hamburg, 1987

2) Aus: "Der ewige Kampf ums Geld", in: Frauenhäuser Bestandsaufnahme 1987

3) s. Anmerkung 1

4) Inzwischen - 2004 - will die Behörde die Verweildauer von einem Jahr auf drei Monate absenken.

5) Während Frauenhäuser in Hamburg 2004 nach wie vor nicht über BSHG finanziert werden, ist dies in anderen Bundesländern - zumindest teilweise - durchaus der Fall.

27. Nicht post oder neo, sondern anti

120 Jahre nach der Berliner Kolonialkonferenz findet ein Antikolonialer Kongress statt

CD-Datei: daten/aksuche/ak488/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:488:28

In diesem Jahr jährt sich zum 100. Mal der Massenmord deutscher Kolonialtruppen an den Herero und Nama im damaligen "Deutsch-Südwestafrika". Vor 120 Jahren, am 15. November 1884, begann die Afrikakonferenz, zu der Reichkanzler Otto Graf von Bismarck zwölf europäische Regierungschefs sowie die des Osmanischen Reiches und der USA nach Berlin eingeladen hatte, um Afrika wie einen Kuchen aufzuteilen. An diese beiden Ereignisse möchte die Anticolonial Africa Conference, die Mitte November in Berlin stattfindet, erinnern und koloniale Kontinuitäten beleuchten.

Der deutsche Kolonialismus ist hier zu Lande kaum im öffentlichen Bewusstsein; eine kritisch-aufklärerische Erinnerungskultur an die Verbrechen in Afrika, China und der Südsee existiert nicht. Manche Autoren, etwa Reinhart Kößler, sprechen von "öffentlicher Amnesie". Auch in der internationalistischen Linken hielt und hält sich die Auseinandersetzung mit dem deutschen Kolonialismus in Grenzen.

Die Ansicht, dass der Kolonialismus zwar schlimm war, dass die kolonialisierten Gesellschaften aber auch von den "Segnungen des weißen Mannes" profitiert hätten, ist weit verbreitet. Immer noch gibt es die Legende vom tüchtigen und guten Deutschen, der in Afrika Eisenbahnen und Straßen gebaut und den Schwarzen die Zivilisation gebracht habe. Und, so heißt es, Deutschland habe nur kurze Zeit Kolonien gehabt und sei weniger brutal als die Briten oder Franzosen mit den Untergebenen umgegangen. Die Kolonialmächte standen sich in nichts nach, was die Ausplünderung von Land und Leuten anging. Auch die deutschen Schutztruppen haben Kolonialkriege geführt und schlugen den Widerstand der Kolonisierten brutal nieder.

Ein zentraler Aspekt der Geschichte deutscher Kolonialherrschaft sowie der weiteren gesellschaftlich-politischen Entwicklung Deutschlands im 20. Jahrhundert ist der Kolonialkrieg 1904 bis 1908 und der damit verbundene Massenmord an den Herero und Nama im damaligen "Deutsch-Südwestafrika", den mehrere Wissenschaftler als Völkermord bezeichnen (vgl. Jürgen Zimmermann und Joachim Zeller: Völkermord in Deutsch-Südwestafrika. Christoph Links Verlag, Berlin 2003). Tatsache ist, dass der deutsche Kolonialkrieg im heutigen Namibia nach den Maßstäben der UN-Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Verbrechens des Völkermordes von 1948 eindeutig den Tatbestand des Genozids erfüllt.

Das Ausmaß der unverblümten Öffentlichkeit, das den Völkermord begleitete, in der Politik und in den Medien, ist bemerkenswert. Postkarten von Gefangenen in Ketten, Konzentrationslagern und Hinrichtungsszenen wurden hergestellt, auch Bilder von Herero-Frauen, die mit Glasscherben die Schädel ihrer Verwandten säubern mussten, um sie in das Pathologische Institut Berlin schicken zu können. Dass die Deutschen die angekündigte Vernichtung von Bevölkerungsgruppen mitbekommen und mitgetragen haben, war ein Tabubruch am Anfang des 20. Jahrhunderts, der aber nie als solcher empfunden wurde.

Die Kolonialherrschaft prägt, wenn auch nicht immer bewusst, die Gesellschaften Europas bis heute, etwa durch die Konstruktion der "Whiteness". Aber für die Opfer war die Kolonisierung ein wesentlich tieferer Einschnitt in die Geschichte als in die der Kolonialherren. Für die Nachfahren der Opfer ist Amnesie in aller Regel keine Option. Die schmerzvolle koloniale Durchdringung der Natur, der Körper und des Bewusstseins führte oft zu einem radikalen Bruch mit der kulturhistorischen Identität und zu einem großen materiellen Verlust.

Konzentrationslager auf Postkarten

Zudem wurde mit dem Kolonialismus eine Entwicklung beschleunigt und zementiert, die mit dem Entstehen des Kapitalismus seinen Ausgangspunkt genommen hatte: die Produktion von extremen Ungleichheiten zwischen den Nationen. Wie Mike Davis in seinem Buch "Die Geburt der Dritten Welt" hinweist, gab es Ende des 18. Jahrhunderts zu den vertikalen Ungleichheiten innerhalb der großen Gesellschaften keine entsprechenden dramatischen Einkommensunterschiede zwischen den Nationen. Erst als begonnen wurde, die Landwirtschaft außerhalb Europas in die Weltwirtschaft zu integrieren, entwickelten sich die großen Einkommens- und Vermögensungleichheiten. "Die Unterschiede im Lebensstandard zwischen einem französischen Sansculotten und einem Bauern des Dekhan waren relativ unbedeutend im Vergleich zu der

Kluft, die beide von ihren jeweiligen herrschenden Klassen trennte", so Davis. Spätestens am Anfang des 20. Jahrhunderts allerdings waren die Ungleichheiten zwischen den Nationen so groß wie die Ungleichheit zwischen den Klassen.

Abgesehen davon führte der Kolonialismus zu neuen Staatsgründungen. Antikoloniale Kämpfe dienten als nationaler Gründungsmythos. So gilt der Maji-Maji-Aufstand, der 1905 im Südosten des heutigen Tansanias begann, heute als Ausgangspunkt der Unabhängigkeits-Bewegung in Tansania und bildet ein Kernelement des dortigen nationalen Identitätskonstrukts.

Mitte November, 120 Jahre nach der kolonialen Afrika-Konferenz, findet in Berlin die Anticolonial Africa Conference 2004 statt. Seit über einem Jahr wird sie von einer Gruppe vorbereitet, zu der Einzelpersonen aus verschiedenen afrikanischen und europäischen Ländern zählen. Unterstützungsgruppen sind außerdem die Antirassistische Initiative Berlin (ARI), die Forschungsstelle Flucht und Migration (FFM) und die Brandenburger Flüchtlingsinitiative.

Geplant ist eine Gedenkfeier für die Opfer der deutschen Kolonialkriege in Afrika an der "Neuen Wache", Unter den Linden in Berlin sowie eine "Antikoloniale Demonstration". Außerdem sollen Diskussionsveranstaltungen zu den Verbrechen der Kolonisierung und rassistischer Diskriminierung stattfinden. Zudem möchte die Konferenz auch den antikolonialen Widerstand in Afrika beleuchten. Und die "Anticolonial City Tour" begibt sich auf Spurensuche in der Kolonialmetropole Berlin.

Der Kongress Mitte November soll nicht der Endpunkt der Aktivitäten sein, sondern ein Kulminationspunkt, wie es im Aufruf heißt. Bereits im Vorfeld fanden Veranstaltungen zum Thema Kolonialismus statt, etwa zur Arbeitserziehung, zu Kolonialdenkmälern oder den deutsch-namibischen Beziehungen. Die Hoffnung, dass bundesweit viele Gruppen entstehen, die antikoloniale Aktionen organisieren, hat sich allerdings nicht erfüllt.

Amnesie ist keine Option für Opfer

Auch wird die Konferenz weitaus kleiner ausfallen, als ursprünglich angedacht. Das Programm ist überschaubar (was nicht das Schlechteste ist) und die Podien sind in der Regel mit deutschen ReferentInnen besetzt. Laut Tita Denis, der in der Vorbereitungsgruppe mitarbeitet, mangele es vor allem an Geld, um Gäste aus dem Ausland, etwa JournalistInnen und WissenschaftlerInnen aus den ehemaligen Kolonien, einladen zu können. Nach Ansicht anderer Mitglieder der Vorbereitungsgruppe verliefen aber auch die Vorbereitungen insgesamt sehr langsam. Sie begründen dies mit der engen Kooperation von MigrantInnen und Menschen mit deutschem Pass, bei der Wert darauf gelegt würde, dass sich alle gleichermaßen an der Vorbereitung beteiligen könnten. Dies erfordere oft besondere, aber auch gewünschte Bemühungen von allen Seiten: Auf den Treffen muss in mehrere Sprachen übersetzt werden, vor allem Flüchtlinge sind auf Grund der Residenzpflicht, Geldmangel und ihrer abgelegenen Unterbringung weniger mobil und haben keinen guten Zugang zu Computer und Telefon wie die meisten deutschen AktivistInnen.

Nichtsdestotrotz erwartet Tita Denis für die Konferenz rund 500 TeilnehmerInnen. "Wir möchten die kolonialen Mentalitäten aufbrechen, die in Europa für den Rassismus verantwortlich sind", sagt er. Außerdem soll die Konferenz ein Bewusstsein über die Kolonialgeschichte schaffen und eine Plattform für Austausch und Diskussion bieten, so Tita Denis.

Nicht neokolonial, auch nicht postkolonial nennt sich die Konferenz, sondern antikolonial. Damit soll auf die "Kontinuität der kolonialen Strukturen" hingewiesen werden. "Es gab keinen wirklichen Wandel, die ehemaligen Kolonien sind immer noch politisch und ökonomisch von den westlichen Ländern abhängig", so Tita Denis. Und im Aufruf heißt es: "Der antikoloniale Widerstand ist politisch für uns ein zentraler Orientierungspunkt."

Es ist zu befürchten, dass hier verschiedene historische Ereignisse, polit-ökonomische Entwicklungen und veränderte Funktionsweisen von Herrschaft, Rassismus und Ausbeutung in einem Topf verquirlt werden. Zu hoffen bleibt, dass auch die Brüche, Übergänge und Diskontinuitäten sowie anti-emanzipatorische Aspekte antikolonialer Bewegungen beleuchtet werden und nicht ein simpeles Opfer/Täter-Schema und ein binärer Mythos übrig bleiben, die eine eindimensionale Vorherrschaft eines Zentrums gegenüber der unterdrückten und grundsätzlich unschuldigen Peripherie zeichnen. So wichtig es ist, endlich eine Konferenz zu diesem Thema zu veranstalten, so unabdingbar ist es für eine anti- und postkoloniale Perspektive, Differenz (etwa

Subalternität/Hegemonie, Schwarz/Weiß) sichtbar zu machen und zu benennen, ohne unbewegliche Differenzidentitäten zu konstruieren und festzuschreiben. Sonst könnte die Konferenz allenfalls ein Publikum auf das Thema Kolonialismus aufmerksam machen, ohne in der Lage zu sein, die Auseinandersetzung auch zu vertiefen.

Anke Schwarzer

Anticolonial Africa Conference Berlin 11. bis 15. November 2004 in der Alten Feuerwache in Berlin, www.africa-anticolonial.org

28. "Alles ist Pop" - Gurus unter Beschuss

Michel Chevaliers Auseinandersetzung mit der Pop-Kultur

CD-Datei: daten/aksuche/ak488/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:488:29

Unter dem Titel target: autonopop initiierte der Künstler und Musiker Michel Chevalier gemeinsam mit befreundeten KünstlerInnen, MusikerInnen und TheoretikerInnen Ende Januar 2004 ein zweiteiliges Ausstellungsprojekt im Hamburger Westwerk e.V., in deren Zentrum die Analyse und die Gegenwehr gegen Ideologie und Existenz eines entgrenzten Pop-Terrains stand. Vor kurzem konnte im Butt-Club in Hamburg nun auch die gleichnamige Zeitschrift präsentiert werden - Anlass für einen Blick zurück in die Ausstellung.

Alles ist Pop". Diese konsensfähige Zeitdiagnose des Pop-Gurus Diedrich Diederichsen bildet die Untersuchungshypothese des ersten Ausstellungsteils. Dass die Pop-Behauptung im gegenwärtigen Kunstfeld durchaus Gültigkeit besitzt, ja geradezu hegemonial geworden ist, demonstriert eine große Installation aus von der Decke hängenden laminierten Einladungskarten, Ausstellungsflyern und Zeitschriftencovern, in die man als BesucherIn gleich am Eingang hineinläuft. Strukturiert wird das in Augenhöhe gehängte Bildermeer durch darüber schwebende Begriffe wie "Colorful Conceptualism", "Happy Fun", "60' Forever" und "Kurven und Kreis". Auf den ersten Blick mögen diese Überschriften etwas grob erscheinen: So steht schon die Abbildung einer Gruppe lachender Menschen für Happy Fun, eine konzeptuelle Arbeit der Künstler Dejanov & Heger wird auf Grund der Farbgebung zu einem Beispiel für "Colorful Conceptualism".

Aber hier wurde der in Printmedien veröffentlichte Output von KünstlerInnen und Institutionen eben "beim Bild genommen". Die Kategorisierung ist Resultat einer Auswertung der ausschließlich visuellen Oberflächen jener Flyer und Einladungskarten, mit denen der Besuch von Ausstellungen zeitgenössischer Kunst beworben wird. Und all zu viele zeigen nun einmal fröhliche Menschen oder werbetaugliche knallbunte Bildflächen, auch wenn der Begleittext ein kritisches Kunstwerk aus dem Genre der Institutionellen Kritik beglaubigt. Die Konzentration auf das Visuelle dient insofern der Demystifikation von Kunst-Ansprüchen und angeblich kritischem Potenzial und macht die mehr als schleichende Anpassung an eine massenmediale Ikonographie im Kunstfeld sichtbar.

Überraschend ist die ungewöhnliche Direktheit, mit der in der Ausstellung die VertreteInnen von (autono) Pop benannt und angegangen werden. Zum Beispiel der Künstler Michael Krebber: Ein Video dokumentiert den Besuch Chevaliers in der Berliner Galerie Nagel anlässlich einer Ausstellung Krebbers Anfang letzten Jahres: Eine spartanische Hängung von Kurven und Kreisen, die das Plattencover des zweiten Soloalbums des Kölner Produzenten Justus Köhncke zieren und die als (Elektro-) Pop geadelt, gerne in Galerien gezeigt werden. Auf Nachfragen zum künstlerischen Ansatz des Malers wird von der jungen Galeriehilfskraft auf dessen Kontakte zu Maler-Ikonen wie Polke und Kippenberger und zur Pop-Elektroszene verwiesen. Zu den einzelnen Arbeiten gibt es scheinbar wenig zu sagen. Interessant und ausstellbar bzw. verkaufbar ist der Künstler offenbar bereits als Netzwerkexistenz mit guten Kontakten zur Popkultur.

Kritische Außenpositionen unerwünscht

Ebenso konkret knüpft sich Chevalier den Verantwortlichen der "Alles ist Pop-These", Diedrich Diederichsen, vor. Die Audio-Installation "Quadrophonischer Kunstkopf"': The Diedrich Diederichsen Listening-Room macht die Diskursmacht des Pop- und Kunst-Theoretikers deutlich und exemplifiziert an dessen Geschmack Habitus und Wertesystem eines bestimmten Teils des Kunstfeldes. Diederichsens Playlist aus 2000 Schallplatten 1979-1999 - zu hören auf dem Kopfhörerpaar 1 - wird mit einer Playlist des Künstlers Chevalier für den gleichen Zeitraum konfrontiert - zu hören auf dem Kopfhörerpaar 2. Seine musikalische Gegengeschichtsschreibung untermauert Chevalier durch bissig-witzige Kommentare zu den Auswahlkriterien des Musikjournalisten. Zu beweisen ist: Die Zementierung von artifizieller Dandy-Ironie und die Abwertung der Idee des Authentischen bei Diederichsen hat System.

Über die Figur Diederichsen gelangt man ins Zentrum der in der Ausstellung geübten Kritik, die ausführlich auch in der target: autonopop Zeitschrift nachzulesen ist. (1) In Diederichsens These von "Alles ist Pop" sieht Chevalier, ebenso wie in dem Text des New Yorker Künstlers und Kritikers John Miller "Den Untergrund begraben", eine konnektionistische Ideologie am Werke, die nur noch Beziehungen innerhalb des Systems, aber keine kritische Außenposition mehr für möglich hält und insofern Opposition als Haltung für obsolet

erklärt. (2) Die Diskreditierung von Gegenkultur und Underground, die von diesen Autoren betrieben wird, entlarvt der Künstler als Kunstmarktlogik, ja noch weiter als Stütze des Netzwerkkapitalismus.

autonopop gewordene Kunst basiert dabei auf genau dieser Diskreditierungs- und gleichzeitigen Kooptierungsbewegung: Um ihr eigenes, real bereits seit Ende des 19. Jahrhunderts verschwundenes Autonomieversprechen aufrecht erhalten zu können bzw. um es zu aktualisieren, bedient sich die Kunst beim Formenrepertoire gegenkultureller (autonomer) Bewegungen. Derart aufgepeppt erscheint sie radikal und ist zugleich besser verkaufbar, zumal das Terrain zuvor ideologisch zugerichtet wurde. Chevalier ortet die subcultural theory aus dem Umfeld der Birmingham School als Legitimationsstütze, könne man hier doch lernen, dass schon der Konsum Subversion und Widerstand sein kann. Fragen der Produktion, die noch für die politische Kunsttheorie eines Walter Benjamins zentral gewesen sind, seien dabei zunehmend aus dem Blick geraten. Ein Beispiel dafür ist die Pariser Ausstellung Hardcore, einer der zentralen Anlässe für das Ausstellungsprojekt. Wenn GaleriekünstlerInnen, die man nicht gerade als Prototypen selbstorganisierter ProduzentInnen bezeichnen kann, mit dem Label Hardcore belegt werden - dem Inbegriff für kleine selbstbetriebene Vertriebs- und Publikationsstrukturen und eigenständige Mikro-Ökonomien im Musikbereich - verweist das auf eine Kunstlandschaft, in dem sämtliche Begrifflichkeiten kopfstehen. Anders gesagt: Nur wenn die Kriterien zur Unterscheidung von Widerstand und Affirmation an Eindeutigkeit verloren haben, kann bereits symbolische Subversion von GaleriekünstlerInnen als Speerspitze des Kampfes goutiert werden - es stellt sich allerdings die Frage, wessen Kampfes.

Popuniversum liebt Netzwerk- Kapitalismus

Chevalier stellt die Maxime von Miller und Diederichsen, nach der ein vom Pop getrennter Underground historisch irrelevant ist, in den Kontext einer vom Poststrukturalismus inspirierten Kritik des Authentischen. Munition liefern ihm die französischen TheoretikerInnen Luc Boltanski und Eve Chiapello, die das der Kritik zugrundeliegende Relationalitätsphilosophem als hegemoniales Diktum im Netzwerkkapitalismus begreifen. Der neue Geist des Kapitalismus, so der Titel des Buches der zwei AutorInnen (3), fordere konnektionistische Wesen, die flexibel genug sind, um stets erneut temporäre Assoziationen in ihren Projekten eingehen zu können. Der Bezug auf Werte wie Permanenz, sich-treu-bleiben etc. erscheine unter diesen Bedingungen als rigide und pathologisch, als Verweigerung sich zu verbinden. Zentrale Werte im Pop-Universum wie ironische Distanz, Fluidität und Flexibilität entsprechen dem netzwerkkapitalistischen Subjekt da viel besser.

Diese neue Nähe von Arbeitsmarkt- und Popforderungen geflissentlich zu übersehen, um Pop-Werte als sozial fortschrittliche, linke Tugenden zu verkaufen, erweise sich vor diesem Hintergrund als hochgradig ideologisch, warnt Chevalier. Pop-Linke wie Diederichsen spielen den derzeitigen Machtverhältnissen und Wertsetzungen in die Hände, wenn sie das Beharren auf Authentizität bzw. die Kritik am Nicht-Authentischen für politisch rechts erklären. Sie liefern ein attraktives Vokabular zur Affirmation so genannter Reformen und unterstützen mit ihren Begriffs-Superwaffen einen sozialen (Klassen-) Kampf der GewinnerInnen gegen die VerliererInnen. Ein Kampf um klassifikatorische Schemen und Begriffe, in den es sich einzumischen lohnt, so das Credo von target: autonopop.

Neben der Analyse will target: autonopop aber auch Alternativen zur no-alternative-Botschaft der Poptheorie anbieten und zum selbst ermächtigten Weg aus dem Popuniversum anregen. Im zweiten Teil der Ausstellung übergibt Chevalier daher das Staffelholz an den Künstler Jean-Baptiste Farkas, der es wiederum an die BesucherInnen weiterreicht: Mit der analytischen Vorlage von Chevalier und seinen autonopop-Kategorien als Ausgangspunkt und Basis wird die Ausstellung zum Target-Studio. Die Aufforderung an die BesucherIn lautet: Suche deine eigenen Zielscheiben; korrigiere und ergänze das, was du vorfindest. Und tatsächlich: Einige Tage lang glichen die Räume im Westwerk einem großen analytischen Labor, in dem Kategorien entworfen, diskutiert und auf von Farkas entworfenen Vordrucken festgehalten werden. Es gilt: je gnadenloser, desto treffender.

"Echte Polemik nimmt ein Buch sich so liebevoll vor, wie ein Kannibale sich einen Säugling zurüstet", so bestimmte schon Walter Benjamin Mitte der 1920er Jahre eine gute KritikerIn. Dessen Forderung nach unerbitterlicher Analyse des eigenen künstlerischen Umfeldes und nach eindeutiger Stellungnahme innerhalb der Produktionsbedingungen spielte offensichtlich im Hintergrund der gesamten target: autonopop-Veranstaltung eine wichtige Rolle. Ermöglicht doch das recht niedrigschwellig angesetzte Kategorienbilden und Polemisieren - ganz nach Vorbild des Rezensierens in Fanzines im musikalischen

Hardcore-Bereich - eine erste und einfache Möglichkeit, die von Benjamin theoretisierte organisierende Funktion von Kunst wahrzunehmen oder doch zumindest sich über gemeinsame Feinde und Freunde zu vergewissern.

"no alternative?"

Dass Polarisierung nicht gleich zu organisierter Gruppenbildung führen muss, liegt auf der Hand. Und so bündelten sich die Aggressionen der eigensinnigen Besucher-KritikerInnen auch im Westwerk nicht gegen den Pop-Konsens, sondern wucherten anarchisch in verschiedenste Richtungen - ganz im Sinne der Farkas'schen Kunst-Programmatik, die auf Herstellung einer offenen und experimentellen, kollektiven Aktivität abzielt. Die Chance auf Vertiefung oder Hinterfragung der Kritik und These von Chevalier wurde dabei nur von wenigen wahrgenommen, so dass z. B. die Frage, wie sich autonopop eigentlich angesichts des aktuellen Rückbesinnungs-Trends auf Malerei und "genuin künstlerische" Werte bewährt, wohl ein anderes Mal geklärt werden muss. Ein anderes Mal, dass es gewiss geben wird. Denn: Michel Chevalier durchforstet nach wie vor emsig den Bereich aktueller Gegenwartskunst, um seine Kategorien und sprachlichen Waffen weiter zu schärfen - mit einer Emphase, die jede professionelle KritikerIn vor Neid erblassen lässt.

Anika Heusermann

Anmerkungen:

1) Die Zeitschrift dokumentiert die Vorträge des Eröffnungsabends von Franco Kroschewski, Rahel Puffert und Tobias Still und enthält einen theoretischen Text von Michel Chevalier. Darüberhinaus bietet das Heft Ansichten beider Ausstellungsteile, so z. B. der künstlerischen Arbeiten von Jean-Baptiste Farkas und Jérôme Guigue. Beiträge der Musiker und Klangkünstler Tumorchester, Chad Popple, für diesen abend und Dunkelheit ergänzen das Ganze mit gebastelt-collagierter Fanzine-Qualität. Bestellungen der target: autonopop Zeitschrift bei: stummmedia@yahoo.de.

2) Diedrich Diederichsen, "Alles ist Pop - Was bleibt von der Gegenkultur?", in: Süddeutsche Zeitung, Nr.181, 8./9. August 1998. John Miller, "Den Untergrund begraben", in: Marius Babias (Hrg.), Im Zentrum der Peripherie. Kunstvermittlung und Vermittlungskunst in den 90er Jahren (Dresen/Basel: Verlag der Kunst, 1995).

3) Luc Boltanski/ Eve Chiapello, Der neue Geist des Kapitalismus (Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft mbH, 2003).

29. Drogenpolitik und Drogenkontrolle

1. Teil: Geschichte und Ideologie der internationalen Drogenpolitik

CD-Datei: daten/aksuche/ak488/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:488:30

Die Illegalisierung bestimmter Drogen beruht kaum auf medizinisch und empirisch haltbaren Annahmen. Trotz Kriminalisierung der KonsumentInnen, ProduzentInnen und HändlerInnen und hoher Strafen ist die Durchsetzung deutlich gescheitert: Cannabis, LSD, Ecstasy, Kokain und Heroin sind ohne großen Aufwand auf dem Schwarzmarkt zu bekommen. Trotzdem wird seit Jahrzehnten weltweit ein repressiver und prohibitionistischer Ansatz verfolgt.

VerliererInnen der herrschenden Drogenpolitik und des Drogenweltmarktes sind auf der einen Seite die NachfragerInnen, also die KonsumentInnen, die durch die Illegalisierung eine enorme künstliche Teuerung hinnehmen müssen. Auf der anderen Seite, zumindest im Falle der organischen Drogen, sind es die ursprünglichen AnbieterInnen, also die Bauern und Bäuerinnen, die Cannabis, Opium und Koka in den so genannten Entwicklungsländern anbauen. Ob ihr Dope oder Koks fair gehandelt wurde, interessiert die KifferInnen und KokserInnen in den Industriestaaten nicht. Und von den enormen Gewinnspannen des Drogenmarktes haben die AnbauerInnen jedenfalls wenig (mehr dazu im 2. Teil). Alle Anderen, die am System des herrschenden Drogenkontrollregimes beteiligt sind, können von ihm profitieren: sei es durch direktes Geldeinkommen, die Garantie eines Arbeitplatzes und die Möglichkeit zur beruflichen Profilierung, durch die politische Ausschlachtung von Vorurteilen und Mythen, durch Korruption und Geldwäsche oder durch die Ausschaltung von potenziellen Konkurrenzprodukten. Neben den DrogenhändlerInnen handelt es sich um: PolitikerInnen, Sicherheitskräfte, ÄrztInnen, TherapeutInnen, SozialarbeiterInnen, WissenschaftlerInnen, JournalistInnen, Banken und die Gefängnis-, Waffen-, Chemie-, Pharma- und Genussmittelindustrie.

Tief verwurzelt in abendländischen Traditionen

Der Rahmen, in dem sich die eben skizzierten Interessengruppen eingerichtet haben, wurde durch die Drogenkonventionen der Vereinten Nationen abgesteckt. Die 1. Konvention von 1961 konzentriert sich ausschließlich auf organische Drogenpflanzen und den aus ihnen gewonnenen Produkten (z.B. Heroin oder Kokain). 1971 folgte die 2. Konvention, die sich auf chemisch gewonnene Drogen bezieht, z.B. LSD, Amphetamine und Medikamente. Die 3. Konvention von 1988 schließlich richtet ihr Augenmerk auf den Handel, die Geldwäsche und die Chemikalien, die zur Herstellung der Drogen benötigt werden. In diesem dritten Gesetzestext wurde eine repressive Drogenpolitik endgültig besiegelt: Artikel 3 listet unter der Überschrift "Verstöße und Sanktionen" einen umfangreichen Katalog von Straftatbeständen auf, der nahezu alle Handlungen im Zusammenhang mit Drogenanbau, -produktion, -handel und -konsum umfasst und allen Unterzeichnerstaaten zwingend Strafverfolgung vorschreibt. So gilt das Verbot bestimmter Drogen für den privaten Gebrauch heutzutage nahezu weltweit: Opium, Koka und Cannabis und alle aus ihnen gewonnenen Produkte plus diverse chemische Stoffe sind "illegal".

Wie konnte es dazu kommen? Die Ursprünge internationaler Drogengesetzgebung gehen auf das Wirken von christlichen TemperenzlerInnen, AbstinenzlerInnen und PuritanerInnen zurück, die Ende des 19. Jahrhundert als Ideal "einen reinen Geist im gesunden Körper" (Anima Sana In Corpore Sano) predigten. Vornehmlich konzentrierten sie sich auf Alkohol und konnten besonders in den USA, England und Schweden Fuß fassen - dort herrschen bis heute die restriktivsten Gesetzgebungen für die Abgabe von Alkohol. Die Forderungen nach Enthaltsamkeit, die sich auch zum Teil mit der protestantischen Lustfeindlichkeit erklären lassen, weiteten sich bald auch auf andere Drogen aus. Hauptsächlich ging es dabei um Opium, und zusammen mit der Thematisierung von Alkohol konnten die PuritanerInnen um die Wende zum 20. Jahrhundert wegweisenden Einfluss auf die Regierung der USA erlangen. Die Durchsetzung der Alkoholprohibition, die von 1920 bis 1933 in den USA herrschte und letztlich scheiterte, war Höhepunkt dieses Einflusses.

Durch alle Schichten hinweg hatte im 19. Jahrhundert Opium großen Anklang in Europa und Nordamerika gefunden und es war frei erhältlich (meist als Tinktur). Morphium, ein aus Opium gewonnenes Alkaloid, war bereits 1803 entdeckt worden und wurde ab Mitte des Jahrhunderts zusammen mit der gerade erfundenen Spritze als Schmerzmittel genutzt. Bald kam der Begriff des "Morphiumhungers" auf und das Phänomen

"Sucht" sickerte langsam in das kollektive Bewusstsein. Die langfristigen gesundheitlichen Schäden durch Alkohol- und Nikotinkonsum wurden dagegen kaum problematisiert oder medizinisch erfasst.

Die erste internationale Konferenz zum Thema Drogen fand 1909 in Shanghai statt, bezeichnenderweise unter dem Vorsitz eines Bischofs aus den USA. Neben den Vereinigten Staaten nahmen alle europäischen Kolonialmächte und China, Japan, Thailand, Iran, Russland und Österreich-Ungarn teil. Sie vertagten sich ergebnislos, denn die Interessen waren zu unterschiedlich. Als bedeutende Weichenstellung muss aber gelten, dass eine Resolution, die zukünftig das Einbeziehen medizinischer Expertisen verlangte, deutlich abgelehnt wurde; bis in die heutige Zeit hinein sitzen auf den Drogenkonferenzen DiplomatInnen und Regierungsangestellte - medizinische Erkenntnisse fanden und finden kaum Gehör.

In Den Haag tage 1911 eine Folgekonferenz unter Teilnahme von VertreterInnen derselben Staaten. Es wurde eine "Opium-Konvention" verabschiedet, die, wie auch die ihr nachfolgende Drogenkonvention des Völkerbundes, in den folgenden Jahrzehnten international nur bedingt um- und durchgesetzt wurde. Erst mit der Gründung der Vereinten Nationen (UN) 1946 sollte sich das ändern. Die US-Regierung machte ihren Einfluss geltend, um den Komplex Drogen bei den künftigen UN nicht der Weltgesundheitsorganisation (WHO) zugeordnet zu sehen. Weiterhin sollten medizinische und soziologische Erkenntnisse von den Entscheidungsprozessen fern gehalten werden. Die jeweiligen Regierungen wurden explizit aufgefordert, in Drogenbelangen MitarbeiterInnen ihrer Strafverfolgungsbehörden zu entsenden. Zuständig wurde der UN-Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC).

Ausschließlich ein Problem der Sicherheit

Nach langer Vorbereitung wurde 1961 die oben erwähnte 1. Drogenkonvention auf einer Konferenz von 73 Staaten verabschiedet. Damit war auch die Einrichtung eines Internationalen Suchtstoffkontrollrats (INCB) beschlossen, der über die Einhaltung und Umsetzung der Drogenkonventionen wacht. Generell sind in allen Gremien der UN die westlichen Industriestaaten am Drücker; im Bereich der Drogenkontrolle sind es die Hauptgeldgeber, die maßgeblich auf die politische Linie Einfluss nehmen (vor allem Italien, England, USA, Japan, Schweden). So wundert es kaum, dass die 13 Mitglieder des Rates bislang fast ausschließlich aus dem Lager der drogenpolitischen Hardliner kamen. Sie gelten als "Hohepriester" der orthodoxen Drogenpolitik. Ihrer "theologischen" Herangehensweise folgend schlägt Peter Cohen vom niederländischen Zentrum für Drogenforschung (CEDRO) vor, die Drogenkonventionen als "religiöse Texte zu betrachten. Sie haben eine Patina innerer und unangefochtener Werte angenommen und eine Gemeinde von wahren Gläubigen und Neubekehrten zu ihrer Förderung um sich versammelt. Sie möchten eine Version der Menschheit verwirklichen, für die eine Abstinenz von gewissen Drogen ein Dogma ist, und zwar auf gleiche Weise, wie andere religiöse Texte bestimmte Nahrungsmittel oder Aktivitäten verbieten können."

Überzeugungstäter mit großer Portion Doppelmoral

Seit Jahrzehnten gedeiht der Drogenweltmarkt - trotz aller Bemühungen des "War on Drugs" - gut. Die Verfügbarkeit und Qualität der Drogen ist besser denn je und die Preise sinken. Diese Fakten werden seitens der Drogenbehörden geflissentlich ignoriert oder durch statistische Spielereien schöngefärbt. Die UN ruft im Jahrzehnte-Rhythmus Fristen aus, die eine "Drogenfreiheit" der Welt bis zu einem bestimmten Datum anstreben. Bisher hat es nicht geklappt, jüngst heißt es seit 1998 "a drug free world is possible" und zwar soll es 2008 soweit sein. Aber selbst der Direktor des UN-Büro für Drogen und Kriminalität (UNODC), Antonio Maria Costa, gestand 2003 zur Halbzeit ein, dass es sich bei diesem Vorhaben um ein "immer noch entferntes" Ziel handeln würde.

Die den Religionen eigene Irrationalität führt bei der "Kirche" der Drogenprohibition dazu, dass die Auswirkungen der angeblichen "Kulturdrogen" der westlichen Welt, also Alkohol und Nikotin, nicht in einen Zusammenhang mit den illegalisierten Drogen gebracht werden. So wird in der bürgerlichen Presse jährlich über die relativ geringe Zahl an Opfern durch "Drogenmissbrauch" berichtet, aber die Todesfolgen durch den Konsum von Alkohol und Nikotin werden nicht erwähnt. Die Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen (DHS) spricht im Zusammenhang mit diesen Zahlen von einer "kollektiven und politischen Wahrnehmungstörung". 160.000 Drogentote, nicht 1.835, gäbe es im Jahr (vgl. Tabelle). Darüber hinaus wundert sich die DHS, dass potenziell tödliche Drogen als "Genuss- oder Lebensmittel" bezeichnet würden.

Die Doppelmoral beim Thema Drogen tritt sichtbar zu Tage: PolitikerInnen, die eine harte Hand gegen DrogenkonsumentInnen fordern, treten bei Massenbesäufnissen wie dem Oktoberfest oder Karnevalsveranstaltungen auf. Das "Doping" im Sport, das meist unter der Überschrift "unfaires Verhalten" abgehandelt wird, ist Auswuchs einer Leistungsgesellschaft, das hier medial zu Tage tritt und ansonsten totgeschwiegen wird: Die alltägliche Einnahme von Medikamenten zur Beeinflussung von Körper und Geist, um mit den Lebensumständen zu Rande zu kommen, ist mittlerweile "normal" geworden. Die Zahl von 1,4 Mio. Medikamentenabhängigen spricht für sich.

Allerdings sollte man vorsichtig sein, wenn man Vokabeln wie "süchtig" oder "abhängig" benutzt. Scheinbar ist allen klar, was damit gemeint ist, dabei sind die Definitionen denkbar wage. Sie sind von oben erwähntem puritanischem Menschenbild geprägt, dem jeglicher Kontrollverlust über das Selbst ein Graus ist. Jemand, der/die als "Süchtige/r" oder "Abhängige/r" klassifiziert wird, gilt generell als "krank" und ihr/ihm wird die Fähigkeit und das Recht auf Selbstbestimmung abgesprochen. Dass Menschen sich auch mit einer "Sucht" arrangieren können, kommt in diesen Konzepten nicht vor. Das Elend der "Junkies" dient in der Öffentlichkeit als abschreckenden Beispiel und prägt das allgemeine Bild des/der "Abhängigen". Da hauptsächlich solch extreme DrogennutzerInnen in Kliniken und therapeutischen Einrichtungen landen, sind in der Regel nur sie als Forschungsobjekte verfügbar. Die meisten KonsumentInnen von illegalisierten Drogen pflegen eine Drogenpraxis in privaten Räumen oder im gesellschaftlich akzeptierten Rahmen; sie leben ein "geregeltes" Leben und fallen mit ihren Formen von "süchtigem" Verhalten nicht weiter auf. Insofern halten sie auch wenig Einzug in wissenschaftliche Studien.

Der Verstand setzt aus und die Ressentiments ein

Wenn es um illegalisierte Drogen geht, setzen der Verstand aus und die Ressentiments ein. Die Mythologisierung und Verteufelung der Drogen müssen als Projektion derjenigen betrachtet werden, die sie betreiben. In ihr offenbart sich deren simpeles Weltbild, das die Welt in schwarz und weiß teilt. Das Gerede von "bösen" Drogen oder von der "Seuche Cannabis", wie der Spiegel erst kürzlich in reaktionärer und tendenziöser Weise titelte (27/04), betreibt Desinformation. So hält sich z.B. hartnäckig das Gerücht, dass Cannabis eine Einstiegsdroge sei, obwohl alle ernst zu nehmenden Untersuchungen diesen Effekt vor allem Alkohol zuschreiben. Im Zusammenhang mit der Wortschöpfung "Drogenkontrolle" bekommt die Verbreitung falscher Tatsachen einen Sinn und leistet Vorschub. "Kontrolliert" werden soll nicht das willenlose Ding Droge, sondern der Mensch, der mit ihr im Zusammenhang steht. In den nächsten Teilen der Serie wird das Bild dieses Kontrollregimes an Konturen gewinnen. Betont sei hier zum Abschluss, dass es sich bei den IdeologInnen der Drogenprohibition um FanatikerInnen handelt. Denen fällt bei der Frage, was man mit dem Bösen oder einer Seuche macht, nur ein Wort ein: Ausrotten.

Lorenz Matzat

Teil 2 der Serie zu Drogenpolitik und Drogenkontrolle unter dem Titel "Drogenweltmarkt und Entwicklungspolitik" erscheint in ak 489.

Drogenkonsum in der BRD 2001, +, +, +, +

, Konsumenten insgesamt, Abhängige zwischen

15-59 Jahren (% der Bev.), jährliche Konsumeinheiten, Tote

durch Konsum

Alkohol, >>80% der Bevölkerung

über 15 Jahre, 1,6 Mio. (3,3%), 10,6 Liter reiner Alkohol

pro Einwohner, 42.000

Nikotin, 16,7 Mio.,

35% d. Bevölkerung, 2,9 Mio. (5,8%)

(>>20 Zigaretten am Tag), 1.773 Zigaretten

pro Einwohner, 111.000

suchtbildende

Medikamente, Keine Angaben, 1,4 Mio. (2,8%), 72,5 Mio.

verkaufte Packungen, Keine Angaben

illegalisierte

Drogen, 2,6 Mio.,

5,4% d. Bevölkerung, 0,2 Mio. (0,6%), Keine Angaben, 1.835

Quelle: Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen, +, +, +, +

30. Null-Euro-Jobs

"Zwangsaktivierung" und Widerstand in Dänemark

CD-Datei: daten/aksuche/ak488/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:488:31

Nördlich von Flensburg geht manches schneller. Bereits seit der ersten Hälfte der 1990er Jahre gibt es hier die "Ein-Euro-Jobs", mit denen ab dem 1.1.2005 ALGII-EmpfängerInnen in der Bundesrepublik konfrontiert werden. Vor zwei Jahren schließlich schaffte die damals frisch ins Amt gewählte dänische Rechtsregierung die "Aufwandsentschädigung" ab - aus "Ein-Euro-Jobs" wurden "Null-Euro-Jobs". Auf einer Veranstaltung des Rosa-Luxemburg-Bildungswerkes am 30.9. in Hamburg berichtete der Sprecher der dänischen Landesorganisation der Erwerbslosen (LA) über die Geschichte der "Aktivlinie" und den Widerstand. Wir dokumentieren hier eine gekürzte Fassung seines Referats.

Viele betrachten den dänischen Wohlfahrtsstaat immer noch als den Besten der Welt. Sie sind sich offenbar nicht darüber im Klaren, dass es mittlerweile zu einem entscheidenden Bruch mit der dänischen "Wohlfahrtstradition" gekommen ist - ohne dass es darüber eine wirkliche Debatte gegeben hätte. Keine der politischen Parteien Dänemark hat sich (offiziell) dafür ausgesprochen, den Wohlfahrtsstaat abzuschaffen, und dennoch wird er abgewickelt. Ein zentrales Element dieses Angriffes ist die "Aktivlinie", deren Geschichte ich hier zunächst kurz skizzieren möchte.

Die "Aktivlinie" wurde vor dem Hintergrund der hohen Erwerbslosigkeit in den 1980er Jahren - auch und vor allem unter jungen Leuten - ins Leben gerufen. Sie wurde vor allem damit begründet, dass es unter 18-19Jährigen eine angeblich verbreitete Praxis gewesen sei, einen Monat nach dem Ende ihrer Gymnasialzeit Sozialhilfe zu beantragen, um anschließend für jeweils einen Monat Leistungen zu erhalten und mit Interrail in warme Länder zu fahren. Also wurde als Grundlage für die Existenzsicherung Zwangsarbeit oder Teilnahme an Kursen gefordert. Zunächst galten die neuen Regeln nur für Menschen unter 25 Jahren, doch die Altersgrenze wurde später auf 30 heraufgesetzt.

Am 1. Juli 1998 trat das "Gesetz über aktive Sozialpolitik" in Kraft. Danach sollten alle Bürgerinnen und Bürger, die Sozialhilfe empfangen, "aktiviert" werden. Zugleich wurde beschlossen, die Aktivierung auch auf ArbeitslosengeldempfängerInnen auszuweiten, zumindest auf die größte Zeit ihres Leistungsbezugs. Früher wurde Arbeitslosengeld unbegrenzt bis ins Rentenalter gezahlt wurde, und selbst später betrug die maximale Bezugsdauer immerhin noch neun Jahre. Nunmehr jedoch wurde sie auf vier Jahre verkürzt, wobei die letzten drei Jahre offiziell als "Aktivierungsperiode" gelten. Aktivierung zieht keinen neuen Anspruch auf Arbeitslosengeld nach sich. Seit 1998 sind außerdem die Leistungen für Flüchtlinge und MigrantInnen auf etwa die Hälfte derjenigen gekürzt worden, auf die ein dänischer Staatsbürger Anspruch hat. Außerdem erhalten jetzt Ehepaare geringere Leistungen, und bei Familien mit Kindern bekommen nur noch die ersten drei Kinder Sozialleistungen.

Im Jahre 2001, als die derzeitige dänische Regierung ins Amt kam, wurde der Name des Arbeitsministeriums in "Beschäftigungsministerium" geändert. Es übernahm gleichzeitig vom Sozialministerium die Zuständigkeit für die SozialhilfeempfängerInnen. Alle sozialen Transferleistungen werden nunmehr daran gekoppelt, dass Erwerbslose und andere Sozialgruppen, d.h. auch die in der Produktion Verschlissenen und Arbeitsunfähigen, "für den Arbeitsmarkt verfügbar" gemacht werden.

Kommunales Tütenkleben

Erwerbslose in Aktivierung haben keinerlei Tarifautonomie oder andere Verhandlungsrechte. Sie werden nicht durch Vertrauensleute geschützt, haben keine Rentenansprüche aus dem Arbeitsverhältnis und keinen Anspruch auf Urlaubsgeld oder Arbeitslosenversicherung. Die typische Arbeit von Aktivierten besteht darin, kleinere Gegenstände wie Spielzeug, Nägel, Schrauben, Beschläge, Tierfutter, Schnuller oder Kaffeekannen zusammen zu tragen und zu verpacken. Außerdem sind viele Erwerbslose im öffentlichen Dienst, in Gemeinden, Bezirken und der Zentralverwaltung mit Gebäudereinigung und Putzen, Gartenarbeiten in Parks, Kinderbetreuung und Altenpflege beschäftigt. Sie werden in Museen und Theatern eingesetzt oder als Bürokräfte und Hilfspersonal in Schulen.

Nichts deutet darauf hin, dass das Ausmaß dieser Aktivierung reduziert werden soll, im Gegenteil: Mehr und mehr öffentliche Institutionen werden davon abhängig, dass ein Teil des Personals praktisch umsonst arbeitet. Die gegenwärtige dänische Regierung verzichtet auf Steuererhöhungen und damit auf zusätzliche Staatseinnahmen. Damit wird es für die Kommunen noch dringlicher, billige Lösungen für öffentliche Aufgaben zu finden. Die Beschäftigung billiger, rechtloser und unorganisierter ArbeiterInnen ist eine solche Lösung.

In der offiziellen Erwerbslosenstatistik werden die Zwangsaktivierten nicht mitgezählt. Die Erwerbslosenzahlen sind also einige Prozente höher als von der Regierung offiziell angegeben.(1) Mittlerweile haben zahlreiche Untersuchungen einigermaßen übereinstimmend gezeigt, dass die Zwangsaktivierung keineswegs zu mehr Arbeitsplätzen führt. Es liegt vielmehr die Vermutung nahe, dass mit der "Aktivlinie" Druck auf die tariflichen Arbeitsverhältnisse ausgeübt werden soll. Tatsächlich sind die Löhne in den unteren Tariflohngruppen in den letzten Jahren gefallen. Und schätzungsweise sind 100.000 Arbeitsplätze zu Aktivierungsplätzen geworden.

Man sollte meinen, dass die Gewerkschaften gegen eine solche Praxis Sturm laufen würden, aber sie haben sich überwiegend passiv verhalten. Ein Grund dafür liegt darin, dass die Gewerkschaften in Dänemark direkt mit dem Staat zusammenarbeiten und die Arbeitslosenversicherung traditionell eng mit ihnen verbunden ist. Die hauptamtlichen SekretärInnen fühlen sich deshalb eher mit dem Staat verbunden als mit den einfachen Mitgliedern. Darüber hinaus ist die dänische Gewerkschaftsbewegung sozialdemokratisch dominiert. Sie hat also die gleiche parteipolitische Orientierung wie jene Regierung, die die Aktivierungspolitik ein- und durchgeführt hat. Auf lokaler Ebene sind Gewerkschaftsfunktionäre oft Mitglieder der Kommunalparlamente. Ein sehr großer Teil des Gewerkschaftsapparates fungiert in der Praxis gegenüber den zwangsaktivierten Erwerbslosen als Arbeitgeber, und einige Gewerkschaften haben sogar damit begonnen, selbst Zwangsaktivierte zu beschäftigen.

Die Landesorganisation der Erwerbslosen bezieht sich auf die alten politischen Traditionen der Arbeiterbewegung. Wir fordern Rechte im Arbeitsverhältnis, Tarifautonomie, Vertrauensleute u.s.w. Gleichzeitig bezieht sich die LA aber auch auf liberale Traditionen, etwa in der Forderung nach der Freiheit des/der Einzelnen und der Gleichheit vor dem Gesetz. Wir stellen die Behauptung in Frage, dass man etwas leisten muss, bevor man Rechte in Anspruch nehmen kann. Wir verstehen uns als Organisation, deren primäres Ziel es nicht ist, Erwerbslose "wieder in Arbeit" zu bringen. Damit sind wir in Dänemark und anderswo ziemlich einmalig. Unser wichtigstes Anliegen ist es, für die Interessen der Erwerbslosen einzutreten, während sie erwerbslos sind.

Subversive "Verbraucherinformationen"

Bei der Gründung der LA haben wir bewusst positive Perspektiven betont. So haben wir es unterlassen, uns selbst als "Ausgestoßene" zu bezeichnen. Wir kämpfen weniger gegen die Aktivierung an sich, sondern eher für Freiwilligkeit. Ich weiß nicht genau, wie groß der Effekt dieser "positiven Perspektiven" war, aber es wäre jedenfalls sehr ermüdend für uns Aktivistinnen und Aktivisten gewesen, wenn wir uns die ganze Zeit selbst als "Sklaven", "Ausgestoßene" oder "Marginalisierte" hätten bezeichnen müssen. Dagegen haben wir darauf bestanden, dass wir intelligente MitbürgerInnen und in hohem Maße in die Gesellschaft integriert sind. Im Moment hat die LA ungefähr 500 Mitglieder.

Wir haben die Erfahrung gemacht, dass wir relativ leicht Sympathie und Verständnis für unsere Sache erreichen können, wenn wir Projekte angreifen, in denen Erwerbslose für private Firmen oder in kommunalen Produktionshäusern Produkte verpacken, zusammentragen oder montieren. Diese Art von Arbeit führt nicht zur Qualifizierung der Erwerbslosen, und die wirtschaftlichen Vereinbarungen zwischen Kommunen und privaten Trägern sind oft geheim oder unklar. Das Ziel dieser Arbeitshäuser wird oft als "Training im morgendlichen Aufstehen und in Arbeitsdisziplin" beschrieben, und diese Art der Aktivierung wird in weiten Teilen der Bevölkerung abgelehnt. Wir haben unter anderem darauf aufmerksam gemacht, dass die SteuerzahlerInnen damit die Löhne privater Firmen bezahlen.

Erwerbslose sind keine "Ausgestoßenen"

In vielen Fällen haben Kommunen und Firmen diese Form der Aktivierung beendet, wenn sie öffentlich bekannt gemacht wurde. Insbesondere Firmen, die von Modeströmungen abhängig sind, reagieren durchaus auf öffentliche Kritik. So hatte zum Beispiel eine Überschrift in einer landesweiten Zeitung ("Modefirma beschäftigt Zwangsarbeiter") einen außerordentlich positiven Effekt - aus der Sicht der LA. Besonders

erfolgreich waren wir mit der Strategie, kleine Zettel mit Hinweisen zur "Verbraucheraufklärung" in die von Zwangsaktivierten verpackten Produkte zu legen. Nach einer solchen Aktion hat die Firma COLOPLAST 1999 aufgehört, 120 Zwangsaktivierte zum Verpacken von (medizinischen) Pflastern zu missbrauchen. Vor einigen Jahren beendete die Firma JBS-Unterhosen die Beschäftigung von Zwangsaktivierten in Herning, nachdem diese eine Zeit lang solche kleine Zettel in die Verpackung gelegt hatten. Darauf standen Informationen über fehlenden Lohn, Rente, Urlaubsgeld sowie Aufforderung, dieses Produkt nicht mehr zu kaufen.

Mittlerweile ist es offensichtlich, dass die Verschlechterung der Lebensbedingungen für Menschen mit wenig Einkommen eine Entwicklung ist, die gleichzeitig in vielen europäischen Ländern stattfindet. Wir sollten deshalb auf europäischem Niveau in der Lage sein, zu einem Boykott von Waren aufzurufen, deren Produkte von zwangsaktivierten ArbeiterInnen verpackt worden sind. Die diversen Gewerkschaften und ihre Veröffentlichungen könnten eventuell dabei mitwirken, indem sie Bilder und Besprechungen der Produkte zum Beispiel von Bodum, DanToy, HT Bedix A/S und so weiter bringen.

Man könnte sich ein Netzwerk für die ärmsten Bevölkerungsgruppen wünschen, eine unabhängige Organisation, deren Ziel es ist, akzeptable Lebensbedingungen zu sichern. Ich würde vorschlagen, dass man einige konkrete Mindestforderungen dafür formulieren sollte: Was ist in den einzelnen Ländern notwendig, um dort gut leben zu können? Also etwa ausreichenden Wohnraum, ein Mindesteinkommen, Telefon und Internet, Versicherungen, Freizeitvergnügen, Ferienerlebnisse, ärztliche und zahnärztliche Versorgung, Brillen und Arzneimittel. Mit der Entwicklung der Produktivkräfte sollte es kein Problem sein, allen solche existenziellen und angemessenen Bedingungen zu sichern.

Wenn diese Bedingungen für alle gesichert sind, kann das Kapital die Reste dazu verwenden, in Versicherungsgesellschaften, Reklameoffensiven, künstliche Farb- und Geschmacksstoffe, farbige Wochenblätter, Kühlschränke und Glühlampen mit eingebautem Selbstzerstörungseffekt zu investieren oder was den unternehmungslustigen Kapitalverwaltern sonst noch so einfällt, um unser Dasein zu verschönern.

Erling Frederiksen, Gislinge

Übersetzung: Peter Birke. Die dänische LA ist zu erreichen über: www.ladk.dk. Informationen über weitere Veranstaltungen im Rahmen der Reihe "Soziale Konflikte in Europa" finden sich auf der Seite www.Rosa-Luxemburg-Bildungswerk.de.

Anmerkung:

1) Offiziell gibt es z.Z. 170 000 Erwerbslose in Dänemark. Die Erwerbslosenquote liegt bei ca. 7%. Sie ist damit seit Ende 2001 auf das Niveau der westdeutschen Bundesländer gestiegen.

31. Lichtstrahl trifft auf Diamanten

Soziale Kämpfe in Südafrika zehn Jahre nach der Apartheid

CD-Datei: daten/aksuche/ak488/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:488:32

Südafrika ist in Feierlaune: Zehn Jahre Demokratie und Freiheit, die dritten demokratischen Wahlen und der Gewinn der Austragungsrechte für die erste Fußballweltmeisterschaft auf dem afrikanischen Kontinent sind Anlass genug. Nach den Jahren der Apartheid und einem faktischen Bürgerkriegszustand in Südafrika erscheint das letzte Jahrzehnt wie das Script zu einer Hollywood-Love-Story mit multikulturellem Hintergrund. Erst zankt man sich, dann erkennt man die Fähigkeiten und Talente des anderen, und am Ende gibt es die rauschende Hochzeit und das unvermeidliche Happy End.

In den letzten Monaten wurde das südafrikanische "Wunder", womit der friedliche Übergang von Apartheid zur Demokratie gemeint ist, auf bizarrste Weise gewürdigt. Der weltgrößte Diamantenförderkonzern De Beers, dessen Reichtum auf jahrelanger Ausbeutung billiger schwarzer Arbeitskraft basiert, schaltete im ganzen Land großflächige Anzeigen: Ein Lichtstrahl trifft auf einen Diamanten, der den weißen Strahl in die Farben der südafrikanischen Nationalfahne auffächert. Der dazugehörige Spruch symbolisiert das schlechte Gewissen der weißen südafrikanischen Wirtschaft. Statt des bekannten "Ein Diamant ist für immer" heißt es dort "Bildung ist für immer". Eine Anspielung auf den sozialen Entwicklungsfonds der Firma, der wohl kaum etwas an der Bildungskrise der schwarzen Bevölkerung ändern wird.

Das Beispiel ist nur eines von vielen, in denen die Profiteure von 350 Jahren Kolonialismus und Apartheid versuchen, durch Werbekampagnen, Sponsoring und Spenden an soziale Einrichtungen von ihrem schlechten Image wegzukommen. Gleichzeitig wirkt es ungewollt wie eine Anerkennung der historischen Schuld des Kapitals an der sozialen Situation im Land. Und weiter kann man es als ein Dankeschön lesen. Ein Dankeschön an die Regierungspartei ANC (African National Congress) dafür, dass sie sich von sämtlichen sozialistischen Vorstellungen für die Post-Apartheid-Ordnung verabschiedet hat.

Ein Dankeschön an den ANC

Zehn Jahre nach den ersten freien Wahlen sind die sozialen Indikatoren in Südafrika verheerend. Jenseits der Etablierung einer kleinen schwarzen Mittelklasse und einigen schwarzen Multimillionären entspricht die postkoloniale Reichtumsverteilung dem kolonialen Muster. Mehr als 60 Prozent der SüdafrikanerInnen haben keinen Zugang zu mindestens einer Leistung der Grundversorgung: Wohnung, Wasser, Toiletten, Strom oder Heizung. Knapp 50 Prozent - in aller Regel Angehörige der schwarzen Bevölkerungsmehrheit - leben unter der nationalen Armutsgrenze von ungefähr 40 Euro im Monat. (1) Die Einkommensungleichheit in Südafrika ist in den letzten Jahren gestiegen. (Ausführlicher zur sozialen Entwicklung des Landes in ak 483.)

Diese Situation ist nicht zuletzt dem wirtschaftlichen Kurs des ANC geschuldet. Nach einer kurzen Phase einer an den sozialen Notwendigkeiten orientierten Umverteilungs- und Entwicklungspolitik ist der ANC 1996 deutlich zu neoliberalen Konzepten umgeschwenkt. Sparpolitik, Privatisierung und Öffnung des Binnenmarktes für ausländische Investitionen sind die tragenden Säulen des neuen Kurses. Die Einbindung in den Weltmarkt hat auf Grund struktureller Schwächen der südafrikanischen Wirtschaft die Arbeitslosigkeit auf 40 Prozent ansteigen lassen.

Seit Ende der neunziger Jahre sind die Auswirkungen von Sparpolitik und Privatisierungen im ganzen Land spürbar geworden. So stiegen z.B. in Soweto, dem größten Township des Landes, die Strompreise um 47 Prozent an. Vielen Haushalten, die ihre Rechnungen nicht mehr bezahlen konnten, wurde der Strom abgestellt. Trevor Ngwane vom Soweto Electricity Crisis Committee (SECC) berichtet, dass 2001 in Soweto mehr Leuten der Strom abgestellt wurde, als dass neue Haushalte ans Stromnetz angeschlossen wurden. (2) Dies hat zu einer Rückkehr von billigeren aber gefährlichen Praktiken, wie dem Kochen und Heizen mit Paraffin geführt. Jede Woche verbrennen in den Townships Menschen, weil Paraffin-Kocher umkippen und sich das Feuer schlagartig ausbreitet.

Mit dem Schwinden der Perspektive auf ein besseres Leben wächst die Unzufriedenheit mit der Regierungspolitik. Infolgedessen hat sich seit Anfang des Jahrzehnts eine feste Struktur von linken NGOs und Organisationen herausgebildet, die sich selber als soziale Bewegungen bezeichnen. Diese Kerne einer neuen

klassenkämpferischen Linken knüpfen an die hohe Politisierung und Militanz der Menschen aus der Zeit des Anti-Apartheid Widerstands an und stellen die Hegemonie des ANC von der Basis her in Frage. In den Bewegungen organisieren sich diejenigen, die durch ihre noch aus den Zeiten der Apartheid rührenden Konzentration in den Townships und informellen Siedlungen nicht nur ökonomisch, sondern auch geographisch marginalisiert sind. Es sind soziale Basisorganisierungen, die sich um alle Probleme des Alltags kümmern, wie Jobprobleme, Nahrungsmittelknappheit aber auch Kindesmisshandlungen. Viele der führenden AktivistInnen sind früher selbst im ANC aktiv gewesen oder haben ihn aktiv unterstützt und sind in den letzten Jahren etwa wegen ihrer Kritik am Privatisierungskurs aus der Partei ausgeschlossen wurden.

Der ANC reagiert auf öffentlich geäußerte innerparteiliche Kritik derart harsch, obwohl er seit der letzten Wahl sogar über eine Zwei-Drittel-Mehrheit verfügt. Doch langfristig fürchtet er um seine Hegemonie in der schwarzen Bevölkerung. Denn mit dem Ausbleiben materieller Verbesserungen und dem Fehlen einer ernsthaften Entwicklungsperspektive für einen Großteil der Bevölkerung ist links vom ANC ein politisches Vakuum entstanden, welches die neuen Bewegungen füllen. Dennoch ist der ANC im politischen Feld bislang unangefochten, und selbst viele von der Regierungspolitik Enttäuschte haben ihm bei den Wahlen eine zweite Chance gegeben. Bis auf einige kleinere Parteien sind alle linken Alternativen zum ANC in die Regierung eingebunden. Der ANC tritt zu den Wahlen als Drei-Parteien-Allianz an. Neben ANC-Kandidaten sind auf den Listen auch Kandidaten der Kommunistischen Partei und der Gewerkschaftsdachverband COSATU vertreten. Die KP wird auf Grund der Einbindung in die Regierung und ihrer personellen Mitverantwortung für die Durchsetzung der neoliberalen Agenda von der Linken nicht mehr als Bündnispartner angesehen.

Linke Basisbewegungen entstehen

Seit Jahren wird darüber spekuliert, wie lange die Allianz aus den Tagen des Anti-Apartheid-Kampfes noch halten wird. Die KP fühlt sich dem Bündnis mit dem ANC weiter verpflichtet, doch COSATU gilt auf Grund der formellen Ablehnung des neoliberalen Kurses als Wackelkandidat im Machtblock. Allerdings haben die Gewerkschaften im Zuge der Arbeitsplatzverluste der letzten Jahre viele Mitglieder verloren und stehen mit dem Rücken zur Wand. Bisher zögern sie, den offenen Bruch mit der Regierung zu suchen. Folglich gibt es zwischen den Gewerkschaften und den sozialen Bewegungen bisher nur Bündnisse auf lokaler Ebene, wie z.B. zwischen den Basisbewegungen und der Gewerkschaft der Stadtangestellten.

In den Townships verfügt der ANC nach wie vor über loyale Netzwerke von PolizistInnen, PolitikerInnen und Vorfeldorganisationen, die den AktivistInnen das Leben schwer machen. In den letzten Monaten kam es im Raum Johannesburg mehrfach zu tätlichen Angriffen aus diesem Spektrum gegen Aktive des Anti Privatisation Forums (APF), das die Communities über Privatisierungen und die Installierung von Prepaid-Wasserzählern informiert. Ähnlich in Mandela Park im Township Khayelitsha nahe Kapstadt, wo viele Häuser einer vom Staat und den Banken eingesetzten Gesellschaft gehören. Viele Bewohner können die Hypotheken auf ihre Häuser nicht mehr abbezahlen und erleben das "Rightsizing", d.h. sie werden in kleinere Häuser verfrachtet, die häufig noch weiter außerhalb liegen. Dagegen organisiert die Anti Eviction Campaign ("Antiräumungskampagne") seit 2001 Widerstand. Im Februar 2003 wurde der Aktivist Max Ntanyana von Zivilpolizisten für mehrere Stunden entführt, um ihn einzuschüchtern und als Spitzel für den südafrikanischen Geheimdienst zu gewinnen. Im Jahr zuvor haben die Banken gegen ihn ein gerichtliches Verbot erwirkt, welches ihm u.a. verbietet, Räumungen zu verhindern oder andere Menschen dazu anzustiften. Der Beschluss beinhaltet außerdem ein Besuchsverbot von Treffen seiner eigenen Organisation. Diese Form von politischem Betätigungsverbot basiert auf alten Apartheid-Gesetzen und wird aktuell vom Freedom of Expression Institute (Institut für freie Meinungsäußerung) aus Johannesburg juristisch angegangen.

Zur einflussreichsten nichtparlamentarischen Organisation im Land ist mittlerweile die Treatment Action Campaign (TAC) angewachsen, die sich für die freie Herausgabe von AIDS-Medikamenten und gegen die Stigmatisierung von HIV-Positiven einsetzt. Anders als die sozialistisch orientierten Gruppen pflegt die TAC ein pragmatisches, aber nicht reibungsloses Verhältnis mit dem ANC. Sie hat mittlerweile ein breites Netz von Basisorganisierungen aufbauen können und integriert SüdafrikanerInnen unterschiedlicher Hautfarben. Aber sie geht in ihrer politischen Agenda nicht über die AIDS-Thematik hinaus.

Aneignung konkret: "Gas, Wasser, Scheiße"

Die sozialen Bewegungen fordern in ihren Protesten vom Staat, dass er seiner Entwicklungsrhetorik auch Taten folgen lässt. Neben moderat anmutenden Forderungen, wie der nach niedrigen Festpreisen für Strom und Wasser, haben sie jedoch auch eine militante Praxis entwickelt. Sie steht in der Tradition der Boykottbewegungen aus der Apartheid-Zeit und ist eine reale Gegenmacht gegen weitere Verschlechterungen der Lebensbedingungen. So schließen AktivistInnen ihre Nachbarn, denen auf Grund unbezahlter Rechnungen Strom oder Wasser abgestellt wurde, wieder illegal ans Netz an oder verfrachten auf Grund von Mietschulden geräumte Familien wieder zurück in ihre Häuser.

Mit den Kämpfen ist die Loyalität der Bevölkerung zu ihrer neuen Elite immerhin etwas brüchig geworden. Eine wachsende Zahl von Menschen, die noch aus den Jahren des antikolonialen Widerstands einen enormen Schatz an politischer Kultur und Kampferfahrungen mitbringt, hat ihren Ungehorsam wiederentdeckt - und ihr Selbstbewusstsein. Doch auch die neuen Bewegungen stecken voller Widersprüche. Ein wichtiger ist der zwischen der hohen Beteiligung von Frauen an den Aktivitäten und ihrer geringe Repräsentation in Entscheidungsstrukturen. Auch an Kader- und Leadershipstrukturen, die noch von der autoritären Verfasstheit der politischen Organisationen aus dem Befreiungskampf herrühren, wird weiter festgehalten. Die Dynamik der Kämpfe ist derzeit noch schwer einzuschätzen. Die nächsten Jahre werden zeigen, ob sie von staatlicher Seite integriert werden können. Eine wichtige Rolle wird hierbei der Ausgang der Debatte um die Formierung einer eigenen Partei spielen, die derzeit in der außerparlamentarischen Linken Südafrikas geführt wird.

Romin Khan

Vom 10.- 21. November wird Ashraf Cassiem von der Anti Eviction Campaign aus Kapstadt in Deutschland zu Besuch sein. Geplant sind Veranstaltungen in Hamburg (18.11.2004), Berlin (19.11.2004) und einer weiteren Stadt. Nähere Informationen unter fels@nadir.org

Anmerkungen:

1) Die Angaben stützen sich auf die Zahlen, die im aktuellen Bericht der Vereinten Nationen zur menschlichen Entwicklung veröffentlicht wurden. Der Bericht ist abrufbar unter: http://www.undp.org.za/NHDR2003.htm

2) Das komplette Interview mit Trevor Ngwane kann nachgelesen werden unter: http://www.newleftreview.net/NLR25603.shtml

Ein ausführlicher Artikel zur (Wieder-)Aneignung von Wasser durch Community-AktivistInnen ist erschienen in Fantômas Nr. 5, Sommer 2004.

32. "Das hier ist kein Erholungszentrum"

Hamburger Senat will Frauenhaus schließen - gegen massiven Widerstand. Ein Gespräch

CD-Datei: daten/aksuche/ak488/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:488:33

Dass, neoliberaler Glaubenslehre zufolge, allüberall und insbesondere unter der Rubrik "Soziales" gespart werden muss, ist sattsam bekannt. Interessant ist gleichwohl, mit welchen politischen Argumenten welcher sozialpolitische Kahlschlag begründet wird. Der rechtsliberale Hamburger Senat demonstriert exemplarisch, was es heißt, Standort- und Familienideologie zu verknüpfen - im Generalangriff auf Frauenprojekte und Strukturen. Über Hintergründe und Auswirkungen dieser Politik und den Protest dagegen sprach Stefanie Graefe mit Marion Klußmann, Mitarbeiterin im 1. Hamburger Frauenhaus.

ak: Wenn es nach dem Hamburger Senat geht, wird das 1. Hamburger Frauenhaus zum 31. 12. diesen Jahres geschlossen. Die Bewohnerinnen sollen bis Ende diesen Monats (Oktober) das Haus räumen. Wie ist es dazu gekommen?

Marion Klußmann: Wir haben seit mehreren Jahren intensive Verhandlungen mit der Behörde für Soziales und Familie in Hamburg geführt. Dabei ging es der Stadt zum einen darum, Kosten einzudämmen und zum anderen darum, auch inhaltliche Veränderungen vorzunehmen. Höhepunkt war der 13. Mai diesen Jahres, als die Behörde in einem normalen Verhandlungsgespräch dem 1. Frauenhaus in einer fünfminütigen Pause mitteilte, man beabsichtige, die Zuwendungen zum 31. 12. 2004 zu stoppen. Kurz darauf kam es dann schriftlich: Ab 1. 10. dürfen wir keine Frauen mehr aufnehmen, zum 31. 10. soll die letzte Frau ausgezogen sein, damit das verbleibende Personal noch zwei Monate Zeit bis Jahresende hat, das Haus zu räumen. Gegen all dies haben wir natürlich Widerspruch eingelegt und eine einstweilige Verfügung beantragt auf Weiterführung des Betriebes. Im Moment warten wir auf einen Termin vorm Verwaltungsgericht.

Wie begründet die Behörde die Notwendigkeit der Schließung?

Es gibt eine rechnerische und eine inhaltliche Begründung. Die rechnerische nennt sich "Städtevergleich". Das heißt, man vergleicht die Städte München, Berlin und Hamburg im Hinblick auf das Verhältnis von EinwohnerInnen und Frauenhausplätzen. In München gibt es ein Verhältnis von eins zu 16.000, in Berlin von eins zu 11.000 und in Hamburg liegen wir überdurchschnittlich gut mit eins zu 8.000. Fällt das 1. Frauenhaus weg, liegen wir im Schnitt zwischen Berlin und München. Aber: Was sie in Berlin und München nicht mitgezählt haben, ist das Platzangebot, das die Städte vorhalten für Frauen und Kinder in so genannter "zweiter Wohnstufe". Das sind Frauen und Kinder, die nicht mehr den unmittelbaren Schutz im Frauenhaus, wohl aber Unterstützung vom Frauenhaus brauchen. Diese Plätze müssten in einem Vergleich mitgezählt werden, das ist aber nicht passiert. Mit der Begründung Städtevergleich sollen jetzt auch sämtliche Psychologinnenstellen in allen Hamburger Häusern gestrichen werden: In den anderen Städten gäbe es in keinem Frauenhaus fest angestellte Psychologinnen. Auch das ist falsch, denn es gibt nicht nur in anderen Großstädten, sondern mittlerweile in fast jeder Kleinstadt an Frauenhausarbeit angrenzende Beratungsstellen, wo Psychologinnen beschäftigt sind. Die machen Präventivberatung und nachgehende Beratung, aber in diesem "Städtevergleich" werden die nicht mitgezählt.

Die Berliner Frauenhäuser sind aber doch auch von Schließung bedroht?

Ja, auch in Berlin ist die Situation erschreckend. Grad kürzlich bekamen wir einen Aufruf, in dem stand, dass noch mal ein Berliner Frauenhaus 24 Plätze abbauen muss. Berlin hat insgesamt 6 Frauenhäuser, aber mit mehr Plätzen. (1) Hier in Hamburg haben sechs Frauenhäuser insgesamt 207 Plätze, das größte davon ist das 1. Frauenhaus mit 44 Plätzen. Wenn die wegfallen, sind das 20% des Angebots. Das kann von den anderen Häusern nicht aufgefangen werden, weil alle das ganze Jahr über zu 100% belegt sind.

Und die inhaltliche Begründung?

Die sagt, es gibt seit 2002 ein neues Gewaltschutzgesetz und in Hamburg seit November 2003 eine Interventionsstelle. Diese Interventionsstelle berät gewaltbetroffene Frauen, die in ihrer Wohnung bleiben. Jetzt heißt es, mit Einführung des Gewaltschutzgesetzes und dieser Interventionsstelle werden die Frauenhäuser nicht mehr so stark frequentiert werden.

Was vermutlich nicht stimmt.

Was nicht stimmt. Es gibt Vergleichszahlen aus andern Bundesländern und aus Österreich, die das genaue Gegenteil belegen: Mit Einführung des Gewaltschutzgesetzes ist die Nachfrage nach Frauenhausplätzen deutlich gestiegen.

Wie kommt das?

Weil Gewalt gegen Frauen und Kinder mehr Thema wird in der Öffentlichkeit. Frauen, die sich bisher nicht vorstellen konnten, ins Frauenhaus zu gehen, sehen das jetzt eher als Lösungsmöglichkeit; Frauen, die lange in Misshandlungsbeziehungen gelebt haben, begreifen es jetzt möglicherweise eher als ihr Recht, Schutz und Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Auf diesen Zusammenhang haben wir der Behörde gegenüber immer wieder hingewiesen. Dann wiederum heißt es - und zwar wörtlich: "Es stehen ausschließlich fiskalische Interessen im Vordergrund."

Auf diese Weise wird ein Gesetz, das zum Schutz von Frauen erkämpft wurde, als Argument für die Schließung von Frauenprojekten eingesetzt - eine perfide politische Strategie ...

Allerdings. Denn in der Tat greift dieses Gesetz eine alte Forderung der Frauenhäuser auf: Misshandler aus der Wohnung raus, damit nicht die Frauen und Kinder den Wohnraum verlassen müssen, sondern die Täter. Und genau das fällt uns jetzt auf die Füße, muss als Begründung für die Behauptung herhalten, dass Frauenhausplätze angeblich nicht mehr so notwendig sind.

Das heißt, der - auch rechtliche - Umgang mit den Tätern hat sich mit dem Gewaltschutzgesetz verändert?

Ja. Jetzt gibt es die so genannte "Wegweisung". Das heißt, eine gewaltbetroffene Frau hat die Möglichkeit per einstweiliger Anordnung den Mann erst einmal für zehn Tage aus der Wohnung zu weisen, d.h. er darf sich nicht der Wohnung und auch nicht der Frau und den Kindern nähern. Diese zehn Tage sollen der Frau Zeit geben, sich zu orientieren, Beratung zu holen etc. Gibt der Mann nach zehn Tagen keine Ruhe, kann er noch mal für weitere zehn Tage weg gewiesen werden, so dass die Frau maximal 20 Tage Zeit hat, sich ein eigenständiges, angstfreies Leben aufzubauen, was natürlich sehr knapp ist. Denn es geht dann ja auch darum, kann ich die Wohnung alleine weiter finanzieren, sind meine Kinder sicher in Schule und Kindergarten, kann ich weiter zur Arbeit gehen, bin ich da sicher und wenn nicht, was gibt es für Lösungsmöglichkeiten.

Wird diese Möglichkeit der Wegweisung denn in Anspruch genommen?

Ja. Auch die Angebote der Interventionsstellen werden gut nachgefragt. Die Interventionsstellen arbeiten sehr eng mit der Polizei zusammen. Das heißt: Wenn die Polizei gerufen wird in eine Wohnung wo es häusliche Gewalt gibt, ist ja der erste Weg immer, die Opfer und Täter von einander getrennt zu befragen und zu beraten. Der Frau wird dann dieses Angebot Interventionsstelle nahe gelegt, sie hat die Möglichkeit zuzustimmen, dass die Polizei ihren Namen an die Interventionsstelle weitergibt. Die Interventionsstelle wird dann bei der Frau nachfragen, ob sie Unterstützung braucht. Das nennt sich "pro-aktiver Ansatz". Und das wird in der Tat gut nachgefragt. Aber dieses Angebot wird eben nicht alternativ zum Frauenhaus in Anspruch genommen, sondern das ist eine Gruppe von Frauen, die gar nicht ins Frauenhaus gekommen wäre. Es gibt verschiedene Gruppen von Betroffenen. Man kann die eine Arbeit nicht durch die andere ersetzen.

Für Migrantinnen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus ist diese enge Zusammenarbeit von Interventionsstelle und Polizei natürlich ausgesprochen heikel.

Das ist richtig. Es ist aber so, dass mit Einführung dieses Gewaltschutzgesetzes Gewalt gegen Frauen zum Offizialdelikt geworden ist, d.h. es ist nicht mehr "Familienangelegenheit". Die Polizei muss jetzt eben nicht wieder gehen, wenn die Frauen sagt, ach, es war doch gar nichts, sondern sie muss es als Fall betrachten. Das finde ich richtig. Aber es ist natürlich hoch problematisch für Migrantinnen mit ungesichertem oder ohne Aufenthaltsstatus.

Welches sind - neben den "fiskalischen" - die inhaltlichen Eingriffe in die Frauenhausarbeit?

Mit Zugang des Zuwendungsbescheides für 2004 dürfen keine Frauen mehr im Frauenhaus aufgenommen werden, die eine Aufenthaltsgestattung oder -duldung haben. Ein schöner Satz von einem Behördenangestellten diesbezüglich war: "Das Asylbewerberleistungsgesetz sieht die Leistung Frauenhaus

nicht vor". Deshalb dürfen diese Frauen nicht mehr zu uns kommen. Das Asylbewerberleistungsgesetz mag diese Leistung nicht vorsehen, aber die "Leistung Frauenhaus" ist in gar keinem konkreten Gesetz vorgesehen, sondern betrifft die grundlegenden Menschenrechte. Dieser Ausschluss von Frauen, die das Asylbewerberleistungsgesetz betrifft, ist deshalb eine Menschenrechtsverletzung - die darüber hinaus die Grundprinzipien der Frauenhäuser angreift: Schutz und Hilfe zu bieten für jede Frau, die von Gewalt bedroht oder betroffen ist - unabhängig von Aufenthaltstatus oder sozialer Herkunft. Auch da haben wir natürlich Widerspruch eingelegt.

Außerdem besteht die Behörde darauf, so genannte "Pseudonymisierungs-Listen" zu bekommen. Jede Frauenhaus-Bewohnerin soll registriert werden, nach folgender "Verschlüsselung": die ersten zwei Buchstaben vom Vornamen, die ersten zwei Buchstaben vom Nachnamen, das Geburtsdatum, und wenn die Frau Kinder hat, dann noch die Anzahl der Kinder. Dazu sollen wir Referenzlisten führen mit den kompletten Namen der Frauen und in die Behörde schicken. Auch in diesem Punkt liegen wir im Widerspruch. Wir haben ein niedrigschwelliges Angebot, zu uns kommen Frauen, weil sie genau wissen, dass sie anonymen Schutz und Hilfe finden. Kein Name wird jemals durchs Telefon gesagt oder auf irgendwelche Listen geschrieben, die nach außen gehen. Mit uns ist das nicht zu machen.

Auch das gefährdet insbesondere Frauen, die in der Illegalität leben.

Natürlich. Es ist indiskutabel.

Wieso eigentlich ausgerechnet das 1. Frauenhaus?

Weil es das größte in Hamburg ist. Die Behörde hat bewusst in Kauf genommen, dass sie einen Skandal provoziert. Und so einen Skandal leistet man sich nicht so oft. Da macht man lieber einmal einen großen Schnitt. Offiziell heißt es außerdem, es gäbe in unserem Stadtteil zwei Frauenhäuser und zwei Frauenhäuser seien in einem Stadtteil nicht notwendig. Was Nonsens ist. Denn Frauenhäuser haben anonyme Adressen, und es kommen gerade nicht die Frauen aus dem Stadtteil in die Häuser - das wäre viel zu gefährlich. Deshalb ist es unerheblich, ob es zwei in einem Stadtteil gibt.

Man könnte meinen, dieser Angriff auf Frauenprojekte und feministische Regierung sei eine Spezialität des Hamburger CDU/FDP-Senates. Das Beispiel Berlin spricht allerdings dagegen. Trotzdem: Wäre es unter Rot-Grün anders gekommen?

Rot-Grün hätte auch zu drastischen Sparmaßnahmen geführt, aber nicht in dieser Dramatik. Viele SPD-Politiker, mit denen ich gesprochen habe, sagen, wir hätten auch hart gespart, aber uns nicht so auf die Frauenprojekte fokussiert. Die Spezialität der jetzigen Hamburger Sozialsenatorin ist es ja, "die Familie" in den Vordergrund ihrer politischen Bemühungen zu stellen - und den Sparhammer genau da anzusetzen, wo Frauen vor 25 oder 30 Jahren angefangen haben, sich eigene Beratungsstellen, eigene Zentren aufzubauen. Nicht umsonst titelte die Hamburger Morgenpost kürzlich einen Artikel über Senatorin Schnieber-Jastram mit dem Satz "Ich bin keine Feministin". Wenn die Senatorin erklärt, wie sehr ihr die Familie am Herzen liegt, vergisst sie nur immer, dass die Gewalt, von der wir hier sprechen, gerade auch aus "der Familie" kommt. Es ist die Rama-Frühstücksfamilie, an die Frau Schnieber-Jastram glaubt.

Hat sich eigentlich in der Zeit, seit es Frauenhäuser gibt - fast dreißig Jahre - etwas an der Gewalt gegen Frauen verändert?

Ganz deutlich: nein. Weder bei der so genannten "Klientel" (ich benutze das Wort nicht gerne), noch in der Massivität der Gewalt. Ich befürchte eher, dass es mit den weiteren sozialen Einschränkungen zum nächsten Jahr noch drastischer wird. Eine aktuelle Studie der Bundesregierung belegt (3), was wir immer schon sagten: Jede vierte Frau in der Bundesrepublik ist von massiver Gewalt bedroht. Das kannst du also auf der Straße abzählen: eins, zwei, drei, vier, du bist dabei. Gewalt gegen Frauen wird nicht abnehmen, so lange sie immer noch nicht gesellschaftlich geächtet wird, weil Täter meist unbehelligt bleiben von Nachbarin, Chef, Lehrerin oder Kollege, selbst wenn die genau mitkriegen, was läuft. Es ist natürlich richtig, dass es Schutzeinrichtungen gibt für Frauen und Kinder, aber man muss außerdem an die Männer ran. Was nicht unsere Aufgabe ist. Aber gemacht werden muss es.

Der Angriff auf die Frauenprojekte hat ja - nicht nur in Hamburg - eine ganze Reihe von Gegenaktivitäten provoziert . Ist das so eine Art paradoxer positiver Nebeneffekt - eine (Wieder-)Belebung feministischer Öffentlichkeitsarbeit und Vernetzung?

Auf jeden Fall. Das, was wir seit Mai diesen Jahres an Öffentlichkeitsarbeit gemacht haben, das haben wir vielleicht in den vier Jahren davor zusammen genommen gemacht. Und wir haben noch eine Menge Aktionen vor uns. Wir haben Unterschriften mit 23.000 Unterschriften gesammelt, die am 18. Oktober dem Ersten Bürgermeister von Hamburg, Ole von Beust, durch eine Gruppe Prominenter übergeben werden. (2) Vom 13.-15. November wird es eine Mahnwache auf dem Hamburger Rathausplatz geben - mit Übernachtung - um darauf aufmerksam zu machen, was es bedeutet, wenn Frauen nicht wissen, wohin. Und für den 30. Oktober, also den Tag, an dem die letzte Bewohnerin das Haus verlassen haben soll, mobilisieren wir nach Hamburg zu einer bundesweiten Demonstration. (3) Bundesweit passiert auch viel. Alle autonomen Frauenhäuser sind vernetzt und unterstützen sich gegenseitig in den Aktivitäten; natürlich auch über Frauenhäuser hinaus, der Angriff betrifft ja alle möglichen Frauenprojekte, gerade auch hier in Hamburg, aber auch in anderen Städten.

Gibt es darin Momente, die über den reinen Abwehrkampf hinausweisen auf eine Art Re-Politisierung der Frauenbewegung?

Re-Politisierung, also das wäre ja fast ein Traum. Ich weiß es nicht. Wünschen würde ich es mir jedenfalls, denn ich glaube, dass wir uns über die Institutionalisierung unserer Projekte schon sehr eingegraben haben und manchmal auch vergessen haben, dass es rechts und links von unserer Arbeit auch noch was gibt.

In der Tat könnte man sich heute ja fragen, ob das, was passiert ist, nicht auch Reflex einer "historischen Schwäche" der Frauenbewegung ist, die darin bestand, dass sich die Bewegung irgendwann in eine Radikalisierung in Richtung autonome Szenepolitik einerseits und eine Institutionalisierung von Frauenpolitik in Behörden, Universitäten etc. und schließlich in Frauenprojekte "zwischen Staat und Autonomie" aufspaltete. Möglicherweise ist jetzt der Punkt gekommen, einen Schritt hinter diese Trennung zurückzugehen ...

Vielleicht. Aber ich glaube, diese starke Frauenbewegung wie Ende der 70er, Anfang der 80er Jahre wird es nicht wieder geben. Die nächste oder übernächste Generation von Frauen hat aus meiner Sicht gar nicht den Wunsch, sich als Frauen zu organisieren. Das erlebe ich oft, wenn ich mit Frauen spreche, die vielleicht so Anfang 20 sind. Die profitieren sicherlich von dem, was die Frauenbewegung erkämpft hat, aber es nicht ihr Ziel, sich in ähnlicher Weise zu organisieren. Sie betrachten uns eher als Dinosaurier. Sie haben andere Ziele, individuellere vielleicht - oder wollen sich eben eher "gemischt" organisieren. Und ob "wir" das noch schaffen, "wir", die wir jetzt so Mitte dreißig, 40 oder 50 sind, noch mal aus unserer Institutionalisierung heraus zu gehen und was Starkes zu starten, weiß ich nicht. Was wir gerade tun, geht zwar in so eine Richtung, aber es ist auch unglaublich Kraft zehrend. Aber vielleicht ist es ja tatsächlich ein Neuanfang, und ich kann ihn nur nicht sehen, weil ich so in der Alltagsarbeit stecke. Vielleicht werden wir ja bei den nächsten Demonstrationen ein paar tausend mehr und vielleicht klinken wir uns auch mal in größerer Zahl über unsere Demonstrationen hinaus in die Anti-Hartz-Aktivitäten und Montagsdemonstrationen ein...

Gibt es Anschlüsse in diese Richtung?

Ja, hier in Hamburg sind wir eingebunden in der "Sozialpolitischen Opposition" und arbeiten partiell mit ver.di zusammen. In diesem Zusammenhang haben wir auch schon eine große öffentliche Pressekonferenz zum Thema Spar-Kahlschlag gemacht - Frauenhäuser zusammen mit Schwimmbädern, Drogeneinrichtungen, Volkshochschule, Berufsschulen, Feuerwehr, Filmförderung etc.

In einer Reflexion der Geschichte der Frauenhäuser, veröffentlicht zum 20-jährigen Bestehen der Frauenhäuser (4), wird noch mal deutlich, dass das Verhältnis von Frauenprojekten und staatlicher Finanzierung auch innerhalb der Frauenbewegung durchgängig umkämpftes Thema war; also die Frage, inwieweit lässt man sich auf Kompromisse mit dem Staat ein. Wenn man die Situation heute sieht, könnte man natürlich sagen, jetzt ist im Grunde genau das eingetreten, was man schon vor dreißig oder fünfundzwanzig Jahren befürchtet hat: Die Orientierung auf staatliche Finanzierung führt in die Auslieferung von Bewegungsprojekten dem Staat gegenüber.

Meine Haltung dazu ist: Gewalt gegen Frauen ist ein gesellschaftliches Problem. Deshalb muss - z.B. - auch die Stadt Hamburg dafür bezahlen. Dafür zahlen, dass sie patriarchale Strukturen am Leben erhält oder sogar - nach dem Regierungswechsel - noch verstärkt. Dafür muss der Staat aufkommen.

Ob das für uns vor dreißig Jahren der richtige Weg war, weiß ich nicht. In Bezug auf den Streit, den du ansprichst, kann ich beide Seiten verstehen. Ich kann verstehen, dass Frauen gesagt haben, diese Arbeiten muss bezahlt werden, das ist qualitativ hochwertige Arbeit, deshalb muss sie auch bezahlt werden. Das hat auch was mit Akzeptanz zu tun. Denn das ist nun mal so, dass sich gesellschaftliche Akzeptanz im Kapitalismus auch in Entlohnung niederschlägt. Aber ich kann auch die andere Seite verstehen, die sagt, sobald du anfängst, staatliche Gelder zu nehmen, verkaufst du dich auch. Du verkaufst dich und du kannst nicht sagen, wir nehmen das Geld und wir entscheiden selber, wie wir's ausgeben.

Wir müssen über jeden Cent, den wir ausgeben, Rechenschaft ablegen. Das ist auch in Ordnung. Aber jetzt hat es eine neue Dimension bekommen. Jetzt versucht die Behörde zu bestimmen, welche Frauen kommen, wie lange sie bleiben. Nach dem Motto, strengen Sie sich mal ein bisschen an, das ist hier kein Erholungszentrum. Und: Wir geben euch Geld, aber nur noch zu unseren Bedingungen. Das ist der Kampf, den wir gerade führen: Wir wollen das Geld, aber zu unseren Bedingungen.

Gibt es so was wie einen Plan B? Es sieht ja nicht so aus, als würde das politische Rad absehbar in eine ganz andere Richtung gedreht ...

Das bin ich in letzter Zeit schon öfter gefragt worden. Ob wir denn bereit sind, das Haus zu besetzen zum Beispiel. Das ist nicht so einfach. Wir könnten natürlich das Haus besetzen. Besetzung gibt uns aber kein wirkliches Druckmittel an die Hand, weil Mieterinnen des Hauses sind wir selbst, nicht die Behörde. D.h. potenzielle Mietschulden müssen wir selbst tragen, die Behörde ist raus aus der Verantwortung. Vor allem aber: Wir können das Haus nicht mit Bewohnerinnen besetzen. Denn ab dem Moment, wo wir besetzen, müssen wir auch an die Öffentlichkeit gehen. Damit verlieren wir die Schutzadresse. Das heißt, wir könnten in diesem Haus nie wieder ein Frauenhaus machen. Das ist schon recht kompliziert, zu diesem Thema sich so etwas wie eine öffentliche Besetzung zu überlegen. Kurz: Es gibt keinen wirklichen Plan B. Unsere ganze Energie zielt aber sowieso darauf ab, dass es dieses Projekt weiter gibt. Das ist auch das, was uns arbeitsfähig erhält: Wir gehen davon aus, dass wir diesen Kampf gewinnen. Das geht in Wellen, auf und ab, es gibt natürlich immer wieder Tiefs und Frustrationen. Aber es gibt immer auch eine, die sagt, wir schaffen das.

Vielen Dank für das Gespräch.

Anmerkungen:

1) In Berlin gibt es z.Zt. 6 Frauenhäuser mit insgesamt 326 Plätzen, dazu noch 40 "Zufluchtswohnungen" mit 266 Plätzen.

2) Am 18. Oktober tagt auch der Hamburger Sozialausschuss mit Expertenanhörung zum Thema Frauenhaus-Schließung. Die Anhörung ist öffentlich und freut sich über Publikum: Herrengraben 4, 2045 Hamburg, 17.00 Uhr.

3) s. den Demoaufruf auf S. 5.

4) s. den folgenden Artikel.

33. Fast alle Gewalt geht vom Partner aus

Ergebnisse einer repräsentativen Studie zur Gewalt gegen Frauen

CD-Datei: daten/aksuche/ak488/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:488:34

An der mangelnden Erforschung von Gewalt gegen Frauen kann es nicht liegen, dass bundesweit Frauenprojekte eingedampft, weggespart oder der Grundlagen ihrer Arbeit beraubt werden. Diesen Sommer erschien eine vom Bundesministerium für Familie in Auftrag gegebene Studie, mit der erstmals eine repräsentative Untersuchung zur Gewalt gegen Frauen in ganz Deutschland durchgeführt wurde.

Die Ergebnisse der Studie "Lebenssituation, Sicherheit und Gesundheit von Frauen in Deutschland" sind eindeutig und liefern scharfe Munition im Kampf gegen die Abwicklung von Frauenhäusern, Beratungsstellen gegen Missbrauch und Notrufprojekten. Die Studie ist Teil des 1999 von der rot-grünen Koalition beschlossenen Aktionsplans zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und will eine empirische Basis für gezielte Maßnahmen und Strategien zum Abbau dieser Gewalt liefern. Man könnte schon darüber philosophieren, warum eine derartige Studie erstmalig im Jahr 2004 durchgeführt wurde. Ein Abgleichen der Ergebnisse der Studie mit der staatlichen Politik gegenüber Frauenprojekten kommt zu ungleich skandalöseren Ergebnissen.

Die Besonderheit der aktuellen Studie liegt darin, dass sie repräsentativ für ganz Deutschland sein will, sich um Vergleichbarkeit im europäischen Raum bemüht und versucht, durch Teilerhebungen auch die Realität von Frauen außerhalb der so genannten Normalbiografien sichtbar zu machen. Die Fragen erheben Daten zur Betroffenheit von körperlicher Gewalt, sexueller Gewalt bzw. von Belästigung und psychischer Gewalt. Weiterhin werden der "Täter-Opfer-Kontext" und die Dauer und Häufigkeit der Gewalterfahrungen untersucht. Damit wird der oft tabuisierte Bereich der Gewalt innerhalb von Beziehungen und Familie explizit in den Blick genommen. In einem qualitativen Teil wurden Gruppengespräche von betroffenen Frauen ausgewertet, in denen es um die Bewertung der bestehenden Hilfsangebote und um Verbesserungsmöglichkeiten ging.

Deutschland ist im Schlagen Spitze

Schon die Zusammenfassung der allgemeinen Tendenzen spricht eine deutliche Sprache: Deutschland liegt in allen abgefragten Gewaltbereichen im mittleren bis oberen Bereich im europäischen Vergleich. Insgesamt sind 37 Prozent aller Frauen schon einmal Opfer körperlicher und 13 Prozent aller Frauen Opfer sexueller Gewalt geworden. Damit liegt die so genannte Gewaltprävalenz in Deutschland bei 37 Prozent. Im Vergleich mit dem Mittelwert für Europa - zwischen 14 und 30 Prozent (Gewaltprävalenz) - sind das selbst bei eventuellen Ungenauigkeiten sehr hohe Zahlen. Bissige Kommentare sind angebracht: Das schlechte Abschneiden Deutschlands bei der PISA-Studie hat die Gemüter ja einigermaßen erregt. Immerhin ist Bildung eine Ressource. Aber Deutschland, ein Land von Frauenschlägern? Das passt so gar nicht in den allgemeinen Konsens, wonach feministische Forderungen nicht mehr aktuell, weil ja schon lange durchgesetzt sind. Dabei liegt die Gewalt innerhalb von Paarbeziehungen weit über dem bisher geschätzten Ausmaß und wird von den MacherInnen der Studie als extrem hoch bewertet. Jede fünfte bis siebte Frau erlebt demnach körperliche oder sexuelle Übergriffe in ihrer Beziehung oder Ehe. Beziehungspartner sind mit großem Abstand die am häufigsten genannte Tätergruppe. So ist auch der am öftesten genannte Tatort sowohl bei sexueller als auch bei körperlicher Gewalt die eigenen vier Wände. Diese Ergebnisse müssten die besonders im konservativen Spektrum nicht auszurottende Überzeugung, nach der die Familie per se der Ort der Heilen Welt sei, ernsthaft ins Wanken bringen. Entgegen weit verbreiteter Vorurteile geht auch psychische Gewalt eher von Männern als von Frauen aus und die Täter sind fast gleichermaßen auf alle soziale Schichten verteilt. Zwar begünstigen Arbeitslosigkeit und Alkoholismus Gewaltbeziehungen, aber der überwiegende Teil der Täter war erwerbstätig. Der Anteil von mehrfach von sexueller Gewalt betroffenen Frauen und die Intensität der Misshandlungen ist in Paarbeziehungen signifikant höher als in anderen Gewaltverhältnissen. Ein Drittel der Frauen, denen Gewalt innerhalb von Beziehungen angetan wird, berichten von regelmäßigen bis häufigen Übergriffen.

Teilerhebungen wurden bei türkischen und osteuropäischen Einwanderinnen sowie bei Asylbewerberinnen durchgeführt. Außerdem wurde eine Gruppe von Haftinsassinnen und von Prostituierten befragt. Dass die sexuellen Gewalterfahrungen von Prostituierten extrem hoch sind, mag nicht verwundern. Die Studie belegt darüber hinaus, dass ein sehr hoher Anteil von Frauen mit diesem Beruf in ihrer Kindheit sexuelle und

körperliche Gewalt erlebt hat. Inhaftierte Frauen benennen den unzureichenden Schutz vor Gewalt im Gefängnis als besonders bedrohlich. An erster Stelle der TäterInnen stehen zwar Mitgefangene, aber Übergriffe durch Gefängnispersonal, BehördenmitarbeiterInnen und Polizei sind keine Seltenheit. Auch bei den befragten Asylbewerberinnen waren die Partner die weitaus stärkste Tätergruppe. Besonders gravierend wirken sich hier die hohe Abhängigkeit durch ungesicherten Aufenthaltsstatus, beengte Unterbringung und eventuell vorhandene traditionelle Rollenbilder aus. Die Gewalterfahrungen dieser Frauen zeichneten sich außerdem durch besonders hohe Intensität und Frequenz aus. Auch diese Gruppe benannte Gewalt durch professionelle HelferInnen, Behörden oder Polizei als besonderes Problem. Die türkischen Frauen sind laut Studie eher von körperlicher Gewalt - auch hier besonders von Ehepartnern - betroffen, wohingegen die osteuropäischen Frauen sich deutlich höher sexueller Gewalt ausgesetzt sehen. Auffallend ist bei den Osteuropäerinnen der signifikant höhere Anteil von fremden oder nur flüchtig bekannten Tätern wie z.B. Arbeitskollegen.

Studie belegt Forderungen der Frauenprojekte

Bei den Frauen mit Migrationserfahrung spielt psychische Gewalt durch Fremde eine wesentlich größere Rolle als bei deutschen Frauen. 64 Prozent der Türkinnen und 54 Prozent der Osteuropäerinnen gegenüber nur 26 Prozent der Hauptuntersuchung fühlen sich auf Grund ihrer Herkunft oder ihres Geschlechts schlecht behandelt. Diese Zahlen verweisen auf rassistisch motivierte Gewalt, der die Frauen im öffentlichen Raum ausgesetzt sind. Pointiert könnte man die Ergebnisse dahingehend auslegen, dass für alle Frauen der eigene Partner und der private Raum am gefährlichsten sind, als Randgruppen stigmatisierbare Frauen aber zusätzlich noch im öffentlichen Raum und durch Behörden- oder Einrichtungswillkür bedroht werden.

In den Gruppengesprächen ging es zentral um die Wirksamkeit von Hilfsangeboten und um Prävention. Die Studie diagnostiziert "einen sehr hohen Unterstützungsbedarf, auf den das bisher entwickelte Hilfesystem noch kaum vorbereitet scheint." Von Gewalt betroffene Frauen sind in hohem Maße psychisch belastet und extreme oder andauernde Gewalterfahrungen führen oft zu tiefen Einschnitten in der Biografie. Arbeitsplatzwechsel, Wohnortwechsel, Trennung und Kampf und/oder Sorge um die Kinder markieren häufige Stationen, um sich aus den Gewaltverhältnissen zu befreien. Bei diesem Prozess kommt dem sozialen Umfeld die größte Bedeutung zu. Auch das neue Gewaltschutzgesetz von 2002, in dem Wegweisungen und Platzverweise für gewalttätige Männer eingesetzt werden können, wird generell als hilfreich eingeschätzt. Allerdings waren die Befragten tendenziell skeptisch, ob das Gesetz in allen Fällen ausreichend umgesetzt werden wird und befürchten bei hartnäckigen Tätern sogar eine zusätzliche Bedrohung der Frau.

Einig waren sich die Diskutantinnen darin, dass Frauenhäuser in extremen Fällen oft den einzigen Ausweg darstellen. Besonders die Ergebnisse der Gruppengespräche belegen den Wert der Arbeit der autonomen Frauenprojekte: Niedrigschwellige Beratung, staatsferne Hilfsangebote und ein breit gefächertes Angebot, bei dem Prävention durch Gesetzesverbesserungen nicht gegen lebenspraktische Hilfen ausgespielt werden, gibt es zu wenig und nicht zu viel. Der seit einigen Jahren andauernde Frontalangriff auf diese Projekte ist auch nach den Ergebnissen dieser Studie ein Skandal.

Miriam Edding

Lebenssituation, Sicherheit und Gesundheit von Frauen in Deutschland. Eine repräsentative Untersuchung zu Gewalt gegen Frauen in Deutschland - Zusammenfassung zentraler Studienergebnisse - Herausgeber: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Sommer 2004, www.bmfsfj.de

34. Wenn Wahltag Zahltag ist

... kommt - zumindest unter den speziellen sächsischen Bedingungen - die NPD ins Parlament

CD-Datei: daten/aksuche/ak488/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:488:35

Nach der Landtagswahl in Sachsen war allerorts davon die Rede, das Abschneiden der NPD sei eine "Quittung für Hartz IV", also lediglich Ergebnis einer "Protestwahl". Allerdings kommt der politische Rechtsruck in Sachsen alles andere als überraschend. Der NPD-Wahlerfolg ist eine Folge der soziokulturellen Verankerung rechtsextremer Szenen in diversen sächsischen Regionen; kein Denkzettel frustrierter WählerInnen.

Der Katzenjammer ist groß, seit klar ist, in welcher Dimension der Wahlerfolg der NPD in Sachsen ausfiel und welche Folgen das konkret hat. Beispielsweise ziehen die zwölf gewonnenen Landtagsmandate für die NPD ca. 30 Stellen für rechtsextreme GesinnungsgenossInnen in den Abgeordnetenbüros und der Landtagsfraktion nach sich. Oder: Nach der Konstitution des neuen Landtages werden die gewählten rechtsextremen StrippenzieherInnen nun auch Immunität vor Strafverfolgung genießen. Und alleine die Wahlkostenrückerstattung für die Landtagswahl wird der sächsischen NPD 160.000 Euro in die Kassen spülen. Damit erhielt die NPD in den vergangenen vier Jahren bundesweit 1,5 Mio. Euro an Steuergeldern für ihre stetig wachsenden Wahlerfolge. Geld, das in eine verbesserte Organisationsstruktur, eine breitere Verankerung und den Aufbau vergleichbarer Strukturen in anderen Bundesländern fließen wird. Zu erwarten ist, dass davon als nächstes die NPD in Mecklenburg-Vorpommern profitieren wird, ist hier doch die Ausgangslage ähnlich wie in Sachsen. (vgl. ak 486) Das "Aufbauprogramm" in den neuen Bundesländern geht in die nächste Phase.

Nach 15 Jahren geht die Saat auf

Das alles spielt in den Analysen der etablierten Politik keine Rolle. Statt dessen haben einfache und entlastende Erklärungsversuche Konjunktur: Die populistische Stimmungsmache der NPD mit dem Thema Sozialabbau und Hartz IV sei Grund für den Erfolg, heißt es unisono. In dieser Situation habe die NPD die enttäuschten Erwartungen vieler Ostdeutscher über das deutsch-deutsche Zusammenwachsen, die ausbleibenden blühenden Landschaften und den geringeren ökonomisch-sozialen Wohlstand im Osten bündeln und für sich nutzen können. Nun müsse man sich verstärkt mit diesen ProtestwählerInnen auseinander setzen und sie mit Argumenten zurückgewinnen. Ansonsten fällt den PolitikerInnen der demokratischen Parteien nur symbolischer Aktionismus ein, wie etwa dem sächsischen (noch) Innenminister Horst Rasch (CDU), der nun die Mittel für die polizeiliche Präventionsarbeit verdoppeln will und dabei verschweigt, dass diese Mittel schon vor der Landtagswahl bereitstanden.

Katzenjammer und Hilflosigkeit

Ansonsten herrscht Hilflosigkeit - und zwar bei allen demokratischen Parteien im Landtag, der jetzt mit sechs Fraktionen sehr bunt geworden ist. Symptomatisch ihr Verhalten am Wahlabend während der Live-Wahlberichterstattung: Da verlassen die SpitzenkandidatInnen nach den ersten rechtsextremen Ausfällen des NPD-Spitzenkandidaten Holger Apfel das Studio; warum sie das taten, erklären sie aber den ZuschauerInnen vor den Fernsehgeräten nicht. Andere PolitikerInnen hingegen wollen nun die NPD durch Sacharbeit bzw. -argumente "entzaubern", als hätte der braune Schmodder jemals Zauber besessen. Irgendwie scheinen die parteipolitischen Akteure einfach froh darüber zu sein, dass es nicht noch schlimmer gekommen ist. Die SPD freut sich über die Aussicht auf Regierungsbeteiligung, die FDP und die Grünen freuen sich über den Einzug ins Parlament. Und die CDU ist erleichtert, dass der NPD-Wahlerfolg nicht noch höher ausfiel. Kein Wunder: Der CDU war, so berichten InsiderInnen, in einer internen Umfrage drei Wochen vor der Wahl sogar ein Wahlergebnis von 14% für die NPD prognostiziert worden. Diese Umfrage behielt man dann doch lieber für sich. Nicht auszudenken, wenn das die Presse erfahren hätte ...

Auch wenn man bei der Interpretation der NPD-Ergebnisse der diesjährigen Landtagswahl im Blick behalten muss, dass es bei den Landtagswahlen 1999 noch keine Absprache zwischen den Gruppierungen des rechten Spektrums gegeben hat, so kann trotzdem keine Entwarnung gegeben werden. Damals erzielte die extreme Rechte insgesamt 2,9%, verteilt auf NPD (1,4%) und Republikaner (1,5%). Zählt man aber auch die Pro

DM-Partei von Bolko Hoffman mit zu diesen von rechtsextremen Wertvorstellungen geprägten Gruppen, kam man auch schon damals auf 5% in Sachsen.

Erweitert man dann auch noch den Blick auf das rechtsextreme subkulturelle Milieu aus Musikszene, Skinheadgruppen, Heimatvereinen, neuheidnischen Gruppierungen und Kameradschaften, so wird offenkundig, wie falsch das Bild ist, man habe es bei der Mehrheit der NPD-WählerInnen mit frustrierten Sachsen zu tun, die den etablierten Parteien nur einen Denkzettel geben wollten. Vielmehr fußt der NPD-Wahlerfolg auf einer strukturellen Verankerung rechtsextremer Milieus in Sachsen in für die BRD bislang unbekanntem Ausmaß. Dabei ist diese soziokulturelle Verankerung rechtsextremer Milieus eine Folge des langjährigen Einsickerns rechtsextremer Ideologie über einen Mix aus subkulturellen Codes wie Musik und Lifestyle sowie klassischer Bildungs- und Schulungsveranstaltungen. Rechtsextreme Szenen schaffen Gemeinschaftserlebnisse für Jung und Alt: Über Brauchtumspflege, nordische Mythen und "nationale Jugendarbeit" werden potenzielle SympathisantInnen angesprochen. Rechtsextreme Wertvorstellungen sind so "zunehmend Bestandteil des täglichen Lebens" in sächsischen Regionen geworden. (1) Kameradschaften werden als akzeptierte gesellschaftliche Akteure wahrgenommen, dürfen beispielsweise den Maibaum aufstellen oder als Ordner für Volks- und Schützenfeste fungieren. Ortsansässige Mittelständler mit offen rechtsextremen Wertvorstellungen, wie der Klempnermeister Michael Jacobi in Reinhardtsdorf-Schöna oder der Fahrschullehrer Uwe Leichsenring in Königstein, sind gesellschaftlich integriert und wählbar. Auch das gescheiterte NPD-Verbotsverfahren trägt seinen Teil dazu bei. Da die wahren Gründe des Scheiterns des Verbotsverfahrens in der Öffentlichkeit und den Medien kaum reflektiert wurden, wird es von vielen BürgerInnen als "Demokratie-Gütesiegel" missinterpretiert. Oft trifft man die Argumentation an: "Da die nicht verboten ist, muss die NPD also eine demokratische Partei sein."

Schon bei den sächsischen Kommunalwahlen im Juni 2004 erreichte die NPD in ihren Hochburgen durchschnittlich 8,5% der Stimmen. (vgl. ak 486) Dies war nur möglich, weil die langjährige intensive Aufbauarbeit westdeutscher Kader vor dem Hintergrund einer nationalistisch-völkischen Stimmungslage bei einem Großteil der ostdeutschen Bevölkerung tragfähige Strukturen und funktionierende Vorfeldarbeit in Sachsen geschaffen hat. Diese soziokulturelle Basisarbeit unterscheidet die NPD diametral von der DVU oder den Republikanern. Hier wird nicht aus München ferngelenkt. Hier sind keine Abgeordneten zu erwarten, die der freien Sprache nicht mächtig sind und ihre Fraktion nach nur einem halben Jahr in Schutt und Asche legen, wie etwa 1998 in Sachsen-Anhalt bei der DVU nach ihrem Einzug ins Landesparlament. NPD-Arbeit heißt auch soziokulturelle Vorfeldarbeit, bedeutet enge Kontakte zur Szene der freien Kameradschaften und Skinheadgruppen. Dabei gedeiht rechtsextremes Milieu dort besonders gut, wo öffentliche Angebote für Jugendliche unterrepräsentiert sind und kommunale VerantwortungsträgerInnen kein Problembewusstsein entwickeln und die extreme Rechte walten lassen.

Es braucht Angebote auf allen Ebenen

Zu den rechtsextremen Hochburgen zählen nicht erst seit diesem Jahr die Sächsische Schweiz, Ostsachsen, der Muldentalkreis, Riesa-Großenhain, Annaberg und das Mittlere Erzgebirge. Bereits im Ergebnis der Kommunalwahlen 1999 waren die heutigen NPD-Hochburgen, wenn auch auf kleinem Ergebnisniveau, zu erkennen. Mit ihren überdurchschnittlichen Wahlergebnissen stachen die Gemeinden Königstein (1999: 11,8%, 2004: 21,1%), Sebnitz (1999: 6,5%, 2004: 13,2%) sowie Trebsen (1999: 6,6%, 2004: 11,7%) und Wurzen (1999: 5,1%, 2004: 11,8%) schon damals hervor und wurden überregional bekannt. Aber auch die Wahlergebnisse von Riesa (1999: 3,1%, 2004: 8,8%) und Annaberg-Buchholz (1999: 2,3%, 2004: 9,0%) gaben schon damals Anlass zur Sorge. (2) Auch der Vergleich der Landtagswahlergebnisse in ausgewählten Wahlbezirken zwischen 1999 und 2004 zeigt das schon 1999 vorhandene überdurchschnittliche Wählerpotenzial für die NPD in einzelnen sächsischen Regionen. (vgl. Tabelle) In Sachsen geht heute die Saat auf, die die einen seit 15 Jahren pflegen und die anderen seit Jahren ignorieren.

Die Protestwahl-These greift eindeutig zu kurz, da sie die Entstehung stabiler StammwählerInnen-Milieus in einigen Regionen Sachsens verleugnet. Sie kann nicht erklären, warum die NPD ihr Potenzial gerade in ihren Hochburgen mehr als verdoppelt hat. In dieser falschen Perspektive erscheinen alleine die aktuellen oder drohenden Wahlentscheidungen für rechtsradikale Parteien als Problem, nicht aber die Einstellungen und Gesinnungen, die hinter dieser Wahlentscheidung stehen.

Will man Einstellungsveränderungen erreichen und den Einfluss der NPD zurückdrängen, braucht es Angebote auf allen Ebenen: überregional, regional, lokal. Das sächsische Schulsystem braucht frischen Wind: Lehrer benötigen Fortbildungsangebote für Schülerbeteiligung und Demokratieentwicklung im Schulalltag. Sie brauchen Information über rechtsextreme Erscheinungsformen und die Gelegenheit, sich konkret damit auseinander zu setzen. Kommunen und lokale Initiativen benötigen konkrete Beratungsangebote, wie sie die Mobilen Beratungsteams und Beratungsstellen für Opfer rechter Gewalt bieten, die seit drei Jahren in Ostdeutschland arbeiten - in Sachsen allerdings ohne Kofinanzierung durch das Land. Lokale Initiativen gegen Rechtsextremismus und jugendkulturelle Angebote für nichtrechte Jugendliche müssen gefördert und anerkannt werden. Beispiele zeigen, dass rechtsextreme Aktivitäten in Sachsen zurückgedrängt werden können, wenn der extremen Rechten die logistische Basis entzogen wird. Die Schließung des Jugendhauses des Nationalen Jugendblocks in Zittau, der Neuaufbau der Jugendarbeit in Bernsdorf oder der Aufbau Mobiler Jugendarbeit im Weißeritzkreis und im Landkreis Sächsische Schweiz machen deutlich, dass rechtsextreme Dominanzverhältnisse aufgebrochen werden können.

Das alles erfordert aber den politischen Willen der Entscheidungsträger in den Kommunen, im Land und im Bund - aber auch eine Vorbildwirkung im Parlament. Die platte Totalitarismustheorie, wie sie von Seiten mancher Konservativer geäußert wird, nach der Links- und Rechtsextremismus gleichermaßen gefährlich und zu bekämpfen wären, verklebt die Augen vor der sächsischen Realität. Wer heute noch, wie drei Tage vor der Wahl der sächsische CDU-Generalsekretär Winkler, vor "rot-grün-braunem Chaos" warnt oder die PDS mit der NPD gleichsetzt, verharmlost weiter den braunen Ungeist. Was Not täte, wäre, dass die demokratischen Parteien klar Position gegen Rechts beziehen. Das allerdings würde bei der noch immer tonangebenden CDU in Sachsen eine strategische Veränderung erfordern.

Friedemann Bringt, Dresden

Anmerkungen:

1) Bericht der 1. sächsischen Präventionstagung staatlicher und nichtstaatlicher Organisationen, vgl. www.weiterdenken.de

2) Quelle: www.statistik.sachsen.de

NPD-Landtagswahlergebnisse

in ausgewählten Wahlbezirken , +, +

, 1999 (in %), 2004 (in %)

Sächsische Schweiz, 3,5, 15,1

Oberlausitz, 3,0, 11,4

Muldentalkreis, 2,5, 10,0

Riesa-Großenhain, 2,9, 13,9

Annaberg, 2,2, 14,0

Durchschnittlich:, 1,4, 9,2

35. Zwölf Jahre Haft für Andrea Klump

CD-Datei: daten/aksuche/ak488/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:488:36

Man habe es hier wohl mit dem letzten großen Prozess um den Linksterrorismus in Deutschland zu tun - so hieß es immer wieder in der bürgerlichen Presse. Es mag ja sein, dass man dort diesen Prozess als Schlussstrich unter die justizielle Abrechnung mit dieser Phase des bewaffneten Kampfes in der BRD ansieht. Für die Linke wirft er allerdings erneut die Frage auf, wie das Verhältnis zwischen Antizionismus und Antisemitismus zu bestimmen ist bzw. ob es diesen klaren Trennungsstrich wirklich gibt.

Es gibt militante Aktionen, die sind durch nichts zu entschuldigen. Mit ihnen wird jede Grenze überschritten. So ist es auch mit dem Anschlag vom 23. Dezember 1991 auf einen Bus in Ungarn, in dem 29 jüdische AuswanderInnen aus der Sowjetunion saßen. Sie waren auf dem Weg zum Budapester Flughafen. Von hier aus wollten sie nach Israel fliegen. Noch bevor sie ihr Ziel erreichten, explodierte auf dem Flughafenzubringer ein 25-kg-Sprengsatz, der in einem am Fahrbahnrand stehenden Fiat deponiert war. Nur weil der mittels Fernzündung ausgelöste Sprengsatz einige Sekunden früher als beabsichtigt explodierte, wurde nicht der Bus der AuswanderInnen, sondern ein vorausfahrendes Begleitfahrzeug der ungarischen Polizei getroffen. Zwei ungarische PolizistInnen erlitten schwere, drei oder vier Businsassen (die Angaben variieren) leichte Verletzungen. Einen Tag nach dem Anschlag veröffentlichte die französische Nachrichtenagentur AFP in Beirut ein Bekennerschreiben der bis dahin unbekannten "Bewegung für die Befreiung von Jerusalem". Mit dem Mord an wehrlosen ZivilistInnen sollte ein Zeichen gegen die Einwanderungspolitik Israels gesetzt werden. Erst Jahre später wird bekannt, dass an diesem Anschlag auch deutsche Linke beteiligt waren.

Die Sprache der Spuren

Konkret geht es um Horst Ludwig Meyer und Andrea Klump, die zu diesem Zeitpunkt seit über fünfzehn Jahren abgetaucht waren. Beide waren Ende der 1970er/Anfang der 1980er Jahre in der antiimperialistischen Linken der BRD aktiv. Anfang der 1980er Jahre trieb die Kriminalisierung der radikalen Linken sie und einige andere in die Illegalität. Es war die Zeit, als das Sprühen eines fünfzackigen Sterns oder das Anbringen von Plakaten, die zur Solidarität mit hungerstreikenden Gefangenen aus der RAF aufriefen, mit Knast wegen "Unterstützung einer terroristischen Vereinigung" verfolgt wurde. Die Repressionsorgane erfanden damals das Konstrukt der "legalen RAF", mit dem gezielt das antiimperialistische Umfeld der RAF kriminalisiert werden sollte. Bald tauchten die in den Untergrund Gedrängten auf den BKA-Fahndungslisten auf. Jahre später mussten Bundeskriminalamt (BKA) und Bundesanwaltschaft (BAW) einräumen, dass nur die wenigsten davon überhaupt in der RAF aktiv waren.

Über die Zwischenstation Norwegen fand Andrea Klump 1987 im Libanon Aufnahme. Dort lebte sie eine Zeit lang in einem palästinensischen Flüchtlingslager. Im Libanon traf sie auch auf Horst Ludwig Meyer. Die Beiden wurden ein Paar und blieben es bis zum September 1999. Nach anderthalb Jahrzehnten endete ihre Flucht vor den deutschen Ermittlungsbehörden in Wien. Bei der Festnahme wird Horst Ludwig Meyer erschossen, Andrea Klump wird verhaftet und nach Deutschland ausgeliefert.

Hier wird ihr im Mai 2001 wegen der Beteiligung an einem gescheiterten Anschlag auf einen NATO-Stützpunkt im spanischen Rota der Prozess gemacht. Im Mai 2001 wird sie zu neun Jahren Haft verurteilt. Nachdem sie über Jahre hinweg fälschlicherweise als "Topterroristin" auf RAF-Fahndungsplakaten aufgetaucht war, musste die BAW damals im Prozess den Anklagepunkt der "Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung" nach § 129a fallen lassen. Andrea Klump ihrerseits hatte immer bestritten, der RAF angehört zu haben. Zu ihrer Beteiligung am Anschlag in Rota sagte sie vor Gericht: "Für mich war die Beteiligung an dem Anschlag eine Möglichkeit, aus dem Libanon auszubrechen und wegzukommen."

Etwa zu dieser Zeit gab das BKA bekannt, dass es eine neuartige Methode der Genanalyse entwickelt habe, mit der aus ausgefallenen Haaren noch Jahre, nachdem sie am Tatort gefunden worden waren, ein erkennbares DNS-Muster entnommen werden könne. Fünf Monate später wurde mitgeteilt, das BKA habe Teile des "Spurenmaterials", das in einer Budapester Wohnung sichergestellt worden war, "Andrea Klump zuordnen" können. Unmittelbar danach zog die BAW das Ermittlungsverfahren gegen Andrea Klump an sich, das zuvor von der Staatsanwaltschaft Stuttgart gegen unbekannt geführt worden war. "Der Umstand, dass deutsche Staatsangehörige im Verdacht stehen, an einem gegen Juden gerichteten Mordanschlag im Ausland

beteiligt gewesen zu sein, verleiht dem Fall seine besondere Bedeutung", gab die BAW im September 2001 bekannt.

In dem im April beginnenden Prozess vor dem Oberlandesgericht Stuttgart stritt Andrea Klump eine Beteiligung, ja sogar jede Kenntnis von irgendwelchen Anschlagsvorbereitungen ab. Am ersten Verhandlungstag erklärte sie, nach dem Anschlag in Rota habe sie Horst Ludwig Meyer und ihren palästinensischen Unterstützern mitgeteilt, dass zukünftig mit ihr "nicht mehr zu rechnen" sei. Hinsichtlich ihrer Rolle in Budapest räumte sie lediglich einen kurzen Besuch bei Horst Ludwig Meyer ein.

"Beweisnöte auf beiden Seiten", umschrieb die Süddeutsche Zeitung im Vorfeld des Prozesses die Ausgangssituation: "Die Angeklagte beteuert ihre Unschuld - die Bundesanwaltschaft kann nur ein Indiz vorhalten." (23.4.04) Offensichtlich war die SZ-Redaktion gewillt, an diesem Fall eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit dem Beweiswert von DNS-Spuren zu führen: "Im Fall von Andrea Klump wird das Oberlandesgericht Stuttgart nun beurteilen müssen, was die Sprache der Spuren wirklich über ihre Schuld verrät."

Das Schweigen der Akteure

Doch am Ende war nicht die "Sprache der Spuren" ausschlaggebend. Im August überraschte Andrea Klump mit einem Teilgeständnis. Zuvor waren weitere belastende Indizien aufgetaucht, die im Widerspruch zu ihrer ersten Einlassung standen. So räumte sie nun ein, von dem versuchten Mordanschlag gewusst und Horst Ludwig Meyer dabei unterstützt zu haben. Sie habe in Budapest Wohnungen gemietet und für Meyer den Haushalt geführt. Eine direkte Beteiligung an der Tat habe sie aber abgelehnt. Ihre logistische Unterstützung habe weniger dem bewaffneten Kampf als vielmehr ihrem Freund gegolten.

Das OLG Stuttgart sah das genau so. Nach Überzeugung des Gerichts wurde der "besonders verabscheuungswürdige terroristische Mordanschlag" von Horst Ludwig Meyer und mindestens einer weiteren Person im Auftrag einer palästinensischen Organisation geplant und ausgeführt. Da Andrea Klump mit dem Anschlag unmittelbar nichts zu tun haben wollte, habe sie Horst Ludwig Meyer gebeten, ihr rechtzeitig Bescheid zu geben, damit sie Ungarn vor dem Attentat verlassen könne, so Richter Udo Heissler. Das Gericht bewertete ihre Abhängigkeit von Meyer "als beherrschendes Tatmotiv" und ebenso strafmildernd wie ihr Teilgeständnis. Auf Grund ihrer Verurteilung im Jahr 2001 bildete das OLG Stuttgart aus beiden Freiheitsstrafen eine Gesamtfreiheitsstrafe von zwölf Jahren.

"Auch wenn ich nur am Rande mit dem Sprengstoffanschlag zu tun hatte, empfinde ich heute Scham über mein Verhalten", so Andrea Klump. Eine politische Erklärung, wie es dazu kommen konnte, dass deutsche Linke sich an einem Mordanschlag an JüdInnen beteiligen, gab sie nicht. Auch in der Linken überwog bislang zu diesem Anschlag das Schweigen. Doch anders als die bürgerliche Öffentlichkeit, unter die mit diesem Prozess einen Schlussstrich unter die Zeit des "RAF-Terrors" ziehen will, kann sich die Linke die Auseinandersetzung mit diesem dunklen Kapitel ihrer eigenen Geschichte nicht ersparen.

mb.

36. KALENDER

CD-Datei: daten/aksuche/ak488/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:488:37

Autonomie zu Besuch

Im Vorfeld der Demonstration am 6. November in Nürnberg (s.u.) reist die organisierte autonomie quer durch die Republik und rührt kräftig die Werbetrommeln. Doch auf den Veranstaltungen soll es nicht nur um den neuesten Stand der Demovorbereitungen gehen, sondern auch um eine Einschätzung des mit Hartz IV verbundenen Angriffs auf die Lebensqualität und um Perspektiven des Widerstands dagegen. Wir kündigen nur die Termine der Rundreise an, die nach Erscheinen von ak stattfinden. Wo Ort und Zeit noch unbekannt sind, wendet euch an die VeranstalterInnen.

München, 20.10.2004, 20 Uhr, Café Marat, Thalkirchenerstr. 104 (Veranstalterin: Sozialistische Aktion München); Marburg, 21.10., 20.30 Uhr, Café am Grün, Am Grün 28-30 (gruppe dissident); Oberhausen, 22.10., Jugend- und Kulturzentrum Druckluft, Am Förderturm 27 (kein mensch ist illegal); Göttingen, 27.10., (Antifa Linke International); Braunschweig, 28.10., (Antifa-Plenum Braunschweig); Hamburg, 29.10., 18 Uhr, Café Knallhart in der HWP, Von-Melle-Park 9 (Avanti - Projekt undogmatische Linke); Hannover, 30.10., (Antifaschistische Aktion Hannover)

Coca Cola kills!

Und zwar nicht nur die Zähne: In Kolumbien jedenfalls schrecken die Abfüllunternehmen von Coca Cola auch vor Mord nicht zurück, wenn es um die Bekämpfung gewerkschaftlicher Organisierung geht. Morddrohungen gegen und Attentate auf Mitglieder der Nahrungsmittelgewerkschaft Sinaltrainal sind keine Seltenheit, gewerkschaftliche Arbeit ist unter diesen Bedingungen fast unmöglich. Um sich gegen die Morde zu wehren, ist Sinaltrainal auf internationale Unterstützung angewiesen. Dafür wirbt Edgar Páez von der Gewerkschaft auf einer Veranstaltungsreise. Edgar war vor einigen Jahren schon einmal auf Initiative der Kolumbienkampagne in Deutschland unterwegs.

Bochum, 20.10.2004, 19.30 Uhr, Bahnhof Langendreer, Wallbaumweg 108; Kaiserslautern, 21.10., 20 Uhr, Caritas-Zentrum, Engelsgasse 1; Saarbrücken, 23.10., 20 Uhr, Gemeindesaal der evangelischen Kirchengemeinde St. Johann, Ev.-Kirch-Straße 27; 25.10. Stuttgart/Ulm, DGB-Haus; Karlsruhe, 26.10., 19.30 Uhr, DGB-Haus, Ettlingerstraße 3a; Wuppertal, 27.10., 19 Uhr, Grünstraße 30; Halle, 28.10., 19.00 Uhr, Lesesaal des Neuen Theaters, Große Ullrichstraße; Dresden, 29.10., 19.15 Uhr, Umweltzentrum, Schützengasse 16; Berlin, 31.10., 19 Uhr, Kato Kreuzberg, im U-Bahnhof Schlesisches Tor

Kita-Alarm in Hamburg

Bei den Kita-Beschäftigten in Hamburg rumort es kräftig. Verständlich, denn der Senat plant ein "Einführungsgesetz zur Kindertagesbetreuung", das einen massiven Angriff auf die Gehälter und Arbeitsbedingungen der Beschäftigten, aber auch auf die Versorgung der Kinder bedeutet. Ein "Bündnis der Beschäftigten in den Hamburger Kitas/Kigas" ruft zum Aufstand: Am 22. Oktober soll zunächst die Expertenanhörung des Jugendausschusses "begleitet" werden, am 26. ruft das Bündnis zur Demonstration gegen das geplante Gesetz auf.

Hamburg, 22.10.2004, 17 Uhr: Expertenanhörung des Jugendausschusses im Festsaal des Rathauses; 26.10.2004: Demonstration, 16.30 Uhr, Hachmannplatz

Globalisierung

Schwer umkämpfte Projekte: die Globalisierung und ihre Kritik. Die Bundeskoordination Internationalismus (Buko) hat den hohen Diskussionsbedarf am Thema erkannt und bietet vom 3. bis 5. Dezember ein Seminarwochenende dazu an. Um den Wandel der Weltwirtschaft soll es gehen, aber auch die globalisierungskritische Bewegung soll auf ihre Stärken und Schwächen abgeklopft werden. Inhaltlich lohnen sich die Buko-Seminare ja immer. Auch nicht schlecht: Eine Teilnahmegebühr (35 Euro) wird zwar erhoben, aber Buko sagt selbst: Am Geld solls nicht scheitern. Anmeldeschluss ist der 5.11.2004.

Aachen, 3.-5.12.2004; WICHTIG: Anmeldung bis 5.11. in der Buko-Geschäftsstelle, Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg, Telefon 040-39 31 56, Fax 040-28 05 51 22, mail@buko.info; Infos unter www.buko.info

Feministische Globalisierung

Gibt es eine Frauenbewegung jenseits des Gender Mainstream? Das fragen sich die Veranstalterinnen des internationalen Seminars "Globalisierung und Frauen" vom Institut für Theologie und Politik. Feministische Theologinnen aus verschiedenen Kontinenten reflektieren über die Landlosenbewegung in Brasilien, die Rolle des Glaubens in der feministischen Arbeit auf den Philippinen und über Frauenbewegung und Gouvernementalität - um nur einige der Themen zu nennen. In Arbeitsgruppen und Diskussionen wird der Frage nachgegangen, inwieweit feministische Theologie eine Perspektive auf Befreiung von neoliberalen Zurichtungen aufzeigen kann.

Münster, 2.-5.12.2004, Evangelische Studierendengemeinde, Am Breul 43, WICHTIG: Anmeldung bis 5.11. beim Institut für Theologie und Politik, Friedrich Ebert Straße 7, 48153 Münster, Telefon 0251 / 52 47 38

Militarisierung der EU

Europa rüstet auf. Die Informationsstelle Militarisierung (IMI) aus Tübingen bleibt ihr hart auf den Fersen. Das heißt natürlich nicht, dass die IMI ein Wettrüsten gegen die EU beginnt. Vielmehr geht es ihr um Information darüber. Im November lädt die IMI zu einem Kongress zum Thema EU-Verfassung und Militarisierung der Union. Erstere spielt nämlich eine gewichtige Rolle bei letzterer. Aber auch die Flüchtlingspolitik der EU und die Begleitideologie zur Aufrüstung werden Gegenstand der Diskussion sein.

Tübingen, 13.-14.11.2004, Hirschgasse 9; Informationen unter www.imi-online.de

Bezahlt wird nicht!?

Arbeitsverlängerung, Lohnabbau, Hartz IV - wer den Reichtum weniger vermehren will, muss Armut für viele schaffen. Kaum noch jemand spricht von Lohnerhöhung, Arbeitszeitverkürzung oder gar "Recht auf Faulheit". Immerhin haben sich seit dem 18. Jahrhundert SchriftstellerInnen unterschiedlicher Herkunft mit den Untiefen der Arbeit und des "freien Marktes" auseinander gesetzt. Von Jonathan Swift über Georg Büchner, Erich Kästner und Irmtraud Morgner bis zu Dario Fo. Eine Konzertlesung mit Percussion und Bass am ehemaligen Buß- und Bettag.

Hannover, 17.11.2004, 20 Uhr, Veranstaltungszentrum Rotation in den ver.di-Höfen, Goseried 10

37. Sozialproteste: Strohfeuer oder Aufbruch?

Montagsdemonstrationen in Ostdeutschland zwischen linkem Absentismus und Rechtsextremismus

CD-Datei: daten/aksuche/ak488/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:488:38

Montagsdemonstrationen in Ostdeutschland

zwischen linkem Absentismus und Rechtsextremismus

Von der Massivität der sozialen Proteste im Spätsommer in Ostdeutschland waren die meisten Akteure aus Gewerkschaften, Arbeitsloseninitiativen, linken Gruppen und Sozialforen überrascht. Wochenlang entlud sich auf den Straßen von Leipzig, Magdeburg und Wittenberge die geballte Wut der Menschen über die Auswirkungen von Hartz IV.

Unorganisiert und vorbei an den Apparaten von Gewerkschaften und Parteien entwickelte sich der spontane Protest. Er spiegelte die ganze Ambivalenz und Bandbreite der gesellschaftlichen Situation in Ostdeutschland wider: Von der Abwesenheit der Linken und der Schwäche der Gewerkschaften bis zu den Neonazis, die sich erfolgreich als "Anwalt des kleinen Mannes" in Szene setzten. Inzwischen ist der Protest abgeflaut.

Die Veranstaltung geht der Frage nach den Hintergründen und Perspektiven sozialer Proteste am Beispiel des Verlaufs der Montagsdemonstrationen, mit Schwerpunkt Ostdeutschland, nach.

Referenten: Christian Grünert (Arbeitskreis Antifaschismus Magdeburg), Georg Wissmeier (ak-Redaktion)

Montag, 15. November 2004, 19 Uhr, Hamburg, Universität, Pferdestall, T-Stube, Allendeplatz 1

Veranstalter: AStA der Uni Hamburg in Kooperation mit ak - analyse + kritik und Fantômas

38. Atempause statt Stillstand

Die Anti-Hartz-Proteste sind keineswegs am Ende

CD-Datei: daten/aksuche/ak488/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:488:41

Rund 45.000 Menschen haben am 2. Oktober gegen Hartz IV und die Agenda 2010 demonstriert. Vor nicht allzu langer Zeit wäre bei dieser Zahl große Zufriedenheit aufgekommen, nunmehr aber waren es deutlich weniger, als noch vor einigen Wochen erwartet worden waren. Sind die Sozialproteste in Deutschland also an ihrem Endpunkt angelangt, wie es von taz bis FAZ nahezu unisono heißt? Eine nüchterne Bestandsaufnahme fällt differenzierter aus. Die Krise der Anti-Hartz-Demonstrationen bedeutet nämlich keineswegs, dass die Risse im neoliberalen Gebälk gekittet wären.

Die Demonstration vom 2.10. bildet einen vorläufigen Einschnitt in den bisherigen Sozialprotesten in Deutschland. Vor allem hat sich gezeigt, dass die gewerkschaftsunabhängigen und -kritischen Strömungen in den Protesten an die Grenzen ihrer Mobilisierungsfähigkeit gelangt sind. Strukturen wie attac, die Anti-Hartz-Bündnisse oder die Betriebs- und Gewerkschaftslinken sind (noch) nicht in der Lage, mehrere hunderttausend Menschen zu mobilisieren. Dabei sollte aber auch nicht übersehen werden, dass es zumindest im Westen der Republik eine massive Mobilisierung für den 2. Oktober nicht gegeben hat. Nicht nur der DGB und die Einzelgewerkschaften glänzten durch vornehme Zurückhaltung. Es waren vor allem Menschen aus Ostdeutschland, die sich in Berlin trafen. Das war schon am 1. November 2003 nicht viel anders. Der damalige überraschende Mobilisierungerfolg hatte vor allem damit zu tun, dass sich damals spontan viele Menschen aus dem Berliner Umland dem Protestzug angeschlossen hatten - ein Novum, vielleicht nur vergleichbar den ersten großen diesjährigen Montagsdemonstrationen in Berlin. Gemessen an den 100.000 Menschen vom 1. November 2003 ist der 2. Oktober 2004 sicher ein Rückschritt.

Vom Osten Lernen?

Ein Rückschritt, der allerdings dazu führen könnte, dass der DGB und die Gewerkschaften sich weiter aus den Sozialprotesten zurückziehen. Der Demo-Erfolg vom 1.11.2003 hat in unmittelbarer Konsequenz immerhin den DGB zur aktiven Beteiligung am Europäischen Aktionstag vom 3. April 2004 gezwungen. Nicht nur bei der Mobilisierung zum 2. Oktober hatten sich die Gewerkschaften nunmehr weitgehend zurückgehalten - trotz deutlicher Aufforderungen von attac und anderen, die Verabredungen des Perspektivenkongresses zu gemeinsamen Aktivitäten ernst zu nehmen. Denn es ist offenkundig, dass - zumindest im Westen der Republik - eine außerparlamentarische Massenmobilisierung gegen den Umbau des Sozialstaates nicht ohne die Gewerkschaften möglich ist.

Inhaltliche wie strategische Überlegungen sprechen deshalb dafür, die Proteste gegen Hartz IV und Agenda 2010 mit den innerbetrieblichen und gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen um Arbeitszeitverlängerungen, Lohnkürzungen und der Debatte um einen gesetzlichen Mindestlohn zu verbinden. Dabei ist eine Adressierung an "die" Gewerkschaften durchaus problematisch, wenn damit in den Inhalten und Aktionsformen auf autonome Positionierungen verzichtet wird. Zum anderen muss klar sein, dass man in der Zusammenarbeit auf das ganze Spektrum gewerkschaftlichen Agierens stoßen wird: auf diejenigen, die den Umbau aktiv mit der Bundesregierung vorantreiben und ihn ideologisch absichern, auf diejenigen, die schon immer jedem politischen und betrieblichen Konflikt aus dem Wege gingen, und auf diejenigen, die (meist noch politisch ausdifferenziert) engagiert an einer Verknüpfung der Proteste arbeiten. Dies wird auch in der Beteiligung an der Aktionswoche von Einzelgewerkschaften Mitte November deutlich sichtbar werden.

Der 2. Oktober hat aber zumindest ansatzweise auch das bestätigt, was sich in den Montagdemonstrationen der vergangenen Wochen bereits offenbart hatte, dass nämlich der Anti-Hartz-Protest in den ostdeutschen Bundesländern anders aussieht und sehr viel besser verankert ist. Die meisten BeobachterInnen in Berlin waren sich einig, dass der Großteil der DemonstrantInnen aus dem Osten kam - TeilnehmerInnen und AktivistInnen der Montagsdemos in Magdeburg, Leipzig, Halle, Rostock etc. und damit Teil der gewissermaßen "neuen" Subjekte, die im August und September für Furore gesorgt hatten.

Doch auch für den Osten gilt offenkundig, dass der Massenprotest in Gestalt der Montagsdemonstrationen fürs Erste seine Dynamik verloren hat. Doch dass nun weniger Menschen gegen Hartz IV auf die Straße gehen, bedeutet keineswegs, dass sie jetzt mit dem Sozialraub der rot-grün-schwarz-gelben Koalition zufriedener

wären. Trotz rückläufiger TeilnehmerInnenzahlen bei Demonstrationen ist die Krise der politischen Repräsentanz in diesem Lande ungebrochen. Wie andere Momente dieser Krise auch - Wahlabstinenz, Wahldebakel für SPD und CDU oder rechtsradikale Wahlerfolge - spiegeln die Montagsdemos eher eine widersprüchliche Fixierung auf diese krisenhaften politischen Vermittlungsformen: Wo Wahlen oder Großdemonstrationen die einzigen Formen zu sein scheinen, um Protest zu artikulieren, kann sich Unzufriedenheit und Frust über die Beschränktheit einer Wahl zwischen Pest und Cholera oder die Ergebnislosigkeit des Straßenprotestes nur im Rückzug aus diesen Formen artikulieren.

Die Krise des Sozialprotestes in Deutschland wäre in dieser Lesart vor allem die Krise einer bestimmten Form des Protestes, in der sich letztlich eine appellative Orientierung auf "die Politik" manifestiert. Wenn die taz den Anti-Hartz-DemonstrantInnen vorwirft, sie hätten "keine realpolitische Alternative anbieten" können (taz, 4.10.2004), so ist das natürlich herrschaftslogischer Unsinn. Das Problem besteht eher darin, dass sie sich in der vergeblichen Hoffnung auf eine solche Alternative in der großen Mehrheit ausgerechnet an die Akteure der Berliner Republik adressiert haben. Der Sozialprotest in Deutschland hat keineswegs seinen Frieden mit den herrschenden Verhältnissen gemacht. Er ist aber auch nicht bereit, dies auch nach außen hin zum Ausdruck zu bringen. Ein gewissermaßen "innerer Rückzug" korrespondiert mit einer letztlich doch kalkulierbaren, deswegen ungefährlichen und somit erfolglosen und frustrierenden öffentlichen Bewegungsform - ein sich selbst verstärkender Teufelskreis.

Hingehen, wo's weh tut

Den Übergang oder zumindest die Parallelität von der Demonstration zum gezielten Regelverstoß haben die Sozialproteste bisher nicht vollzogen, genauso wenig wie den Übergang zu einer realen sozialen Bewegung. Dass dies nicht geschehen ist, hat - auch das hat der Verlauf der letzten Wochen und Monate erneut gezeigt - damit zu tun, dass es nicht nur ein inhaltliches, sondern ebenso ein organisatorisches Manko auf der Linken gibt. Das ist nicht neu und wird wohl auch noch eine ganze Weile so bleiben. Dennoch waren und sind die Proteste nicht nur quantitativ ein Fortschritt - auch wenn die montäglichen Demozahlen zurückgehen.

Wenn man so will, ist nach und mit dem 2. Oktober eine Phase des Sozialprotestes beendet worden, nicht mehr und nicht weniger. Bernd Riexinger, Geschäftsführer des ver.di-Bezirks Stuttgart, hat völlig zu Recht darauf hingewiesen, dass seit August nahezu eine Million Menschen in Deutschland auf den Straßen waren - ein Umstand, der für sich selbst bemerkenswert ist. (junge Welt, 4.10.2004) Riexinger hat gleichzeitig betont, dass viele der großen und kleinen Demonstrationen von Leuten organisiert und geprägt worden sind, die vorher kaum öffentlich aufgetreten waren. In vielen Städten haben die Proteste basisdemokratische Artikulationsformen hervorgebracht, die es den TeilnehmerInnen tatsächlich möglich gemacht haben, die Demonstrationen als "ihre Demos" zu begreifen. Die Lern- und Diskussionsprozesse, die somit angestoßen worden sind, können gar nicht hoch genug bewertet werden. Das gilt auch für die vielen kleinen Demos in der so genannten Provinz. Von Lübeck bis Halberstadt waren das oft die ersten Straßenaktionen seit langem, und oft genug kam es hier zu Bündnissen und Formen der Zusammenarbeit, von denen man in den "Metropolen" nur träumen konnte.

Sicherlich: Die offenen und basisdemokratischen Strukturen haben auch das innerlinke Sektierertum in seinen schlimmsten Ausprägungen wieder nach oben gespült. Es ist in der Tat eine politische Katastrophe, wie die MLPD in einigen Städten in der Lage war, den Sozialprotest in unerträglicher Weise zu dominieren und ihn in den dumpfesten Phrasen zu ersticken. Wenn mancherorts AktivistInnen entnervt und DemonstrantInnen von der innerlinken Politkultur abgeschreckt sind, dann haben solche sektierischen und spalterischen Verhaltensweisen oft genug eine maßgebliche Rolle gespielt.

Keineswegs alle, aber so manche Schwächen der Sozialproteste hatten auch damit zu tun, dass die organisierte undogmatische Linke sich weitgehend herausgehalten hat bzw. nicht in der Lage war, sich zu den Demonstrationsdynamiken zu verhalten. Dabei ist ein Rückzug aus den Protesten eine ebenso fatale Reaktion wie ein Liebäugeln mit einer Neuauflage unsäglicher machttaktischer Ausschlusstricks und Ausgrenzungspolitiken.

Trügerischer Frieden

Dennoch: Kategorien wie "Niederlage" oder "Ende des Sozialprotestes", wie sie von den bürgerlichen Medien in ihrer keineswegs klammheimlichen Freude bemüht werden, treffen den Zustand des Protest keineswegs.

Selbst wenn die Menschen z.Z. nicht mehr bereit sind, ihren Unmut zigtausendfach in Demos zu äußern, so hat der völlig überraschende Anfang der Montagsdemonstrationen gezeigt, wie schnell sich das auch wieder ändern kann. Vor allem aber könnte sich der Unmut in anderen Aktionsformen äußern. Die Nervosität, mit der Politik und Polizei in Wittenberge und Berlin auf Eierwürfe gegen den Kanzler und gegen die VW-Niederlassung reagiert haben, ist ein Indiz dafür, dass zumindest die Gegenseite von einer eher trügerischen Ruhe ausgeht.

Vieles im Rahmen der Hartz-Gesetze ist noch nicht entschieden und wird erst vor Ort, in den kommunalen Sozial- und Arbeitsämtern, festgelegt: von der Ausgestaltung der "angemessenen" Mietkosten, über die tatsächliche Anrechnung von Vermögen bis zum Ob und Wie der 1-Euro-Jobs. Hier dürfte in den nächsten Wochen und Monaten der Ansatzpunkt für realen Widerstand gegen die Agenda 2010 liegen. Dezentrale Aktionen gegen Ämter, gegen die Profiteure und Organisatoren der Pflichtarbeit oder gegen die kommunalpolitisch Verantwortlichen sind bisher erst in geringem Maße Bestandteil der Anti-Hartz-Proteste. Es gibt keinen Grund, warum sich das nicht ändern sollte.

Dirk Hauer/Georg Wissmeier

39. Großdemonstration in Nürnberg

6. November 2004:

CD-Datei: daten/aksuche/ak488/42.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:488:42

"Gemeinsam gegen Sozialraub, Agenda 2010 und Hartz IV! Eine andere Welt ist möglich und nötig" Unter diesem Motto rufen verschiedene Initiativen und Organisationen zu einer bundesweiten Demonstration in Nürnberg auf: attac, die Anti-Hartz-Bündnisse aus Berlin und NRW, die Koordination Saarländischer Arbeitsloseninitiativen, der ver.di-Erwerbslosenausschuss Mittelfranken, die Antifaschistische Linke Berlin, die Sozialforen aus Berlin, Nürnberg und München sowie Erwerbslosen- und Armutsinitiativen aus Frankfurt, Darmstadt, Kassel, Ulm, Detmold etc.

Mit eigenen Aufrufen mobilisieren antirassistische Gruppen wie kein mensch ist illegal, das ARAB in Bremen, die Karawane für die Rechte der MigrantInnen und Flüchtlinge, das Aktionsbündnis gegen Abschiebungen/ Rhein-Main und die Antirassistische Gruppe Freies Fluten Hanau genauso für die Demo wie autonome und linksradikale Gruppen. Letztere greifen dabei den Aufruf der organisierten autonomie aus Nürnberg zu einem antikapitalistischen Block auf.

Die Demo beginnt am 6.11. um 12 Uhr an der Lorenzkirche, dem zentralen Platz in der Nürnberger Innenstadt. Ziel ist das Zentralgebäude der Bundesagentur für Arbeit in der Regensburger Straße. Dort wird auch die Abschlusskundgebung mit Konzert stattfinden.

40. Gibt es nur noch Sieger?

Eine Bilanz zum Abschluss des "Superwahljahrs" 2004

CD-Datei: daten/aksuche/ak488/43.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:488:43

Vier Wahlen sind seit Anfang September übers Land gegangen. Im Saarland, in Brandenburg und Sachsen wurden die Landesparlamente neu gewählt, in Nordrhein-Westfalen die Kommunalvertretungen und OberbürgermeisterInnen. Der Befund war bei allen Wahlgängen gleich: In absoluten Zahlen mussten SPD und Union große Stimmenverluste hinnehmen. Die NichtwählerInnen wurden jeweils zur stärksten Kraft. Von dem Vertrauensverlust in die etablierten parteipolitischen Akteure konnte vor allem die extreme Rechte profitieren - die Zuwächse auf der Linken, wo als Alternative angetreten, fielen eher bescheiden aus.

Im Saarland verlor die SPD 14 Prozentpunkte (minus 111.000 Stimmen). Auch die CDU hat über 40.000 WählerInnenstimmen verloren. Allerdings reichte für sie ein Anteil von lediglich 25,7% der Stimmen aller Wahlberechtigten, um ihre absolute Mehrheit im Landtag auszubauen. In Brandenburg wurde die SPD mit 60.000 Stimmen weniger vor der PDS (plus 70.000 Stimmen) stärkste Partei - allerdings nur bei den Zweitstimmen. Bei den Erststimmen liegt die SPD (bei einem Verlust von 80.000 Stimmen) hinter der PDS (32,1%) auf Platz zwei mit 28,6%. Ein Teil der PDS-WählerInnen wollte offensichtlich Ministerpräsident Matthias Platzeck behalten.

Von wegen konsequente Ehrlichkeit

In Sachsen verloren die SozialdemokratInnen bei leicht gesunkener Wahlbeteiligung (59,6%) erneut fast 30.000 Stimmen und sind mit 9,8% auf einem Niveau, das auch die NPD mit 190.000 Stimmen und einem Anteil von 9,2% in etwa erreicht hat. Doch nicht nur die SPD verliert an Unterstützung. Die CDU hat in Sachsen rund 400.000, in Brandenburg 60.000 WählerInnen verloren. Profitieren konnte dagegen die extreme Rechte. Die NPD gewinnt in Sachsen 160.000 Stimmen hinzu und auch in Brandenburg konnte die DVU die Zahl der für sie abgegebenen Stimmen von knapp 60.000 auf über 70.000 ausbauen.

Mit den Verlusten für SPD und Union setzte sich in NRW der Trend der Landtagswahlen von Saarland, Brandenburg und Sachsen fort. Acht Monate vor der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen wurde die CDU trotz deutlicher Verluste erneut stärkste politische Kraft bei den Kommunalwahlen an Rhein und Ruhr. Die SPD büßte gegenüber den Wahlen von 1999 nochmals leicht ein und fuhr ihr schlechtestes Ergebnis der Nachkriegszeit ein. Die SPD kommt bei gesunkener Wahlbeteiligung auf 31,7% (minus 154.000 Stimmen). Die CDU erreicht 43,4% der Stimmen (minus 450.000 Stimmen). Das sind rund 7 Prozentpunkte weniger als vor fünf Jahren.

Gleichwohl, für die FunktionärInnen der faktischen Allparteienkoalition aus Grüne-SPD-FDP-CDU/CSU war das Abschneiden ihrer jeweiligen Fraktion immer nur Anlass zur Zufriedenheit. Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) sieht sich durch die jüngsten Wahlen in Brandenburg und Nordrhein-Westfalen in seinem Kurs des Sozialabbaus und der Zerschlagung des Sozialstaats bestätigt. Der Wahlausgang zeige: "Wenn die SPD zur Reform steht, kann sie sich stabilisieren und aufbauen", so Schröder nach der Brandenburg-Wahl. Der Parteivorsitzende Franz Müntefering sekundierte: "Mir hat vor allem Mut gemacht, dass man mit konsequenter Ehrlichkeit stärkste Partei werden kann."

Auch Angela Merkel konnte den jüngsten Wahlgängen eigentlich nur Positives abgewinnen. Die CDU-Vorsitzende räumte zwar "schmerzliche" Verluste ihrer Partei bei den Landtagswahlen in Sachsen und Brandenburg ein. Zugleich verwies Merkel aber darauf, dass die sächsische CDU erneut stärkste Kraft im Freistaat geworden sei. Dies zeige die "feste Basis" der Partei in Sachsen. Und angesichts der NRW-Wahl zeigte sich die CDU-Bundesvorsitzende "hoch zufrieden" - immerhin sei ihre Partei stärker als SPD und Grüne zusammen.

Es zeigt die Abgehobenheit der "politischen Klasse", vor allem bei den VertreterInnen der beiden angeblichen "Volksparteien", dass sie nicht zugeben wollen, dass sie absolut an Wählerstimmen verlieren. Da schwadronieren die einen von der "Trendwende" und die anderen sehen sich als "einzige Partei, die in Ost und West, in Nord und Süd gewinnen kann".

Was in diesem Jahr sichtbar wurde wie nie zuvor, ist die Entkopplung von Parteipolitik und gesellschaftlichem Alltag. Wir erleben eine "Krise der Repräsentation", die sich darin spiegelt, dass die Lebenswirklichkeit einiger sozialer Milieus in der offiziellen Politik überhaupt keinen Niederschlag mehr findet. Festzustellen ist ein sich ausbreitendes Misstrauen in weiten Teilen der Bevölkerung in die gesellschaftlichen Institutionen. Das ist erstmal gut und nicht schlecht. Momentan jedoch verarbeitet ein großer Teil derjenigen, die ihre Ansprüche gegenüber dem Staat enttäuscht sehen und sich von der "Politik" im Stich gelassen fühlen, dies mit autoritären Ressentiments und rechtspopulistischen Sympathien. Wie die jüngsten Wahlen zeigen, ist es die extreme Rechte, die von Resignation und Verzweiflung, von Politikverdrossenheit und Wahlabstinenz profitiert.

Entkopplung von Politik und Alltag

Ob sich die Wahlerfolge der extremen Rechten verfestigen, wird auch von Entwicklungen auf der Linken abhängig sein. Ohne Zweifel ist in Ostdeutschland nur durch die wahlpolitische Alternative PDS und ihre politische Einbettung in die Sozialproteste 2004 eine wahlpolitische Machtexplosion der radikalen Rechten verhindert worden. Auf Grund der Schwäche der PDS im Westen kann sie hier dieser Funktion nicht gerecht werden. Da auch nicht zu erwarten ist, dass die radikale Linke und der im außerparlamentarischen Raum entstandene Sozialprotest gegen Hartz IV in absehbarer Zeit solche Attraktivität und Dynamik entwickeln kann, um als Alternative wahrgenommen zu werden, könnte hier der Wert einer linken Wahlalternative liegen - zumal partei- und wahlpolitische Vermittlungsformen immer noch von Bedeutung sind.

mb.

41. Editorial

CD-Datei: daten/aksuche/ak488/44.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:488:44

Sardellen auf Tomate, Wildschweinpastete an Kapern und edle Salamihäppchen waren nur die Vorspeise. Weiter ging es mit Spargelsuppe. Das Hauptgericht: Rouladen mit Knödeln, Feigenrotkohl und Maronenwirsing. Die (Re-)Produktionsbedingungen bei analyse + kritik sind nicht die Schlechtesten. Während ein armer Genosse am späten Abend noch Überstunden in einem großen Hamburger Medienverlag schob, ließen sich die anderen mit Himbeerschnaps und Brandy verwöhnen. Eine Genossin serviert den BlattmacherInnen in jeder Produktionswoche Köstlichkeiten. Auf eigene Kosten wohlgemerkt - nicht, dass Ihr auf die Idee kommt, Euer hart verdientes Geld lande in den Bäuchen der RedakteurInnen (siehe alljährlicher Spendenaufruf S. 36). Wie jedes Jahr sind wir auf Eure Unterstützung angewiesen. Um genau zu sein: Wir brauchen Geld. Strom und Heizung werden nicht billiger und auch die Reparatur der Falzmaschine will bezahlt sein.

Vieles ist in den Kellerräumen in der Rombergstraße noch echte Handarbeit: Mit Schere, Wachs und Lineal layouten wir jeden Monat die Zeitung. Aber wir blicken auch nach vorne: Der Genosse aus der Abteilung Technik hat in harter Nacht- und Wochenendarbeit den Computerpark auf Vordermann gebracht. Wir haben jetzt individuelle Usernamen und ein Home-Laufwerk, auf das wir von allen Rechnern aus Zugriff haben.

Nicht nur im Bereich der Hard- und Software gehen wir mit der Zeit. Auch was die Arbeitsverhältnisse angeht, liegen wir voll im Trend. "Na, heute schon selbstständig gemacht?" lautet eine oft gehörte Frage. Themen wie Auftragslage, Ich-AGs, After-Work-Parties und Coaching-Anträge machen die Runde. Informationen zur Freiwilligen Rentenversicherung und Steuertipps für Freiberufler werden zum Besten gegeben. Auch der langjährige ak-Vertriebsmeister will sich mit Haut und Haaren seiner freiberuflichen Tätigkeit widmen und verlässt uns leider zum November.

Nicht zufällig beschäftigt sich auch die nächste Ausgabe von Fantômas (erscheint im November) mit dem Thema Prekarisierung. Da wird vor allem die subjektive Seite der neuerdings so weit verbreiteten prekären Arbeits- und Lebensverhältnisse im Mittelpunkt stehen.

Arbeitskämpfe und -verhältnisse im gegenwärtigen Kapitalismus sind natürlich auch wieder Thema in dieser ak-Ausgabe. Thesen zum gesetzlichen Mindestlohn werden präsentiert und der Widerstand gegen Ein-Euro-Jobs dokumentiert. Schwerpunkt ist diesmal die Auseinandersetzung mit dem Verhältnis von Antisemitismus, Kapitalismus und Nationalsozialismus. Auch die Themen Gewalt gegen Frauen und die massiven Kürzungen für Frauenhäuser werden ausführlich behandelt. Der afrikanische Kontinent kommt diesmal ebenfalls nicht zu kurz: der Ölboom an Westafrikas Küste, Vertreibungen in Uganda und die sozialen Kämpfe in Südafrika werden unter die Lupe genommen.

Viel Spaß beim Lesen kann man ja kaum wünschen, trotzdem anregende Lektüre!

Eure ak-Redaktion

42. SpenderInnen gesucht!

ak braucht 25.000 Euro. Dringend!

CD-Datei: daten/aksuche/ak488/45.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:488:45

In manchen Kreisen hat ak ja ein etwas staubiges Image. ak - der linke Zeitungsdinosaurier. Die Zeiten, in denen das Blatt als eine Art Trüffelschwein galt, das zuverlässig gesellschaftliche (Einschränkung: Bewegungs-)Trends aufzuspüren in der Lage war, sind vorbei. ak, "Analyse und Kritik" - wie das schon klingt! "Zeitung für linke Debatte und Praxis". Sooo oldschool. Und wer weiß heutzutage überhaupt noch, was ein Trüffelschwein ist? Eben.

So denken einige. Wir nicht! Auch heute sind wir wichtigen Trends stets auf der Spur und verfolgen aktuelle Entwicklungen mit Interesse. Und wisst Ihr was? Bei ihrer intensiven Beobachtungstätigkeit sind unsere Trendscouts auf eine bemerkenswerte Sache gestoßen: Der Trend geht zum Spendenaufruf. Überall findet man ihn, neuerdings sogar in der Jungle World. Krass. Da wollen wir nicht abseits stehen, geht es dieses Mal doch nicht nur um unser finanzielles Überleben sondern auch um unsere Hipness!*

Moment. Das Überleben von ak und Fantômas steht auf dem Spiel? Ja, ihr habt richtig gelesen. Nach wie vor sind wir dringend auf Spenden angewiesen, auf viele Spenden. Viele, viele, viele! Ohne sie ginge es gar nicht, ohne müssten wir den Laden dicht machen. Das wollen wir aber nicht. Vielmehr wollen wir weiter informieren, analysieren und zur Debatte anregen. Wie auch im vergangenen Jahr. Erinnert sei etwa an die Debatten um Aneignung, die Wahlalternative oder die These von der "Autonomie der Migration", die in ak geführt wurden. Und nicht zu vergessen: die Diskussionen, die der Artikel von Karl Heinz Roth "Perspektiven von oben - Gegenperspektiven von unten" ausgelöst hat.

Wie gesagt: Um weitermachen zu können, brauchen wir wieder Euer Geld. Und zwar 25.000 Euro. Genau: 25.000 extra! Wir wissen, das ist viel, aber dafür sind wir auch bereit, einiges zu tun. Wie auch schon im letzten Jahr, nur eben noch etwas mehr und noch etwas besser.

Was hat der Verein für politische Bildung, Analyse und Kritik im vergangenen Jahr überhaupt mit Eurem Geld gemacht, fragt Ihr Euch? Also gut: Neben elf interessanten Ausgaben von ak und zwei von Fantômas hat es eine rege Veranstaltungstätigkeit gegeben. Unsere RedakteurInnen haben in Berlin mit John Holloway über Macht und Antimacht diskutiert, auf dem ver.di-Perspektivenkongress und der attac-Sommerakademie Seminare und Workshops angeboten, bei der Demonstration der Gewerkschaften und sozialen Bewegungen am 3. April in Berlin gesprochen und den Buko mitorganisiert. Zum Beispiel. Und wir suchen verstärkt die Zusammenarbeit mit Aktiven. Auch deshalb haben wir letzten März AutorInnen und UnterstützerInnen zur Arbeitskonferenz von ak/Fantômas eingeladen, eine Fortsetzung im neuen Jahr ist bereits in Planung.

Natürlich ist auch Kritik nötig, ja, auch am Layout. Aber selbst wenn notwendige Veränderungen bei ak manchmal etwas länger dauern: Wir nehmen uns Eure Kritik zu Herzen und arbeiten dran. Damit Ihr uns auch zukünftig kritisieren könnt, muss es uns aber weiter geben. Deshalb spendet. Spendet!! Wir wollen leben!!!

Soweit also alles wie immer. Ganz alles? Nein, und unsere langjährigen aufmerksamen LeserInnen werden es gleich gemerkt haben: Beim Spendentrend ist ak nicht nur Nachmacherin, nein, wir stehen an der Spitze der Bewegung! Jedes Jahr zur dunklen Jahreszeit gibt es auf der letzten Seite: Druck auf die Tränendrüse und lautes Wehklagen über die linke Krankheit Nummer 1: chronischen Geldmangel. Letztes Jahr haben wir die notwendigen 25.000 Euro (fast) zusammen bekommen. Dafür danken wir denjenigen, die uns ihr Geld geschenkt haben, aus tiefstem Herzen. Das gleiche gilt für alle, deren Spenden übers Jahr verteilt, manchmal monatlich auf dem Vereinskonto ankommen. Ebenso für die vielen Menschen, die unbezahlt für ak, für Fantômas oder den Verein arbeiten. Ohne Eure Hilfe könnten wir einpacken.

Dennoch brauchen wir dringend wieder frisches Geld - trotz ermutigender Entwicklung der Abozahlen und trotz der positiven Resonanz, die wir vielfach erfahren haben. Deshalb unser Angebot: Dieses Jahr gibt es für die edlen Spenderinnen und Spender nicht nur ein gutes Gewissen, eine Spendenbescheinigung und ein weiteres Jahr ak und Fantômas zu gewinnen. Dieses Mal gibt's ein junges, modernes Image gratis dazu! Also: Seid mal trendy und spendet!

Eure ak-Redaktion

* Okay, genau genommen bittet die Jungle nicht um Spenden sondern um Abos. Die könnten wir übrigens auch gebrauchen!

Spendenkonto:

Verein für politische Bildung, Analyse und Kritik e.V.

Kontonummer: 13150204

Postbank Hamburg

BLZ: 200 100 20

Überweisungsträger liegt bei!

43. Ich habe abgewickelt!

PolitikerInnen bekennen: Frauenrechte gehen mir am Arsch vorbei. Ich sorge dafür, dass Frauenprojekte dicht machen müssen.

CD-Datei: daten/aksuche/ak488/46.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:488:46

Familie" ist "in", und ganz vorne ist die "moderne Familie". PolitikerInnen versprechen "Familienförderung" und plakatieren das flächendeckend in der Republik. Wem die "Familie" trotz jung-dynamischem Rama-Facelifting immer noch zu altbacken und konservativ daher kommt, für den gibtÆs "Gendermainstreaming" im Repertoire hipper Schlagworte. Hartnäckig geschwiegen wird indes - von Frauen.

"Gleichstellungspolitik", "Frauenförderung", "Antidiskriminierungsmaßnahmen" - alles Schnee von gestern. Dabei gehört die Benachteiligung von Frauen am Arbeitsplatz genauso zum gesellschaftlichen Normalzustand wie Frauenunterdrückung in der Öffentlichkeit und in privaten Beziehungen; kaum eine Frau, die nicht mit sexuellen Übergriffen und Gewalt von Männerseite konfrontiert worden wäre. Doch diese Alltagsrealitäten von Frauen kommen im hochoffiziellen Familiendiskurs nicht vor. Und sie sind auch immer weniger Gegenstand konkreter Politik.

Der bundesweite Kürzungswahn trifft Frauenhäuser genauso wie Frauenberatungsstellen, Ausbildungsprojekte für Mädchen oder Unterstützungsmaßnahmen für junge Migrantinnen. Und immer öfter ist dieser Kahlschlag auch ideologisches Programm. In Hamburg, Hessen oder Berlin sind Frauenprojekte überdurchschnittlich von den Kürzungsorgien betroffen und müssen zudem ihr Angebot "auch Männern zugänglich" machen, wenn sie wenigstens noch ein paar Euro sehen wollen. Wo die Familie zum politischen Leitbild avanciert, gehen Frauen unter - im wahrsten Sinne des Wortes.

Mehr dazu auf den Seiten 4-6